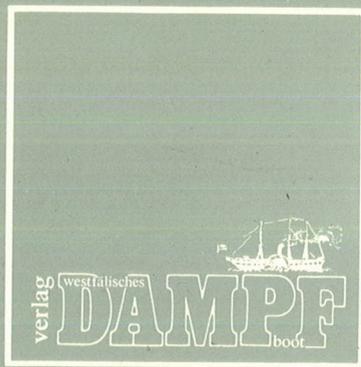


Unter der Regierung von Thatcher und Kohl, von Reagan und Chirac ist das Programm der Neoliberalen und Konservativen politikmächtig geworden – in einem 'deregulierten' Kapitalismus. Der Umweltschutz wurde 'liberalisiert', der Schutz bestimmter Arbeitergruppen wurde abgebaut. Das 'Normalarbeitsverhältnis' ist unter Beschuß und vielfältig durchlöchert, die öffentlichen Dienstleistungen privatisiert und der Sozialstaat wird umgebaut. Das Währungssystem des Westens ist zusammengebrochen. Die Dritte Welt ist hochverschuldet und muß die Hoffnung der 70er Jahre abschreiben, die Industrialisierung des reichen Nordens nachzuholen.

Krise also allenthalben. Doch wer und was kann die Krise regulieren, wenn überall und nahezu alles dereguliert wird? Der in den vergangenen zehn Jahren in Frankreich entwickelte Ansatz einer 'Theorie der Regulation' versucht, auf diese Frage eine Antwort zu geben. Wer über zukünftige Tendenzen eines gewendeten Kapitalismus am Ende des 20. Jahrhunderts Aussagen treffen will, wird sich mit dieser Antwort befassen müssen.

AutorInnen des Bandes sind *Birgit Mahnkopf, Kurt Hübner, Heiner Ganßmann, Elmar Altvater* und *Thomas Hurtiene*. Alle AutorInnen sind Mitarbeiter der PROKLA — Zeitschrift für politische Ökonomie und sozialistische Politik.



ISBN 3-924550-31-X

Ein
PROKLA
Buch

**Birgit
Mahnkopf
(Hrsg.)**

**Der gewendete
KAPITALISMUS**

**Kritische
Beiträge
zur Theorie
der Regulation**

Verlag Westfälisches Dampfboot

Birgit Mahnkopf (Hrsg.) Der gewendete Kapitalismus

Der gewendete Kapitalismus

Kritische Beiträge zur Theorie der Regulation

Birgit Mahnkopf (Hrsg.)



Verlag Westfälisches Dampfboot

CIP-Titelaufnahme der Deutschen Bibliothek

Der gewendete **Kapitalismus** : Krit. Beitr. zu e. Theorie d.
Regulation / hrsg. von Birgit Mahnkopf. - 1. Aufl. - Münster :
Westfäl. Dampfboot, 1988
ISBN 3-924550-31-X
NE: Mahnkopf, Birgit [Hrsg]

1. Auflage 1988
©Verlag Westfälisches Dampfboot Breul 11a – 4400 Münster
Alle Rechte vorbehalten
Umschlag: E. Kleinlosen
Druck: Druckwerkstatt Hafen GmbH, Münster
ISBN 3-924550-31-X

Inhalt

<i>Kurt Hübner, Birgit Mahnkopf</i> Einleitung	7
<i>Kurt Hübner</i> Die Krisentheorien der Regulationisten	29
<i>Heiner Ganßmann</i> Der Sozialstaat als Regulationsinstanz	74
<i>Birgit Mahnkopf</i> Soziale Grenzen "fordistischer Regulation"	99
<i>Elmar Altvater</i> Die Enttäuschung der Nachzügler oder: Der Bankrott "fordistischer" Industrialisierung	144
<i>Thomas Hurtiene</i> Entwicklungen und Verwicklungen — methodische und entwicklungstheoretische Probleme des Regulationsansatzes	182
Zu den AutorInnen	225

Einleitung

1 Über theoretische Moden

Seit einigen Jahren ist die sozialwissenschaftliche Literatur in der Bundesrepublik um ein paar Begriffe reicher. Aus Frankreich wurden "Regulation", "Akkumulationsweise", "Fordismus" und "Regulationsweise" in die hiesige ökonomietheoretische, soziologische und politologische Sprache übernommen. Diese Kategorien transportieren ein anspruchsvolles theoretisches Programm, das erstmals in einer vor zwölf Jahren unter dem Titel "*Régulation et crises du capitalisme*" veröffentlichten Arbeit von Michel Aglietta formuliert wurde. Es handelt sich bei diesem Programm um einen in der Tradition des Marxismus stehenden Versuch, mit Hilfe makroökonomischer Analyseinstrumente den krisenhaften Wandel gesellschaftlicher Integration in kapitalistischen Gesellschaften zu erklären. Analog zu den hinlänglich bekannten Stadientheorien unterscheidet zwar auch Agliettas "Pionierarbeit" der "Regulationstheorie" unterschiedliche Entwicklungsperioden innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsformation; hauptsächlich aber richtet sich Agliettas Augenmerk auf institutionelle Innovationen und ihre Wirkungen auf den Akkumulationsprozeß. Charakteristisch für dieses Theoriekonzept ist ein dynamisches Verständnis der sozialen Verhältnisse in kapitalistischen Gesellschaften. Die von den Regulationisten am genauesten untersuchte Entwicklungsperiode des Kapitalismus wird mit dem Begriff des "Fordismus" belegt. Dieser von Gramsci (1967) entlehnte Terminus bezeichnet technologisch-stofflich ein System von Massenproduktion und Massenkonsum, dessen gesellschaftliche Kohäsion durch ein spezifisches Netz institutioneller Regelungen gesichert sein soll.

Im Vergleich zu der inflationären Verwendung von Kategorien wie "Regulation", "Akkumulationsweise" oder "Fordismus" wird die hinter diesen Begriffen sich verbergende sozialwissenschaftliche Theorie in der bundesdeutschen Diskussion bislang allerdings kaum rezipiert, geschweige denn einer kritischen Überprüfung unterzogen. Eine genauere Analyse der Rezeptionsweise des regulationstheoretischen Konzeptes könnte vermutlich sogar zeigen, daß die "théorie de la régulation" hierzulande auf das Konzept des Fordismus verdünnt wurde (vgl. dazu auch Hübner 1988). Die Vielzahl von Publikationen und konzeptionell-kategorialen Veränderungen dieses Ansatzes machen es dem interessierten Leser allerdings auch nicht besonders leicht, den Überblick zu wahren. Selbst nachdem von R. Boyer ein "kanonischer" Text zur Regulationstheorie vorgelegt wurde (Boyer 1986), hat

sich daran wenig geändert. Keinen unbeträchtlichen Anteil an diesem Rezeptionsproblem hat das bei Theorieinnovationen wissenschaftssoziologisch bekannte Phänomen, daß für die Theorieentwicklung wichtige Autoren ihre Positionen von Publikation zu Publikation verändern. Für die Regulationstheorie trifft dies in besonderer Weise zu. Denn sie zeichnet sich durch einen empirisch-selektiven Problemzugang aus, so daß jeweils die Auseinandersetzung mit historisch-konkreten Problemlagen die Entwicklung ihrer theoretischen Konzepte vorantreibt. In diesem Prozeß der Wissensbildung werden Kategorien neu gefaßt, Arbeitshypothesen entweder präzisiert oder verworfen und bei einigen Vertretern des Ansatzes auch radikale theoretische Positionswechsel vollzogen. Eine ganze Reihe von regulationstheoretischen Kategorien wurden zudem an konkreten historischen Fällen — vorzugsweise den USA und Frankreich — entwickelt und sind mit dem Makel ihrer singulären Entstehung behaftet. Dies gilt in besonderem Maße für den Fordismus-Begriff. Dieser methodologischen Besonderheit sind sich auch einige Vertreter dieser "Schule" bewußt; so charakterisiert beispielsweise Boyer (1986, S. 22) die frühen Arbeiten zum Thema "*régulation*" als Versuche, eine *allgemeine* Problemstellung mit den längerfristigen *Entwicklungsgeschichten* spezieller, kapitalistisch verfaßter Ökonomien in Beziehung zu setzen; die Begriffe, die im Verlauf der Forschungsarbeiten gewonnen wurden, sind deshalb — so Boyer — als provisorisch zu verstehen, die mit ihrer Hilfe erzielten Resultate darum auch nicht umstandslos verallgemeinerbar. Viele Grundkategorien und Forschungsergebnisse dieses Ansatzes sollten darum mit Vorsicht behandelt werden: Sie sind sowohl *korrektur-* wie *entwicklungsbedürftig*.

2 Das ambitionierte Forschungsprogramm der Regulationisten

Bescheiden ist die Absicht der *théorie de la régulation* beileibe nicht. Die französischen Sozialforscher haben sich nichts Geringeres zu eigen gemacht als jene programmatische Absicht, die Marx in der Einleitung zu den "*Grundrissen*" als Ziel seiner Kritik der Politischen Ökonomie formulierte: eine Analyse des "allgemeine(n) Verhältnis(es) der Produktion zu Distribution, Austausch, Konsumtion". Auch die Regulationisten beanspruchen, das Gesamt der formalisierten und der implizierten Prozesse zu beschreiben, die zur Abstimmung von Produktion und gesellschaftlicher Nachfrage beitragen und die mit einem bestimmten Zustand von ökonomischen und nicht-ökonomischen (politischen, rechtlichen und sozialen) Organisationsformen und Produktionsstrukturen korrespondieren. Diese allgemeine (und vielleicht auch überambitionierte) Bestimmung des Untersuchungsgegen-

standes deutet bereits darauf hin, daß der Regulationsansatz traditionelle Fragestellungen der ökonomischen Theorie aufnimmt (vgl. auch Cartelier/De Vroey 1988), zugleich aber über die bekannten Produktions- und Allokationstheorien hinausgehen und eine historische Theorie entwickeln will. Im Mittelpunkt des Regulationsansatzes stehen deshalb die in bestimmten historischen Entwicklungsphasen vorherrschenden strukturellen Formen bzw. institutionellen Mechanismen, die erst eine kontinuierliche Reproduktion der ökonomischen Basisstrukturen des Kapitalismus gewährleisten.

Der Schlüsselbegriff der *régulation* ist wenig trennscharf und vieldeutig, weil die Vertreter der "*école de la régulation*" Anleihen bei mindestens zwei unterschiedlichen wissenschaftlichen Richtungen vorgenommen haben: zum einen bei Disziplinen wie der Biologie, der Kybernetik bzw. der allgemeinen Systemtheorie, die mit Konzepten der "Selbstorganisation" und der "Autopoiesis" arbeiten, um den Mechanismen der Entstehung von Ordnung in Natur und Gesellschaft auf die Spur zu kommen (vgl. dazu auch de Brunhoff 1980; Aglietta 1982) und zum anderen bei der ökonomischen Theorie. Die systemtheoretische Konzeption von Selbstorganisation dient den Regulationstheoretikern dabei als negative Referenzfolie (vgl. dazu Aglietta 1982) für die Erarbeitung eines eigenen Begriffes von Regulation, der die Fähigkeit gesellschaftlicher Systeme zur Reproduktion und Transformation erfassen soll. Bei der Entwicklung ihres Konzeptes haben sie jedoch den Grundgedanken einer adaptiven Selbststeuerung — wenn auch in modifizierter Form — beibehalten: Adaptive Selbststeuerung erfolgt im Horizont des Regulationsansatzes über die Transformation institutioneller Formen und diese wiederum wird auf soziale Handlungen gesellschaftlicher Akteure rückgeführt.

Die ersten Bemühungen der französischen Sozialwissenschaftler um ein auf soziale Prozesse anwendbares Regulationskonzept reichen zurück bis in die Anfänge der 70er Jahre: Aus Anlaß eines gemeinsam vom Collège de France und dem Institut des Sciences Mathématiques et Economiques Appliquées veranstalteten Symposiums gaben F. Perroux, der Lehrer von de Bernis (und übrigens auch von M. Aglietta), A. Lichnerowicz und G. Gadoffre im Jahre 1975 einen Sammelband physikalischer, sozialwissenschaftlicher und ökonomischer Studien über "*L'idée de la régulation dans les sciences*" heraus. Während dieses interdisziplinären Seminars hatte u.a. Illya Prigogine die Grundgedanken der thermodynamischen Regulation dargestellt; versuchte de Bernis im Anschluß an Perroux, Prigogine und Canguilhem die Idee der Selbststeuerung ökonomischer Systeme über widersprüchliche Entwicklungen einzelner Systemelemente zu präzisieren; thematisierte der belgische Sozialwissenschaftler P.-H. Chombart de Lauwe — im Rückbezug auf Marx und Gramsci einerseits, auf die funktionalistische Sozialtheo-

rie T. Parsons und auf biologistische Gesellschaftsvorstellungen wie die von Homans andererseits — die Zusammenhänge von Regulation und sozialem Wandel; und lieferte schließlich J. Piaget in seinem Einleitungstext einen Beitrag über die Epistemologie der Regulation. Die sozialwissenschaftlich ausgerichteten Beiträge — so etwa der von de Bernis (1975) — orientieren sich dabei vor allem an der von Canguilhem vorgelegten Definition, die besagt: "La régulation c'est l'ajustement conformément à quelques règles ou normes d'une pluralité de mouvement ou d'actes et de leurs effets ou produits, que leurs diversité ou leurs succession rends d'abord étrangers dans les uns aux autres" (nach de Bernis 1975, S. 99). Obwohl diese Definition von Regulation recht unspezifisch gefaßt war, traf sie doch ein Grundanliegen des späteren Regulationskonzeptes, nämlich die Identifikation von Regulation mit "Spielregeln" und Normen, die soziale Handlungen und auch Strukturen im Rahmen eines Reproduktionszusammenhangs "kanalisieren".

Eine weitere und für die Regulationstheorie weitaus wichtigere Quelle liefert allerdings die ökonomische Theorie selbst, für die ein Verständnis von Regulation gleichsam konstitutiv ist. Waren die Regulationseigenschaften kapitalistisch verfaßter Ökonomien bei den Klassikern der Politischen Ökonomie (z.B. Smith, Say, Ricardo, Marx) noch heftig umstritten, so entschied dann der Siegeszug der Neoklassik mit ihrer subjektiven Werttheorie und ihrer strikten Ausrichtung am methodologischen Individualismus diese Auseinandersetzung eindeutig. Die von Léon Walras begründete allgemeine Gleichgewichtstheorie entwickelte das Argument der Selbstregulierung von Teilmärkten, die wiederum das Gesamtsystem gleichgewichtig regulieren, in einer auch formal strikten Weise, die bis heute den Grundstock der orthodoxen Ökonomie ausmacht. Im walrasianischen Auktionator versammeln sich sozusagen konzentriert alle für die Tauschprozesse relevanten Informationen, deren Kenntnis dann wiederum die Schaffung eines Gleichgewichts sichert. Die in das Konzept des allgemeinen Gleichgewichts eingehenden Prämissen über die individuellen ökonomischen Akteure, ihre Nutzen- und Verhaltensfunktionen, die Informationsausstattung der Ökonomie und den zentralen Mechanismus der Marktpreise als Allokationsinstanz sind nichts weniger als Begründungen einer ökonomischen Theorie der Selbstregulation.

Der Regulationsmechanismus und die langfristigen Regulationseigenschaften werden in der ökonomischen Theorie allerdings äußerst unterschiedlich gefaßt. Ein kurzer Überblick über die Marxsche, klassische und neoklassische "Theorie der Regulation" mag dies verdeutlichen. Während die Klassiker die "natürlichen Preise", also die durch die Produktion und Reproduktion von Waren und durch die Wirkung der Konkurrenz sowie des sektoralen Profitratenausgleichs sich langfristig durchsetzenden Preise in das Zentrum ihrer Argumentationsführung rücken, dominieren in der marginalistischen,

neoklassischen Theorie die *Marktpreise* (bzw. die Relativpreise), verstanden als ein aus den Konstellationen von Angebot und Nachfrage resultierendes Preissystem. Auch in der Marxschen Theorie gibt es in Gestalt des Wertgesetzes einen ökonomischen Regulationsmechanismus, der sich in Form der Produktionspreise durchsetzt und über den so bewirkten sektoralen Profitratenausgleich eine Regulation des ökonomischen Systems gewährleisten soll. Im Gegensatz zu der harmonistischen Vorstellung der neoklassischen Theorie erfolgt bei Marx die Regulation allerdings über die ökonomische Krise, verstanden als "immer nur momentane gewaltsame Lösungen der vorhandenen Widersprüche, gewaltsame Eruptionen, die das gestörte Gleichgewicht für den Augenblick wiederherstellen" (MEW 25, S. 259).

Die angesprochenen Theoriekomplexe unterscheiden sich aber nicht allein darin, wie die Durchsetzung der Regulation ("gleichgewichtsinduzierend" vs. "gleichgewichtszerstörend") bestimmt wird, sondern weisen bereits im theoretischen Verständnis des Regulationskomplexes ganz erhebliche Differenzen auf. Sind nämlich die Marktpreise der neoklassischen Theorie konstitutiv als Gleichgewichtspreise konzipiert, so haben die "natürlichen Preise" der Klassiker bzw. auch die Marxschen Produktionspreise den analytischen Status von "Gravitationszentren", um die herum die aktuellen oder Marktpreise fluktuieren. Aber auch zwischen den "natürlichen Preisen" und den Produktionspreisen gibt es gewichtige analytische Differenzen. Smith argumentiert auf der Ebene des Marktes, der als ein System vieler Interaktionen in Gestalt von Tauschhandlungen gefaßt wird. Auf dem Markt wirkt Smith zufolge ein spezifischer Preismechanismus, der die Verteilung des Gesamtproduktes zwischen den Klassen (Lohn-, Profit- und Grundrentebezieher) regelt. Entscheidend sind dabei allerdings nicht, wie in der Neoklassik, die durch Angebots- und Nachfragekonstellationen bestimmten Marktpreise sondern die "natürlichen Preise", die das Gravitationszentrum für die Marktpreise darstellen. Den natürlichen Preis einer Ware definiert Smith als den Preis, der sich ergibt, wenn die in die Preisbildung eingehenden Renten der Grundbesitzer, die Löhne der Arbeiter und die Profite der Unternehmer ihr gleichfalls "natürliches" Niveau i.S. eines historisch überlieferten Niveaus angenommen haben, d.h. der "natürliche" Preis ist durch die Höhe der Faktorentgelte Lohnsatz, Profitrate und Grundrente bestimmt (vgl. dazu zuletzt Stanger 1988). Ricardo demgegenüber begründet den "natürlichen" Preis mit dem Maß der aufgewendeten direkten und indirekten Arbeit. Die technischen Produktionsbedingungen in Form der Input-Output-Relationen bestimmen den regulierenden Preis. Vergleichbar argumentiert Marx: Kapitalakkumulation und technischer Fortschritt im Rahmen kapitalistischer Konkurrenz verändern die Proportionen von direkten und indirekten Arbeitsinputs und bewirken so eine ständige Verschiebung

der Gravitationszentren (vgl. dazu Semmler 1984, S. 18ff).

Die von den Regulationisten gestellten theoretischen Fragen sind also keineswegs neu. Neuartig und weitergehender sollen aber die Antworten sein. Expliziter Bestandteil des Forschungsprogramms der Regulationisten ist mithin die Überwindung des neoklassischen Verständnisses von ökonomischer Selbstregulation. An die Stelle einer (allgemeinen) *Selbstregulation* soll eine Theorie kapitalistischer Gesellschaften rücken, die auch historische Formspezifika erfassen kann — indem sie das institutionelle "Setting" berücksichtigt. Einzelne Vertreter des Ansatzes handhaben die konzeptionelle Ausgestaltung einer solchen Alternative allerdings in recht unterschiedlicher Weise.

3 Zentrale Fragestellungen der Regulationstheorie

Die erkenntnisleitenden Fragestellungen des Regulationsansatzes wurden erstmals in der USA-Studie M. Agliettas (1976; hier und im weiteren zitiert nach der englischen Ausgabe von 1979) wie folgt formuliert: Welche Kräfte transformieren ein gesellschaftliches System und garantieren seinen langfristigen Zusammenhang? Sind die Bedingungen und Modalitäten dieses Zusammenhangs fähig zur Evolution? Unter welchen Bedingungen und durch welche Prozesse ist qualitativer Wandel in den Produktionsbeziehungen induziert? Ist es möglich, Phasen der Entwicklung des Kapitalismus zu identifizieren und kann eine solche Identifizierung die strukturellen Krisen dieser Produktionsweise erklären? Ist die gegenwärtige Krise eine Folgeerscheinung anderer historischer Wandlungen innerhalb des Kapitalismus und liefert sie eine Argumentationsbasis für Hypothesen über zukünftige Klassenkämpfe? (Ebd., S. 16ff)

In seinem ökonomietheoretischen Kern — unabhängig von der paradigmatischen Ausgestaltung durch einzelne seiner Vertreter — beansprucht der Regulationsansatz den Status einer Alternative zur neoklassischen allgemeinen Gleichgewichtstheorie. Werden dort Entwicklungsprobleme des Kapitalismus als durch "externe Störvariablen" verursachtes Scheitern von Akkumulations- und Verteilungsprozessen erklärt, so will die Regulationstheorie (a) über den Nachweis des endogenen Charakters von Akkumulationsblockaden den funktionalen Stellenwert ökonomischer Krisen für Systemanpassungsprozesse zeigen ("kleine", zyklische Krisen), und (b) zugleich demonstrieren, daß die Adaptionfähigkeit eines gegebenen politisch-ökonomischen Systems Grenzen aufweist ("große" Krisen eines "Akkumulationsregimes"), die nur durch neue Gesellschaftsprojekte — seien sie kapitalistischen oder nicht-kapitalistischen Typs — überwunden werden können. Damit favorisiert der Regulationsansatz ein Krisenkonzept, das intersystemische Wandlungsprozesse und jene "anti-systemische Dynamik" (Li-

pietz 1985, S.5), die von gesellschaftlichen Kräften ausgeht, integral erfassen möchte — mithin also ein nicht-finalistisches Krisenkonzept, das den geschichtsphilosophischen Optimismus einer Mehrzahl der marxistischen Krisen- (und Revolutions-) Theorien vermeiden will. Die Regulationstheorie zielt auf eine integrale Analyse der Entwicklungsdynamik, die die logischen Strukturen des Kapitalverhältnisses historisch bestimmen und die soziale Praxis der handelnden Individuen und Klassen als inneres Moment der geschichtlichen Bewegung begreifen kann (ebd.). Insbesondere bemüht sich dieser Ansatz, die Historizität von gelungenen und fehlgelaufenen Anpassungen dominanter makroökonomischer Prozesse nachzuweisen (so Boyer 1979). Unter methodologischen Gesichtspunkten sollte der Regulationsansatz deshalb als eine "middle range"-Theorie begriffen werden. Mit der angestrebten Entwicklung sog. "intermediärer Konzepte" wird versucht, theoretische Aussagen über historische Prozesse kapitalistischer Gesellschaften zu formulieren. Eingedenk des selbstreklamierten Anspruchs der Regulationisten, eine Alternative zur neoklassischen Theorie des Allgemeinen Gleichgewichts entwickeln zu wollen, offenbart sich hier ein erstes methodologisches Mißverhältnis: Die regulationstheoretischen Arbeiten schwanken zwischen allgemeinen und historisch-spezifischen Aussagen. Dieses Mißverhältnis reproduziert sich innerhalb der "école de la régulation" in der theoretischen Frontenbildung zwischen einer *werttheoretisch* und einer *preistheoretisch* fundierten Variante des Regulationsansatzes (vgl. dazu ausführlicher Hübner 1988). Während die werttheoretisch argumentierenden Regulationisten (der "frühe" Aglietta, Lipietz) an den Gesetzen der Produktionsweise festhalten wollen, werden von den preistheoretischen Vertretern des Regulationsansatzes (Boyer, Mazier/ Basle/ Vidal etc.) solche Gesetze prinzipiell infragegestellt. Ihr Interesse gilt sogenannten "historischen Gesetzen", d.h. theoretischen Aussagen über Zusammenhänge zwischen ökonomisch-institutionellen Variablen in bestimmten Entwicklungsphasen.

Der historisch-analytische Zuschnitt des Regulationsansatzes findet seinen Ausdruck in den Bemühungen, nationale und zeitspezifische Varianzen in den Krisen- wie in den Regulationsformen aufzudecken. In der Anfangsphase der Regulationsschule galt als primäres Ziel, die außergewöhnliche Akkumulationsdynamik der Nachkriegsprosperität, die die USA und Westeuropa erfahren haben, zu erklären; mittlerweile hat sich ihr Analyse-spektrum freilich beträchtlich erweitert (vgl. dazu Hübner/ Mahnkopf 1988, S.45 ff). Zugleich sollten die Merkmale identifiziert werden, die das Phänomen eines länderübergreifenden Bruchs in den Wachstumsraten der Akkumulation und der "relativen Kohärenz" von Löhnen, Produktivität, Profiten, Preisen und Produktion erklären können. In erster Linie ging es dabei um eine befriedigende Erklärung für das Ende der "fordistischen Entwick-

lungsphase" im Zuge der Weltwirtschaftskrise 1974/75; gleichzeitig wurden aber auch historisch angelegte Untersuchungen zur Entwicklung des Lohnverhältnisses und der Formen des Arbeitsprozesses vorgenommen, in denen einige heute noch zentrale Kategorien des Regulationsansatzes erstmals zur Anwendung gelangten. Die vor allem in jüngster Zeit unternommenen empirischen Länderstudien (vgl. hierzu die Beiträge in Boyer 1986a und 1986b) greifen diese Kategorien auf, arbeiten aber stärker die Heterogenität der Krisenformen und -verläufe heraus. Im Zuge dieses rekursiven Prozesses wird versucht, den kategorialen Apparat weiterzuentwickeln. Kurzum: Bei der Theorie der Regulation handelt es sich um ein empirisches wie methodisch-theoretisches *Forschungsprogramm*.

Die in einer Vielzahl von empirischen Analysen überprüfte Ausgangsthese dieses Forschungsprogrammes läßt sich wie folgt charakterisieren: Einzelne Wachstumsperioden werden als *Akkumulationsregimes* verstanden, die über lange Zeiträume hinweg eine Übereinstimmung zwischen den Transformationen von Produktionsnormen und Konsumtionsnormen sichern. Darüber hinaus stiften diese Akkumulationsregime eine Kohärenz zwischen den Formen der ökonomischen und der institutionellen Organisation einer Gesellschaft — und zwar über spezifische *Regulationsformen* (des Lohnverhältnisses, des Warenverhältnisses, des Geldverhältnisses, der Staatsintervention), deren Ensemble wiederum bestimmte *Regulationsweisen* ausmachen. Eine Schlüsselstellung innerhalb dieser Theorie nimmt der Begriff des *Lohnverhältnisses* (rapport salarial; wage relation) ein, mit dem der Warencharakter der Arbeit und der gesellschaftliche Zwang zum Verkauf der Arbeitskraft auf mehreren Ebenen thematisiert wird: (a) als historischer Prozeß der Entstehung des doppelt freien Lohnarbeiters; als Organisationstypus des Arbeitsmarktes und damit des Grades der Kontrolle der Arbeiter über ihre Qualifikation sowie als Maß der Einschränkung der Konkurrenz zwischen den Lohnabhängigen; (b) als Form der Entlohnung und des Mischungsverhältnisses zwischen direkten und indirekten, also leistungsbezogenen und sozialpolitischen Lohnelementen und (c) als Verhältnis von kapitalistischen, vorkapitalistischen und nicht-kapitalistischen Formen der Reproduktion der Arbeitskraft sowie der Beziehungen zwischen privat-familialem und kollektivem Konsum. Die historischen Formen der Regulation des Lohnverhältnisses ergeben sich genau entlang dieser Dimensionen von Strukturbeziehungen. Pascal Petit (1986, S. 48) zufolge liegt die theoretische Pointe dieses Konzeptes darin, "that it includes the parallel, if not necessarily simultaneous, transformation of working conditions on the one hand and of life styles on the other. It is a synthetic notion, which relates both to work organization, qualifications and employment as well as to wages and social benefits".

Im "Paradigmenstreit" (Lutz 1984, S. 29ff) zwischen Vertretern eines Konzeptes industriegesellschaftlicher Entwicklungskontinuität und denjenigen Ansätzen, die auf die Unstetigkeit industriegesellschaftlich-kapitalistischer Entwicklung abheben, findet sich die Regulationstheorie mit ihrem Krisenverständnis und ihrem kategorialen Apparat eindeutig auf seiten der letzteren Position. In der Auseinandersetzung um die angemessene Theorieperspektive hat jüngst B.Lutz sein Urteil formuliert: Ihr methodisches Verständnis von Entwicklungsprozessen, so Lutz, dürfte "(...) besonders dazu geeignet erscheinen, Krisen und Entwicklungsbrüche, disruptive Verläufe, Labilitätsmomente im Parallelogramm der treibenden Kräfte und Verwerfungen im gesellschaftlichen Strukturgefüge sichtbar zu machen (...)" (Lutz 1984, S. 36). Gleichgewichts- und Kontinuitätstheorien tun sich in der Tat schwer mit der Analyse von Krisen- und Transformationsprozessen. Allerdings will auch den Regulationisten bis heute keine kohärente und über die bekannten Theoreme hinausreichende Krisen- und Transformationstheorie gelingen (vgl. dazu Hübner 1988 sowie Hübner in diesem Band).

Angesichts der Spannweite regulationstheoretischer Arbeiten kann auch von einer "école de la régulation" im strikten Sinne eigentlich nicht gesprochen werden. Grundsätzlich läßt sich eine *werttheoretisch* und eine *preistheoretisch* fundierte Variante des Regulationsansatzes unterscheiden. Die wichtigste werttheoretisch fundierte Theorie der Regulation wurde, wie bereits erwähnt, von Aglietta (1979) formuliert — wobei diese Arbeit allerdings weit über den werttheoretisch argumentierenden Zweig des Regulationsansatzes hinausreicht.

4 Die "Pionierarbeit" von Aglietta: eine werttheoretisch fundierte Theorie der Regulation

In den Reihen begeisterter Anhänger der Regulationstheorie wird Agliettas erste USA-Studie gelegentlich als "Das Kapital des 20. Jahrhunderts" gefeiert (so etwa Mjoset 1985, S. 36). Eine solche Wertung ist zweifellos übertrieben. Fraglos aber handelt es sich dabei in dem Sinne um eine "Pionierarbeit", als in ihr jene "intermediate concepts", die heute mit dem Regulationsansatz assoziiert werden, erstmals breit entwickelt wurden. Von besonderer Bedeutung unter diesen vermittelnden Begriffen ist das Konzept des *Akkumulationsregimes*, dessen theoretischer Gehalt drei übergreifende Aspekte umfaßt:

(1) *Nutzung der Arbeitskraft in der Produktion*: Festlegung des Normalarbeitertages als Grundlage des Grundlohnes; Anzahl der Überstunden; gesetzlich maximale Arbeitszeit; Festlegung des Rentenalters; Muster der unternehmerischen Einstellungs- und Entlassungspolitik; Festlegung der

Praktiken der Gewerkschaften.

(2) *Bestimmung des Lohnes*: Festlegung des allgemeinen Procedere der Verhandlungen über den Grundlohn; Regelung der Anwendung dieser Regeln und Normen; Schlichtung von Konflikten zwischen Management und betrieblichen/überbetrieblichen Vertretern der Lohnabhängigen.

(3) *Reproduktion der Arbeiterklasse*: Standardisierung des Grades an Arbeitsplatzsicherheit durch Arbeitslosengeld und öffentliche Beschäftigungsprogramme; Standardisierung der Risiken vorübergehender oder dauerhafter Arbeitsunfähigkeit mittels freiwilliger oder Zwangssicherungssysteme; Standardisierung von Rentenzahlungen (Aglietta 1979, S. 69–70).

Entlang diesen Kriterien unterscheidet Aglietta unterschiedliche Regime der Akkumulation. Das *vorwiegend extensive Akkumulationsregime* ist ihm zufolge dadurch gekennzeichnet, daß der Mehrwert durch die Transformation der Bedingungen der Arbeitsorganisation produziert wird. Der traditionelle Lebensstil der Lohnabhängigen kann dabei erhalten oder auch zerstört werden; entscheidend ist allein, daß er keine Neustrukturierung erfährt. Historisch konzentrierte sich dieses Regime auf den Agrarsektor, der einen Agrar-Lebensmittelkomplex hervorbringt; bezogen auf den industriellen Sektor gelingt aber die kombinierte Entwicklung beider Abteilungen der gesellschaftlichen Produktion nur schwer. Das *vorwiegend intensive Akkumulationsregime* ermöglicht demgegenüber einen neuen Lebensstil der Arbeiterklasse (eine gesellschaftliche Konsumnorm); beide Abteilungen der gesellschaftlichen Produktion werden miteinander "verdichtet". Diese Unterscheidung wird von Aglietta illustrativ auf den ökonomischen Entwicklungsprozeß der USA bezogen, zielt aber *nicht* auf eine Periodisierung der konkreten Geschichte kapitalistischer Gesellschaften — wie dies etwa die Stadientheorie der marxistischen Orthodoxie anstrebt — sondern einzig auf die Entwicklung einer Theorie der Regulation. Es handelt sich also um eine theoretische Kategorie, die sich nicht umstandslos auf den historischen Prozeß übertragen läßt.

Eine neue Stufe der kapitalistischen Entwicklung ist Aglietta zufolge genau dann erreicht, wenn der Prozeß der Kapitalakkumulation nicht auf die Transformation des Arbeitsprozesses beschränkt bleibt, sondern auf eine umfassende Transformation der Reproduktion der Arbeitskraft zielt (Aglietta 1979, S. 80). Dieses Periodisierungskriterium kapitalistischer Entwicklung unterscheidet sich denn auch nicht unwesentlich von der Stadienperspektive der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus oder den im Rahmen der Langen Wellen-Theorien vorgeschlagenen Periodisierungen. Entscheidend ist für Aglietta die Veränderung des *Lohnverhältnisses* — und nicht die Veränderungen der Marktstrukturen ("Monopolisierung") oder die Häufung von Basisinnovationen. "Fordismus" und "Taylorismus" sind die

Schlüsselbegriffe seiner Kohärenzanalyse.

"Fordismus" ist demnach nicht mehr und nicht weniger als das Prinzip der Artikulation zwischen dem Prozeß der Produktion und der Konsumweise, ein Prinzip gesellschaftlicher Rationalisierung, das die Massenproduktion als spezifischen Gehalt der Universalisierung des Lohnverhältnisses begründet (ebd., S. 117). Dieser Begriff verweist also auf solche Transformationen des Arbeitsprozesses, die in engster Weise mit Veränderungen der Existenzbedingungen der Lohnarbeiterklasse verbunden sind und auf diese Weise zur Herausbildung eines gesellschaftlichen Konsumstandards beitragen, der die Konsumweise und die Produktionsbedingungen integriert (ebd., S. 152). Der Begriff "Taylorismus" ist demgegenüber enger gefaßt: "The term Taylorism might be defined as the sum total of those relations of production internal to the labour process that tend to accelerate the competition of the mechanical cycle of movements on the job and to fill the gaps in the working day" (ebd., S. 114). Agliettas eigentliche Analyse gilt dem umfassenderen Begriff des "Fordismus" und zwar deswegen, weil ihn insbesondere die historische Verdrängung des Taylorismus durch den Fordismus interessiert (ders. 1979, S. 116): Mit der Transformation der Produktionsweise hin zu einem intensiven, fordistischen Akkumulationsregime verbindet sich für ihn die Entwicklung *struktureller Formen*, die für die Regulation des Systems von zentraler Bedeutung sind. Allgemein ist eine strukturelle Form definiert als "... mode of cohesion of basic social forms arising from the development of one and the same basic social relation" (Aglietta 1979, S. 188). Das Konzept der strukturellen Form ist bei Aglietta also zuvorderst ein Kohäsions- und Reproduktionsprinzip, welches dem Umstand Rechnung tragen soll, daß mit dem Konzept des Lohnverhältnisses der "homogene Raum" des Wertes sich in den Wert der Arbeitskraft und den des Mehrwerts aufteilen läßt. Aglietta geht es dabei um die analytische Erfassung historischer Transformationen von Formen gesellschaftlicher Beziehungen innerhalb des "homogenen Raums des Wertes". In diesem Sinne ist bei ihm das Konzept der strukturellen Form an eine Theorie des Wertes rückgebunden. Hier liegt denn auch die zentrale Differenz zu der späteren Sprechweise der "institutionellen Form" bei Boyer. Erst in zweiter Instanz meint strukturelle Form bei Aglietta auch konkrete historische "Institutionen". Eine solche strukturelle Form ist beispielsweise das Tarifvertragssystem, das zur Kohäsion von Produktions- und Konsumnormen beitragen kann (vgl. ebd., S. 95). Die strukturellen Formen wirken also als eine Art von "Geburtshelfer", indem sie der anarchischen, konkurrenzgesteuerten Kapitalbewegung eine zeitlich begrenzte Kohärenz und Regelmäßigkeit verleihen. Historisch beschreibt der Begriff "Fordismus" das sich zuerst in den USA herausbildende intensive Akkumulationsregime, das über seine Internationalisierung

(„atlantischer Fordismus“, so Davis 1986) den langen Aufschwung der Nachkriegszeit trug, und wesentlich durch vier Momente gekennzeichnet ist: (a) den langfristigen Rückgang der gesellschaftlichen Reproduktionskosten der Arbeitskraft; (b) die (quantitative) Ausweitung der Lohnarbeiterklasse; (c) die Vertiefung des Prinzips der Mechanisierung des Produktionsprozesses und (d) die Formierung einer Konsumweise durch die Massenproduktion standardisierter Waren.

Für die Konzipierung des ökonomisch begründeten Regulationskomplexes kommt dem Verständnis des *Konkurrenzbegriffes* eine zentrale Bedeutung zu. Bei Marx bewirkt die Konkurrenz einen permanenten Konflikt der Einzelkapitale um die Aufteilung des insgesamt produzierten Mehrwerts. Neben der Preiskonkurrenz, die sich in der Austauschsphäre abspielt, umfaßt der Marxsche Konkurrenzbe­griff auch die Produktionssphäre, in der die individuellen Kapitale um komparativ überlegene Produktionsbedingungen von Profit „streiten“. An dieses Verständnis von Konkurrenz knüpft auch Aglietta an, wenn er mit dem Begriff *„full competition“* sowohl die Vereinheitlichung des Kapitals im Zuge der Herstellung der allgemeinen Profitrate als auch die Transformationsprozesse der gesellschaftlichen Bedingungen kapitalistischer Produktion, genauer: der Produktionsnormen auf Branchenebene zu erfassen versucht (vgl. Aglietta 1979, S.290 ff). Diese Transformation wird von individuellen Kapitalen eingeleitet, die über überdurchschnittliche Produktionsbedingungen verfügen und sich so Surplusprofite aneignen können. Die Konkurrenz als dynamischer Prozeß führt dazu, daß sich eine zunehmende Zahl von Kapitalen diese überdurchschnittlichen Produktionsbedingungen aneignen müssen, daß ein immer größerer Teil der Waren zu dem neuen Preis angeboten wird und daß sich — nach Maßgabe des neuen Produktivitätsniveaus — das gesellschaftliche Preisniveau verschiebt. Einzelne Kapitale, die diese Umwälzung der Produktionsbedingungen nicht mitvollziehen können, werden aus dem Markt gedrängt, d.h. letztlich entwertet. Die von diesen Kapitalen aufgewendete Arbeit, die nur potentiellen Wert verkörpert, wird — vermittelt über den erzwungenen Vergleich — nicht als gesellschaftlich notwendige und damit wertbildende Arbeit anerkannt. Deshalb gilt: *„Prices of production are prices regulating the transformation of the conditions of production“* (ders. 1979, S. 295). Diese Interpretation von regulierenden Preisen, so Aglietta weiter, *„permits a concrete analysis, because it is linked to a conceptualization of historical time. This is why it is radically different from the definition of the classic (and neoclassic, K.H./ B.M.) price systems as systems related to logical time“* (ebd.). Bei der Entwicklung seines Konkurrenzbegriffes beharrt Aglietta i.S. seines Forschungsprogramms auf der Unterscheidung historischer Formen der Konkurrenz. Er begreift das Abstraktum Markt als institutionellen gesellschaft-

lichen und nicht allein als einen ökonomischen Komplex; Kategorien wie Geld, reale/historische Zeit, institutionelle Formen und Ungewißheit sind für ihn darum von zentraler Bedeutung, um das Verhältnis von Regulation und Konkurrenz zu bestimmen. Mit dem Übergang der *„full competition“* zu der *„monopolistic competition“* verändern sich, so die These Agliettas, die Formen der Regulation. Dabei ist der Begriff *„monopolistic competition“* sicherlich nicht sonderlich glücklich gewählt. Denn nicht die Zunahme von Monopolmacht, wie etwa von den Theoretikern des staatsmonopolistischen Kapitalismus behauptet, ist für ihn die entscheidende Ursache von Veränderungen der Regulationsformen, sondern das historisch veränderte Zusammenwirken von Produktions- und Konsumnormen.

5 Der Regulationsansatz im theoretischen Wandel

Die Arbeit Agliettas fand in den französischen Sozialwissenschaften breite Aufmerksamkeit; seine mehr als eintausend Seiten umfassende *„Vorarbeit“* von *„Régulation et crises du capitalisme“* wurde beispielsweise in einem Kolloquium diskutiert, an dem der größere Teil der heutigen Regulationisten beteiligt war. In der weiteren Entwicklung des Regulationsansatzes sollte sich allerdings zeigen, daß seine werttheoretisch fundierte Theorie der Regulation nicht von allen Exponenten des Ansatzes übernommen wurde. Eine zweite Variante der Regulationstheorie schlägt einen anderen Weg ein. Bei diesem Zweig liefert die Arbeitswerttheorie nicht länger das theoretische Fundament der Analyse. Regulation wird hier in der Zirkulationssphäre verortet; abkürzend läßt sich diese Variante als *„preistheoretische“* Fundierung der Regulationstheorie bezeichnen.

Eine *„Zwitterstellung“* nimmt A. Lipietz ein. Seine regulationstheoretischen Arbeiten basieren explizit auf der Marxschen Werttheorie; die empirisch ausgerichteten Studien aber beziehen sich zumeist auf die preistheoretisch fundierten Untersuchungen. Lipietz (1986, S. 14f) entwickelt eine ähnliche Differenzierung von Typen der Regulation wie Aglietta, gründet sein Konzept von Regulation aber vor allem auf eine gesellschaftstheoretische Interpretation der Marxschen Reproduktionsschemata, die er mit den Begriffen *„Akkumulationsregime“* und *„Regulationsweise“* neu zu fassen versucht. Ein Akkumulationsregime beschreibt ihm zufolge ein langfristiges Allokationsgleichgewicht zwischen Konsum und Investition bzw. den Abteilungen II und I der gesellschaftlichen Reproduktion. In dynamischer Perspektive bedarf ein solches Gleichgewicht einer *„certain correspondence between the transformation of the conditions of production and the transformation of the conditions of the reproduction of wage-labour, between certain of the modalities in which capitalism is articulated with other modes of production within a national economic and social formation, and between the*

social and economic formation under consideration and its 'outside world' (Lipietz 1986, S. 14 - Herv. i.O.). Technisch kann ein solches Akkumulationsregime als ein Schema erweiterter Reproduktion beschrieben werden. Damit sich ein solches Regime auch in stabiler Weise reproduzieren kann, bedarf es nach Lipietz Normen, Gewohnheiten, Gesetze und regulierender Netze, die gewährleisten, daß die mit ihren Handlungen ein solches Regime reproduzierenden Agenten sich entsprechend den Stabilitätsanforderungen verhalten: "The set of internalized rules and social procedures which incorporate social elements into individual behaviour...is referred to as *mode of regulation*" (ebd., S. 15 - Herv. i.O.).

Ein daran anknüpfendes, allerdings nicht in der marxistischen Theorie wurzelndes Konzept von Regulation findet sich bei Boyer (1986), der nach eigenem Verständnis (a) an den Arbeiten der deutschen Historischen Schule und (b) an den theoretischen Konzepten der Keynes-Kalecki-Tradition ansetzt und auf diesem Wege versucht, Regulation — wie auch Lipietz — mit Kategorien wie Institution, Struktur und Norm in Verbindung zu bringen. Die von Boyer angeführten Wurzeln des Regulationsansatzes in der Historischen Schule und im Institutionalismus sind aber nur in diesem weit verstandenen Sinne auffindbar. Beide dogmengeschichtlichen Traditionen haben die Entwicklung des Regulationsansatzes nur mittelbar beeinflusst: zum einen durch die ausgeprägte historisch-empirische Ausrichtung und zum zweiten durch die Betonung der Relevanz einer institutionellen Umwelt ökonomischer Prozesse in der Theorie der Regulation. Wie diese Wurzeln des Boyerschen Regulationsverständnisses läßt sich aber auch die von Boyer reklamierte Keynes-Kalecki-Verankerung nur indirekt aufspüren. Wichtig an Kaleckis Monopolgradtheorie ist für Boyer allein, daß damit ein analytisches Instrument zur Verfügung steht, das institutionelle Strukturen wie Gewerkschaften, Tarifverhandlungen usw. nahtlos in die ökonomische Analyse des Lohnverhältnisses einbeziehbar macht. Die Boyersche Version der Regulationstheorie nimmt genau diesen Grundgedanken von Kalecki auf und versucht, das tautologische Verhältnis von Lohnquote und Monopolgrad theoretisch wie empirisch gehaltvoll zu füllen. Die von Kalecki formulierte These, wonach der Klassenkampf die Verteilung durchaus zu beeinflussen vermag (Kalecki 1971, S. 203 ff), versucht Boyer insbesondere in seinen Analysen des Lohnverhältnisses zu präzisieren (vgl. dazu Hübner/Mahnkopf 1988, Kap. 4).

Eine weitere, sich sowohl von Aglietta und Lipietz, aber auch von Boyer unterscheidende theoriegeschichtliche Einordnung und Begründung der "théorie de la régulation" wird von P. Petit (1986, S. 25-48) vorgeschlagen. Ihm zufolge ist die Regulationstheorie das synthetische Resultat der Verknüpfung einer *Smith-Young-Kaldor-Sequenz* und einer *Durkheim-*

Sequenz. Beide Sequenzen diskutieren das Problem eines kohärenten Verhältnisses von Produktion und Konsum. Die erste Sequenz gründet auf der Einsicht von Adam Smith, wonach das Maß der gesellschaftlichen Arbeitsteilung und damit der Methoden und Formen der Arbeitsorganisation von der Größe der Märkte abhängt. Die Ausdehnung eines Marktes, so die Grundidee, erlaubt die Vertiefung der jeweiligen Produktionsprozesse und damit auch den Einsatz verbesserter Maschinerie, der wiederum neue Märkte eröffnet. Durch das Zusammenspiel von Produkt- und Prozeßinnovation ergibt sich ein expansiver Prozeß, der Produktions- wie Konsumnormen erfaßt. Im Kaldorschen Wachstumsmodell wird diese kumulative Ursachenkette mit dem Verdoornschen Gesetz verbunden und begründet, wonach infolge steigender Skalenerträge ein Zuwachs der Produktion (Markterweiterung) zu einem positiven, aber kleineren Zuwachs der Beschäftigtenproduktivität führt. Die Zunahme der Produktivität erlaubt Preissenkungen bzw. führt zu einer Erhöhung der Kaufkraft der Lohnabhängigen und bewirkt so wieder eine Ausweitung der Märkte:

Erweiterung der Märkte \Rightarrow Produktivitätszuwächse \Rightarrow Preissenkung und Stärkung der Konkurrenzposition; Erhöhung der inländischen Kaufkraft \Rightarrow Erweiterung der Märkte.

Dieser ökonomietheoretischen, "Neo-Smithianischen" Sequenz steht eine eher soziologietheoretische Sequenz gegenüber, wie sie von Emile Durkheim (1893; 1977) formuliert wurde. Durkheim sieht den Übergang von der einfachen Gesellschaft zur modernen Industriegesellschaft und damit von der wenig entwickelten zu der tiefgegliederten Arbeitsteilung mit einem Verdrängungsprozeß "mechanischer" durch "organische Solidarität" verbunden. Mit der im Zuge fortschreitender Arbeitsteilung verknüpften Herausbildung sozialer Differenzierung und Individualisierung kann soziale Integration nicht länger durch "mechanisch" eingespielte Gruppensolidaritäten oder staatlichen Zwang gewährleistet werden, sondern erfordert ein kooperatives Rechtssystem, in dessen Zentrum der Vertrag steht. Die soziale Integration entwickelter Tauschgesellschaften auf industriekapitalistischer Basis erfolgt Durkheim zufolge einmal über die wechselseitigen Abhängigkeiten der Tauschagenten und zum anderen durch die Herausbildung eines kollektiven Wertesystems — über die "organische Solidarität", bei der vertragliche und nicht-vertragliche Elemente einander ergänzen (vgl. zur theoriegeschichtlichen Einordnung Hurtienne 1984, Bd. 2, S. 255ff):

Arbeitsteilung \Rightarrow organische Solidarität \Rightarrow Entwicklung des Produktionssystems \Rightarrow Arbeitsteilung.

Die Verknüpfung beider kumulativer Sequenzen begründet im Petit-schen Verständnis den Begriff der Regulation als "conjunction of institutions and customs which, in a given society, ensure the reproduction of a

given economic system by means of the articulation between production and consumption" (Petit 1986, S. 217). Dieses Verständnis von Regulation ist noch am ehesten allen Vertretern der Regulationstheorie gemeinsam; jedenfalls zielen die unterschiedlichsten Exponenten dieses Forschungsansatzes auf eine integrale Verbindung von Struktur und Institution/Norm und betonen spezifische ökonomische wie außerökonomische Artikulationsmechanismen zwischen den Sphären von Produktion und Konsumtion. Die Petitsche Verknüpfung dieser beiden Sequenzen könnte deshalb sowohl problemlos in die von Lipietz zur Begründung von Regulation vorgeschlagene gesellschaftstheoretische Interpretation der Marxschen Reproduktionsschemata übersetzt als auch von Boyer zur Grundlage seiner Arbeiten verwendet werden. Doch handelt es sich bei "Regulation" eben nicht allein um eine begriffliche Definition; der gemeinsam geteilte Begriff läßt unterschiedliche theoretische Verortungen zu; wird er im Rahmen kategorialer Analysen entfaltet, erhält er recht unterschiedliche Bedeutungsgehalte. Zugespielt ließe sich formulieren: Einmal wird die Grundlage von Regulation in der Produktions- ein anderes Mal in der Distributions- bzw. Zirkulationssphäre verortet. Agliettas Arbeiten stehen dabei exemplarisch für die erste Strategie, während vor allem die Texte Boyers für die zweite Linie charakteristisch sind.

6 Perspektiven des Ansatzes

Der von Aglietta in analytischer Absicht eingeführte Begriff der Regulation, verstanden als übergreifende Vereinheitlichung und Artikulation spezifischer struktureller Formen bzw. als Integral aller in bestimmten historischen Entwicklungsphasen auf den Prozeß der Kapitalakkumulation einwirkenden institutionellen Beschränkungen, ist als definitorischer Kern in den Arbeiten der Regulationsschule präsent. Das in der gleichen Arbeit vorgeschlagene zentrale methodologische Prinzip einer Vermittlung der abstrakten Gesetze der ökonomischen Theorie mit "historischen Gesetzen" aber wurde abgelöst durch das Prinzip einer Ersetzung abstrakter Gesetze durch "historische Gesetze". Aufrechterhalten blieb dabei der Anspruch des Regulationsansatzes, einen Gegenpol zur neoklassischen Theorie zu markieren. Im Unterschied zur orthodoxen ökonomischen Theorie, sei sie neoklassischer oder keynesianischer bzw. post-keynesianischer Prägung, ist die Theorie der Regulation darum bemüht, zentrale Strukturen des Akkumulationsprozesses als endogene Variablen eines theoretischen Modells zu behandeln. Zentrale Kategorien sind dabei "Produktionsnorm", "Konsumnorm", "strukturelle Form", "Akkumulationsregime" und "Regulationsweise". Mit ihrer Hilfe sollen technologische Prozesse, historische Muster individueller Konsumtion und markt- sowie nicht marktförmige Institutionen erfaßt und innerhalb

eines Theoriekonzeptes miteinander verbunden werden.

Polanyi (1978) hat in seiner "Great Transformation" gezeigt, daß realiter eine neoklassische Ökonomie, die sich aus vollständigen Konkurrenzmärkten zusammensetzt, zur Überausbeutung der Arbeitskraft führt, zur Unterminierung des Geldes und des Kreditystems und zur Zerstörung der natürlichen Umwelt. Auf diese Selbstzerstörungstendenzen mußte der Kapitalismus historisch mit einer Reihe von Selbstbegrenzungen reagieren. Die neoklassische ökonomische Theorie hat sich gegenüber solchen realen historischen Prozessen allerdings immunisiert und im Zuge der Theoriebildung als ein selbstreferentielles System konstituiert. In der marxistischen Theorie wiederum wurde zwar den historischen Prozessen der Kapitalakkumulation breite Aufmerksamkeit gewidmet, doch nicht in all ihren Varianten gelang auch immer der Versuch, die "großen theoretischen Kategorien" der Marxschen Theorie auf die gesellschaftlichen Realitäten anzuwenden. Beide Schwachpunkte der ansonsten so unterschiedlichen Großtheorien beansprucht die Theorie der Regulation zu überwinden.

In der inzwischen mehr als zehnjährigen Geschichte des Regulationsansatzes wurden freilich bedeutsame Verschiebungen und zusätzliche Differenzierungen jener Zielsetzung vorgenommen, die Aglietta in seiner ersten Studie exemplarisch formuliert hatte. Gingen die frühen Arbeiten beispielsweise noch von einem Verständnis relativ homogener institutioneller Organisationsformen aus, so sprechen die Regulationisten — unter dem Eindruck der seit 1974/75 beobachtbaren Veränderungen des Lohnverhältnisses und der mit ihnen einhergehenden wachsenden Differenzierung der Lohnarbeiterschaft in allen entwickelten kapitalistischen Gesellschaften — heute eher von einer Vielzahl unterschiedlicher nationaler institutioneller (struktureller) Formen. Außerdem führte die Ausweitung des empirischen Untersuchungsfeldes des Regulationsansatzes auf Länder außerhalb des OECD-Raumes (wie etwa Chile, Venezuela und Brasilien) dazu, daß die Verschiedenheit von Regulationsweisen stärker berücksichtigt werden (vgl. etwa die Arbeiten von Ominami 1986; Hausmann/ Marquez 1986). Auch in der methodischen Ausrichtung der empirischen Studien ergaben sich einige andere Akzentuierungen. Während die Analysen in der Anfangsphase eher retrospektiv ausgerichtet waren und nach der historischen Genese des in der Nachkriegszeit dominanten Akkumulationsregimes gefragt wurde, wenden die aktuellen Arbeiten der Regulationstheoretiker ihren Blick eher nach vorne, beschäftigen sich stärker mit neueren Entwicklungen des Lohnverhältnisses, wie etwa den Lohnbildungsprozessen und der Produktionsorganisation (Flexibilisierung) sowie mit Problemen aktueller und zukünftiger Wirtschaftspolitik (vgl. Lipietz 1985a; Mistral/Boyer 1983; Mistral 1986; Boyer 1986b).

Im Vergleich zu den ersten Studien haben mittlerweile auch zentrale theoretische Elemente des Regulationsansatzes eine neue Gewichtung erhalten. Dies betrifft insbesondere den Stellenwert der Marxschen Werttheorie für die Konstruktion von Begriffen wie Akkumulation und Regulation. War die Marxsche Werttheorie in Agliettas Arbeit von 1976 noch der "archimedische Punkt", von dem aus sich überhaupt die Notwendigkeit einer Theorie der Regulation stellte, so hat Aglietta in einer Reihe weiterer Veröffentlichungen (zus. mit Orléan 1982; zus. mit A. Brender 1984) diese Position korrigiert, indem er auf werttheoretische Überlegungen und den Rückbezug auf die Kritik der Politischen Ökonomie entweder verzichtet oder neue Interpretationen zugrundelegt. Boyer wiederum rekurriert auf die Kalecki-Tradition der modernen, nicht neoklassischen Makroökonomie, die bekanntlich auf die dynamische Bewegung des funktionellen Verteilungsverhältnisses abhebt und dabei institutionelle Mechanismen in die Theorie integrieren möchte. Die ungleichgewichtstheoretisch fundierten Arbeiten sind teilweise in die Arbeiten von Boyer aufgegangen; ergänzend hinzugekommen sind dagegen sektorale Analysen, die den Regulationsbegriff vor allem auf die Beziehungen zwischen den Sektoren der gesellschaftlichen Produktion anzuwenden versuchen (Bertrand 1983). Zwar gibt es nach wie vor einzelne Versuche der Anknüpfung an die Marxsche Theorie, so etwa auch bei den Analytikern des Arbeitsprozesses (Coriat 1979), doch hat sich die Entwicklung der Regulationstheorie von der Diskussion der Kritik der Politischen Ökonomie entkoppelt. Theoretische Differenzen zwischen den einzelnen Regulationisten sind deshalb nicht selten: Dies gilt für die Frage der (logischen wie empirischen) Existenz oder Nicht-Existenz spezifischer Entwicklungsgesetze der kapitalistischen Gesellschaft — zu denken ist dabei u.a. an das Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate, an den damit verbundenen Ausgleich der Branchenprofitraten vermittels des Geld- und Kreditsystems oder an das Problem der Akzentuierung entweder der Widersprüche oder der Kohärenz als Kern von Regulation (vgl. dazu di Ruzza 1981 gegenüber Lipietz 1979). Der überwiegende Teil dieser theoretischen und methodologischen Fragen ist heute noch keineswegs entschieden.

7 Über die Absichten des vorliegenden Sammelbandes

Angesichts der Vorläufigkeit, die originäre Exponenten der Regulationstheorie für ihre eigenen Konzepte reklamieren, muß die hierzulande schnelle und größtenteils unkritische Übernahme von Begriffen wie "Regulation", "Akkumulationsregime", "Fordismus" usw. in theoretisch-konzeptionell oder empirisch gerichtete Analysen von neueren Krisenerscheinungen zumindest Verblüffung auslösen. Daß bei Theorieimporten stets gebotene Vorsichtsregeln im Falle des Regulationsansatzes so wenig befolgt werden, mag in erster

Linie mit dem unbescheidenen Selbstanspruch der Regulationisten zusammenhängen: Sie offerieren ihr Forschungsprogramm als eine marxistisch inspirierte *Großtheorie* — und die in dieser Hinsicht seit Jahren entwöhnten Rezipienten sind nur allzu gerne bereit, in diesem Versprechen einen lang schon gesuchten Ausweg aus der "Krise des Marxismus", aus der "Krise des Keynesianismus", aus den "Sackgassen der Entwicklungstheorie" oder eine neue Perspektive für die seit einiger Zeit verkümmerte "Staatsanalyse" zu sehen.

Die Absicht des vorliegenden Bandes ist darum auch nicht, den Ansatz der Regulationstheorie und die durch sie inspirierten empirischen Analysen in ganzer Breite und allen Verästelungen darzustellen; deutschsprachige Leser, die daran interessiert sind und sich die Lektüre der französischen Originaltexte ersparen wollen, seien hier auf die ausführliche Darstellung und Kritik bei K. Hübner (1988) verwiesen. Wir unternehmen mit der hier publizierten Aufsatzsammlung lediglich den Versuch, einige zentrale Themen der Regulationisten unter dem Aspekt zu diskutieren, ob ihr Forschungsansatz die von seinen Vertretern genährte Erwartung einer alles (zumindest aber vieles) erklärenden Großtheorie tatsächlich erfüllen kann. Dieser Sammelband enthält Arbeiten, die von Redakteuren der in Berlin erscheinenden Zeitschrift PROKLA — mit unterschiedlichen Motiven, aus verschiedenen Anlässen, in allen Fällen aber vor dem Hintergrund je eigener Forschungsinteressen — verfaßt wurden. Gemeinsam aber ist den Autoren, daß sie sich durch die begeisterte Aufnahme, die die Regulationstheorie in der Bundesrepublik (und im Ausland) gefunden hat, provoziert sahen, zentrale Konzepte und Thesen der Regulationstheorie zu Themenbereichen, auf die ihr eigenes professionelles Interesse gerichtet ist, einer kritischen Abhandlung zugänglich zu machen.

Die Regulationstheorie beansprucht, institutionellen Wandel in kapitalistischen Gesellschaften zu erklären. In krisentheoretischer Hinsicht werden dabei sog. "kleine" und "große" Krisen unterschieden; letztere sind durch die fehlende Kohärenz von Akkumulationsregime, Regulationsformen und Regulationsweise gekennzeichnet. Kurt Hübner geht in seinem Beitrag der Frage nach, wie die Regulationisten die allenthalben konstatierte "Krise des Fordismus" analysieren. Nachgezeichnet werden dabei sehr unterschiedliche und nicht immer miteinander kompatible Argumentationslinien. Im Resümee kommt er zu der ernüchternden Feststellung, daß die Regulationisten über keine originäre Krisentheorie verfügen; ihre Arbeiten — so K. Hübner — sind reich an deskriptiven Analysen, doch fehlen ihnen theoretische Sätze über Krisengenesen und -dynamik.

Attraktiv an der Regulationsschule ist, daß sie die Idee der Regulation in ihren zwei Aspekten, die (spontane) Selbstregulation und die poli-

tische Regelsetzung, in den Mittelpunkt empirisch-ökonomischer Analysen stellt. Dabei kommt es, so *Heiner Ganßmann* in seinem Beitrag, gar nicht so sehr darauf an, daß der Gegensatz zwischen beiden Aspekten offen gelassen wird, weil gerade hier ein ergiebiges Forschungsfeld liegt. Kritisiert wird von H. Ganßmann hingegen — und dies exemplarisch am Sozialstaat — die generelle, flächendeckende Krisenhypothese und die aus ihr gefolgerte Vermutung eines ebenso generellen Restrukturierungszwangs. Damit soll offensichtlich der radikale Bruch zwischen "Fordismus" und (dem spekulativ erwarteten) "Postfordismus" begründet werden. Demgegenüber versucht H. Ganßmann ohne Verzicht auf die ökonomische Krisendiagnose zu zeigen, daß der Sozialstaat (noch) nicht in einer Krise, sondern gerade insoweit als Regulationsinstanz funktionsfähig ist, als er die Generalisierung der ökonomischen Krise, ihr Übergreifen auf Staat und Politik, verhindert.

Eines der vorrangigen Ziele der Regulationisten ist es, die ökonomischen, technologischen und sozialen Veränderungen, die zu einer "Krise des Nachkriegs-Fordismus" geführt haben, in einem integrierten Untersuchungskonzept zu erfassen; darüberhinaus beabsichtigen sie aber zugleich, die Konturen jener neuartigen institutionellen Arrangements aufzudecken, die zur Ausbildung eines "post-fordistischen" Modells gesellschaftlicher Rationalisierung beitragen. Um jedoch die Ansprüche dieses Forschungsprogramms einlösen und empirische Studien zu dem gesellschaftlichen Schlüsselproblem der Abstimmung von System- und Sozialintegration anleiten zu können — so die These von *Birgit Mahnkopf* in diesem Band — müßte der Regulationsansatz sowohl eine Theorie der Sozialstruktur wie eine Handlungstheorie in seinen begrifflichen Bezugsrahmen integrieren. Am Beispiel einiger neuerer Arbeiten von R. Boyer und A. Lipietz kritisiert B. Mahnkopf, daß der Regulationsansatz die vielfältigen Dimensionen sozialen Handelns ausblendet; denn er kann die Spezifik ökonomisch, technologisch oder sozial induzierter De- und Restrukturierung überhaupt nicht erfassen. Diese Unzulänglichkeit läßt sich auf eine reduktionistische Verkürzung der "sozialen Strukturen" zu einer "Modalität zweiter Ordnung" zurückführen — mit der Folge, daß der Einfluß von sozialen und normativen Konflikten auf den Verlauf der sog. "Krise des Fordismus" vernachlässigt wird.

Während die hochentwickelten Industrieländer auf dem besten Wege sind, traditionelle fordistische Verhältnisse hinter sich zu lassen, versuchen Länder der Dritten Welt, im Prozeß "nachholender Industrialisierung" das fordistische Modell für sich zu realisieren. Die Regulationstheorie beansprucht, Kategorien zur Prüfung von Konsistenz und Kohärenz solcher Anstrengungen bereitzustellen. *Elmar Altvater* zeigt in seinem Beitrag die Bezüge dieses Ansatzes zur Modernisierungs- und Dependenztheorie — und er diskutiert die damit aufgeworfenen theoretischen Probleme,

um Frustrationen nachholender Industrialisierungsversuche interpretieren zu können. Grenzen der "fordistischen" Industrialisierung ergeben sich aus vielen Gründen: wegen der finanziellen Strangulierung der Dritten Welt, wegen der Grenzen monetärer Kompensationen für Umweltschädigungen und wegen der Krise des Entwicklungsmodells in den Metropolen, die in der Peripherie infolge der Dominanzverhältnisse der internationalen Arbeitsteilung negative Auswirkungen zeitigt.

Die Frage aber, ob wir bereits an der Schwelle eines post-industriellen (und post-fordistischen) Zeitalters stehen, läßt sich — so *Thomas Hurti- enne* in seinem Versuch einer Verteidigung des (originären) Regulationsansatzes (von M. Aglietta) gegen seine Kritiker — nur dann schlüssig beantworten, wenn das entwicklungstheoretische Erklärungspotential der Theorie für die zumeist unterbelichtete Phase der "Durchkapitalisierung" (bis zum Ersten Weltkrieg) stärker ausgeschöpft wird, als dies in den Arbeiten der CEPREMAP-Forscher bislang geschehen ist. Ihre Analysen, so *Thomas Hurti- enne*, beschränken sich überdies im wesentlichen auf die nationalstaatlichen Regulationsräume einzelner Länder (vorzugsweise die USA und Frankreich) und entbehren der theoretischen Vermittlung zur Struktur und Funktionsweise hegemonialer internationaler Regime der Nachkriegszeit.

Literatur

- Aglietta, M. (1976): *A Theory of Capitalist Regulation. The US Experience*, London; französisches Original: *Régulation et crises du capitalisme*, Paris 1976
- ders. (1982): *Régulation et crises du capitalisme*, 2nd edition, Paris
- Aglietta, M./ Orlean, A. (1982): *La violence de la monnaie*, Paris
- Aglietta, M. / Brender, A. (1984): *Les métamorphoses de la société salariale*, Paris
- Bernis, G. de (1975): Régulation ou équilibre dans l'analyse économique, in: Lichnerowicz, A. et al. (ed.): *L'idée de la régulation dans les sciences*, Paris
- Bertrand, H. (1983): Accumulation, régulation et crise: un modèle sectionnels théorique et appliquée, in: *Revue économique*, vol. 34, no 6
- Boyer, R. (1979): La crise actuelle: une mise en perspective historique. Quelques réflexions à partir d'une analyse du capitalisme français en longue période, in: *Critiques de l'économie politique*, no. 7-8
- ders. (1986): *La théorie de la régulation. Bilan, critique, perspectives*, Paris (zitiert nach dem Publikationsmanuskript)
- ders. (ed.) (1986a): *La flexibilité du travail en Europe*, Paris
- ders. (ed.) (1986b): *Capitalismes fin de siècle*, Paris
- Cartelier, J./ De Vroey, M. (1988): Der Regulationsansatz: Ein neues Paradigma?, in: *PROKLA*, Jg. 17, H. 72 (im Erscheinen)
- Coriat, B. (1979): *L'atelier et chronomètre. Essai sur le taylorisme, le fordisme et la production de masse*, Paris
- Davis, M. (1986): *Phoenix im Sturzflug. Zur politischen Ökonomie der Vereinigten Staaten in den achtziger Jahren*, Berlin

- Durkheim, E. (1977): *Über die Teilung der sozialen Arbeit*, Frankfurt/M.
- de Brunhoff, S. (1980): Sur la notion de régulation, in: Delaunay, E. (ed.): *Actualité du marxisme*, Paris
- di Ruzza, F. (1981): L'idée de régulation en l'économie politique, in: GREEC (ed.): *Crise et régulation*, Grenoble
- Gramsci, A. (1967): Amerikanismus und Fordismus, in: ders.: *Philosophie der Praxis*. Eine Auswahl (hrsg. von Christian Riechers) Frankfurt/M.
- Hausmann, R./ Marquez, G. (1986): Venezuela: du bon côté du choc pétrolier, in: Boyer, R. (ed.) (1986b): *Capitalismes fin de siècle*, Paris
- Hübner, K. (1988): "Theorie der Regulation". Eine kritische Auseinandersetzung mit einem neuen Ansatz der Politischen Ökonomie, Berlin (im Erscheinen)
- Hübner, K./ Mahnkopf, B. (1988): *Ecole de la Régulation*. Eine kommentierte Literaturstudie, discussion-paper des Wissenschaftszentrum Berlin, FS II 88-201
- Hurtienne, Th. (1984): *Theoriegeschichtliche Grundlagen des sozioökonomischen Entwicklungsdenkens*, Bd. II: Paradigmen sozialökonomischer Entwicklung im 19. und 20. Jahrhundert, Saarbrücken
- Kalecki, M. (1971): Klassenkampf und Verteilung des Volkseinkommens, in: ders.: *Werk-auswahl. Rezession und Prosperität im Kapitalismus*, Neuwied
- Lichnerowicz, A./ Perroux, F./ Gadoffre, G. (eds.) (1975): *L'idée de la régulation dans les sciences*, Paris
- Lipietz, A. (1985): *Trois crises*. Métamorphoses du capitalisme et mouvement ouvrier, CEPREMAP no 8528, Paris
- ders. (1985a): Akkumulation, Krisen und Auswege aus der Krise. Einige methodische Überlegungen zum Begriff der "Regulation", in: *PROKLA*, Jg. 15, H. 58, S. 109-137
- ders. (1986): *Mirages and Miracles*. The Crisis of Global Fordism, London
- Lutz, B. (1984): *Der kurze Traum immerwährender Prosperität*, Frankfurt/M.
- MEW 23 — Karl Marx, *Das Kapital, Band 1*, Berlin (Ost)
- MEW 25 — Karl Marx, *Das Kapital, Band 3*, Berlin (Ost)
- Mistral, J./ Boyer, R. (1983): *Politiques économiques et sortie de crise*. On carré infernal à un nouveau New Deal?, CEPREMAP no. 126, Paris
- Mistral, J. (1986): Régime international et trajectoires nationales, in: Boyer, R. (ed.) (1986b): *Capitalismes fin de siècle*, Paris
- Mjoset, L. (1985): Regulation and the Institutional Tradition, in: ders./ Bohlin, J. (eds.): *Introduksjon til "Regulering skolen"*, Nordik Summer University, Working papers no. 21, Aalborg
- Ominami, C. (1986): *Le tiers monde dans la crise*, Paris
- Petit, P. (1986): *Slow Growth and the Service Economy*, London
- Polanyi, K. (1978): *The Great Transformation*. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen, Frankfurt/M.
- Semmler, W. (1984): *Competition, Monopoly and Differential Profit Rates*. On the Relevance of the Classical and Marxian Theories of Production Prices for Modern Industrial and Corporate Pricing, New York
- Stanger, M. (1988): *Krisentendenzen der Kapitalakkumulation* — Theoretische Kontroversen und empirische Befunde, Berlin

Kurt Hübner

Die Krisentheorien der Regulationisten¹⁾

1 Zum Krisenbegriff

In einem Mitte der siebziger Jahre erschienenen Buch "Krise und Kapitalismus bei Marx" (Bader et. al. 1975) sprechen die Autoren davon, daß der Begriff der Krise einer inflationären Verwendung ausgesetzt sei, die seinen analytischen Kern zunehmend verwässere und unbrauchbar mache. Zehn Jahre später klagt ein Mitglied dieser Autorengruppe über den Dramatisierungseffekt des Krisenbegriffes, ohne den keine sozialwissenschaftliche Abhandlung mehr auskommen zu können meint: "Normalität wird in Frage gestellt. Entscheidungen werden abverlangt. Je schärfer die Krise, desto aufgewerteter die Theorie, mit der die Krise antizipiert oder diagnostiziert wird" (Ganßmann/ Weggler/ Wolf 1987, S. 135). Und in der Tat: Im Felde der Sozialwissenschaften sind Arbeiten, die den Namen "Krise" im Titel tragen, zu einer wahren Wachstumsindustrie geworden. Der Krisendiskurs der späten siebziger und der achtziger Jahre hat allerdings durchaus einen realen Kern, zumindest bezogen auf die kapitalistische Ökonomie. Nach mehr als zwei Jahrzehnten stetigen und hohen Wachstums des Sozialprodukts, steigenden Reallöhnen und Vollbeschäftigung sowie der Ausdehnung des Angebots an öffentlichen Gütern sind die mageren Jahre der längst überwunden geglaubten kapitalistischen "Normalität" in die Zentren der kapitalistischen Weltwirtschaft zurückgekehrt. Der "kurze Traum immerwährender Prosperität" (Lutz) scheint ausgeträumt. Der Begriff der Krise versucht, diesen historischen Veränderungen des kapitalistischen Akkumulationsprozesses Rechnung zu tragen.

Allerdings ist nicht jede Veränderung gleich ein Indiz für eine Krise. Gerade kapitalistisch verfaßte Gesellschaften, so einer der bekannten Kerngedanken der Marxschen Theorie, zeichnen sich durch eine im Zuge des Akkumulationsprozesses vorangetriebene hohe Veränderungsdynamik aus. Dies gilt für die stofflich-technologischen Grundlagen des Akkumulationsprozesses ebenso wie für dessen wertmäßige Gestalt und die institutionellen Bedingungen, innerhalb derer die Akkumulation verläuft. Die Begriffe "Veränderungen" und "Krisen" bedürfen also einer analytisch begründeten Abgrenzung.

Für einen solchen Abgrenzungsversuch nützlich erweist sich zunächst

¹⁾ Dieser Text entstand im Rahmen eines von der Stiftung Volkswagenwerk geförderten Forschungsvorhabens "Nationale, transnationale und globale Formen der Regulation des US-amerikanischen Hegemonialsystems".

der Rekurs auf den griechischen Ursprung des Begriffes, der den Wendepunkt im Verlauf einer Krankheit beschreibt, bei dem sich entscheidet, ob die eingetretene Krankheit zum Tod oder zur Gesundheit führt. Krise ist also genausowenig eine deterministische Kategorie wie sie für jeglichen Subjektivismus oder Voluntarismus offen ist. Bezogen auf den kapitalistischen Akkumulationsprozeß bedeutet dies, daß der Krisenbegriff zwischen der Skylla der Zusammenbruchstheorie im Kontext der Theorie "der allgemeinen Krise" und der Charybdis von ewiger bzw. immer wieder erfolgender Gesundung angesiedelt sein muß. Die Krise ist also immer eine prinzipiell offene Situation, die sich zwischen diesen beiden Polen bewegt.

Darüberhinaus sollte ein analytisch fundierter Krisenbegriff nur auf Konstellationen/Zustände angewendet werden, die aus der inneren Verfassung des betrachteten Gegenstandes selbst resultieren. Dieses Kriterium von Krise engt die Reichweite des Krisenbegriffs stark ein. Von einer ökonomischen Krise kann nämlich nur dann gesprochen werden, wenn der kapitalistische Akkumulationsprozeß aus Gründen gestört wird, die auf die zentralen Variablen dieses Prozesses selbst zurückgeführt werden können. Erklärungsmuster wie etwa die von Jevons, der die zyklischen Schwankungen der Ökonomie auf das Auftreten von Sonnenflecken zurückführte, fallen deshalb genausowenig unter einen analytischen Begriff der ökonomischen Krise wie Erklärungsmuster, die auf Katastrophen der äußeren Natur wie Umweltzerstörungen oder Verknappungen natürlicher Ressourcen oder auch auf psychische Disponibilitäten der Subjekte rekurren. Im Alltagsverständnis mögen solche Ereignisse durchaus als Krisen wahrgenommen und verstanden werden; in einem analytischen Sinne, der auf endogene Bedingungskonstellationen abhebt, trägt dies aber allein zur Verwirrung und Vermengung bei.

Ein nach Maßgabe dieses Krisenverständnisses durchgeführtes Forschungsprogramm liegt — wenigstens in Umrissen — mit der Marxschen Theorie vor. Die Marxschen *krisentheoretischen* Konzepte haben einen Kapitalismus "sans phrase" zum Gegenstand, d.h. beziehen sich auf eine kapitalistische Grundstruktur, die von jeweiligen historischen und nationalen Ausprägungen abstrahiert. Vor allem die drei Bände des "Kapital" lassen sich, in einem modernen analytischen Verständnis, als ein Modell der kapitalistischen Ökonomie lesen, in dem die Basistheoreme einer Krisentheorie formuliert werden, ohne daß diese aber selbst abgeschlossen vorgelegt worden wäre²⁾. Marx bezieht sein krisentheoretisches Konzept auf

²⁾ Auf den un abgeschlossenen Status der Marxschen Krisentheorie verweist bspw. Itoh (1980). Er sieht bei Marx zwei verschiedene krisentheoretische Konzepte, die in ihrer Ursachenanalyse nicht miteinander zu vereinbaren sind: eine Theorie der Überakkumulation von Kapital ("excess capital theory") und eine Theorie der Überproduktion von Waren ("excess commodity theory"): "The excess capital theory and the excess commodity theory

den Fundamentalwiderspruch bürgerlicher Gesellschaften, in denen die gesellschaftliche Arbeit in Form von Privatarbeit verausgabt wird und daher Warenform annimmt. In einem solchen System ist der gesellschaftliche Reproduktionsprozeß kein Resultat bewußter Steuerung, sondern das nicht-intendierte Ergebnis von Handlungen ökonomischer Akteure. Als kapitalistische Warenproduktion ist diesem System des "sich selbst verwertenden Werts" ein immanenter Erfolgsmaßstab ökonomischen Handelns eigen, der als individuelle bzw. allgemeine Profitrate erscheint. Ob die ökonomischen Handlungen zu Verstärkungen des ökonomischen Prozesses oder zu Selbstblockaden und damit zu einem Rückgang der allgemeinen Profitrate führen, ist dabei theoretisch wie historisch offen. Die Aufgabe der Krisentheorie besteht genau darin, die Bedingungen für die historisch beobachtbare Abfolge von Phasen der Prosperität und der Krise exakt zu benennen. Diese logisch-analytische Aufgabenstellung wird allerdings durch eine historisch-analytische Aufgabenstellung ergänzt. Da die ökonomischen Akteure nicht in einem gesellschaftlich leeren Raum, sondern im Rahmen eines jeweils zu spezifizierenden institutionellen gesellschaftlichen Gefüges agieren, bedarf es neben der Erarbeitung krisentheoretischer Grundlagenkonzepte auch der analytischen Vermittlung von formations-konstitutiven und formations-kontingenten Prozessen, d.h. der Vermittlung von Theorie und Geschichte. Krisentheorie muß also immer eine Kombination von abstrakter Modelltheorie und von historisch-institutioneller Theorie sein. Beschränkt sich die Krisentheorie allein auf die historisch-institutionelle Seite des ökonomischen Prozesses, dann handelt es sich um einen deskriptiv-systematisierenden Zugriff, dem der allgemeine Begriff abhanden gekommen ist. Diese doppelte Aufgabenstellung einer Krisentheorie wird im übrigen auch von Marx geteilt, der sich über weite Strecken im "Kapital" der Methode der historischen Illustration bedient. Allerdings dürfte es nicht ausreichen, diese historischen Illustrationen einfach fortzuschreiben. Theoriebildung, das zeigt gerade das Marxsche Werk, erfolgt immer in der Auseinandersetzung mit dem "konkreten Stoff".

Eine sich zwischen diesen methodischen und analytischen Klippen bewegende Theorie des ökonomischen Prozesses versuchen die Regulations-

are logically opposed to each other..." (ders. 1980, S. 95). Ich werde in Abschnitt 3 weitere Typen von Krisentheorien unterscheiden, die sich alle auf Begründungen und Ausführungen von Marx stützen können. Auf die Frage nach der "originären" Marxschen Krisentheorie kann ich allerdings dabei nicht eingehen (vgl. dazu Stanger 1988). — Die Behauptung, Marx' "Kapital" habe einen Kapitalismus "sans phrase" zum Gegenstand, ist keineswegs unumstritten. Mit dieser Interpretation soll nicht unterschlagen werden, daß die Marxsche Analyse eine historische Dimension aufweist und sich an der entwickeltsten Form des damaligen Kapitalismus — an England — abgearbeitet hat. Die allgemeine Theorie des Kapitalismus, wie sie von Marx vorzulegen versucht wurde, ist aber nicht an diese historische Dimension gebunden.

theoretiker zu entwickeln. Unabhängig von ihren jeweiligen theoretischen Fundierungen bemühen sich die Regulationisten um die Formulierung krisentheoretischer Aussagen, die auch die institutionelle Seite des ökonomischen Prozesses einschließen. Gegenstand der regulationstheoretischen Arbeiten, darin dürften weitgehend alle Vertreter dieses Ansatzes übereinstimmen, ist "the study of the transformation of social relations as it creates new forms that are both economic and non-economic, that are organized in structures and themselves reproduce a determinant structure, the mode of production" (Aglietta 1979, S. 16). Für den engeren krisentheoretischen Aspekt solcher Transformationsprozesse folgt daraus, daß Krisen als solche Situationen interpretiert werden, in denen bestimmte historische Strukturen der kapitalistischen Produktionsweise in ihrer Existenz bedroht sind, ohne daß damit das kapitalistische System unbedingt selbst in Frage gestellt wäre (vgl. etwa De Vroey 1984, S. 64). Die Regulationstheorie richtet ihre Aufmerksamkeit auf mittel- und längerfristige Entwicklungskonstellationen der kapitalistischen Ökonomien, die sich durch den Aufbau und die Auflösung spezifisch institutioneller Gefüge auszeichnen³⁾. Die ökonomischen Krisen verweisen, allgemein gesprochen, auf die Unfähigkeit bestimmter Typen von Regulation, die Reproduktion eines Akkumulationsregimes sicherzustellen. Krisen sind so gesehen Übergänge zwischen jeweils zwei spezifischen Akkumulationsregime und Regulationsweisen.

Dieser Beitrag soll eine Darstellung und kritische Bewertung der krisentheoretischen Überlegungen innerhalb des Regulationsansatzes umfassen. Ich werde zunächst die Schlüsselkonzepte und die methodischen Annahmen der Regulationstheoretiker darstellen (Abschnitt 2), dann eine Katalogisierung verschiedener Krisentheorien vornehmen (Abschnitt 3), um so anhand einer zusammenfassenden Diskussion empirischer Arbeiten der Regulationisten deren krisentheoretischen "Pluralismus" herauszuarbeiten (Abschnitt 4). Abschließend werde ich auf einige methodische und theoretische Probleme der Krisentheorie innerhalb des Regulationsansatzes eingehen und dabei die Frage aufwerfen, ob die Regulationisten überhaupt über eine originäre Krisentheorie verfügen.

³⁾ Im Rahmen der Regulationstheorie wird, wie noch zu zeigen ist, ein institutionalistischer Krisenbegriff zu entwickeln versucht. Damit unterscheidet sich die Regulationstheorie auf der einen Seite von strikt ökonomischen Krisentheorien, die auf bloße Schwankungen im Auslastungsgrad des potentiellen Produktionsvolumens abheben, und auf der anderen Seite von Krisenkonzepten, die auf der Bewußtseins-ebene der ökonomischen Akteure ansetzen. So formuliert bspw. Habermas (1973, S. 12) unter Rückgriff auf die von Lockwood (1970) getroffene Unterscheidung von System- und Sozialintegration: "Erst wenn die Gesellschaftsmitglieder Strukturwandlungen als bestandskritisch erfahren und ihre soziale Identität bedroht fühlen, können wir von Krisen sprechen". Dieses Verständnis von Krise teilen auch Ganßmann/Weggler/Wolf (1987) und Bader et.al. (1975). Das allgemeine Krisenkonzept der Regulationisten stellt demgegenüber stärker auf die institutionelle Transformationsdynamik ab.

2 Das Konzept "Regulation" und seine methodologischen Implikationen

Mit dem im Lauf der siebziger Jahre erfolgten Übergang von der Phase beschleunigter und stetiger Akkumulation in eine Phase verlangsamer und unregelmäßiger Akkumulations- und Wachstumsdynamik hat das sozialwissenschaftliche Interesse am Zusammenhang von Akkumulationsbewegung und gesellschaftlichem Wandel stark zugenommen. Bedeutsam waren die Versuche, an der Schumpeterschen "Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung" (ders., 1964) anzuknüpfen und für die Abfolge längerfristiger (über bloße konjunkturelle Schwankungen hinausgehende) Entwicklungsphasen von Boom und Prosperität die periodische Durchsetzung "neuer Kombinationen" verantwortlich zu machen, die von "dynamischen Pionierunternehmern" eingeführt, im Zuge der zwischenskapitalistischen Konkurrenz verallgemeinert werden und so den alten Kombinationen die ökonomische Grundlage entziehen. Bei solchen neuen Kombinationen handelt es sich um Basisinnovationen, die in Gestalt von Produkt- und Prozeßinnovationen in den kapitalistischen Arbeits- und Verwertungsprozeß eingeführt werden und sich, gemessen an den alten Kombinationen, durch eine höhere Arbeitsproduktivität und damit Kosteneffizienz und durch die Eröffnung neuer Absatzmärkte auszeichnen. Die in den siebziger Jahren fortentwickelten neoschumpeterianischen Theorieversionen legen entsprechend den Akzent auf technologische Innovationen, die als prägend für spezifische kapitalistische Entwicklungsphasen angesehen werden (vgl. dazu Kleinknecht 1985). Die Existenz langer Wellen der kapitalistischen Entwicklung wird also an die periodische Durchsetzung von Innovationen analytisch rückgebunden.

Die Regulationstheoretiker dagegen, die in ihren empirischen Arbeiten ebenfalls auf eine Periodisierung der kapitalistischen Entwicklung abheben, legen den analytischen Akzent auf historisch-spezifische institutionelle Strukturen und ökonomische Konstellationen, mit denen bestimmte gesellschaftliche Regeln verbunden sind. Die einzelnen Entwicklungsphasen werden als *Akkumulationsregime* gefaßt. Lipietz (1985, S. 120) versteht unter Akkumulationsregime "... ein(en) Modus systematischer Verteilung und Reallokation des gesellschaftlichen Produkts, der über eine längere Periode hinweg ein bestimmtes Entsprechungsverhältnis zwischen den Veränderungen der Produktionsbedingungen (dem Volumen des eingesetzten Kapitals, der Distribution zwischen den Branchen und den Produktionsnormen) und den Veränderungen in den Bedingungen des Endverbrauchs (Konsumnormen der Lohnabhängigen und anderer sozialer Klassen, Kollektivausgaben

usw.) herstellt". Ein Akkumulationsregime definiert also einen gesellschaftlichen Komplex, innerhalb dessen die individuellen Entscheidungen und Handlungen von ökonomischen Akteuren — Produzenten sowohl als Konsumenten — erfolgen und einen Verwertungszusammenhang herstellen, der über einen längeren Zeitraum stabil ist. Im Rahmen der Regulationstheorie werden üblicherweise zwei historische Formen von Akkumulationsregime unterschieden: ein extensives und ein intensives Akkumulationsregime, wobei letzterer Typus einmal mit dem Prinzip des Massenkonsums und einmal ohne dieses Prinzip kombiniert sein kann.

Dieses auf den Reproduktions- und Verwertungszusammenhang abstellende Konzept beinhaltet als zentrale Hypothese, daß die vielen individuellen Handlungen nur dann zu konsistenten Resultaten führen können, wenn institutionelle Strukturen die gesellschaftlichen Austauschprozesse direkt oder indirekt normieren. Solche spezifischen gesellschaftlichen Regularitäten werden mit dem Begriff der *Regulationsformen* bzw. institutionellen/strukturellen Formen zu fassen versucht, die den Akteuren — innerhalb gewisser Spielräume — ihre Zugehörigkeit zu einem gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß aufherrschen. Die *Regulationsweise* ist dann schließlich "...die Gesamtheit institutioneller Formen, Netze und expliziter oder impliziter Normen, die die Vereinbarkeit von Verhaltensweisen im Rahmen eines Akkumulationsregimes sichern, und zwar sowohl entsprechend dem Zustand der gesellschaftlichen Verhältnisse als auch über deren konfliktuelle Eigenschaften hinaus" (Lipietz 1985, S. 121). Die Regulationsweise umfaßt also die historisch spezifische Form des Lohnverhältnisses, die Formen kapitalistischer Konkurrenz, die Form des Geld- und Kreditverhältnisses und des Typus staatlicher Politik.

Historisch unterscheiden die Regulationstheoretiker zwei Regulationsweisen: die Form der kompetitiven und die Form der monopolistischen bzw. administrierten Regulation. "In the former", so Boyer (1979a, S. 111 f), "it is falls in the cost of living imposed by the market which are the means *via* which productivity movements affect worker's standards of living; while money wages reflect labour market conditions, real wages register the favourable effects of prices reductions, particularly in recessions. In the latter, on the contrary, these same movements in productivity are associated with an increase in money wages, without *ex ante* change in prices. The growth in demand caused by these wage increases is associated with growth in productivity capacity without the need for large downward adjustments in prices or wages". In diesem engen Verständnis von Regulationsweisen ist also die kompetitive Regulation durch ein Flex-Preis- und die monopolistische Regulation durch ein Fix-Preis-System gekennzeichnet ⁴⁾. Hinter

⁴⁾ Vgl. zu diesem Aspekt monopolistischer Regulation Aglietta (1979, S. 315), der die Pra-

diesen Preissystemen verbergen sich wiederum unterschiedliche Nutzungsformen der Arbeitskraft, die sich in je spezifischen Arbeitsverträgen niederschlagen, verschiedene Konkurrenzverhältnisse zwischen den Kapitalen und jeweilige Typen staatlicher Intervention (vgl. dazu Boyer 1979a, S. 106 f; ein genauerer Überblick bei Hübner 1988).

Die Kombination der drei Konzepte Akkumulationsregime, institutionelle/strukturelle Formen und Regulationsweise mündet schließlich in die Kategorie der *Entwicklungsweise*. Die Entwicklungsweise ist demnach die Verbindung eines bestimmten Akkumulationsregimes mit einem spezifischen Typus von Regulation, dessen Charakter wiederum durch die besondere Gestalt der institutionellen Formen geprägt ist. Der "Fordismus", um ein Beispiel zu nennen, wäre demnach die Konjunktion eines intensiven Akkumulationsregimes mit Massenkonsum und monopolistischer Regulation. Untersuchungsgegenstand der Regulationstheorie sind dann genau solche Entwicklungsweisen, verstanden als historisch-spezifische Formationen innerhalb einer kapitalistischen Grundstruktur.

Eine solche Beschreibung des Gegenstandsbereichs hat für die hier verfolgte Problemstellung wenigstens eine bedeutende methodische Konsequenz: Ökonomische Gesetze sind historische Produkte von gesellschaftlichen Entwicklungs- und Wandlungsprozessen *innerhalb* der kapitalistischen Grundformation. Oder anders formuliert: Es gibt keine Bewegungsgesetze des Kapitalismus, sondern allein Gesetze des jeweiligen Akkumulationsregimes (vgl. etwa Boyer/Coriat 1983; eine Diskussion dieses methodologischen Aspektes findet sich in Hübner 1988). Mit dieser methodologischen Prämisse grenzt sich die Regulationstheorie von den gängigen Theorievarianten ab. Um allerdings "historische Gesetze" formulieren zu können, bedarf auch die Regulationstheorie eines Rekurses auf allgemeine Grundaussagen über die kapitalistische Grundstruktur. Dazu werden von Boyer (1986, S. 43- 52) drei analytische Ebenen unterschieden: (a) die Produktionsweise und ihre Artikulation; (b) Akkumulationsregime als intermediäre Konzepte; und (c) die genaue Konfiguration institutioneller Formen ("Regulationsweisen") als zweite intermediäre "Etappe". Wie bereits im Agliettaschen Forschungsprogramm beschrieben (ders. 1979, S. 16 f), versteht sich die Regulationstheorie demnach als ein intermediäres Theoriekonzept, das allgemeine Entwicklungslogiken mit geschichtlichen Prozessen zu vermitteln sucht. Für die Krisentheorie hat dies die Konsequenz, so wenigstens Boyer (1986), daß Theorien wie etwa das Marxsche Gesetz des tendenziellen Falls der allgemeinen Profitrate als analytisch nicht brauchbar angesehen werden, weil sie

xis administrierter Preissetzung in Kombination mit der Oligopolisierung und vor allem der staatlichen Reglementierung von Märkten in Gestalt von Zutrittsklauseln, Wettbewerbsgesetzen usw. diskutiert.

sich allein auf der obersten der unterschiedenen drei analytischen Ebenen zu bewegen vermögen und so die Formenvielfalt von Krisen per se verkennen müssen. Ich werde im weiteren Verlauf meiner Argumentation allerdings noch zeigen, daß die auf den tendenziellen Fall der Profitrate abstellende Argumentation von Boyer nicht von allen Regulationisten geteilt wird. Gemeinsam ist diesen Arbeiten allerdings der Anspruch, für die einzelnen Entwicklungsweisen "historische Bewegungsgesetze" formulieren zu wollen.

Bevor ich aber auf die krisentheoretischen Untersuchungen der Regulationstheoretiker näher eingehe, ist es notwendig, eine Übersicht über die krisentheoretische Verknüpfung der "Produktionsweise und ihrer Artikulation" zu geben. Diese Notwendigkeit ergibt sich aus dem einfachen Umstand, daß die einzelnen Regulationisten auf verschiedene tradierte krisentheoretische Konzepte zurückgreifen und deren Grundaussagen im jeweiligen historischen Kontext zu reformulieren versuchen.

3 Krisentheorien — eine systematische Übersicht

In der krisentheoretischen Literatur marxistischer wie nicht-marxistischer Provenienz findet sich eine Fülle unterschiedlicher und miteinander konkurrierender Ansätze zur Erklärung mittel- und langfristiger Instabilitäten des kapitalistischen Akkumulationsprozesses. Ich werde mich im folgenden Klassifikationsversuch auf Arbeiten im Umkreis der Politischen Ökonomie beschränken, die wesentlich zwei Basistheoreme teilen:

(a) Die kapitalistische Ökonomie ist durch eine Dominanz der Tauschgegenüber der Gebrauchswertorientierung bestimmt. Ziel kapitalistischer Produktion ist ein maximaler Profit. Damit dieses Ziel über einzelne Perioden hinweg erfolgreich verwirklicht werden kann, ist die permanente Reinvestition der in einer Periode realisierten Profite erforderlich. Dieser Akkumulationsimperativ wird den ökonomischen Akteuren über den Sanktionsmechanismus der Konkurrenz aufgeheherrscht.

(b) Die Leitgröße des so bestimmten Akkumulationsprozesses ist die allgemeine oder durchschnittliche Profitrate, an der sich der Erfolg oder Mißerfolg der individuellen Kapitale bemißt und deren Entwicklung die Profiterwartungen und damit das Investitionsverhalten bestimmt. Ein Rückgang der allgemeinen Profitrate wird deshalb zu einer Einschränkung des Akkumulationsprozesses und damit zu einer Verringerung von Produktion und Beschäftigung führen⁵⁾.

⁵⁾ Zu berücksichtigen ist, daß sich ein Rückgang der allgemeinen Profitrate nicht automatisch und unmittelbar in einen Rückgang der Zuwachsraten der Akkumulation übersetzen muß. Das "zweischlächtige Gesetz", wie Marx es nannte, ist bekanntermaßen durch einen synchronen Anstieg von Mehrwertmasse und Fall der Profitrate gekennzeichnet. Auf eine Erörterung des historisch-konkreten Prozesses der Übersetzung eines Profitratenfalls

Beide Basistheoreme werden auch von den Vertretern des Regulationensatzes geteilt (vgl. Boyer 1986). Auch dort bemißt sich die "Karriere" von Akkumulationsregime an der Entwicklung der Profitrate und ihrer Determinanten. Mit der Betonung der Zentralität der allgemeinen Profitrate für den Akkumulations- und damit auch den ökonomischen Krisenprozeß ist allerdings noch keine Theorie der Profitrate bzw. Theorie der Krise formuliert. Jenseits dieser Basistheoreme unterscheiden sich vielmehr die einzelnen Krisentheorien stark voneinander.

Einem Vorschlag von Weisskopf (1979) und Altwater/Hoffmann (1981) folgend, werde ich zunächst die Profitrate und ihre Determinanten in einer Weise darstellen, die es erlaubt, die unterschiedlichen krisentheoretischen Varianten systematisch zu diskutieren. In allgemeinsten Weise kann die Marxsche Profitrate p geschrieben werden als Verhältnis von gesamtwirtschaftlichem Mehrwert M und dem vorgeschossenen konstanten (C) und variablen Kapital (V):

$$(1) p = M / (C + V) = M/V : C/V + 1 = e/z + 1^{(6)}$$

e ist dabei die Mehrwerttrate und z die Wertzusammensetzung des Kapitals. Diese Wertprofitrate stimmt in aller Regel, genauer: wenn die Sphärenkapitale unterschiedliche Wertzusammensetzungen aufweisen und deshalb die Produktionspreise der Waren von den Werten abweichen, nicht mit der Preisprofitrate überein. Aus Gründen der Darstellungsökonomie will ich auf die damit verbundenen Probleme an dieser Stelle nicht näher eingehen (vgl. dazu auch Abschnitt 4). Da zwischen Wert- und Preisprofitrate, wie Holländer (1974, S. 119 f) gezeigt hat, eine Konvergenzbeziehung besteht⁷⁾, werde ich im weiteren Preis- und Wertprofitrate als gleichgerichtet betrachten. Mit dieser Übersetzung der Wert- in eine Preisprofitrate wird es im weiteren möglich, sowohl die wert- als auch die preistheoretischen Varianten der Regulationstheorie zu diskutieren und miteinander in ihrem krisenanalytischen Gehalt zu vergleichen. Unter Heranziehung der Kategorien der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung und der amtlichen Statistik läßt sich die Preisprofitrate schreiben als

$$(2) p' = P/K = P/Y : K/Y$$

Die Profitrate ist also das Verhältnis von Profiten P zum (Netto-) Kapitalstock bzw. der Quotient von Profitquote $r (=P/Y)$ zum Kapitalkoeffizienten $k (=K/Y)$. Da sich die Profitquote r mit der Lohnquote $w (=W/Y)$ zu eins addiert und darüberhinaus der Kehrwert des Kapitalkoeffizienten, die Ka-

in eine Akkumulationskrise werde ich nicht näher eingehen.

⁶⁾ Angenommen ist dabei eine Umschlagszeit des Kapitals von eins.

⁷⁾ Sowohl in dem Wert- als auch in dem Preissystem ist die maximale Profitrate gleich dem Kehrwert des Verhältnisses von toter zu lebendiger Arbeit. Die Profitraten konvergieren dann gegen den Grenzwert Null, wenn das Verhältnis von toter zu lebendiger Arbeit sich gegen unendlich bewegt (vgl. Holländer 1974, S. 120).

pitalproduktivität (Y/K), als Quotient aus Arbeitsproduktivität y ($=Y/L$) und Kapitalintensität l ($=K/L$) umgeformt werden kann, läßt sich (2) auch schreiben als

$$(3) p' = Y(1-w)/Y \times Y/L:K/L$$

bzw.

$$(3a) p' = r \times y/l$$

Die Profitrate ist demnach bestimmt durch die Profitquote (r), die Arbeitsproduktivität (y) und die Kapitalintensität (l). Um die Auswirkungen von Marktconstellationen auf die Profitrate berücksichtigen zu können, muß darüberhinaus die Kapazitätsauslastung Eingang in die Profitratenformel finden. Die Kapazitätsauslastung a läßt sich definieren als Verhältnis von effektivem Nettoproduktionsvolumen Y zum potentiellen Nettoproduktionsvolumen Y^* . Eingesetzt in Gleichung (2) ergibt sich

$$(2a) p' = r \times Y/Y^* \times Y^*/K.$$

Die Gleichungen (3a) und (2a) können zusammengeführt werden:

$$(4) p' = r \times y \times 1/l \times a \times 1/k^* \times k$$

Die Entwicklung der Profitrate zeigt sich jetzt abhängig von:

- der Entwicklung der Lohn- resp. Profitquote
- - der Kapitalproduktivität resp. dem Kapitalkoeffizienten
- der Kapitalintensität
- der Arbeitsproduktivität
- dem Kapazitätsauslastungsgrad.

Diese allgemeine Darstellung der Profitrate und ihrer Komponenten kann uns nun dazu dienen, die verschiedenen Krisenerklärungen systematisch vorzustellen. Ich werde dabei — in Einklang mit der Literatur (vgl. Shaikh 1978; Weisskopf 1979; Altvater/ Hoffmann 1981) — drei *generelle* krisentheoretische Erklärungen unterscheiden, deren Reichweite sowohl die mittelfristigen oder zyklischen als auch die langfristigen oder trendanalytischen Bewegungen des Akkumulationsprozesses erfaßt. Diese krisentheoretischen Grundtypen selbst weisen wiederum verschiedene Varianten auf. In Einklang mit den Intentionen der Regulationstheorie wird nachfolgend auf die längerfristigen Bewegungen des Akkumulationsregimes abgestellt. Obwohl die Regulationstheorie selbst eine Unterscheidung zwischen Zyklus und Trend liefert, indem sie zwischen "kleinen" und "großen Krisen" differenziert (vgl. unten), spielen in der eigentlichen Analyse von Krisenprozessen die Juglar-Zyklen in den Analysen der Regulationstheoretiker keine Rolle. Die "kleinen Krisen" haben im Regulationskonzept eher den Status von Referenzfolien, gegen die die "großen Krisen" analytisch abgehoben werden können⁸⁾.

⁸⁾ Mit Gordon/ Weisskopf/ Bowles (1983, S.152) könnte man diese großen Krisen auch als

Im einzelnen handelt es sich im weiteren um Krisentheorien, die (1) auf den Prozeß kapitalistischen Produktivkräfteeinsatzes und dessen Auswirkungen auf die Wertzusammensetzung bzw. die organische Zusammensetzung des Kapitals, (2) auf die (funktionale) Einkommensverteilung zwischen Lohnarbeit und Kapital im Zuge von Klassenkämpfen und (3) auf das Problem der Realisierung der gesamten produzierten Wertmasse abstellen: (1) Der erste krisentheoretische Ansatz beschreibt einen Ziel-Mittel- Konflikt des kapitalistischen Akkumulationsprozesses, der in einem tendenziellen Fall der Profitrate mündet. Unter der *Annahme* einer spezifischen Form von Produktivkraftentwicklung, die zu einem relativen Rückgang im Einsatz lebendiger, mehrwertproduzierender Arbeit führt⁹⁾, kommt es danach im Zuge des Akkumulationsprozesses zu einem Anstieg der organischen Zusammensetzung des Kapitals, dessen negative Auswirkungen auf die Profitrate nicht durch die Ausweitung der Mehrwertproduktion kompensiert werden können. Die allgemeine Hypothese lautet: Ein Anstieg der organischen Zusammensetzung des Kapitals führt bei konstanter Mehrwertrate zu einem Fall der Profitrate. Die "harte", originäre These behauptet: Im Zuge des kapitalistischen Akkumulationsprozesses führt die beschleunigte technische Umwälzung der Produktionsbedingungen zu einem Anstieg der Arbeitsproduktivität und auch der Mehrwertrate, die aber durch einen überproportionalen Anstieg der organischen Zusammensetzung in ihren positiven Wirkungen auf die Profitrate überkompensiert werden. Diese "harte" Fassung der OgZ-Krisentheorievariante unterliegt auch dem Marxschen Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate, da Marx ausdrücklich die wachsende organische Zusammensetzung als Ausdruck der kapitalistischen Form der Pro-

long swing crises bezeichnen, die auf *long swing expansions* folgen. Beides sind längerfristige Bewegungen eines Akkumulationsregimes, die durch unterschiedliche Typen ökonomischer Zyklen charakterisiert sind." The reproductive cycle is one in which a downturn in economic activity is corrected by the functioning of the cycle itself. We call this cycle reproductive because it endogenously restores conditions for rapid accumulation without requiring fundamental changes in the structure of the accumulation process. The nonreproductive cycle, by contrast, is one in which a downturn does not correct itself endogenously, and which therefore requires basic changes in the institutions that regulate the accumulation process and establish the conditions for profitability... Long swing crises are characterized by nonreproductive cycles, leading to prolonged periods of economic stagnation or disaccumulation and eventually, if capitalism is to continue, to the construction of a new SSA (social structure of accumulation, K.H.) capable of rekindling profitability, investment, and growth". — Eine vergleichbare Argumentation, die auf den Formaspekt der Krisen abstellt und ebenfalls zwischen "kleinen" und "großen" Krisen unterscheidet, findet sich bei Altvater (1983).

⁹⁾ Es handelt sich bei der Form von Produktivkraftentwicklung um einen Typus technischen Fortschritts, der die Arbeitsproduktivität erhöht. Eine Steigerung der Arbeitsproduktivität bedeutet im Marxschen System eine Verringerung der insgesamt zur Herstellung einer Ware verausgabten, also der direkten und der indirekten Arbeit ("Marxscher technischer Fortschritt").

duktivkraftsteigerung versteht: " Beides, Steigen der Rate des Mehrwerts und Fallen der Rate des Profits, sind eine besondere Form, worin sich die wachsende Produktivität der Arbeit kapitalistisch ausdrückt" (MEW 25, S. 250). Bezogen auf Gleichung (4) impliziert die OgZ-Variante einer solchen Überakkumulationstheorie von Kapital, daß — konstante Lohn- resp. Profitquoten und eine konstante Kapazitätsauslastung unterstellt — im Zuge des Akkumulationsprozesses die Kapitalintensität schneller als die Arbeitsproduktivität wächst und der daraus resultierende Anstieg des Kapitalkoeffizienten einen Rückgang der Profitrate bewirkt. Die Diskussion in der Literatur über die OgZ-Variante kreist wesentlich um die Frage, ob und wie der in dieser Krisentheorie unterstellte Typus technischen Fortschritts begründet werden kann (vgl. dazu unten).

(2) Die zweite krisentheoretische Erklärung stellt auf die im Zuge des Akkumulationsprozesses sich vollziehende Veränderung der funktionalen Einkommensverteilung zwischen den Klassen ab. Die Hypothese lautet, daß sich das ökonomisch-politische Kräfteverhältnis im Zuge des Akkumulationsprozesses zugunsten der Arbeiterklasse verschiebe und einen Anstieg der Lohnquote w bewirke. Der unmittelbare Reflex einer steigenden Lohnquote ist ein Rückgang der Profitquote, der bei konstantem Kapazitätsauslastungsgrad und konstantem Kapitalkoeffizienten zu einem Fall der Profitrate führt. In der auf die überzyklischen ökonomischen Prozesse abstellenden profits-squeeze-Theorie von Glyn/ Sutcliffe (1972) wird die ökonomisch-politische Machtzunahme der Arbeiterklasse mit dem wachsenden Stellenwert der Gewerkschaften und deren Einfluß auf die staatliche Politik beschrieben, der es erlaubt, hohe Reallohnzuwächse durchzusetzen und/oder die Strategien zur Produktivitätssteigerung zu unterlaufen. Im Rahmen der Regulationstheorie wird der Anstieg der Lohnquote als abhängig von verschiedenen institutionellen Formen beschrieben. Der Zusammenhang zwischen Profitquote r , Arbeitsproduktivität y und Reallohnsatz l läßt sich formulieren als:

$$(5) r = 1 - W/Y$$

Die Lohnsumme W ergibt sich als Produkt von Reallohnsatz w und Beschäftigungsmenge L . Die Gleichung (5) läßt sich demnach auch schreiben als

$$(5a) r = 1 - w \times L/Y \\ = 1 - w/y$$

Die Profitquote ergibt sich als Residuum des Quotienten aus Reallohnsatz und Arbeitsproduktivität. Liegen die Zuwachsraten des Reallohnsatzes oberhalb der Zuwachsraten der Arbeitsproduktivität, dann fällt die Profitquote und c.p. —wie Gleichung (4) zeigt— auch die Profitrate.

Ebenfalls auf die Kräfteverhältnisse zwischen den Klassen stellt

Kalecki (1976) ab. Seine Theorie des politischen Konjunkturzyklus behauptet eine Unvereinbarkeit von dauerhafter Vollbeschäftigung und Akkumulation von Kapital: Ein Kapitalismus ohne industrielle Reservearmee veranlaßt die "Industriekapitäne" im Verein mit der staatlichen Wirtschaftspolitik zur Einleitung einer ökonomischen Rezession, während der die Lohnkosten beschnitten und die institutionelle Stellung der Gewerkschaften in der Gesellschaft redimensioniert werden können. Während also bei Glyn/Sutcliffe die Arbeiterklasse das *movens* des Klassenkampfes ausmacht, ist es bei Kalecki die Kapitalistenklasse, die die ökonomische Krise bewirkt.

(3) Der dritte krisentheoretische Komplex hebt auf die Realisierungsdefizienzen der Wertproduktion ab. Die Hypothese besagt, daß der kapitalistische Akkumulationsprozeß ein Ungleichgewicht zwischen der Nachfrage nach Waren und der Entwicklung der Produktionskapazitäten hervorreibt, das eine Unterauslastung des Kapazitätspotentials bewirke. Diese Hypothese wird unterschiedlich begründet. Die unterkonsumtionstheoretische Variante argumentiert — genau im Gegensatz zur profits-squeeze-Theorie stehend — mit einer auf Oligopolisierungs- und Monopolisierungstendenzen begründeten, rückläufigen Lohnquote, die — wegen der höheren Konsumquote von Lohnempfängern gegenüber den Profitbeziehern — das Wachstum der konsumtiven Endnachfrage begrenzt. Da die Investitionen im Rahmen dieser Theorie allein als Reflex der Konsumnachfrageentwicklung gefaßt werden, folgt aus der systemischen Begrenzung der Konsumnachfrage eine Begrenzung der effektiven Endnachfrage. Rückbezogen auf Gleichung (4) bedeutet dies, daß die Auswirkungen eines im Trend rückläufigen Kapazitätsauslastungsgrades auf die Profitratenentwicklung schwerer wiegen als die Wirkung der mit der Lohnquotensenkung einhergehenden Profitquotenerhöhung. Die unterkonsumtionstheoretische Krisenerklärung behauptet, daß die Klasse der Kapitalisten im Vergleich mit der Lohnarbeiterklasse eine zu starke Position einnimmt und deshalb die Ansprüche der Lohnarbeit gegenüber dem Wertprodukt, die Lohnquote, auf ein niedriges Niveau drücken kann. Die Konsequenz dieses Verteilungserfolges ist allerdings ein Rückgang der konsumtiven Nachfrage und damit die Entstehung einer Realisierungskrise von Mehrwert. Im Falle des Auftretens einer Unterkonsumtionskrise wird von den Regulationisten argumentiert, daß es der Mangel an adäquaten institutionellen Formen sei, der dazu führe, die Nachfrage der Lohnabhängigen nach Waren der Abteilung II unterhalb des Niveaus gleichgewichtiger Reproduktion sinken zu lassen.

Die überproduktionstheoretische Variante der Realisierungskrisentheorien interpretiert den Zusammenhang von Einkommensverteilung und Akkumulationsprozeß dergestalt, daß behauptet wird, die zunehmende Mechanisierung der Produktion und der damit verbundene wachsende Kapital-

stock führe zu einem relativen Absinken des von der Arbeiterklasse nachgefragten Anteils an der Wertproduktion. Soweit die aus der Diskrepanz von Einkommens- und Kapazitätseffekt der Investitionen resultierende Nachfrage- lücke durch beschleunigte Akkumulation zu schließen versucht wird, ergibt sich ein immer größeres Realisierungsdefizit. Die Unterauslastung des Produktionskapazitätspotentials wird hier mit einem gegenüber der Lohnquote schnellerem Wachstum der Kapitalintensität begründet. Ebenfalls auf der Verteilungsebene setzen die in der Kaldor-Kalecki-Tradition stehenden krisentheoretischen Interpretationen an. In diesen Arbeiten wird der Zusammenhang zwischen Profitrate (p') und Akkumulationsrate (g) genau gegenläufig zur "Marx-Tradition" gefaßt. Während bei Marx die Akkumulationsrate eine abhängige Variable der Profitrate der Vorperiode ist [$g_t = f(p'_{t-1})$], argumentiert die Kaldor-Kalecki-Tradition umgekehrt: $p'_t = f(g_{t-1})$. Unter Bezugnahme auf den Keyneschen "Witwenkrug" wird die Profitrate demnach bestimmt durch die Verwendung der Profite für Investitionen und Kapitalistenkonsum: Die Verwendung der Profite der Vorperiode regelt insgesamt die gesamtwirtschaftliche Profitrate, die dann — bei unterstellter Konstanz des Kapitalkoeffizienten — die Profitrate der laufenden Periode bestimmt.

Die Disproportionalitätskrisentheorien schließlich heben nicht vorrangig auf gesamtwirtschaftliche Realisierungsprobleme ab, sondern stellen sektorale Ungleichgewichte ins Zentrum der Krisenerklärung, die auf die 'Anarchie des Marktes' rückgeführt werden. Die ökonomische Krise wird, ganz in der Tradition von Tugan-Baranowski, als systemisch begründetes Nicht-Gelingen proportionaler Produktions- und Austauschprozesse der beiden Abteilungen gesellschaftlicher Reproduktion begründet.

Die verschiedenen Vertreter der Regulationstheorie lassen sich jetzt, in sehr schematischer Weise, diesen krisentheoretischen Erklärungsvarianten zuordnen. Die im nachfolgenden Schaubild unternommene Zuordnung bezieht sich allerdings allein auf die Interpretationen der Krise des dominant intensiven Akkumulationsregimes mit Massenkonsum bei monopolistischer Regulation ("Fordismus").

Überakkumulation	Profits-squeeze	Realisierungskrise
Mazier (1982)	Mazier (1982)	Mazier (1982)
Lipietz (1986a)	Coriat (1979)	Boyer/Mistral (1978)
Aglietta(1979)	Hirsch/Roth (1987)	
	Boyer (1986a)	
	GREEC (1983)	
	de Bernis (1983; 1983a)	
Mazier/Basle/Vidal (1984)		
Bertrand(1986)		

ABBILDUNG 1: KRISENTYPOLOGIE UND REGULATIONSTHEORIE

Erweitert man den historischen Untersuchungsgegenstand auf die Krise 1929/32, dann würde das Zuordnungsschema anders aussehen. Die Mehrzahl der Regulationstheoretiker müßte dann einer der Varianten der Realisierungskrisentheorien zugeordnet werden: In Einklang mit der von Aglietta (1979) vorgelegten Interpretation der Krise des vor-fordistischen Akkumulationsregimes der USA wird eine Argumentation verfolgt, die auf die Variablen Arbeitsproduktivität, Kapitalintensität und Lohnquote abhebt¹⁰⁾. Infolge der kompetitiven Regulationsweise und damit der man-

¹⁰⁾ In den einzelnen Schritten seiner Krisenerklärung entwickelt Aglietta darüberhinaus eine Theorie der Finanzkrise. Der eigentliche Kern seiner Erklärung der Krise 1929/32 läßt sich aber durchaus als überproduktionstheoretisch interpretieren: "In the economic movement that led to the Great Depression", schreibt Aglietta (1979, S. 358 f), "the overall imbalance resulting from the uneven development of the two departments of production existed below the surface from the mid 1920s. Throughout this decade, income distribution shifted rapidly to the detriment of the wage-earners. Between 1920 and 1929, in fact, incomes received in the form of profit, interest and rent increased by 45 %, wage incomes only by 12 %. The increase in the rate of surplus-value that made possible this distortion of income distribution fuelled the uneven development of the two departments of production. From 1923 to 1926 the output of producer goods increased at something like double the pace of industrial production as a whole". Die Verselbständigung des Wachstums der produktionsmittelerzeugenden Abteilung I, die das Zentralargument der überproduktionstheoretischen Erklärung ausmacht, kann erst im Zuge der Durchsetzung der monopolistischen Regulationsweise aufgehoben werden. — Dieser Interpretation der US-amerikanischen Krise von 1929 ff wird allerdings von Duménil/ Glick/ Rangel (1986) widersprochen. Ihnen zufolge ist die Phase 1922 — 29 durch einen Anstieg der Lohnquote bestimmt, die sich auf der rapiden Transformation der technologischen Produktionsbedingungen und der Arbeitsorganisation gründet. Der technologische Umstrukturierungsprozeß der US-amerikanischen Industrie wurde in hohem Maße kreditfinanziert, sei es in Gestalt direkter Investitionskredite bei den Banken oder durch die Emission neuer Typen von Wertpapieren. Auf diese Weise, so die Autoren, sei durch den industriellen Unternehmenssektor selbst ein spekulatives Ambiente erzeugt worden, das — angesichts des relativ niedrigen Niveaus der Kapitalrentabilität — zu einem steilen Anstieg der Konkursziffern und dann zum Ausbruch

gelnden "Verdichtung" der beiden Abteilungen gesellschaftlicher Reproduktion sowie einer nicht-produktivitätskonformen Lohnpolitik kommt es dieser Erklärung zufolge zu dem Aufbau eines Realisierungsproblems, das mit den historisch-institutionellen Rahmenbedingungen dieser kapitalistischen Formation nicht gelöst werden kann: "En fait, c'est le bouleversement des normes de production sans changement correspondant de la norme de consommation ouvrière, qui viendrait rompre l'unité contradictoire des procès de production et de circulation" (Boyer 1979, S. 33). Das im Umbruch begriffene Akkumulationsregime steuert in eine tiefgehende ("große") ökonomische Krise, die institutionelle Anpassungsprozesse an die veränderten ökonomischen Produktionsbedingungen hervortreibt¹¹⁾.

In dieser allgemeinen Charakterisierung der Krise 1929 ff ist der Grundtenor der regulationstheoretischen Kriseninterpretationen angelegt, der auf eine Vermittlung von ökonomischen Variablen und institutionellen Formen zielt. Im nächsten Abschnitt werde ich die dabei eingeschlagenen Argumentationswege nachzeichnen.

einer offenen Finanzkrise führte. — Boyer (1987, S. 465) erklärt die Krise von 1929, unter Bezugnahme auf den französischen Fall, mit der Scherentwicklung zwischen Reallöhnen und Arbeitsproduktivität und zwischen Konsumgüternachfrage und Investitionen: Im Zuge der Taylorisierung kapitalistischer Produktion kommt es dank der raschen Steigerungsraten der Arbeitsproduktivität und der kompetitiven Form der Lohnbildung zu einem Anstieg der Profitquote und damit c.p. auch der Profitrate. Da im Zuge des Akkumulationsprozesses die Kapazitäts- die Einkommenseffekte neuer Investitionen ständig übertreffen, läuft das ökonomische System in eine selbst generierte Realisierungsfalle. — Von diesen Interpretationen weicht allerdings die Analyse von Mazier/ Basle/ Vidal (1984, S. 173) ab. Im Unterschied zu Boyer (1987b, 1979) sehen sie die französische Entwicklung der 20er Jahre noch weiterhin durch ein dominant *extensives* Akkumulationsregime gekennzeichnet, in dem die traditionellen, vor-kapitalistischen Sektoren eine zentrale Rolle spielen. Die Krise in Frankreich ist ihnen zufolge denn auch eine Krise eines extensiven Akkumulationsregimes, die auf eine Verselbständigung der Akkumulation von Abteilung I zurückzuführen ist, deren Waren aufgrund des noch geringen Kommodifizierungsgrades der Ware Arbeitskraft keinen adäquaten Absatz in den konsumgüterherstellenden Sektoren finden. Die Krise ist also kein Resultat einer bloß *ungleichmäßigen* Modernisierungsrate der beiden Abteilungen gesellschaftlicher Reproduktion, sondern Ausdruck einer auf die Abteilung I *beschränkten* Transformation der Produktionsnorm. Auf der Basis eines sektoralen Akkumulationsmodells entwickeln Mazier et al. (1982) für den französischen Kapitalismus der 20er Jahre die identische These, derzufolge ein autozentrierter Akkumulationsprozeß der Abteilung I die ökonomische Dynamik bestimmt, und die nur schwach ausgeprägte Transformation der Produktionsbedingungen in Abteilung II den Verwertungsraum begrenzt und so die Krise verursacht habe (dies., S. 250).

¹¹⁾ Lipietz (1986, S. 17) interpretiert die Krise 1929/32 deshalb auch als "...the first crisis of intensive accumulation and the last crisis of competitive regulation".

4 Die Krisenerklärungen der Regulationisten

4.1 Eine Krisentypologie

In einer bilanzierenden Übersicht über die Arbeiten der Regulationstheoretiker hat Boyer (1986) eine typologische Aufgliederung ökonomischer Krisen vorgenommen. Entsprechend der methodologischen Prämisse, derzufolge jedes Akkumulationsregime seine Eigendynamik besitzt, wird als krisenanalytische Aufgabe formuliert, den *dominanten* Widerspruch jedes Strukturenssembles herauszupräparieren (vgl. auch Boyer 1979, S. 10). Im Zusammenspiel von Akkumulationsregime, institutionellen Formen und Typen der Regulation werden dort drei Krisentypen unterscheiden: (1) Die *Krise erster Ordnung* hat ihre Ursprünge in der kapitalistischen Ökonomie externen Prozessen. Systematisch und entsprechend dem hier zugrundegelegten Krisenverständnis ist sie keiner theoretischen Analyse zugänglich. In einer weniger weiten analytischen Fassung lassen sich darunter aber auch die Krisen des dominant extensiven Akkumulationsregimes subsumieren, die im nicht-kapitalistisch organisierten Agrarsektor — aus Gründen wie Klimaschwankungen, Bodenerosionen etc. — einsetzen und sich dann in die kapitalistischen Sektoren übertragen.

(2) Die *Krisen zweiter Ordnung* sind demgegenüber der Ausdruck ökonomischer Widerspruchsstrukturen, die sich in bestimmten historischen Regulationsformen bewegen. Der genaue Verlauf dieser zyklischen oder "kleinen" Krisen hängt entscheidend von der jeweiligen Form der gesellschaftlichen Beziehungen und der ökonomischen Strukturen ab, durch die hindurch sie sich artikulieren. Diese Krisen beinhalten auto-adaptive Prozesse zur Wiederherstellung des systemischen Gleichgewichts eines Akkumulationsregimes ebenso wie die allmähliche Herauentwicklung neuer institutioneller Formen. Die damit verbundene Änderung der Regulationsweise verläuft jedoch über die Zyklen hinweg in langsamen Tempo: Regulationsweise und Akkumulationsregime werden durch diesen Krisentypus nicht grundsätzlich in Frage gestellt. In Anlehnung an die Terminologie von Gordon/ Weisskopf/ Bowles (1983) könnte man diesen Krisentypus auch als "reproductive cycle" bezeichnen (vgl. dazu Anmerkung 6).

(3) Anders stellt sich die Situation im Falle der *Krisen dritter Ordnung* bzw. der *strukturellen Krisen* oder auch "großen" Krisen dar. Im Zuge der ökonomischen Reproduktion eines Akkumulationsregimes bauen sich Widerspruchspotentiale auf, die von den kleinen Krisen nicht reduziert oder formspezifisch verarbeitet werden können. Das Resultat ist eine zunehmende Unvereinbarkeit von institutionellen Formen und ökonomischem Prozeß. Für diese *Krise der Regulation* sind drei Momente von Bedeutung: (a) Es können externe und/oder interne Störungen auftreten, mit denen die

etablierte Regulationsweise bislang nicht konfrontiert war. Dieses Moment des Krisenprozesses verkörpert allerdings kein systematisches Element.

(b) Durch sozio-politische Kämpfe und Auseinandersetzungen können institutionalisierte Kompromisse aufgebrochen und individuelles sowie kollektives Verhalten neu definiert werden, wodurch Abweichungen zwischen institutionellen Formen und ökonomischer Reproduktion auftreten können.

(c) Denkbar ist aber auch, daß sich durch das Beharren und vielleicht sogar durch die Vertiefung der Logik der etablierten Regulationsform das Wachstumspotential des Akkumulationsregimes in einer Art und Weise erschöpft, daß sich notwendig eine längere Krise einstellen muß.

Diese potentiell krisengenerierenden Faktorenkonstellationen werden von den Regulationisten durch die Untersuchung konkret-empirischer Prozesse herauszuarbeiten versucht und ins Zentrum der Analyse großer Krisen gestellt. Um diesen Krisentypus von den kleinen oder zyklischen Krisen zu unterscheiden, bedient sich die Regulationstheorie dreier Indikatoren: – Erlauben die etablierten Regulationsformen im Falle von Störungen des Akkumulationsprozesses eine Wiederingangsetzung der Akkumulation? – Läßt sich die Herausbildung neuer institutioneller Formen beobachten? – Welches Ausmaß nehmen die offenen oder verdeckten Formen der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen an?

Nicht alle diese Kriterien müssen aber erfüllt sein, damit von "großen" Krisen gesprochen werden kann. Für die Entstehung von Krisen der Regulation kann es ausreichen, daß beispielsweise wichtige Dimensionen des Lohnverhältnisses neue Gestalt annehmen und damit die Entstehung neuer institutioneller Formen einhergeht¹²⁾.

Entscheidend für die Krisen der Regulation ist ein entstehendes "Ungleichgewicht" von strukturellen Formen und Akkumulationsregime. In solchen "großen Krisen" zeigt sich, daß die etablierte Regulationsweise die regelmäßige Reproduktion des Akkumulationsregimes nicht länger gewährleisten kann: "On parle alors de grande crise ou de crise de mutation qui aboutit, à terme, à une remise en cause des principaux traits caractéristiques de la croissance passée et qui assure l'émergence de nouveaux mécanismes régulateurs" (Mazier/ Basle/ Vidal 1984, S. 14). In diesem Sinne handelt es sich bei der etwa ab Mitte der siebziger Jahre einsetzenden Krise um den

¹²⁾ Benassy/ Boyer/ Gelpi (1979, S. 401 f) begründen diese Differenzierung von Krisentypen wie folgt: "Il importe de distinguer deux types suivant leur ampleur et leur significations. Les crises récurrentes peuvent être l'expression de mécanismes correcteurs de déajustements antérieurement accumulés et manifestent donc la continuité d'une régulation particulière (cf. les cycles dans la régulation concurrentielle). Par contre, les grandes crises, au cours desquelles se manifeste l'inadéquation des formes antérieures de la régulation, marquent en générale le passage d'une régulation devenue installée à une autre régulation".

Typus einer "großen Krise"¹³⁾.

Mit dieser Typologie von Krisen ist ein Schema gegeben, das zur Ordnung und damit zur Gewinnung von Übersichtlichkeit von historischen Prozessen verwendet werden kann. Wie es solchen Klassifikationsschema entspricht, sind sie aber — trotz ihrer theorieorientierten Formulierung — rein definitorische Gebilde, die erst durch theoretische Sätze in Bewegung gesetzt werden können. Wie die Regulationstheoretiker dabei vorgehen, soll im weiteren am Beispiel der Erklärungen zur "Krise des Fordismus" nachgezeichnet werden. Der besseren Verständlichkeit der weiteren Ausführungen wegen soll an dieser Stelle das diesen Arbeiten zugrundeliegende empirische Verständnis von "Fordismus" zunächst kurz zusammengefaßt werden.

Nach übereinstimmenden Untersuchungen der Regulationstheoretiker haben sich nach dem Zweiten Weltkrieg unter der weltwirtschaftlichen Hegemonie der USA Strukturen eines "atlantischen Fordismus" (Davis 1986) herausgebildet. Die "stylized facts" dieses fordistischen Akkumulationsregimes lassen sich — unter Absehung national-spezifischer Differenzen und Ungleichzeitigkeiten der Durchsetzung — idealtypisch durch vier Momente beschreiben (vgl. etwa Boyer 1987, S. 468 f)¹⁴⁾

¹³⁾ Von Boyer (1986, S. 157) wird darüberhinaus noch eine *Krise vierter Ordnung* unterschieden: die *Krise der Entwicklungsweise*. Allgemein ist sie definiert als die Krise der wichtigsten institutionellen Formen selbst, also genau der strukturellen Formen, die im Zentrum des jeweiligen Akkumulationsregimes stehen. Dazu zählen die Modi der Arbeitsorganisation, der zeitliche Horizont der Kapitalverwertung, die Aufteilung des Wertproduktes zwischen den Klassen und die Zusammensetzung der gesellschaftlichen Nachfrage. Diese Hierarchisierung der institutionellen Formen wird von Boyer zwar nicht erläutert, doch verweisen seine Ausführungen darauf, daß krisenhafte Widersprüche dieser Formen unmittelbare Wirkungen auf den "Stachel" des Akkumulationsprozesses, also die Profitrate zeitigen. Die Unterscheidung zwischen diesem Krisentypus und der Krise der Regulation ist äußerst schwierig vorzunehmen, weil in diesem Falle die dem jeweiligen Akkumulationsregime zugrundeliegenden institutionellen Formen auch die jeweilige Form der Regulationsweise beeinflussen und bestimmen. Um in empirischen Untersuchungen diesen Krisentypus trotzdem herausarbeiten zu können, wurde von Boyer (ebd.) ein weiteres Kriterienschema entwickelt. Eine Krise der Entwicklungsweise muß demnach drei Kriterien genügen: (a) Individuelle und kollektive Verhaltensmaßregeln dürfen zu keiner automatischen Erhöhung der Profite und damit auch nicht zu einem endogenen Aufschwung der Akkumulation führen; (b) die Akkumulationsdynamik muß zu einer Untergrabung und letztlich Zerstörung der gesellschaftlichen Formen der Aufstiegsphase des Akkumulationsregimes führen; (c) der Übergang in ein neues Akkumulationsregime und zu einem neuen Typus von Regulation muß ein — analytisch betrachtet — völlig offener Prozeß sein. Insbesondere mit dem letzten Kriterium unterscheidet sich die Theorie der Regulation von den meisten neo-schumpeterianischen Theorien, bei denen stofflich-technologische Faktoren in Gestalt von Produkt- und Prozeßinnovationen einen Quasi-Automatismus zur Überwindung von "großen" Krisen darstellen und für die Einleitung einer neuen "A-Phase" verantwortlich zeichnen sollen.

¹⁴⁾ Jessop (1987, S. 3) unterscheidet unter Rückgriff auf empirisch orientierte Untersuchungen zwölf Strukturdimensionen des Fordismus. Eine derart komplexe Beschreibung

(1) Auf der Ebene des Arbeitsprozesses wird die tayloristische Arbeitsorganisation durch das fordistische Prinzip der Übertragung des Produzentenwissens auf spezifische Produktionsmittel ergänzt. Die Entwicklung der Arbeitsproduktivität wird dadurch nicht länger allein von der jeweiligen Arbeitsintensität der Beschäftigten, sondern darüberhinaus auch von dem Nutzungsgrad und der Nutzungsdauer der Produktionskapazitäten bestimmt.

(2) Damit verbunden ist der Übergang zum Prinzip der Massenproduktion, die zu steigenden Skalenerträgen führt. Diese Durchsetzung von economies of scale-Produktionslinien ist an die Existenz ständig und stabil wachsender Absatzmärkte gebunden, die durch wachsende staatliche ökonomische Aktivitäten gestützt werden.

(3) Das fordistische Produktionsparadigma verändert den Lohnbildungsprozeß: Im Austausch für die Akzeptanz der fordistischen Arbeitsmethoden können die Beschäftigten nach Maßgabe der Produktivitätssteigerungen bemessene Reallohnzuwächse durchsetzen. Die produktivitätsorientierte Lohnentwicklung stabilisiert zum einen die Verteilungsrelationen zwischen Lohnarbeit und Kapital und sichert zum anderen einen stetigen Zuwachs der Konsumgüternachfrage und damit einen stabilen Multiplikator-Akzelerator. Diese monopolistische Regulation der Lohnbildung wird ergänzt durch administriertes Preissetzungsverhalten: In dem Maße, wie die innerkapitalistische Konkurrenz zunehmend auf Produktdifferenzierung und Marketing-techniken basiert, kann ein mark up-pricing durchgesetzt werden, das den Unternehmen von der Gütermarktseite eine konstante Profitquote und damit einen Verteilungsspielraum sichert.

(4) Die über die monopolistische Regulation gewährleistete "Verdichtung" von Produktions- und Konsumnormen sichert einen sektoral wie gesamtwirtschaftlich stabilen Investitionsprozeß. Die Zuwachsraten der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage bewegen sich leicht oberhalb der Steigerungsraten der Arbeitsproduktivität und gewährleisten auf diese Weise eine stetige Beschäftigungsentwicklung und die Absorption neu auf den Arbeitsmarkt tretender Arbeitskräfte.

Dieses fordistische Akkumulationsregime weist seit Ende der sechziger Jahre Keime einer Krise auf, die dann im Laufe der siebziger Jahre offen hervortreiben. In den regulationstheoretischen Arbeiten zur "Krise des

des fordistischen Akkumulationsregimes wirft allerdings, gerade unter krisentheoretischen Aspekten, eine Reihe methodischer Probleme auf. Will man diese Strukturdimensionen auf die Führungsgröße des kapitalistischen Akkumulationsprozesses, die Profitrate, orientieren, dann ergibt sich schnell das Problem einer krisentheoretischen Überdetermination. Deshalb ist es notwendig, die Vielzahl von Variablen zu reduzieren, indem eine hierarchische Ordnung in das Variablenset eingeführt wird. — Aus Gründen der theoretischen Überschaubarkeit und Handhabbarkeit werde ich mich deshalb auf die von Boyer (1987) angeführten vier Strukturprinzipien beschränken.

Fordismus" finden sich dazu unterschiedliche Erklärungen, die ich jetzt im einzelnen rekonstruieren will¹⁵⁾.

4.2 Die krisentheoretischen Aussagen der Regulationstheorie

Krise des Fordismus I

Empirisch stellt sich die Mitte der siebziger Jahre offen zu Tage tretende Krise des Fordismus als Kombination — relativ und teilweise auch absolut — rückläufiger Zuwachsraten der Produktion und schnell steigender Inflationsraten dar. Von den ersten Arbeiten der Regulationstheoretiker wird die Krise des Fordismus denn auch als Stagflationskrise interpretiert. Ganz in Einklang mit der methodologischen Prämisse, dem ökonomischen Prozeß kein generelles krisentheoretisches Muster überzustülpen, versuchen *Boyer/Mistral* (1978) diesen spezifischen Krisenverlauf aus den historisch gegebenen Strukturen des Akkumulationsregimes zu begründen. Das Resultat ist eine Kombination aus überproduktionstheoretischen und institutionalistischen Argumenten, die in den einzelnen entwickelten kapitalistischen Ländern, je nach konkreter Gestalt des Akkumulationsregimes, eine unterschiedliche Mischung annehmen können. In Frankreich bspw. ist der gesamtwirtschaftliche Prozeß demnach zunächst durch eine beschleunigte Akkumulation der Abteilung I gekennzeichnet, wobei der wachsende Kapitalstock im Zeitablauf zur eigenen Grenze seiner Verwertung wird, und deshalb die Zuwachsraten der produktionsmittelerzeugenden Abteilung allmählich zurückgehen. Dieser Prozeß resultiert in einer tendenziellen Unterauslastung der Produktionskapazitäten und damit in einem Druck auf die sektorale Profitrate, dem die Unternehmen preis- und produktionspolitisch zu begegnen versuchen, indem sie durch Preiserhöhungen ihre monetäre Profitrate aufrechtzuerhalten sich bemühen ("mark up-pricing") und die Arbeitsprozesse rationalisieren. An diese Veränderungen der Marktconstellationen passen sich die Institutionen des Arbeitsmarktes nur mit Zeitverzögerungen an: Zunächst kommt es noch zu Reallohnsteigerungen und können die Versuche zur Intensivierung und Reorganisation der Arbeitsprozesse seitens der Beschäftigten blockiert oder wenigstens verzögert werden. Die damit verbundenen Lohnkostensteigerungen bei verlangsamtem Kapazitätswachstum schlagen sich negativ auf die Profitquote und damit auch auf die Profitrate nieder. Der gesamtwirtschaftliche Investitionsprozeß gerät ins Stocken und es setzen kumulative Abwärtsprozesse bei steigenden Preisraten ein (vgl. *Boyer/Mistral* 1978, S. 124 f; S. 101 ff). Auf den Prozeß stetig steigender In-

¹⁵⁾ Ich beschränke mich bei dieser Rekonstruktion auf die krisentheoretischen *Kernaussagen* der Regulationstheoretiker. Eine breite Darstellung und Diskussion der empirischen Befunde ist schon aus Platzgründen nicht möglich. Mit *Kernaussagen* sind die direkt für die Krise des Fordismus verantwortlich gemachten Ursachenkomplexe gemeint.

flationsraten reagieren auch die anderen ökonomischen Akteure wie Banken, Zinsbezieher sowie der Staat mit seiner Steuerpolitik mit erhöhten nominalen Ansprüchen gegenüber dem Wertprodukt. Auf diese Weise kommt es zu einer "sich selbst nährenden" Inflation. Diese kumulativen Prozesse werden allerdings durch die dank der monopolistischen Regulationsweise relativ hohen und stetigen Lohnzuwächse in eine relativ stetige Konsumgüternachfrage übersetzt, die zusammen mit den built-in-stabilizers der staatlichen Fiskalpolitik die einsetzende Mengenkonztraktion begrenzen. Anders als in der Krise der dreißiger Jahre kommt es deshalb auch zu keinem "Zusammenbruch" des Akkumulationsprozesses, sondern zu einer Stagnationskrise, in der sich abflachende Zuwachsraten des Wertprodukts und hohe Inflationsraten verbinden. Die Krise des Fordismus verdankt sich dieser Analyse zufolge also einer Diskrepanz zwischen der ökonomischen Erschöpfung der fordistischen Produktionsnorm und dem Typus monopolistischer Regulation, die in einen inflationären Prozeß mündet und den Wachstumspfad des Akkumulationsregimes absenkt. Der spezifische Typus von Regulation kann zwar den Eintritt der ökonomischen Krise nicht verhindern, wohl aber die Tiefe und das Ausmaß der Krise begrenzen. Die charakteristische Erscheinungsform der Krise des Fordismus ist diesen ersten Arbeiten zufolge die Stagflation.

Krise des Fordismus II

Eine Wendung zu einer mehr profits-squeeze-fundierten Erklärung der Krise des Fordismus findet sich in Boyer (1979). Als entscheidend für den Verlauf des kapitalistischen Akkumulationsprozesses wird hier die Mehrwertrate benannt, gefaßt als Verhältnis von (Real-) Lohnsatz und Arbeitsproduktivität. Während im intensiven Akkumulationsregime ohne Massenkonsum die ökonomische Krise ihren Ursprung in einer zu hohen Mehrwertrate habe, so Boyer (1979, S. 45), bestehe im intensiven Akkumulationsregime mit Massenkonsum das Problem in einer potentiell zu niedrigen Mehrwertrate. Die das Reproduktionsgleichgewicht des Akkumulationsregimes sichernde "goldene Mehrwertrate" zeichne sich gerade dadurch aus, sich zwischen der Skylla der Realisierungskrise (zu hohe Mehrwertrate) und der Charybdis der Verwertungskrise (zu niedrige Mehrwertrate) zu bewegen. Während der Phase der langen Nachkriegsprosperität habe die monopolistische Regulation eine solche "goldene" Mehrwertrate zu gewährleisten vermocht. Gerade der Erfolg dieses Typus von Regulation habe dann aber dazu geführt, die günstigen Verwertungsbedingungen allmählich zu unterminieren. Mit dem Verweis, daß eine zu niedrige Mehrwertrate das Resultat kollektiver Kämpfe der Beschäftigten und/oder von Strukturereuerungen des Lohnverhältnisses sein könne, nimmt Boyer den Kerngedanken der profits-squeeze-Theorie

auf¹⁶⁾.

In seinen empirischen Ausführungen zu den Krisenprozessen der entwickelten kapitalistischen Länder schlägt Boyer dann allerdings einen anderen, nicht strikt der theoretischen Grundüberlegung folgenden Argumentationsgang ein. Die internationale Krise von 1974/75 wird in eine Vielzahl von Einzelereignissen und spezifische nationale Konstellationen aufgelöst, die alle zum Resultat führen, daß sie das etablierte Gleichgewicht zwischen Akkumulationsregime und Regulationsweise untergraben. Empirisch gemessen wird dieses Gleichgewicht mit der (Preis-)Profitrate, die in den meisten entwickelten kapitalistischen Ländern einen negativen Trend aufweist. Eine systematische Rückführung der vielfältigen ökonomischen und politischen Ereignisse auf die Bedingungsfaktoren der Profitrate unternimmt Boyer allerdings nicht. Es bleibt bei recht vagen Andeutungen, daß im einen Falle der Anstieg des Kapitalkoeffizienten (BRD) und im nächsten Fall oberhalb der Produktivitätszuwächse liegende Reallohnsteigerungen (Großbritannien, Italien) für den Rückgang der Profitrate verantwortlich seien; in noch anderen Fällen ist es schließlich die auf die monopolistische Regulationsweise zurückzuführende Beschleunigung inflationärer Prozesse, die über den damit verbundenen nationalen Verlust an internationaler Konkurrenzfähigkeit die Ökonomien in die Krise treibt (Boyer 1979, S. 77 ff).

Diese historisch-deskriptive Annäherung an die Krise des Fordismus durch Boyer, die auf eine exaktere theoretische Fundierung zugunsten empirischer Beschreibungen verzichtet, wurde in neueren Arbeiten durch eine strikt profits-squeeze-orientierte Krisenerklärung abgelöst (vgl. Boyer 1986a, S. 27 ff, ders. 1987, S. 470 ff). Die dort vorgelegte Argumentationsfigur knüpft jetzt nahtlos an die bereits in der Untersuchung von 1979 formulierte These der Zentralität der Mehrwertrate für die Reproduktion des fordistischen Akkumulationsregimes an. Drei Felder der Krisengenesen werden dazu von Boyer analysiert und zu verknüpfen versucht:

(1) Mit den Bemühungen zur Steigerung der Skalenerträge entstehen immer größere Produktionseinheiten, auf die auch immer größere Marktanteile entfallen. Entsprechend schwierig gestalte sich die Abstimmung von in Preisen gemessenem Warenangebot und monetärer Nachfrage. Auch zeige sich, daß die *Einführung* fordistischer Produktionsmethoden zwar Effizienzgewinne zeitige, ihre *Vertiefung* aber mit wachsenden Problemen einhergehe, die sich in einer rückläufigen Zuwachsrate der Arbeitsproduktivität und/oder in einem Rückgang der Kapitalproduktivität niederschlagen können. Gegen die

¹⁶⁾ Boyer widerspricht damit en passant dem von ihm gemeinsam mit Mistral (1978, S.114) formulierten Verdikt, wonach eine solche Erklärung — zumindest für den Fall des französischen Fordismus — keine empirische Grundlage aufweist.

tayloristische Vertiefung der Organisation des Arbeitsprozesses könne es zu Widerständen der Beschäftigten in Gestalt häufigen Arbeitsplatzwechsels, Absentismus, kleinerer Akte der "Sabotage" etc. kommen, die das Tempo der Arbeitsproduktivitätssteigerungen bremsen. Soweit das Management auf solche Widerständigkeiten mit einer zunehmenden Kontrolle von Arbeitskraft und Arbeitsprozeß reagiere, stiegen die faux frais kapitalistischer Produktion (so auch Bowles/Gordon/Weisskopf 1983) an. Werde der Widerstand der Arbeiter eher integrativ über monetäre Kompensationen aufzufangen versucht, dann könne sich genau dann eine Senkung der Mehrwertrate und damit ein profit squeeze einstellen, wenn die die aus dieser Strategie resultierenden höheren Lohnkosten — möglicherweise infolge von Veränderungen im Konkurrenzverhältnis — nicht mehr voll auf die Preise abgewälzt werden können.

(2) Eine entscheidende Rolle komme in diesem Prozeß dem permanenten Zwang zur Aufrechterhaltung und Verbesserung der internationalen Konkurrenzfähigkeit zu. Da üblicherweise — im starren tayloristisch-fordistischen Entwicklungstypus — die größeren Produktionseinheiten auch mit dem höchsten Grad an Effizienz produzierten, käme es zeitgleich zu der Oligopolisierung der nationalen Produktionsstrukturen zu einer Intensivierung der Konkurrenz auf der Ebene der Weltwirtschaft. Mögliches oligopolistisches Preisverhalten auf der nationalen Ebene — das die Lohnkostenabwälzungen erlaube — konfiguriere mit dem Konkurrenzdruck auf internationaler Ebene. Das mark up-pricing werde also unterminiert und der für ein nationales Akkumulationsregime zentrale Mechanismus der Lohnbildung zerstört: Die nationalen Ökonomien seien nicht länger der strategische Raum, in dem sich Produktions- und Konsumnormen *gemeinsam* entwickeln könnten. Es käme zu einer Hierarchisierung der Regulationsformen, die das Akkumulationsregime und die Regulationsweise potentiell untergrabe.

(3) Die nahezu nahtlose Koppelung der Steigerungsrate der Nominallöhne mit den Zuwachsraten der Arbeitsproduktivität habe im Verbund mit der oligopolistischen Preissetzung seit den späten 60er Jahren eine Lohn-Preis-Profit-Spirale erzeugt, die im Laufe der 70er Jahre die Inflationsrate auf ein destabilisierendes Niveau anheb und den Produktivitäts-Nominallohn-Nexus unterminierte. Die sich daraus ergebenden Konsequenzen für die nationale Geldpolitik seien um so drastischer ausgefallen, je konkurrenzschwächer das jeweilige nationale Produktionssystem sich dargestellt habe. Das fordistische Tarifvertragssystem und seine institutionellen Formen hätten zwar durch die Sicherstellung der Abwärtsrigidität der Löhne eine gewisse Stabilisierung der Konsumnachfrage bewerkstelligen können — ein Grund, warum die Krisen von 1973/75 und 1979 keine desaströsen Verlaufformen wie etwa die Krise 1929/32 angenommen hätten —, doch reich-

ten die built-in-stabilizers nicht aus, um auch wieder eine endogene Aufschwungdynamik zu erzeugen. Soweit sich für nationale Ökonomien im Zuge der Krise die Austauschverhältnisse verschlechterten und die nationalen Kapitale vorwiegend Preisanpasser seien, hätten sich sogar unmittelbare Einschränkungen für die Profitraten ergeben: Die gestiegenen Lohnkosten hätten angesichts sinkender Preise auf den internationalen Märkten nicht mehr länger durch Profitaufschläge kompensiert werden können. Zur Wahrung der Preiskonkurrenzposition hätten sogar die Profitaufschläge reduziert werden müssen. Die Folge davon wäre aber dann ein Rückgang der Investitionen, ein Absinken des Auslastungsgrades der Produktionskapazitäten sowie ein Rückgang der Raten der Arbeitsproduktivität gewesen. Entsprechend gering sei deshalb der Erneuerungsgrad des Produktionsapparates und das Diffusionstempo neuer Produktionssysteme ausgefallen.

Die Mehrwertrate erweist sich also im Zuge der Ausweitung und Vertiefung des Fordismus als zunehmend zu gering, um das Akkumulationsregime reproduzieren zu können. Die Widersprüche des Akkumulationsregimes unterhöhlen auch die etablierten Regulationsformen, insbesondere den fordistischen Typus der Lohnbildung, und leiten auf diese Weise eine "große Krise" ein.

Allerdings entspricht auch diese Interpretation nicht dem jüngsten Stand der Boyerschen Analysen zur "Krise des Fordismus". In einer Untersuchung der französischen Position im internationalen Krisenprozeß findet sich noch eine weitere Begründung der profits-squeeze-Theorie (vgl. Boyer 1987a, S. 33 ff). Für die Verschiebung der funktionalen Einkommensverteilung zu Lasten des Kapitals wird jetzt der etablierte gesellschaftliche Kompromiß zwischen den Klassen, wie er sich im Sozialstaat materialisiert, verantwortlich gemacht. Im Zuge der sich öffnenden Schere zwischen Arbeitskräftepotential und effektiver Beschäftigtenzahl hätten sich seit 1973 die Transferleistungen des Staates drastisch erhöht. Weil im französischen Sozialversicherungssystem diese Leistungen durch Abgaben der Unternehmen und der beschäftigten Lohnabhängigen finanziert werden, hätte die steigende Abgabenlast eine Verminderung der Profitquote zur Folge gehabt, die einen vicious circle in Gang gesetzt hätte (ders. 1987a, S. 38).

Eine auf die Verteilungskonstellationen abstellende Argumentationsfigur legt auch Coriat (1979) vor. Sind es bei Boyer technische und soziale Grenzen, die den Fordismus in die Krise treiben, so zentriert Coriat seine Krisenerklärung allerdings nahezu ausschließlich auf die soziale und arbeitspolitische Dimension des Akkumulationsregimes. Abkürzend könnte man diesen Krisentheorietypus als *produktivitätsfundierte profits-squeeze-Variante* bezeichnen. Unter Rückgriff auf operaistische Theorieelemente versucht er, den Zusammenhang von Kostendruck, der aus intensivierten

Klassenauseinandersetzungen resultiert, und Überakkumulation von Kapital herauszuarbeiten. Seiner Analyse zufolge stoßen die tayloristischen und fordistischen Methoden der Arbeitsorganisation im Laufe der sechziger Jahre an soziale wie dann auch ökonomische Grenzen. Der Hintergrund dieser Grenzen ist das Aufbrechen einer Krise der betrieblichen und gesellschaftlichen Arbeitsteilung durch die vermehrten Kämpfe der Massenarbeiter gegen die repetitiven, stumpfsinnigen und schlecht bezahlten Arbeiten in den fordistischen Sektoren der Ökonomie (vgl. Coriat 1979, S. 187)¹⁷⁾. Die Kapitale reagieren auf die Widerstandshandlungen der Arbeiter mit vermehrten Anstrengungen zur Rationalisierung, Modernisierung und Automatisierung der Produktionsprozesse. Die Folge ist ein steiler Anstieg der Kapitalintensität (technische Zusammensetzung des Kapitals) und dann — infolge einer unteroptimalen Ausnutzung der technischen Produktivitätspotentiale — auch des Kapitalkoeffizienten (der organischen Zusammensetzung des Kapitals), der einen Rückgang der Profitrate bewirkt (Coriat 1979, S. 220 ff).

Coriat legt also eine um (technikzentrierte) kontrolltheoretische Argumente bereicherte profits-squeeze-Theorie vor, die ihr Hauptaugenmerk auf die Entwicklungen im Arbeitsprozeß richtet¹⁸⁾. Dieser operaistisch-arbeitsprozeßtheoretischen Erklärung der Krise des Fordismus folgen im Kern auch Hirsch/Roth (1986): "Die grundlegende Krisenursache", so deren These, "ist darin zu sehen, daß die in der tayloristischen Arbeitsorganisation liegenden Produktivitätsreserven und damit die Möglichkeit zur kontinuierlichen Erhöhung der relativen Mehrwertrate sich mehr und mehr erschöpft hatten... Fast wie eine späte Revanche für die Niederlage der handwerklichen Arbeiter durch Taylorismus und Fordismus produzierte nun der tayloristische Massenarbeiter eine neue und umfassende Krise der Produktivität"

¹⁷⁾ Coriat verweist darauf, daß mit diesem Erklärungsansatz keine umfassende Analyse des ökonomischen Krisenprozesses vorgelegt ist. Dennoch sei die Krise der Arbeitsteilung in den Kernsektoren des Akkumulationsregimes eine zentrale Ursache der Akkumulationsprobleme: "Ici et d'abord une précision: des pays suivant n'entendent par fournir une explication exhaustive et détaillée les mécanismes permettent de rendre compte du déclenchement et du déroulement de la crise; elles prétendent, le facon limitée, traiter de certains "causes internes" — au procès d'accumulation du capital dans les économies des pays de l'Ouest — susceptible d'expliquer la durable "fragilisation" des appareils productifs qui s'ouvre dans le cours des années 1960" (Coriat 1979, S. 218).

¹⁸⁾ Ich zähle die Krisenerklärung von Coriat deshalb zu den profits-squeeze-Theorien, weil explizit die Krise auf das Klassenhandeln der Arbeiter rückgeführt wird und diese Argumentationsfigur für diesen Krisentheorietypus bestimmend ist. Damit ist natürlich nicht gesagt, daß in den anderen Krisentheorietypen die Dimension sozialen Handelns und von Klassenkämpfen ausgespart ist. Eine ähnliche Argumentation findet sich, wie ich noch zeigen werde, auch bei Lipietz (1986a). Dessen krisentheoretische Erklärung werde ich allerdings unter dem Signum OgZ-Variante des tendenziellen Falls der Profitrate verhandeln.

(S. 79 f).¹⁹⁾ Methodisch gehen Hirsch/Roth so vor, daß sie prinzipiell die Wirkung des Marxschen Gesetzes vom tendenziellen Fall der Profitrate unterstellen, die nur durch den Komplex "entgegenwirkender Ursachen" unterlaufen wird. Die — monopolistische — Regulationsweise ist dann der "Ausdruck eines historisch-spezifischen Gefüges gesellschaftlicher, technologischer, politisch-institutioneller und ideologischer Bedingungen" (ebd., S. 37), das für eine begrenzte Zeit den Fall der Profitrate begrenzen und sogar eine steigende Profitrate bewirken kann. Mit dem Erreichen der sozialen und ökonomischen Grenzen der tayloristisch-fordistischen Produktionsmethoden und der mit ihr verknüpften Struktur von Mehrwertproduktion kommt es zu einem Fall der Profitrate und einer Auflösung der institutionellen Formen. Der Zusammenhang von Akkumulationsregime und Regulationsweise wird von Hirsch/Roth linear gefaßt: Die Krise des Akkumulationsregimes führt zu einer Krise der Regulationsweise. Diese Sichtweise weicht insbesondere von der Interpretation Boyers (1979; 1987) ab, der das Grundcharakteristikum der Krise des Fordismus gerade in der ungleichzeitigen Entwicklung und damit dem Ungleichgewicht zwischen Akkumulationsregime und Regulationsweise verortet und daraus die instabile und tendenziell stagnative Akkumulationsbewegung ableitet.

Ein auf das Marxsche Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate abstellendes Krisenkonzept wird von den Regulationisten der GREEC (1983) und deren Mitarbeiter de Bernis (1983) vorgelegt. In diesen Arbeiten wird der tendenzielle Fall der Profitrate als ein säkularer Prozeß interpretiert, der allein durch die die Form spezifischer Regulationstypen annehmende Kombination der "entgegenwirkenden Ursachen" für bestimmte historische Phasen kompensiert werden kann. Die sozialen Kämpfe der Lohnabhängigen gegen Arbeitspraktiken und Entlohnungsformen sowie die physischen Grenzen spezifischer Produktionstechniken, die ab einem bestimmten Zeitpunkt keine steigenden Erträge mehr abwerfen, bilden danach die allgemeinen Grenzen der "entgegenwirkenden Ursachen" und damit der Regulationskapazitäten (vgl. de Bernis 1983, S. 113). Diese krisentheoretische Konzeption der Grenoble-Vertreter der Regulationstheorie sind mit den Erklärungen und Intentionen von Hirsch/Roth weitgehend identisch. Eingebettet in eine historische Analyse kapitalistischer Krisen als Ausdruck von Kämpfen um die Durchsetzung einer bestimmten Profitrate wird die Krise 1974/75, die die "fordistische Akkumulationsphase" zum Ende bringt, zurückgeführt auf die wachsende Zahl ökonomischer und politischer Auseinandersetzungen

¹⁹⁾ Sieht man einmal von dem etwas ungewöhnlichen Begriff der "relativen Mehrwertrate" ab, dann haben Hirsch/Roth das Problem, diese Krisenerklärung empirisch belegen zu können. Die von ihnen für den bundesrepublikanischen Fordismus dokumentierten Produktivitätsziffern sind wenig brauchbar, um einen kriseninduzierenden productivity slow down zu untermauern (vgl. ausführlicher Hübner 1988).

gen und Streiks, die einen Rückgang der Profitquote bewirken. Diese Interpretation ist weder eine übliche profits-squeeze- noch eine übliche überakkumulationstheoretische Erklärung. de Bernis (1983 a, S. 262) zufolge handelt es sich bei dem Rückgang der Profitquote nur um eine erste Etappe des Krisenprozesses. Entscheidend für den weiteren Krisenverlauf seien die Reaktionen der Unternehmen: Die Kapitale reagierten auf die Widerstandshandlungen der Lohnabhängigen nämlich mit einer Rationalisierungsoffensive, die (a) die betrieblichen Arbeitsprozesse umwälzte und (b) zu einem beschleunigten Wachstum der Abteilung I führte. Diese auf die Veränderung der technischen Produktionsbedingungen abzielende Akkumulationsstrategie unterminierte allerdings, so de Bernis (1983a, S. 263), die herrschende Regulationsweise und trieb damit das System weiter in die Krise. Das Zusammenspiel von Arbeitskämpfen und unternehmerischen Akkumulationsstrategien führt also zu einer Veränderung des ökonomischen Terrains und entzieht dem etablierten Regulationstypus den Boden. Im Kern entspricht diese Krisenerklärung den Ausführungen von Coriat (1979).

Eine profitratensorientierte Untersuchung der Akkumulations- und Krisenprozesse westeuropäischer Ökonomien (Frankreich, Großbritannien, Italien, Schweden und Bundesrepublik Deutschland) wurde von Mazier (1982) vorgelegt. Methodologisch unterscheidet sich diese Arbeit von den anderen krisentheoretischen Interpretationen der Regulationstheorie dadurch, daß von vornherein darauf verzichtet wird, die "Krise des Fordismus" mit einer der von mir unterschiedenen Krisentheorien erklären zu wollen: "The origins of crises cannot be found in a single cause (such as the exhaustion of opportunities for technical progress, increases in the organic composition of capital, the evolution of the balance of power in favour of workers, profit crises, the international division of labour, etc.). On the contrary, these different approaches must be interlinked" (Mazier 1982, S. 41). Übersetzt in die Realanalyse, ergibt dieses methodologische Verdikt eine auf der Basis breiten statistischen Materials gewonnene Auflistung verschiedener Krisenfaktoren, ohne daß diese theoretisch geordnet oder empirisch gewichtet werden würden. Als profitratensenkende Faktoren werden von Mazier angeführt:

- der Anstieg des Kapitalkoeffizienten, der sich vor allem dem in Form von Streiks, Absentismus und Arbeitsverweigerung äußernden Widerstand der Arbeiter gegen die fordistischen Produktionsmethoden verdankt, durch die der permanente technologische Erneuerungsprozeß ($\Delta K/L$) sich nicht in entsprechende Zuwächse der Arbeitsproduktivität (Δy) umsetzte;
- der Anstieg der (bereinigten) Lohnquote im Zuge der Herstellung von Vollbeschäftigung und der Ausschöpfung des peripheren Ar-

beitskräftepotentials;

- der Anstieg der Preise für internationale Vorleistungen, insbesondere der Rohstoffpreise, sowie der Intensivierung der internationalen Konkurrenz, in deren Gefolge das Nachkriegssystem der kapitalistischen Weltwirtschaft unterminiert worden sei (vgl. Mazier 1982, S. 49-60).

Im Zusammenspiel dieser Faktoren kam es zu einem signifikanten Rückgang der nationalen Profitraten und damit zu einem Rückgang von Investitionen und Beschäftigung. Spezifische nationale institutionelle Formen oder Typen der Regulation spielen dieser Analyse zufolge keine ursächliche Rolle bei der Entstehung der Krisen des Fordismus. Diese werden erst nach Ausbruch der Krise relevant, indem sie die Anpassung zentraler Akkumulationsstrukturen an die veränderten Verwertungskonstellationen hinausögern und dabei den abflachenden Akkumulations- und Wachstumsprozeß in einen Prozeß der Stagflation überführen — eine Argumentationsfigur, die sich bereits bei Boyer/ Mistral (1978) findet. Der etablierte Regulationstypus als Restrukturierungsblockade wirkt einmal durch die Institutionen des Arbeitsmarktes, die im Maße der jeweiligen gewerkschaftlichen Stärke die Arbeitsmarktflexibilität bezüglich Beschäftigungsvolumen und Lohnhöhe regeln: je langsamer die Anpassung des Beschäftigungssystems, desto höher der inflationäre Druck in der Volkswirtschaft. Als zweite institutionelle Form, die den Restrukturierungsprozeß in der Phase der Krise behindert, nennt Mazier die Preissetzungsmacht der Unternehmen, gefaßt als Monopolgrad: je höher die Elastizität der Profitquote gegenüber den Veränderungen der (gesamtwirtschaftlichen) Nachfrage, desto höher demnach die Preissetzungsmacht der Unternehmen und damit der inflationäre Druck (vgl. Mazier 1982, S. 62f). Durch diese beiden institutionellen Formen wird demnach die infolge einer rückläufigen Profitrate ausgelöste Krise des Fordismus in eine stagflationären Prozeß transmutiert.

Krise des Fordismus III

Eine strikt überakkumulationstheoretische, auf die OgZ-Variante des Marxschen Gesetzes des tendenziellen Falls der Profitrate abstellende Erklärung der Krise des Fordismus wird von Lipietz (1982, 1986, 1986a) vorgelegt. Seine These lautet, daß ein Regulationsungleichgewicht im Verhältnis der zwei zentralen Bestimmungsfaktoren der Profitrate für den Fall der Profitrate verantwortlich sei. Als Referenzfolie der Krise des Fordismus skizziert er zunächst dessen "golden age"-Phase, um dann die systematische Auflösung der Strukturbedingungen fordistischer Expansion aufzuzeigen. In Anlehnung an das Boyersche Theorem einer "gleichgewichtigen Mehrwertrate" könnte man von einem Modell eines "temporären Gleichgewichts der Profitrate" sprechen. Das "golden age" des Fordismus ist durch zwei

historische Konstellationen charakterisiert:

- Die Wachstumsrate der globalen (Abteilung I und II umfassenden) technischen Zusammensetzung des Kapitals (Kapitalintensität) und die Zuwachsrate der Arbeitsproduktivität in Abteilung I sind identisch. Die Wert- bzw. organische Zusammensetzung des Kapitals ist deshalb im Zeitablauf konstant²⁰.
- Die Zuwachsrate des Reallohnsatzes und — wegen einer unterstellten konstanten "Konsumneigung" — damit der realen Konsumgüternachfrage und der Arbeitsproduktivität in Abteilung II sind ebenfalls identisch. Entsprechend ergibt sich eine konstante Mehrwertrate bzw. Profitquote.

Ein weitgehend konstantes Niveau der organischen Zusammensetzung des Kapitals in Kombination mit einer ebenfalls weitgehend konstanten Mehrwertrate hat eine stabile Profitrate zur Folge, die sich in stabile und regelmäßige Akkumulationsraten übersetzt (vgl. Lipietz 1986a, S. 36 f sowie ders. 1986, S. 18). Beide Stabilitätsbedingungen waren dieser Analyse zufolge in nahezu allen entwickelten kapitalistischen Ländern bis weit in die sechziger Jahre hinein erfüllt. Allerdings waren sie auch gleichzeitig durch eine ausgeprägte Regulationsasymmetrie gekennzeichnet: "The first condition was obtained in a near-miraculous fashion, and in fact statistical data will show... that it was decreasingly so during the sixties in the main industrialized countries. On the other hand, the second condition was assured more or less explicitly by a policy of regulation of the wage relation: mass production was accompanied by mass consumption, thus realizing the full development of "Fordism" (Lipietz 1986a, S. 18). Wie bereits zuvor Coriat (1979) und Hirsch/Roth (1986) sieht auch Lipietz im Rückgang der Zuwachsraten der Arbeitsproduktivität die entscheidende Einbruchsstelle in das fordistische Akkumulationsregime²¹. In seiner Interpretation der Aus-

²⁰ Lipietz interpretiert die organische Zusammensetzung des Kapitals als Verhältnis von toter (C) zu lebendiger Arbeit (V+S). Auf der Ebene der Preise läßt sich die organische Zusammensetzung des Kapitals indizieren als Verhältnis von Kapitalintensität (K/L) und Arbeitsproduktivität der Abteilung I (y_I).

²¹ Die lohnkostenfundierte profits-squeeze-Variante wird von Lipietz aus empirischen Gründen zur Erklärung der Krise des Fordismus abgelehnt (ders. 1986a, S. 22). Demgegenüber hält er die produktivitätsorientierte profits-squeeze-Variante für auch empirisch tragfähig. Die empirisch festzustellende Senkung der Profitquote verdankt sich Lipietz zufolge also nicht erfolgreichen Klassenkämpfen in der Sphäre der Verteilung, sondern den Widerstandshandlungen der Arbeiter in der Sphäre der Produktion. Der gleiche Ausgangstbestand — rückläufige Zuwachsraten der Arbeitsproduktivität — wird von Coriat und Lipietz in seiner Konsequenz für die Entwicklung der Profitrate allerdings unterschiedlich interpretiert. — Ich muß an dieser Stelle eine Anmerkung zu der Datenbasis machen, obwohl es in diesem Beitrag nicht darum gehen kann, über die empirische Triftigkeit der krisentheoretischen Erklärungen der Regulationisten zu befinden. Zum einen findet sich

wirkungen einer rückläufigen Steigerungsrate der Arbeitsproduktivität unterscheidet er sich allerdings von Coriat. Während dieser, wie gezeigt, den productivity slow down aus den Widerstandshandlungen der Arbeiter im Produktionsprozeß erklärt und den damit einhergehenden Anstieg der organischen Zusammensetzung des Kapitals aus den Reaktionen des Kapitals begründet, die Widerständigkeiten der lebendigen Arbeit durch den vermehrten Einsatz von toter Arbeit, d.h. durch beschleunigte Rationalisierungen und Automatisierungen der Arbeitsprozesse zu umgehen, führt Lipietz den Anstieg des Kapitalkoeffizienten auf eine Art technologisches Gesetz zurück: "a new principle in organizing production (here: Fordism) at first generates more gains in productivity than increases in fixed capital per capita, but then it ends up becoming much too "costly" (Lipietz 1986a, S. 26). Während der Karriere eines Akkumulationsregimes nimmt die durchschnittliche organische Zusammensetzung des Kapitals demnach die Form einer U-Kurve an²².

in Lipietz (1986a) keine Ausführung zu der zugrundegelegten Definition von Arbeitsproduktivität. Unklar bleibt demnach, ob es sich um die Beschäftigtenproduktivität oder die Stundenproduktivität handelt, ob das effektive oder das potentielle Nettoproduktionsvolumen zugrundegelegt wird. Je nach herangezogenem Indikator werden sich die Datenreihen unterscheiden. In der Veröffentlichung von 1982 gibt Lipietz (1982a, S.218) allerdings an, daß die Arbeitsproduktivität als Wertschöpfung zu konstanten Preisen je Beschäftigtem gemessen wird. Die so gemessene Arbeitsproduktivität ist aber aus wenigstens drei Gründen wenig aussagekräftig. Mazier/ Basle/ Vidal (1984, S. 48 ff) haben gegenüber der Argumentation von Lipietz, erstens, mit Recht darauf hingewiesen, daß die Arbeitsproduktivitätsentwicklung dann eine untaugliche erklärende Variable darstellt, wenn sie nicht auslastungsbereinigt berechnet wird, weil sie dann eng mit der Veränderungsrate des wirtschaftlichen Wachstums korreliert. Zum zweiten, und darauf verweist Lipietz (1982, S. 220) am Beispiel der BRD selbst, hängt der Beleg eines kriseninduzierenden productivity slow down in starkem Maße von der gewählten Periodisierung ab. Wählt man beispielsweise für die BRD eine andere Periodisierung als sie von Lipietz zugrunde gelegt wird, dann ergibt sich für die unmittelbare Vorkrisenphase sogar eine höhere Zuwachsrate der Stundenproduktivität als in der Referenzperiode zuvor (vgl. dazu Hübner 1988). Und zum dritten kann die Beschäftigtenproduktivität die tatsächliche Entwicklung der Arbeitsproduktivität deshalb unterschätzen, weil Verkürzungen der durchschnittlichen Arbeitszeit nicht berücksichtigt werden.

²² Diese These kann sich auf wenigstens zwei Überlegungen stützen. (1) Soweit das neue technologische Paradigma, das am Anfang eines neuen Akkumulationsregimes steht, auch Produktinnovationen umfaßt, werden damit auch neue Anlagensphären für das Kapital erschlossen. In der Erörterung der "entgegenwirkenden Ursachen" gegenüber dem tendenziellen Fall der Profitrate wurde von Marx bereits darauf hingewiesen, daß diese neuen Anlagensphären eine gegenüber dem Durchschnitt niedrigere organische Zusammensetzung des Kapitals aufweisen: "Andererseits öffnen sich neue Produktionszweige, besonders auch für Luxuskonsumtion, die eben jene relative, oft durch Überwiegen des konstanten Kapitals in andren Produktionszweigen freigesetzte Bevölkerung als Basis nehmen, ihrerseits wieder auf Überwiegen des Elements der lebendigen Arbeit beruhen und erst nach und nach dieselbe Karriere wie die andren Produktionszweige durchmachen" (MEW 23, S. 246). (2) Untersuchungen von Billaudot (1980) zu Frankreich haben gezeigt, daß — ausgehend

Der Rückgang der Arbeitsproduktivität wird also in erster Linie mit technologischen Effizienzgrenzen der fordistischen Methoden der Mehrwertproduktion begründet, die im Laufe der sechziger Jahre auftreten und mit Widerstandshandlungen der Arbeiter im Produktionsprozeß zusammenfallen. Die institutionellen Formen der monopolistischen Regulation verhindern die rasche Anpassung der Reallohnsätze an die neuen Produktivitätsdaten und bewirken so eine Einschnürung der Mehrwertrate. Für den Rückgang der Profitrate von größerem Gewicht ist allerdings der starke Anstieg der organischen Zusammensetzung des Kapitals, der eine Konstellation relativer Überakkumulation bewirkt: Die Mehrwertmasse steigt gegenüber dem neu vorgeschossenen Kapital nur noch unterproportional an. Der Grund für den Anstieg der organischen Zusammensetzung wiederum ist das nichtlösbare technologieimmanente Dilemma, daß mit zunehmender Kapitalintensivierung der Produktion die Produktivitätsgewinne immer kleiner ausfallen (müssen)²³.

Ebenfalls auf die Entwicklung der organischen Zusammensetzung für die Erklärung der Krise des Fordismus stellt *Bertrand* (1983, 1986) ab. Seinen Untersuchungen des französischen Fordismus unterliegt ein Drei-Sektoren-Modell (Investitions- (S_1), Konsum- (S_2) und Exportsektor (S_3)), das zur Umgruppierung der sektoralen Gliederungssystematik der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung dient und den analytischen Grundstein für eine sektorale Überakkumulationstheorie legt. Die lange Wachstumsphase des französischen Kapitalismus begründet *Bertrand* mit einer nach dem Zweiten Weltkrieg vollzogenen "kapitalistischen Revolution" in dem Konsumgüterherstellenden Sektor der Ökonomie: Die schwerpunktmäßig in diesem Sektor versammelten fordistischen Industrien weisen einen gegenüber den beiden anderen Sektoren weitaus höheren Anstieg der Arbeitsproduk-

von einem niedrigen Kapitalkoeffizienten — die ökonomische Entwicklung *innerhalb* eines technologischen Paradigmas durch einen wachsenden marginalen Kapitalkoeffizienten gekennzeichnet ist. Im Fortgang des Akkumulationsprozesses steigt deshalb der gesamte Kapitalkoeffizient im Zeitablauf an. Auf diesen vintage-Effekt von Neuinvestitionen stellen auch neo-schumpeterianische Theoretiker wie etwa Kleinknecht (1979, S. 97 ff) ab. — In Rechnung zu stellen ist allerdings, daß es sich bei beiden Argumentationsfiguren um empirische Beobachtungen auf schmäler Basis handelt, die nur schwerlich verallgemeinerbar sind.

²³ Ein solches Argument der technologischen Ausschöpfungsrate von Innovationen ("Wolffsches Gesetz") findet sich auch in den Arbeiten der neo-schumpeterianischen Kri-sentheorie.

tivität²⁴) und der sog. "Arbeitszusammensetzung" auf²⁵). Die rasche Transformation der Produktionsbedingungen in S_1 eröffnete dem produktionsmittelherstellenden Sektor einen breiten Absatzmarkt und damit die Möglichkeit für ein rasches Produktionswachstum. Mit der zunehmenden "Kapitallastigkeit" ("l'alourdissement") von S_2 stellten sich aber Verwertungsprobleme ein, auf die die Unternehmen mit einer Einschränkung ihrer Investitionsgüternachfrage reagierten. Die relative Überakkumulation von S_1 übertrug sich demnach in den produktionsmittelerzeugenden Sektor in Gestalt eines Nachfragerückgangs, der zu einer Unterauslastung der Produktionskapazitäten und deshalb zu einem Druck auf die Profitrate führte (vgl. *Bertrand* 1986, S. 91 ff; vgl. auch *Mazier et al.* 1982).

Auch *Aglietta* (1979) unterlegt seiner Krisenerklärung ein überakkumulationstheoretisches Konzept, in dessen Zentrum das Problem der ungleichen Entwicklung der beiden Abteilungen gesellschaftlicher Reproduktion steht. Überakkumulation liegt für ihn definitionsgemäß dann vor, wenn die Wertschöpfung einer Periode durch den organischen Austausch der beiden Abteilungen nicht realisiert werden kann (*ders.* 1979, S. 356). Der Störung der Austauschprozesse selbst wiederum — bezogen auf den Typus intensiver Akkumulation mit Massenkonsum bei monopolistischer Regulation — liegt eine Krise der fordistischen Organisation der Arbeitsprozesse zugrunde. Diese Krise, schreibt *Aglietta* (1979, S. 162), ".is expressed above all in the intensification of class struggles at the point of production. By challenging conditions of work bound up with the fragmentation of tasks and intensification of effort, these struggles showed the limits to the increase in the rate of surplus-value that were inherent in the relations of production organized in this type of labour process. This was the root of the crisis". Die abnehmenden Zuwächse der Mehrwertrate übersetzen sich dieser Argumentation zufolge in eine Entwicklungsschranke der produktionsmittelerzeugenden Ab-

²⁴ Einen solchen Befund präsentiert *Pastré* (1983). Dort wurde der Versuch unternommen, den Einfluß von Veränderungen der Arbeitsorganisation — gemessen an Indikatoren wie Maß der Fließbandtätigkeiten, Mechanisierungsgrade usw. — auf die Entwicklung der Arbeitsproduktivität regressionsanalytisch zu bestimmen. *Pastré* konnte zeigen, daß auf der Basis des dominant intensiven Akkumulationsregimes die zuerst nach Maßgabe fordistischer Prinzipien reorganisierten Sektoren höhere Trends im Zuwachs der Arbeitsproduktivität aufweisen als die "verspätet" fordisierten Sektoren. Diese Leitsektoren bestimmten über einen längeren Zeitraum den Akkumulationsprozeß der Ökonomie. Die Krise des Fordismus wird von *Pastré* denn auch, allerdings mit Einschränkungen, auf den Verlust dieser Leitsektorenfunktion im Gefolge der Erschöpfung der Methoden fordistischer Arbeitsorganisation zurückgeführt.

²⁵ Der Indikator Arbeitszusammensetzung bezieht sich auf das Konzept der Marx'schen Werttheorie und ist als Verhältnis von direkter zu indirekter Arbeit in jedem Sektor definiert. *Lipietz* (1986a, S. 31) macht darauf aufmerksam, daß die Arbeitszusammensetzung der organischen Zusammensetzung des Zusatzkapitals ($C/V+S$), also der marginalen organischen Zusammensetzung des Kapitals, entspricht.

teilung, „since it no longer gives rise to technical mutations leading to a further mechanization of labour, capable of generating a sufficient saving in direct labour time to compensate for the increase in the organic composition of capital“ (ebd.). Die Ursachenkette der Krise des Fordismus läuft also bei Aglietta wie folgt: Klassenkämpfe in der Produktion \Rightarrow rückläufige Zuwachsraten der Mehrwertraten \Rightarrow Verlangsamung des Innovationstempos und ungleiche Entwicklung der beiden Abteilungen \Rightarrow Anstieg der organischen Zusammensetzung des Kapitals \Rightarrow Fall der Profitrate. Der Zusammenhang zwischen betrieblichen Kämpfen der Arbeiter und Akkumulationsstrategien des Kapitals wird von Aglietta anders gesehen als etwa von de Bernis (1983a) und der GREEC (1983). Während letztere die Rationalisierungsanstrengungen der Kapitale als Reaktion auf die sozialen Widerstandshandlungen interpretieren und einen beschleunigten Akkumulationsprozeß der Abteilung I als Indikator der sich ankündigenden ökonomischen Krise fassen, verortet Aglietta die Rationalisierungsstrategien in die Vorkrisenphase, die überhaupt erst die Widerstandshandlungen *auslösen*. Ihm zufolge handelt es sich bei den Rationalisierungsinvestitionen um Veränderungen und Vertiefungen des fordistischen technologischen Paradigmas, mit denen nur noch unterproportionale Zuwachsraten der Arbeitsproduktivität und damit ein Anstieg der organischen Zusammensetzung des Kapitals verbunden sind. Klassenkämpfe und technologische Veränderungen gehen bei Aglietta also Hand in Hand, während sie etwa bei de Bernis, aber auch bei Coriat (1979) als Ursache-Wirkungs-Zusammenhang konzipiert sind.

Mazier/Basle/Vidal (1984) interpretieren die ökonomische Konstellation 1973/75 ebenfalls als eine relative Überakkumulation von Kapital. Sie greifen in ihrer Krisenanalyse auf die bereits von Lipietz und Bertrand formulierten Ursachenkomplexe zurück und kombinieren diese Erklärungsmuster mit weiteren, aus der Empirie gewonnenen Argumenten. Vier Ursachenkomplexe lassen sich dabei unterscheiden:

- die Erschöpfung der aus der fordistischen Organisation der Arbeitsprozesse und der damit verbundenen tayloristisch-fordistischen Technologien resultierenden Wachstumspotentiale, die sich in einem Rückgang der Kapitalproduktivität und einer Verlangsamung der Arbeitsproduktivitätszuwächse niederschlägt;
- die Verschiebung der Einkommensverteilung zugunsten der Lohnabhängigen und damit eine Senkung der Profitquote im Zuge geräumter Arbeitsmärkte;
- die zunehmende Beschränkung der Entwicklungsmöglichkeiten der etablierten Konsumnorm im Verlauf fortschreitender Kommodifizierung der Reproduktion der Ware Arbeitskraft, die sich in abnehmen-

den Zuwachsraten des Produktionsvolumens der Abteilung II darstellt;

- die Verringerung der Akkumulationsrate der Abteilung II infolge einer weitgehend vollzogenen Transformation der Produktionsbedingungen und der Ausschöpfung der etablierten Produktionsnorm (vgl. dies. 1984, S. 194 ff).

Der im Rückgang der Kapitalproduktivität zum Ausdruck kommende Anstieg der organischen Zusammensetzung ist dieser Analyse zufolge also nur einer von vier Ursachenkomplexen, die erst in ihrer Kombination den Eintritt des Krisenprozesses begründbar machen²⁶⁾.

5 Krise und Kontingenz der Theorie

Die krisentheoretischen Ausführungen der Regulationisten stellen sich als ein buntes Bukett dar. Angeboten werden eine Fülle theoretischer Erklärungen und empirischer Beweisführungen, deren jeweiliger Kern sich auf traditionelle krisentheoretische Paradigmen stützt. Von einem originären Beitrag der Regulationisten zur Krisentheorie kann angesichts der vorgeführten Argumentationsfiguren nicht gesprochen werden. Wie auf anderen Feldern der Politischen Ökonomie finden sich auch innerhalb des regulationstheoretischen Paradigmas vielmehr konkurrierende und sich zum Teil auch wechselseitig ausschließende krisentheoretische Begründungen. Weitgehend übereinstimmend festgestellte empirische Tatbestände werden von den einzelnen Regulationisten deshalb nach Maßgabe der jeweiligen krisentheoretischen Folie unterschiedlich interpretiert. Ein gutes Beispiel dafür ist der allenthalben konstatierte productivity slow down. Diesen einmal für die fordistischen Ökonomien als empirisch triftig unterstellt, wird die Produktivitätsschwäche einmal mit den Widerstandshandlungen der Arbeitskräfte im Arbeitsprozeß (Coriat), dann mit technologischen Grenzen des zugrundeliegenden fordistischen Produktionssystems (Boyer) und schließlich alternativ mit den Rückwirkungen sektoral ungleicher Entwicklungen (Bertrand) erklärt. Der Zusammenhang zwischen betrieblichen Kämpfen und Akkumulationsstrategien wird darüberhinaus einmal

²⁶⁾ Eine ähnliche Vorgehensweise findet sich auch bei Lorenzi/ Pastré/ Toledano (1980): Sie unterscheiden vier Problemfelder in der Entwicklung des Fordismus, die zum Kriseneintritt beitragen: (a) die Erschöpfung der Produktivitätsreserven auf der Grundlage fordistischer Produktionsprozesse; (b) die Grenze der Konsumnorm in Gestalt des Massenkonsums; (c) die Zunahme unproduktiver Arbeiten im öffentlichen Sektor; (d) das schnelle Wachstum unproduktiver Arbeiten im privaten tertiären Sektor (dies. 1980, S. 272). Alle vier Entwicklungen führen zu einer Beschränkung der Mehrwertproduktion und zu einer Einengung der Profitmasse; großes Gewicht messen die Autoren dabei der hohen Absorptionsrate des Mehrwertes infolge der Tertiärisierung der Ökonomie bei.

als Ursache-Wirkungs-Zusammenhang (de Bernis 1983a) und einmal als synchroner Prozeß (Aglietta) gefaßt. Diese Interpretationen selbst verdanken sich wiederum unterschiedlichen krisentheoretischen Konzepten, die sich in ihrer Ursachenbestimmung ausschließen: der profits-squeeze-Theorie, der OgZ-Variante der Überakkumulationstheorie und der sektoralen Überakkumulationstheorie.

Die durch das Regulationskonzept angestrebte Vermittlung zwischen formations-konstitutiven und formations-kontingenten Strukturen und Ereignissen wird, wenn überhaupt, nur unzureichend eingelöst. Der Einwand von Noël (1986, S. 34), daß die Regulationstheorie nicht zeigen würde, wie und aus welchen endogenen Gründen ökonomische Krisen entstehen und daß das Problem der Reproduktion bzw. der Neuschaffung institutioneller Formen im Zuge von Krisenprozessen mit zu allgemeinen theoretischen Kategorien analysiert würde, trifft deshalb einen neuralgischen Punkt. Bemerkenswert ist insbesondere die weitgehende Aussparung von Hypothesen über die Rolle institutioneller Formen im Krisenentstehungsprozeß. Zwar wird in nahezu allen Studien, wenn auch mit differierender Gewichtung, auf die Erosion des Produktivitäts-Nominallohn-Nexus verwiesen, der den virtuous circle der fordistischen Prosperität gewährleistet habe. Zu einer solchen krisenrelevanten Aussage hätte es allein einer Theorie der Regulation nicht bedurft. Daß eine konstante Mehrwertrate resp. konstante Lohnquote zu einer der wesentlichen Stabilitätsbedingungen des Akkumulationsprozesses zählt, ist auch von anderen ökonomischen Theorien her bekannt (vgl. dazu unten). Die Lektüre der krisentheoretischen Arbeiten der Regulationsschule verweist auf zwei Möglichkeiten, Theorie und Geschichte, d.h. ökonomische Basisstrukturen und institutionelle Formen zu vermitteln:

(1) Boyer (1979), Mazier/ Basle/ Vidal (1984) und Lorenzi/ Pastré/ Toledano (1980) beschreiten den Weg, eine Vielzahl empirischer Problem-bereiche zu analysieren und die ablaufenden Entwicklungsprozesse in einer theoretisch pragmatischen Form miteinander zu verknüpfen. Das Resultat sind unter deskriptiven und systematisierenden Aspekten äußerst interessante und differenziert argumentierende Arbeiten, die allerdings auf die Formulierung krisentheoretischer Sätze verzichten. Die Krise ist hier das Ergebnis kombinierter Ungleichgewichte und Störungen zentraler Dimensionen der Entwicklungsweise, ohne daß eine Hierarchie der Ursachen formuliert werden würde. In den jüngeren Arbeiten von Boyer (vgl. etwa Boyer 1987a) wird zwar der Versuch unternommen, eine eindeutige Bestimmung der Ursachen der Krise des Fordismus vorzunehmen, doch geschieht dies vor allem durch eine Reduzierung des fordistischen Akkumulationsregimes auf bloße Verteilungszusammenhänge und durch eine Verengung der vielfältigen institutionellen Formen auf den Kompromiß zwischen

Lohnarbeit und Kapital, der den Produktivitäts-Lohn-Nexus sichert. Am greifbarsten wird dieser analytische Reduktionismus in dem unter Boyers Federführung zusammengestellten "Abschlußbericht" der Forschungen zur Regulations- und Fordismustheorie seitens der preistheoretischen Regulationisten des CEPREMAP. Der Fordismus als dominant intensives Akkumulationsregime mit Massenkonsum und monopolistischer Regulation wird dort als ein System von Kreislaufbeziehungen entworfen, dem drei grundlegende Hypothesen unterliegen:

- a) Mittelfristig ist die Entwicklung der Arbeitsproduktivität durch die allgemeinen technischen Veränderungen, die Akkumulationsrate und das Ausmaß der Skalenerträge bestimmt;
- (b) die Akkumulationsrate ist abhängig vom Wachstum der Konsumgüternachfrage i.S. eines Multiplikator-Akzeleratorprozesses;
- (c) das Wachstum des Produktionsergebnisses ist bestimmt durch die Dynamik der realen Lohn- und Gehaltssumme. Diese wiederum hängt ab von der Aufteilung der Produktivitätszuwächse, die ein Resultat des jeweiligen "compromis capital/travail" ist (vgl. Boyer 1987a, S. 10).

Entsprechend diesem Modell des Fordismus wird dann die Krise des Fordismus in den Störungen der Zirkulationszusammenhänge verortet: Der Kompromiß zwischen Lohnarbeit und Kapital wird durch soziale Auseinandersetzungen unterminiert und der Produktivitäts-Lohn-Nexus zunehmend zerstört. Unter Zugrundelegung von (c) hat dies einen Rückgang der Wachstumsraten der Produktion zur Folge, die mittelfristig auch die Basis der Zuwachsraten der Arbeitsproduktivität (Zusammenhang(a)) zerstört. Der Preis dieser zirkulationstheoretischen Argumentation besteht im Verzicht auf krisenanalytische Originalität und in der Reduktion des Konzeptes der institutionellen Form.

Deutlich wird dies in der Fassung des Produktivitäts-*Reallohn*-Nexus. Von der ökonomietheoretischen Seite liegt auf der Hand, daß ein wie immer gearteter institutioneller Kompromiß zwischen Lohnarbeit und Kapital immer nur einen Produktivitäts-*Nominallohn*-Nexus herstellen kann. Inwiefern sich steigende Nominallöhne in proportional wachsende Reallöhne übersetzen, unterliegt Prozessen, die außerhalb der Reichweite des Arbeitsmarktes und dessen konkreter institutioneller Formen liegen. Eine Bestimmung dieses "Übersetzungsverhältnisses" hätte, wie dies etwa Aglietta (1979) zu unternehmen versuchte, wenigstens die Analyse zweier weiterer institutioneller Formen zur Voraussetzung: (a) die Geld- und Kreditpolitik der Zentralbanken und (b) die Form der interkapitalistischen Beziehungen. Ein derart umfassender krisentheoretisch-institutioneller Zugriff unterbleibt allerdings in den jüngsten Arbeiten von Boyer. Der Weg von einer deskriptiven Fassung zu einer eher theoretischen Fassung der Regulationstheorie wurde

mithin mit einem Verzicht auf den eigentlich originellen Beitrag der Regulationstheorie zur ökonomischen Theorie, dem Einbezug institutioneller Formen, erkauft.

(2) Lipietz (1982, 1982a, 1986a) und Aglietta (1979) beschreiten den Weg, sich zunächst um eine konsistente theoretische Bestimmung der Krisenursachen zu bemühen, dann die jeweiligen institutionellen Formen zu untersuchen und in einer analytischen Schleife zu versuchen, beide Analyseebenen miteinander zu verknüpfen. Prototypisch dafür sind die Arbeiten von Lipietz, der seine Kriseninterpretation des Fordismus auf die OgZ-Variante der Überakkumulationstheorie stützt. Als einer der wenigen Regulationstheoretiker diskutiert er die mit dem von ihm gewählten krisentheoretischen Konzept einhergehenden Theorieprobleme explizit, um so — noch vor der interpretativen Heranziehung dieser Krisentheoriefolie — die theorieimmanenten Probleme dieses Ansatzes einer begrifflich-methodischen Lösung zuzuführen.²⁷⁾ Der Preis der Erlangung einer krisentheoretischen Stringenz besteht in den Arbeiten von Lipietz allerdings in einer ausgeprägten analytischen Vernachlässigung der institutionellen Seite der Krisenprozesse. Ich will die Vorgehensweise von Lipietz kurz skizzieren, auch weil dabei exemplarisch die methodischen Probleme einer Krisenanalyse vorgeführt werden können, um die sich andere Regulationstheoretiker, jeweils innerhalb ihres krisentheoretischen Ansatzes, herumdrücken.

Die OgZ-Variante des Gesetzes vom tendenziellen Fall der Profitrate argumentiert bekanntermaßen, daß die individuellen Kapitale nach dem Kriterium der Profitmaximierung über die in den Arbeitsprozeß einzuführende Produktionstechnik entscheiden, d.h. auf der Grundlage extern gegebener Preise für Produktionsmittel und Arbeitskräfte wird eine neue Technologie genau dann eingeführt, wenn sie die Kosten senkt und — bei gegebenem Produktpreis — die Profitrate erhöht. Dieses entscheidungslogisch rationale Verhalten mündet dann in ein gesellschaftlich irrationales bzw. nicht-intendiertes Resultat in Gestalt eines Absinkens der allgemeinen Profitrate, wenn angenommen wird, daß es sich bei dem Typus von eingeführter Technologie um einen strikt arbeitssparenden technischen Fortschritt handelt: je kleiner nämlich der Anteil lebendiger Arbeit im gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß, desto kleiner fällt auch das Mehrwertschöpfungspotential

²⁷⁾ Die anderen Regulationisten verzichten überwiegend auf eine solche logische Immanenzprüfung — ein angesichts der in der Literatur breit geführten Debatte um die methodischen Grundlagen der verschiedenen krisentheoretischen Konzepte doch erstaunlicher Vorgang. Ein Beispiel dafür liefert die Arbeit von Hirsch/Roth (1986), in der vehement für ein Festhalten an der Marxschen Theorie vom tendenziellen Fall der Profitrate plädiert wird (dies. 1986, S. 40 ff). Über die mit diesem "Gesetz" verbundenen Probleme der "Technikwahl", der Wert-Preis-Transformation etc. wird voluntaristisch hinweggegangen.

aus (vgl. MEW 25, S. 223)²⁸⁾.

Diese Argumentationsfigur ist in der analytischen Marx-Diskussion stark in die Kritiklinie geraten. Die kritischen Einwände stützen sich vor allem auf das sog. Okishio-Theorem (Okishio 1974, S.173 ff), das auf einer entscheidungstheoretischen Basis zeigt, daß die nach dem Kostenkriterium getroffenen Technikentscheidungen sowohl für die einzelnen Kapitale wie für das Gesamtkapital eine höhere Profitrate zur Folge haben. Die Einführung neuer Technologien wird dabei aus der Konkurrenz der Kapitale und unter der Annahme abgeleitet, daß im Zuge der Einführung die Reallöhne konstant bleiben. Beide Annahmen und ihre Implikationen werden von Lipietz (1986a, S. 15) in Frage gestellt.

Der erste Einwand stellt auf eine Argumentation ab, wie sie sich auch bei Coriat (1979) und Bowles/ Gordon/ Weisskopf (1983) findet. Das Motiv für die Einführung arbeitssparenden technischen Fortschritts besteht in der Ersetzung widerständiger Arbeitskräfte durch tote Arbeit, die mit ihren sozialen Handlungen auf betrieblicher Ebene die Ausschöpfung des technischen Produktivitätspotentials verhindern. Ganßmann (1987, S. 300) macht allerdings darauf aufmerksam, daß auch dieses Kontrollmotiv kapitalistischer Technikwahl sich im Kostenkriterium à la Okishio auflösen lasse. Dieser Einwand scheint mir generell zwar richtig, doch sollte nicht übersehen werden, daß unter Berücksichtigung von Kontrollkosten die Kapitale aus Gründen der Aufrechterhaltung der Produktionsprozesse zu Technikentscheidungen greifen, die sich nach Maßgabe des Kostenkriteriums als suboptimal erweisen. Auch Marx geht im übrigen davon aus, daß die Ersetzung lebendiger durch tote Arbeit nur erfolgt, wenn damit die Durchschnittskosten gesenkt werden können: Ausgehend von in Arbeitswerten gemessenen Kosten der Produktion wird neue Maschinerie genau dann in den Produktionsprozeß eingeführt, wenn der Kostenaufwand der neuen Technologie geringer ausfällt, als die durch Freisetzen erfolgte Einsparung an bezahlter Arbeit (vgl. MEW 23, S. 414). Allerdings konzipiert Marx diesen Prozeß technischer Neuerung anders als Okishio. Als notwendige Bedingung für die Ersetzung lebendiger durch tote Arbeit formuliert Marx Reallohnsteigerungen. Diese Bedingung, von Marx an verschiedenen historischen Beispielen der Produktivkraftentwicklung illustriert, verweist auf eine arbeitsprozeßpolitische Dimension technischen Wandels, die bei Okishio, der

²⁸⁾ "Da die Masse der angewandten lebendigen Arbeit stets abnimmt im Verhältnis zu der Masse der von ihr in Bewegung gesetzten vergegenständlichten Arbeit, der produktiv konsumierten Produktionsmittel, so muß auch der Teil dieser lebendigen Arbeit, der unbezahlt ist und sich in Mehrwert vergegenständlicht, in einem stets abnehmenden Verhältnis stehn zum Wertumfang des angewandten Gesamtkapitals. Dies Verhältnis der Mehrwertmasse zum Wert des angewandten Gesamtkapitals bildet aber die Profitrate, die daher beständig fallen muß" (MEW 25, S. 223).

darüberhinaus die Konstanz des Reallohnes unterstellt, außer Acht bleibt. Im Rahmen der labor process-Debatte könnte diese Marxsche Bedingung als monetäre Kompensation für die neue Nutzungsform der im Arbeitsprozeß verbleibenden Beschäftigten interpretiert werden. In diesem Sinne könnte der Anstieg des Reallohnes als Teil notwendiger Kontrollkosten im Zuge von Transformationen der technischen Produktionsprozesse gefaßt werden. Blicke demgegenüber der Reallohn im Zuge des technischen Wandels konstant, dann könnte die Profitrate nur fallen, wenn der beschleunigte Einsatz totter Arbeit die Durchschnittskosten erhöhen würde. Eine solches Entscheidungskalkül wurde aber von Marx ausgeschlossen.

Der Einwand von Lipietz läßt sich noch weiter entwickeln, indem eine Situation als potentiell möglich unterstellt wird, in der die Kapitalisten sich für eine Produktionstechnik auch dann entscheiden, wenn sie die Durchschnittskosten erhöht. Der Gedanke wird von ihm nicht weiter ausgeführt, könnte aber folgendermaßen interpretiert werden. Eine solche Situation liegt dann vor, wenn die lebendige Arbeit innerhalb des gegebenen technologischen Paradigmas sich gegen die Arbeitsbedingungen und die Formen der Nutzung der Arbeitskraft in solcher Weise zur Wehr setzt, daß die technischen Produktivitätspotentiale nur suboptimal genutzt werden können oder die Produktionskosten dadurch in die Höhe getrieben werden, daß die Kontrollkosten im Arbeitsprozeß steil ansteigen. Aus der Sicht des Kapitals ist es dann notwendig, den Arbeits- und Produktionsprozeß von dem Einsatz lebendiger Arbeit zunehmend zu "emanzipieren" und zur Gewährleistung eines kontinuierlichen Produktionsprozesses eine Produktionstechnologie zu wählen, deren Durchschnittskosten im Vergleich mit den optimalen Durchschnittskosten der alten Technik suboptimal ist. Bedingung dafür ist jetzt, daß die Durchschnittskosten der neuen Technik unterhalb der realen Durchschnittskosten der alten Technik liegen, d.h. die Bezugsbasis hat sich in dieser Konstellation für die kapitalistische Technikwahl geändert. Eine solche Konstellation läßt sich mit dem Okishio-Theorem überhaupt nicht erfassen, weil dort technischer Wandel als rationale Wahlhandlung der Kapitalisten bei vollständiger Konkurrenz verhandelt und darüberhinaus die Marxsche Unterscheidung zwischen Arbeit und Arbeitskraft nicht mitvollzogen wird. Es läßt sich argumentieren, daß mit dieser Differenzierung eine Unbestimmtheitslücke im Arbeitskontrakt einhergeht, die mit Anreiz- und Kontrollmechanismen geschlossen werden muß. Diese "Lücke" konstituiert ein soziales Terrain auf der Ebene des Arbeitsprozesses, über das keinerlei vollständige Information zu gewinnen ist: kapitalistische Technikwahl erfolgt immer unter Unsicherheit. Im Okishio-Theorem wird dieses Problem durch die Annahme logischer Zeit und damit der Unterstellung vollkommener Information und Sicherheit über die Zukunft ausgeschaltet. Die Regulations-

theorie hätte hier die Möglichkeit, ihre intermediären Konzepte zu entfalten. Allerdings wird von Lipietz dieser (naheliegende) Weg nicht beschritten. Die Prämisse logischer Zeit, eingeschlossen in die Annahme vollständiger Information, wird von ihm gar nicht erst hinterfragt. Damit wird aber versäumt, das Konzept der strukturellen Form und damit die institutionell-politische Dimension der Technikwahl zum Tragen zu bringen.

Der zweite Einwand von Lipietz richtet sich gegen die logische Konsistenz des Okishio-Theorems im Ganzen. Ausgangspunkt ist die Annahme eines konstanten Reallohnes bei Einführung arbeitssparenden technischen Fortschritts. Auf längere Sicht impliziert nämlich ein stabiles Wachstum der Arbeitsproduktivität bei konstanten Reallöhnen eine Überproduktionskrise: Die Kapazitätseffekte laufen den Einkommenseffekten neuer Investitionen davon und produzieren eine Realisierungslücke²⁹⁾. Die Profitrate sinkt, wenn auch aus anderen Gründen als die OgZ-Variante behauptet. Theoretisch angemessener ist es Lipietz zufolge, die Annahme eines konstanten Reallohnes durch die einer konstanten Mehrwertrate zu ersetzen. Unter dieser Annahme erweist sich dann das Okishio-Theorem allerdings nicht als haltbar. Wie Ganßmann (1987) macht auch Lipietz darauf aufmerksam, daß die Diskussion des Okishio-Theorems wesentlich von der zugrundegelegten "Lösung" des Transformationsproblems abhängt (vgl. dazu auch Lipietz 1982, 1982a und Hübner 1988). Ohne diesen Argumentationsgang an dieser Stelle entwickeln zu können, bleibt festzuhalten, daß Lipietz auf einer abstrakt-logischen Ebene damit die Möglichkeit einer OgZ-fundierten Überakkumulationstheorie bewiesen zu haben meint³⁰⁾. Die konkrete Durchsetzung innerhalb des historisch-konkreten institutionellen Verwertungsrahmens ("Akkumulationsregime") bleibt allerdings in seinen Arbeiten weitgehend offen. Überwunden werden könnte dieser Mangel m.E., indem der Prozeß des technischen Wandels mit dem intermediären Konzept der strukturellen/institutionellen Form analysiert wird. Erinnerung man sich bspw. an die stilisierten Grundstrukturen des "Fordismus", dann zeigt es sich, daß die Produktivitätsgewinne in bestimmte Steigerungsraten der Profite und der Nominallöhne übersetzt wurden. Die arbeitsprozeßtheoretischen Studien (vgl. etwa Burawoy 1985) konnten darüberhinaus zeigen, daß diesem

²⁹⁾ Dies entspricht genau der Konstellation der Weltwirtschaftskrise 1929/32, wie sie von den Regulationisten mehrheitlich analysiert wird: Die Produktivitätssteigerungen im Zuge der "Rationalisierungskonjunktur" überstiegen die Reallohnentwicklung. Infolge des Fehlens institutioneller Formen läuft das System in eine Überproduktionskrise.

³⁰⁾ Vor allem auf die Triftigkeit der dabei zugrundegelegten "neuen" Lösung des Transformationsproblems kann ich hier nicht näher eingehen. Ich möchte aber darauf verweisen, daß auch diese Lösung nicht gegen das gegenüber der neoricardianischen Theorie formulierte Argument der Einführung einer bloßen Standardware als numéraire immun ist; in diesem Fall ist es der Wert des Geldes, der als numéraire dient. Allerdings handelt es sich bei diesem numéraire um eine zentrale Strukturgröße kapitalistischer Ökonomien.

Makrokomprobiß spezifische "politics in production" und Fabrikregime zu grundeliegen. M.E. hätten die Arbeiten der Regulationstheorie solche Untersuchungen zum Zusammenhang von "politics in production" und "politics of production" zusammenzuführen, um theoretisch angeleitete Aussagen über kapitalistische Technikwahl formulieren zu können, die den Rahmen der neoklassischen Prämisse der logischen Zeit sprengen.

Die krisentheoretischen Ausführungen der Regulationstheoretiker sind unbefriedigend. Insbesondere der Aspekt institutioneller Strukturen, der ihr Forschungsprogramm für viele Analytiker attraktiv macht, ist in den krisentheoretischen Arbeiten wenig zufriedenstellend herausgearbeitet. Dies sollte aber noch kein Grund sein, den analytischen Stab über den Regulationsansatz zu brechen. Und es besteht auch kein Anlaß, wie etwa O'Connor (1987, S. 92) vorschlägt, den krisentheoretischen Fokus zukünftig allein auf "...the complex issues of social and national struggles and their effect on the rate of exploitation and on capital's political and social capacity to utilize labor power as variable capital." zu richten und die Analyse der Bewegungen der Profitrate und der Kapitalzusammensetzung im Zusammenhang mit den Prozessen technischer Neuerung zu unterlassen³¹). Die Vermittlung von Theorie und Geschichte kann nicht dadurch erfolgen, daß auf einen ausgewiesenen theoretischen Rahmen weitgehend verzichtet wird.

In Rechnung zu stellen ist, daß das ursprüngliche Forschungsprogramm der Regulationstheorie noch wenig bearbeitet ist. Zwar liegen insbesondere von den preistheoretischen Vertretern des Regulationskonzeptes eine Vielzahl von Untersuchungen vor. Doch fallen gerade in diesen Arbeiten die krisentheoretischen Interpretationen unzulänglich aus: Viele dieser Untersuchungen sind infolge ihrer multidimensionalen Ausrichtung allein deskriptiven Charakters oder — wie die Arbeiten Boyers — bleiben hinsichtlich der unterschiedlichen Ursachenkomplexe unentschieden, so daß sie Kausalitäten nicht einmal theoretisch formulieren können. Selbst innerhalb der preistheoretischen Variante des Regulationskonzeptes kann von einer einheitlichen Krisentheorie nicht gesprochen werden. Dieser Zustand der krisentheoretischen Ausführungen der Regulationisten verweist auf eine weitere Einschränkung des Regulationsansatzes: Der theoretische Unterbau dieses Ansatzes bedarf noch einer Reihe von Fundierungen. Es sollte mithin nicht vergessen werden, daß die Regulations"theorie" ein For-

³¹ Die Behauptung O'Connors (1987, S. 90), daß Theorien, die auf den tendenziellen Fall der Profitrate abstellen, möglicherweise für den Kapitalismus des 19. Jahrhunderts Erklärungskraft gehabt haben mögen, aber heute nicht mehr relevant seien, scheint mir selbst ein Argument aus der Mottenkiste der Marx-Kritik zu sein. Gerade in einer Phase tiefgreifender technologischer Umstrukturierungen wäre es verfehlt, den zentralen Zusammenhang zwischen technologischer Umwälzung, Akkumulationsstrukturen und Profitraten analytisch auszublenden.

schungsprogramm verkörpert, das noch lange nicht eingelöst ist. Der Versuch, institutionelle historische Verwertungszusammenhänge und abstrakte ökonomische Sätze miteinander zu vermitteln, ist — auch unter politisch-intervenierenden Aspekten — eine dringliche Aufgabe, die sich der Politischen Ökonomie stellt, will sie nicht politisch wie analytisch steril werden. Weitere Forschungsarbeiten werden nötig sein. Ob der Regulationsansatz das adäquate Forschungsprogramm dazu formuliert, darf unter krisentheoretischen Gesichtspunkten allerdings bezweifelt werden.

Literatur

- Aglietta, M. (1979): *A Theory of Capitalist Regulation. The US Experience*, London
- Altwater, E./ Hoffmann, J./ Semmler, W. (1980): *Vom Wirtschaftswunder zur Wirtschaftskrise*. Ökonomie und Politik in der Bundesrepublik, Berlin
- Altwater, E./ Hoffmann, J. (1981): Marxistische Ansätze zur Interpretation historischer Wachstumszyklen, in: W.H. Schröder/ R. Spree (Hrsg.): *Historische Konjunkturforschung*, Stuttgart
- Altwater, E. / Hübner, K./ Stanger, M. (1983): *Alternative Wirtschaftspolitik jenseits des Keynesianismus*. Wirtschaftspolitische Optionen westeuropäischer Gewerkschaften, Opladen
- Altwater, E. (1983): Der Kapitalismus in einer Formkrise. Zum Krisenbegriff in der Politischen Ökonomie und ihrer Kritik, in: *Aktualisierung Marx'*, Argument Sonderband 100, Berlin
- Bader, V.-M. et.al. (1975): *Krise und Kapitalismus bei Marx*, 2 Bde., Köln
- Benassy, J.-P./ Boyer, R./ Gelpi, R.-M. (1979): Régulation des économies capitalistes et inflation, in: *Revue économique*, Mai
- Bertrand, H. (1983): Accumulation, Régulation, Crise: Un modèle sectionnels théorique et appliquée, in: *Revue économique*, Vol. 34, no 2
- ders. (1986): France: modernisations et piétinements, in: R. Boyer (dir): *Capitalismes fin de siècle*, Paris
- Billaudot, B. (1980): Accumulation, croissance et emploi de l'industrie française: retrospectives 1959-1974, in: *Economie et Statistique*, no 127
- Bowles, S. / Gordon, D.M./ Weisskopf, Th. (1983): *Beyond the Waste Land. A Democratic Alternative to Economic Decline*, Garden City, N.Y.
- Boyer, R. / Mistral, J. (1978): *Accumulation, inflation, crises*, Paris
- Boyer, R. (1979): La Crise actuelle: une mise au point en perspectives historique. Quelques réflexions à partir d'une analyse du capitalisme français en longue période, in: *Critiques de l'économie politique*, no 7-8
- ders. (1979a): Wage Formation in Historical Perspective: The French experience, in: *Cambridge Journal of Economics*, No 3
- ders. (1986): *Théorie de la Régulation*. Bilan, critiques, perspectives, Paris (zitiert nach Manuskript)
- ders. (1986a): *Technical Change and the Theory of "Regulation"*. Paper presented to the IFIAS meeting "Technical Change and Economic theory": The Global Process of Development, October 18-20th 1986
- ders. (1987): Technical Change, Wage Formation and Employment: From History to a

simple Macromodel, in: André, Ch./ Boyer, R./ Delorme, R./ Leborgne, D./ Petit, P. (dir): *Aspects de la crise*, Tome I, Paris

ders. (1987a): The Current Economic Crisis. Its Dynamics and its Implications for France, in: Ross, G./ Hoffmann, St./ Malzacher, S. (eds.): *The Mitterrand Experiment*. Continuity and Change in Modern France, London

Burawoy, M. (1985): *The Politics of Production*. Factory Regimes under Capitalism and Socialism, London

de Bernis, G. (1983): De quelques questions concernant la theorie des crises, in: GREEC: *Crise et régulation*, Grenoble

ders. (1983a): Tendances et contre-tendances a la baisse du taux de profit, in: GREEC: *Crise et régulation*, Grenoble

De Vroey, M. (1984): A Regulation Approach Interpretation of Contemporary Crisis, in: *Capital & Class*, no 23

Duménil, G./ Glick, M./ Rangel, J. (1986): La Grande Dépression — énigme d'hier ou d'aujourd'hui?, in: *Revue économique*, Vol. 37, no 3

Ganßmann, H. (1987): Das Ende des Kapitalismus als Technikfolge? Typen des technischen Wandels und das Marxsche Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate, in: Pirker, Th./ Müller, H.-P./ Winkelmann, R. (Hrsg.): *Technik und Industrielle Revolution*. Vom Ende des sozialwissenschaftlichen Paradigmas, Opladen

Ganßmann, H./ Weggler, R./ Wolf, M. (1987): "Krise des Sozialstaates" — Krise für wen?, in: *PROKLA*, Heft 67, Berlin

Glyn, A./ Sutcliffe, B. (1972): *Capitalism in Crisis*, New York

Gordon, D.M./ Weisskopf, Th./ Bowles, S. (1983): Long Swings and the Nonreproductive Cycle, in: *American Economic Review*, Vol. 73, no 2

GREEC (1983): Crises et régulation de l'économie capitaliste, in: GREEC: *Crise et régulation*, Grenoble

Habermas, J. (1973): *Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus*, Frankfurt

Hirsch, J./ Roth, R. (1986): *Das neue Gesicht des Kapitalismus*. Vom Fordismus zum Post-Fordismus, Hamburg

Holländer, H. (1974): Das Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate. Marx's Begründung und ihre Implikationen, in: *Mehrwert*, Nr. 6

Hübner, K. (1988): *Theorie der Regulation*. Eine kritische Auseinandersetzung mit einem neuen Ansatz der Politischen Ökonomie, Berlin (i.E.)

Itoh, M. (1980): *Value and Crisis*, London

Jessop, B. (1987): *Conservative Regimes and the Transition to Post-Fordism: The Cases of Great Britain and West Germany*, Paper for the 6th Conference of Europeanists, Washington D.C., 30th oct-1st november 1987

Kalecki, M. (1976): Politische Aspekte der Vollbeschäftigung, in: ders.: *Werkauswahl*, Neuwied

Kleinknecht, A. (1979): Innovation, Akkumulation und Krise. Überlegungen zu den "langen Wellen" der Konjunktur vor dem Hintergrund neuerer Ergebnisse der historischen Innovationsforschung, in: *PROKLA*, Heft 35, Berlin

Lockwood, D. (1970): Soziale Integration und Systemintegration, in: Zapf, W. (Hrsg.): *Theorien des sozialen Wandels*, Köln

Lipietz, A. (1982): Derrière la crise: La tendance à la baisse du taux de profit. L'apport de quelques travaux français récents, in: *Revue économique*, no 2

ders. (1982a): The so-called "Transformation Problem" Revisited, in: *Journal of Economic Theory*, no 26

ders. (1985): Akkumulation, Krisen und Auswege aus der Krise. Einige methodische Überlegungen zum Begriff der "Regulation", in: *PROKLA*, Heft 58, Berlin

ders. (1986): *Mirages and miracles*, London

ders. (1986a): Behind the Crisis: The Exhaustion of a Regime of Accumulation. A "Regulation School" Perspective on some French Empirical Works, in: *Review of Radical Political Economics*, Vol. 18, no 1-2

Lorenzi, J.H./ Pastré, O./ Toledano, J. (1980): *La crise du XXe siècle*, Paris

Marx, K. — MEW 23, *Das Kapital*, Band 1, Berlin (Ost)

Marx, K. — MEW 25, *Das Kapital*, Band 3, Berlin (Ost)

Mazier, J. (1982): Growth and Crisis — A Marxist Interpretation, in: Boltho, A. (ed.): *The European Economy*. Growth and Crisis, Oxford

Mazier, J./ Picaud, Y./ Podevin, G./ Bertrand, H. (1982): Les deux crises des années 1930 et des années 1970, in: *Revue économique*, no 2

Mazier, J./ Basle, M./ Vidal, J.-F. (1984): *Quand les crises durent...*, Paris

Nöel, A. (1986): *Accumulation, Regulation, and Social Change*. An Essay on French Political Economy, unv. Mskr., Paris

O'Connor, J. (1987): *The Meaning of Crisis*. A Theoretical Introduction, London

Okishio, N. (1974): Technische Veränderungen und Profitrate, in: Nutzinger, H.G./ Wolfstetter, E. (Hrsg.): *Die Marxsche Theorie und ihre Kritik*, Bd. I, Frankfurt

Pastré, O. (1983): Taylorisme, productivité et crise du travail, in: *Revue Travail et Emploi*, No 18

Schumpeter, J. (1964): *Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung*, Berlin

Shaikh, A. (1978): An Introduction to the History of Crisis Theories, in: URPE (ed.): *U.S. Capitalism in Crisis*, o.O.

Stanger, M. (1988): *Krisentendenzen der Kapitalakkumulation*. Theoretische Kontroversen und empirische Befunde, Berlin

Weisskopf, Th. (1979): Marxian Crisis Theory and the Rate of Profit in the Postwar U.S. Economy, in: *Cambridge Journal of Economics*, no 3

Der Sozialstaat als Regulationsinstanz¹⁾

Mein Anliegen ist die Erklärung der Sozialstaatsentwicklung, vor allem in der Bundesrepublik. Dabei steht das Zusammenspiel von Wirtschaft und Staat im Laufe der kapitalistischen Entwicklung (eines bestimmten Typs und einer bestimmten Phase) im Zentrum der Aufmerksamkeit. Um dieses Zusammenspiel begrifflich zu machen, scheint es mir nützlich, sich auf die Idee wechselseitiger Regulation (im Sinne einer Bestimmung von feedback-Mechanismen) zu stützen und den Sozialstaat als Instanz einer derartigen Regulation zu betrachten. Damit sind keinerlei Ansprüche verbunden, den Ansatz der sog. Regulationsschule als solchen zu beurteilen, aber ich nehme (in den Teilen II und III) die Gelegenheit wahr, einige allgemeine Überlegungen zu den Problemen der Ausarbeitung einer Sozialstaatstheorie vorzustellen.

I. Krise des Sozialstaats?

Die allerorten diagnostizierte Krise des Sozialstaats wird normalerweise als Reaktion auf oder Ergebnis seiner (Über-)Ausdehnung angesehen, wobei die Krise eine Restrukturierung induziert. Oder, mit anderen Worten, die Krise gilt als Teil des Funktionierens eines negativen feedback-Mechanismus, der einerseits das hypertrophe Wachstum einer Systemkomponente verhindert, andererseits aber die Reproduktion dieser Komponente (und damit die Reproduktion des Ganzen) gefährden kann. Im Fall des Sozialstaats ist unklar, ob die empirisch beobachtbare Entwicklung einem derartigen theoretischen Konstrukt entspricht.²⁾

A. Wirtschaftsentwicklung, Staatsfinanzen und sozialstaatliche Leistungen: Auswirkungen der Krise von 1974/75.

Im folgenden versuche ich, kurz und grob die Entwicklung des westdeutschen Sozialstaats zu beschreiben und zu verorten, um die Stichhaltigkeit der These von der "Krise des Sozialstaats" zu überprüfen.

¹⁾ Deutsche Fassung eines Beitrags zur Tagung über die Regulationstheorie, Barcelona, Juni 1988

²⁾ Natürlich lassen sich elaboriertere Krisenkonzepte entwerfen (vgl. Ganßmann, Weggler, Wolf 1987), besonders im Hinblick auf die Einbeziehung der Perspektive von Akteuren, die z.B. durch die Interpretation eines Prozesses als Krise selbst ein lokales, besonderes Problem in ein gesellschaftlich allgemeines transformieren können.

Staatsausgaben
und Staatsverbrauch
in % des BSP

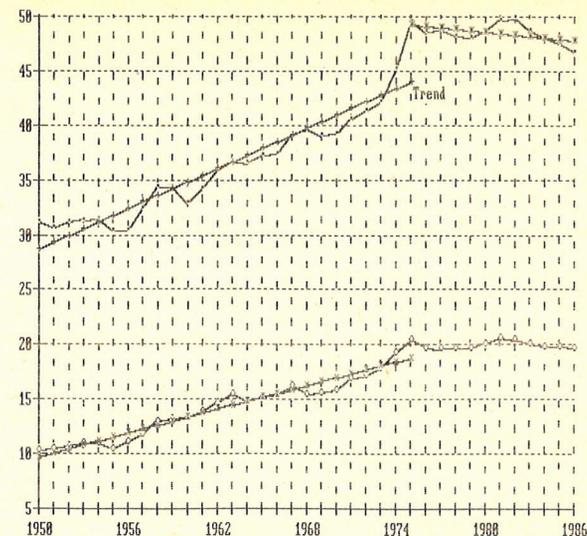


ABBILDUNG 1: STAATSAUSGABEN UND STAATSVORBRUCH IN % DES BSP
(Quelle für dieses und die folgenden Abbildungen (wenn nicht anders vermerkt): Eigene Berechnungen aufgrund von Daten des Statist. Bundesamts (1987); inklus. Berlin (W) und Saar; seit 1960; alle Preisgrößen sind nominal).

Wenn wir zunächst das Verhältnis von Staatsausgaben (auf allen Ebenen) zum Bruttosozialprodukt betrachten, ergibt sich das bekannte Bild einer rapiden Expansion, die etwa 1957 beginnt und 1975 zu Ende geht. Von da an bleibt das Verhältnis in etwa unverändert (wenn es nicht sogar einem leichten Abwärtstrend unterliegt) auf dem Niveau zwischen 45 und 50%. Im Prinzip zeigt sich dieselbe Entwicklung, nur auf einem viel niedrigeren Niveau, wenn man den Staatsverbrauch als Anteil am BSP zugrundelegt. (Letzteres ergibt einen tauglicheren Indikator der wirtschaftlichen Interventionen des Staats als das Verhältnis von Staatsausgaben zum BSP, weil die Gesamtheit der Staatsausgaben — im Gegensatz zum Staatsverbrauch — keine Teilmenge des BSP ist). Der Anteil des Staatsverbrauchs ist von etwa 10% (1950) auf 20% (1975) angestiegen und seitdem in etwa auf diesem Niveau verblieben.

Meine erste Schlußfolgerung ist also einfach, daß die für die Nachkriegszeit charakteristische, langfristige Tendenz zur Expansion staatlicher Einmischung (zu welchem Zweck auch immer) in den Wirtschaftsprozeß, die

sich in einer Ausdehnung staatlicher Ressourcenbeanspruchung ausdrückt, im Gefolge der Wirtschaftskrise von 1975 abbricht. Die Gründe für diesen Trendbruch sind nicht offensichtlich. Es ist ebensowenig offensichtlich, warum dieser Trendbruch eine Krise des Sozialstaats bedeuten sollte. Oder ist etwa der Sozialstaat nur bei auf Dauer gestellter, überproportionaler Expansion "gesund"? Am allerwenigsten offensichtlich ist schließlich, warum der Sozialstaat sich in einer Art Dauerkrise befinden sollte, seit vor inzwischen 13 Jahren der Bruch stattfand.

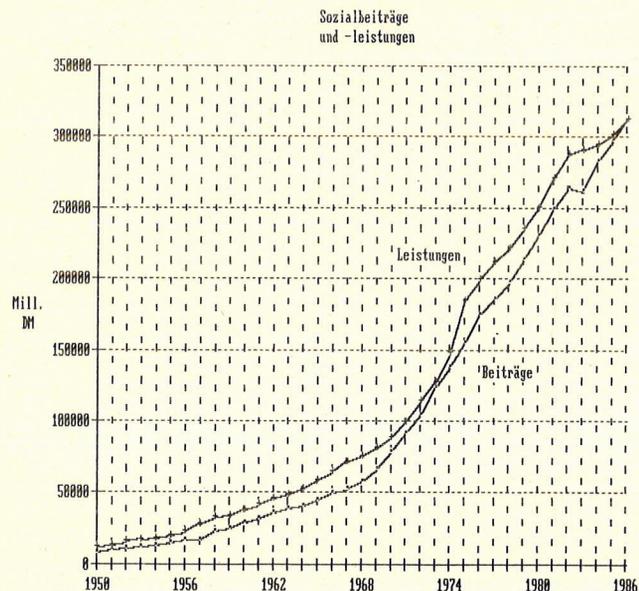


ABBILDUNG 2: SOZIALBEITRÄGE UND -LEISTUNGEN

Man kann sicherlich sagen, daß die Wirtschaftskrise von 1975, und noch einmal die von 1983, harte Prüfsteine für die Fähigkeit des Sozialstaats darstellten, die in der Wirtschaft entstandenen Probleme irgendwie zu meistern. Aber muß man sich angesichts der wirtschaftlichen *und* der politischen Entwicklung in der Bundesrepublik seit 1975 nicht eher über die bemerkenswerte Stabilität sowohl der Wirtschaft als auch des politischen Systems wundern, wenn man den schweren Druck in Rechnung stellt, dem beide durch ökonomische Krisen eines zuvor in der Nachkriegsperiode nicht gekannten Ausmaßes ausgesetzt waren? Eingedenk dieser Stabilität sollte man sich — entgegen der These von der Krise des Sozialstaats — doch wohl eher fragen, ob und inwieweit der Sozialstaat, anstatt sich in einer Krise zu befinden,

zur allgemeinen Stabilität beigetragen hat. Der Trendbruch von 1975, das ist in diesem Zusammenhang wichtig, hat das absolute Niveau der sozialstaatlichen Einnahmen und Ausgaben³⁾ nicht beeinträchtigt.

Es fand jedoch eine einigermaßen überraschende Entwicklung statt. Nachdem sich 1975 und dann noch einmal 1983 eine gewaltige Lücke zwischen Einnahmen und Ausgaben für soziale Sicherheit aufgetan

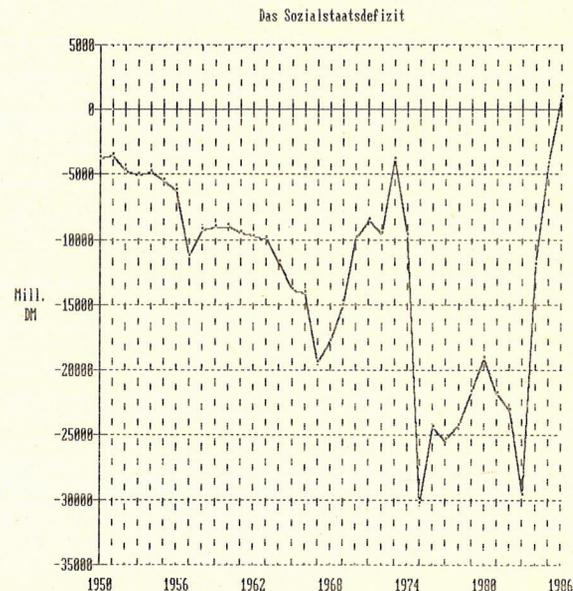


ABBILDUNG 3: DAS SOZIALSTAATSDEFIZIT

hatte, wurde diese Lücke 1986 zum ersten Mal (in der zugegeben kurzen Geschichte der Bundesrepublik) geschlossen. Mit andern Worten: die Sozialbeiträge an den Staat entsprachen in ihrer Höhe 1986 zum ersten Mal den (monetären) sozialen Leistungen des Staats an die privaten Haushalte. Die-

³⁾ Ich benutze hier die in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ausgewiesenen "Sozialbeiträge an den Staat" und die "Sozialen Leistungen des Staates an private Haushalte" als Indikatoren für die sozialstaatlichen Einnahmen und Ausgaben. Sozialbeiträge an den Staat schließen die tatsächlichen Sozialbeiträge von Lohnabhängigen und Unternehmen, die Beiträge des Staates für die Empfänger von Sozialleistungen, deren Eigenbeiträge und einen kleinen Anteil von (Pflicht-)Beiträgen der Selbständigen, Hausfrauen usw. ein. Unter "Soziale Leistungen des Staates" werden die Geldleistungen an private Haushalte, also Renten, öffentliche Pensionen, Zahlungen zur Kriegsofferversorgung, der Kranken-, Unfall-, der Arbeitslosenversicherung, Kindergeld und Sozialhilfe zusammengefaßt. Nicht mitgezählt werden also insbesondere Sachleistungen aller Art, Ausgaben für Bildungszwecke und die Leistungen für den sozialen Wohnungsbau.

ser Ausgleich wurde ausgerechnet in einer Periode schwachen Wachstums und hoher Arbeitslosigkeit erzielt.

Meine zweite Schlussfolgerung ist also, daß der bundesdeutsche Sozialstaat, wenn man ihn, wie es in finanziellen Angelegenheiten sein sollte, bilanzmäßig beurteilt, weiter von einer Krise entfernt ist als je zuvor.

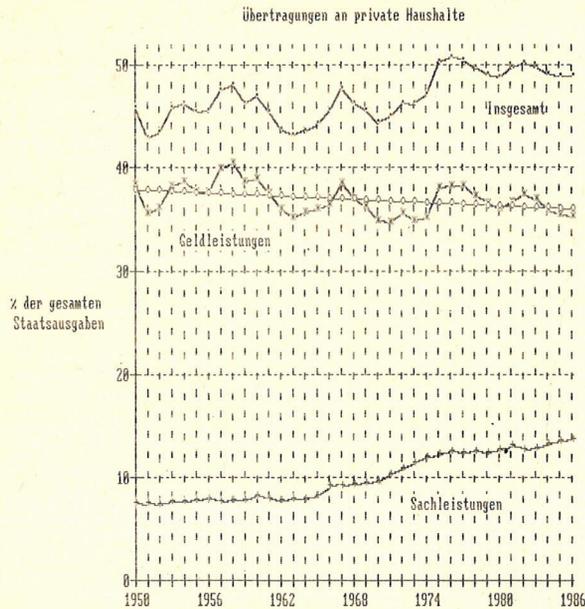


ABBILDUNG 4: ÜBERTRAGUNGEN AN PRIVATE HAUSHALTE

Natürlich ist dieses Bild zu grob und allgemein. Wenn wir uns das staatliche Finanzgebaren etwas näher daraufhin ansehen, für was der Staat wieviel Geld ausgibt, können wir beobachten, daß der Anteil der Sozialausgaben (Geld- und Sachleistungen an private Haushalte) an den Gesamtausgaben von ca. 45% in den fünfziger und sechziger Jahren auf ein Niveau von etwa 50% seit 1975 angestiegen ist. Hinter dieser relativ stabilen Gesamtkonstellation verbirgt sich jedoch eine interessante Disparität in der Entwicklung der Geld- und der Sachleistungen. Während der Anteil der monetären Transfers absinkt (von einem Höchststand von 40% an den gesamten staatliche Ausgaben 1957 auf ein Niveau von unter 35% seit 1984), nimmt der Anteil der Sachtransfers (Güter- und Dienstleistungen staatlicher Institutionen für private Haushalte) stetig zu und erreicht 1986 einen Anteil von 13,6% aller Staatsausgaben. (Dieses im übrigen von der Krise 1975 unbeeinträchtigt Wachstum drückt hauptsächlich den Anstieg

der Krankheitskosten aus.) Tatsächlich handelt es sich hier um den — abgesehen von den Zinszahlungen für Staatsverschuldung — am schnellsten steigenden staatlichen Ausgabeposten in der Periode von 1950 bis 1986, mit einem durchschnittlichen Wachstum von 11,1%.

Um zusammenzufassen, ein Blick auf die langfristige Entwicklung der Staatsfinanzen in der Bundesrepublik:

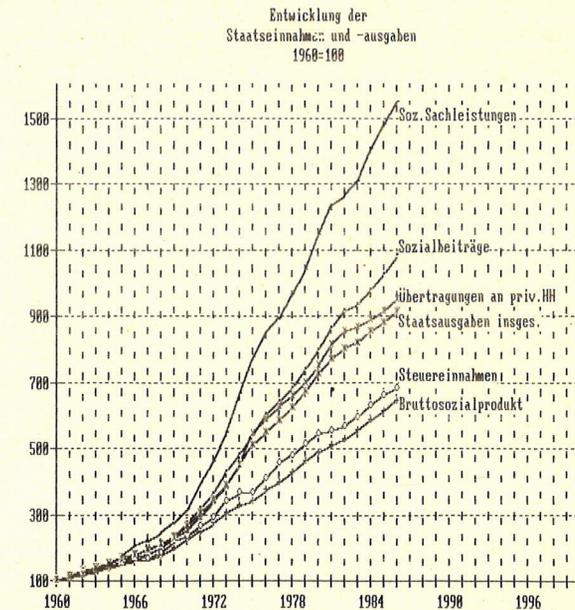


ABBILDUNG 5: ENTWICKLUNG DER STAATSEINNAHMEN UND -AUSGABEN (1960=100)

Auf der Einnahmeseite wird ersichtlich, daß die Steuereinnahmen (zu denen die offiziell als Versicherungsleistungen geltenden Sozialversicherungseinnahmen nicht gezählt werden) schneller anstiegen als das Bruttosozialprodukt, während die Sozialversicherungseinnahmen noch schneller wuchsen als die Steuereinnahmen⁴⁾. Auf der Ausgabenseite sind die Staatsausgaben

⁴⁾ Interessanterweise spielt das im Vergleich zur individuellen Einkommenssteuerbelastung viel stärkere Wachstum der Sozialversicherungsbeiträge in der gegenwärtigen Debatte um die Steuerreform in der Bundesrepublik kaum eine Rolle. Die geplante Einkommenssteuerreform ist nicht nur wegen ihrer unausgewogenen Entlastungseffekte bei gleichzeitiger Erhöhung der Verbrauchssteuern ein Skandal, sondern auch weil sie von dem eigentlich gravierenderen Problem der hohen Belastung durch Sozialstaatsabgaben ablenkt. Scheinbar führt insbesondere die fiktive Organisation der Versorgung im Alter, bei Unfall, Krankheit oder (vorübergehender) Arbeitslosigkeit als "Versicherung" zu einer viel höheren Ak-

mehr angestiegen als das BSP, aber das gilt nicht mehr seit 1975. Angesichts eines schwach fallenden Anteils der gesamten sozialstaatlichen Transfers an die privaten Haushalte (seit dem Höhepunkt von 1975–77) kann man jedenfalls das disproportionale Wachstum der Staatsausgaben nicht mehr dem Sozialstaat zuschreiben. Tatsächlich sind die sozialstaatlichen Geldtransfers langsamer als die Staatsausgaben angestiegen. Schneller wuchsen nur, wie bereits bemerkt, die Sachtransfers, deren Anteil an den gesamten Staatsausgaben jedoch immer noch relativ gering ist.

Kurz und gut, wenn man sich die Staatsfinanzen ansieht, gibt es jedenfalls wenig Belege, für die oft beschworene "Krise des Sozialstaats". Natürlich bin ich mindestens zwei mit der Krisenthese oft verbundenen Fragen nicht nachgegangen: (a) Ob nicht die Wirtschaftskrise von 1975 durch die vorangegangene Überexpansion des Sozialstaats (mit-)verursacht wurde (wie viele konservative Theoretiker zu glauben scheinen), und (b) ob nicht die Krise des Sozialstaats noch aussteht.

Wenn die Vermutung (a) korrekt wäre und die Sozialstaatsexpansion die Weltwirtschaftskrise von 1975 (mit-)verursacht hätte, wäre damit immer noch nichts über eine Krise des Sozialstaats gesagt? Solange man keine "spill-over"-Effekte von der allgemeinen Wirtschaftskrise auf den Sozialstaat angeben und soweit man keine Kriterien für eine Sozialstaatskrise bestimmen kann, gibt es keine guten Gründe für den Schluß von der Krise in der Ökonomie (für die man handfeste Indikatoren wie Profitratenentwicklung, Kapazitätsauslastung, Arbeitslosigkeit usw. angeben kann) auf die Krise in einem andern gesellschaftlichen Bereich.

Was nun (b) die Frage künftiger Krisen des Sozialstaats angeht, gehe ich davon aus, daß Krisenvorhersagen meistens gemacht werden, entweder um Krisen zu verhindern (solange noch Zeit ist etwas zu tun), oder um den Schein zu erzeugen, es müsse dringend etwas getan werden, also Legitimation für sofortiges und ansonsten unakzeptables Handeln zu erzeugen. Die gegenwärtige Debatte um die Bevölkerungsentwicklung und die Zukunft der Alterssicherung in der Bundesrepublik liefert ein typisches Beispiel für die letztere Variante: Ein düsteres Schicksal will, daß die Gesamtbevölkerung ab- und der Anteil der Alten beträchtlich zunimmt, so daß die Erwerbsbevölkerung zur Unterstützung der Alten bedeutend höhere Einkommensanteile abgeben muß — all das wird im Jahre 2030 kulminieren, wenn sich bis dahin nichts ändert. Da die meisten gegenwärtig lebenden Sozial-

zeptanz der Sozialstaatslasten als deren ansonsten ebensogut mögliche Finanzierung über (nicht zweckgebundene) allgemeine Steuern. Eine Erklärung, warum eine Steuer- und nicht eine Sozialversicherungsreform auf der politischen Tagesordnung steht, findet sich eventuell in der Breite möglicher Koalitionen: Einkommenssteuer wird von allen Erwerbstätigen gezahlt, Sozialbeiträge hingegen (jedenfalls nach der üblichen Zurechnung) nur von den Lohnabhängigen.

staatsexperten sich nicht im geringsten um ihre Lebenssituation im Jahre 2030 sorgen müssen — wie Keynes richtig sagte: in the long run we are all dead — scheint die wirkliche Funktion dieser Debatte in der Vorbereitung eines Klimas zu liegen, in dem *jetzt* die sozialen Abgabelasten erhöht und *jetzt* die Einkommensniveaus der Sozialstaatsklienten reduziert werden können.

B. Krisensemantik und die Reaktion auf finanzielle Engpässe.

Wenn es einigermaßen plausibel ist, der Krisensemantik die Funktion der Beschaffung von Legitimation für politische Eingriffe zuzuschreiben, besteht die Versuchung zu verallgemeinern (wobei ich nochmals betonen muß, daß hier nur der bundesdeutsche Sozialstaat zur Debatte steht, nicht etwa die Entwicklung in Großbritannien unter Ms. Thatcher). Was, wenn das Krisengerede erlaubte, die Sorgen der meisten Lohnabhängigen um ihre wirtschaftliche Zukunft, um die Sicherheit ihrer Rentenbezüge usw. derart auszunutzen, daß man ihnen höhere Opfer abverlangen kann? Höhere Opfer in Gestalt von höheren Arbeitslosen-, Kranken- und Rentenversicherungsbeiträgen? Mit dem Ergebnis einer allgemeinen Verschiebung in der Einkommensverteilung, die dadurch zustandekommt, daß man für einen Teil der Bevölkerung die Kosten des Sozialstaats erhöht, während man für einen andern Teil die Kosten des Staats als ganzem reduziert.

Zugegebenermaßen hat eine solche Vermutung einen verschwörungstheoretischen Beigeschmack, als ob die allseitige Proklamation der Sozialstaatskrise Teil einer großangelegten Konspiration zu dem Zweck sei, die Lohnabhängigen um einen Teil ihrer wohlverdienten Löhne bzw. Gehälter und die Alten um einen Teil ihrer ebenso wohlverdienten Renten zu bringen. Aber eine Verschwörung muß nicht unterstellt werden, wenn man der Verschiebung in der Sozialstaatssemantik Konsequenzen zuschreibt. Vielmehr kann man diese semantische Verschiebung als Komponente einer Konstellation ansehen, die zu einer vielleicht nicht intendierten, aber nichtsdestotrotz effektiven Änderung in der Einkommensverteilung führt. Daß die Nutznießer einer solchen Änderung sie begrüßen und zu konservieren trachten, braucht nicht weiter begründet zu werden. Interessanter ist die Frage, ob und wie die Verlierer in diesem Spiel sich wehren können — abgesehen davon, daß sie bereits in eine semantische Falle getappt sind. Zunächst will ich jedoch das skizzierte Argument illustrieren am Beispiel der Massenarbeitslosigkeit und ihrer möglichen Konsequenzen für den Sozialstaat.

Fiskalpolitik der Arbeitslosigkeit

Die Wirtschaftsskrise von 1974/75 setzte mit dem plötzlichen Anstieg der Arbeitslosenzahl und dem damit einhergehenden relativen Rückgang der

Arbeitslosenversicherungsbeiträge die Arbeitslosenversicherung (ALV) unter schweren finanziellen Druck (mit Defiziten von 2120 bzw. 3050 Millionen DM 1974 bzw. 1975). Der Staat reagierte doppelt. Einerseits wurden 5250 (1975) und 3360 (1976) Millionen DM an die ALV aus dem allgemeinen Etat

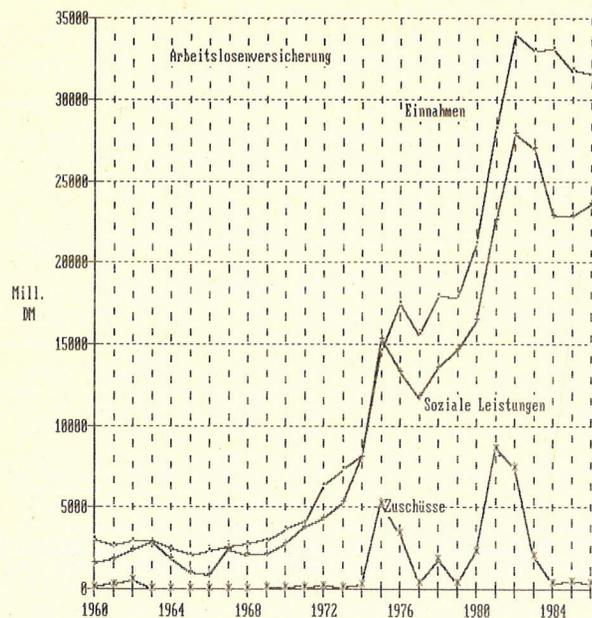


ABBILDUNG 6: ARBEITSLSENVERSICHERUNG

des Bundes zugewiesen. Andererseits wurden die ALV-Beiträge von 2 auf 3% (der Bruttolöhne bzw. -gehälter der Versicherungspflichtigen) heraufgesetzt. 1976 ergab sich aufgrund dieser kombinierten Maßnahmen bereits ein beträchtlicher Finanzüberschuss der Bundesanstalt für Arbeit. Die Entwicklung in den folgenden Jahren kann, ohne auf Einzelheiten näher einzugehen, wie folgt charakterisiert werden: Die Zuschüsse aus dem allgemeinen Bundesetat (also steuerfinanzierte Mittel) wurden reduziert, eine Tendenz die nur vorübergehend unterbrochen wurde durch das erneute plötzliche Hochschnellen der Arbeitslosigkeit 1981/2, das erneut einen beträchtlichen Zuschuß erforderte. Die ALV-Beiträge wurden Schritt für Schritt erhöht, erreichten 1984 die Höhe von 4,6%, um dann wieder auf 4% (derzeit 4,3%) zurückzugehen, nachdem die Bundesanstalt 1984 einen gewaltigen Überschuss erwirtschaftet hatte. Die Bedingungen für den Bezug von Arbeitslosengeld bzw. -hilfe wurden verschärft, das Verhältnis von ALV-Leistungen zum vorher erzielten Einkommen sank beträchtlich. Partiiell wurde diese Aus-

teritätstendenz erst ab 1984 und nur zugunsten älterer Arbeitsloser aufgebrochen, als generösere Bezugszeiten eingeführt wurden (wie gesagt, die Bundesanstalt erzielte in diesem und dem folgenden Jahr Überschüsse). Während die Einkünfte der Bundesanstalt anwuchsen, läßt sich jedoch seit 1982 eine wachsende Kluft beobachten zwischen diesen Einkünften und den Geldleistungen, die effektiv den Arbeitslosen zugutekamen.

Zugleich sind — ab 1983/4 — die jährlichen durchschnittlichen Zahlungen pro Kopf der durchschnittlich registrierten Arbeitslosen beträchtlich gefallen, auf etwa die Hälfte des Vorkrisenniveaus von 1973.

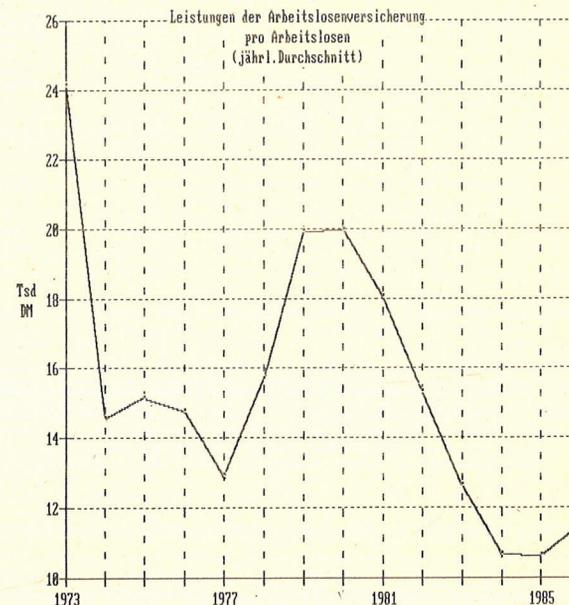


ABBILDUNG 7: LEISTUNGEN DER ARBEITSLSENVERSICHERUNG PRO ARBEITSLSEN (JÄHRLICHER DURCHSCHNITT)

Quelle für die Arbeitslosenzahlen: DIW 1987

Das Muster, das sich abzeichnet, läßt sich kurz folgendermaßen beschreiben: Der Sozialstaat tut weniger für die Arbeitslosen und verlangt zugleich mehr von den Lohnabhängigen, indem die ALV-Beiträge hochgesetzt werden. Die Lohnabhängigen sind einigermaßen bereit, diese Zusatzlasten zu tragen, sei es aus Solidarität, aus Sorge um die eigene mögliche Zukunft als Arbeitslose oder aus welchen Gründen auch immer, solange der Staat sie überzeugen kann, daß die Arbeitslosenversicherung in einer wirklichen finanziellen Krise steckt. Da die Finanzklemme als Folge des dramatischen

Wachsens der Arbeitslosigkeit 1974/5 real existierte — die Kassen waren leer — war es nicht schwer, jede(n) zu überzeugen. Der springende Punkt ist jedoch, daß die "Krisen"-Semantik sich festsetzte und viel länger anhielt als die finanziellen Schwierigkeiten. Auf letztere wurde (und wird) nichtsdestoweniger verwiesen, um die höheren ALV-Beiträge akzeptabel zu machen. Wenn man nun diese Beiträge als eine zweckgebundene und selektiv, da nur von den ALV-pflichtigen erhobene Steuer versteht, dann läuft die Beitrags-erhöhung auf folgendes hinaus: Der Staat war in der Lage, Ausgaben aus allgemeinen Steuermitteln (die als Zuschüsse an die ALV flossen) zu ersetzen durch die Erhöhung einer selektiv, nämlich allein von den von Arbeitslosigkeit Bedrohten, erhobenen Steuer. Damit wird die Finanzierung der Arbeitslosigkeit zu einem Problem der potentiell von ihr Bedrohten gemacht — eine schöne Pervertierung des Verursacherprinzips. Der Bundeshaushalt wird entlastet in dem Maße, wie die Finanzierung der Leistungen der ALV nur noch aus den Beiträgen der ALV-Pflichtigen erfolgt. Da der Beitrags-satz für alle Versicherten gleich, die gezahlten Beiträge also proportional dem Einkommen, und da die Angestellten mit hohen Einkommen, die Beamten und die Selbständigen nicht versicherungspflichtig sind, ist der Effekt des Ersatzes von Bundeszuschüssen (die ja zum Teil durch progressive Einkommensbesteuerung finanziert werden) durch erhöhte Beiträge tendenziell regressiv.

C. Die Konsolidierung der Sozialstaatsfinanzen und die "Krisen"-semantik

Im Fall der Finanzierung der drastisch gestiegenen Arbeitslosigkeit durch gewachsene ALV-Beiträge anstelle von erhöhten Zuschüssen aus allgemeinen Steuereinnahmen mag der Effekt auf die Einkommensverteilung insgesamt klein sein. Aber wenn sich ein ähnliches Entwicklungsmuster für andere Teile des Sozialversicherungssystems aufzeigen läßt, ließe sich damit die beobachtbare Abnahme des Anteils der Nettolöhne und -gehälter am Volkseinkommen zumindest teilweise erklären.

Meine Hypothese ist, daß diese regressiv Verschiebung in der Einkommensverteilung wenigstens z.T. auf einen Wechsel im Muster der Fiskalinzidenz, also der für die verschiedenen sozialen Klassen und Gruppen unterschiedlichen Belastungen und Begünstigungen durch den öffentlichen Sektor, zurückgeht, der wiederum zusammenhängt mit dem Glauben an die "Krise des Sozialstaats". Für die große Mehrheit der Erwerbsbevölkerung besteht der alarmierende Aspekt einer Krise des Sozialstaats, ob sie nun wirklich oder nur eingebildet ist, darin, daß jeder erwartet, in seiner nahen oder fernen Zukunft vom Sozialstaat abhängig zu werden. Falls es für die wirtschaftliche Zukunftsvorsorge keine Alternative zum Sozialstaat gibt,

werden seine zukünftigen Klienten *jetzt* bereit sein, zu seiner finanziellen Sanierung beizutragen, genauso wie seine gegenwärtigen Klienten bereit sind, für seine künftige Stabilität *jetzt* Opfer zu bringen.

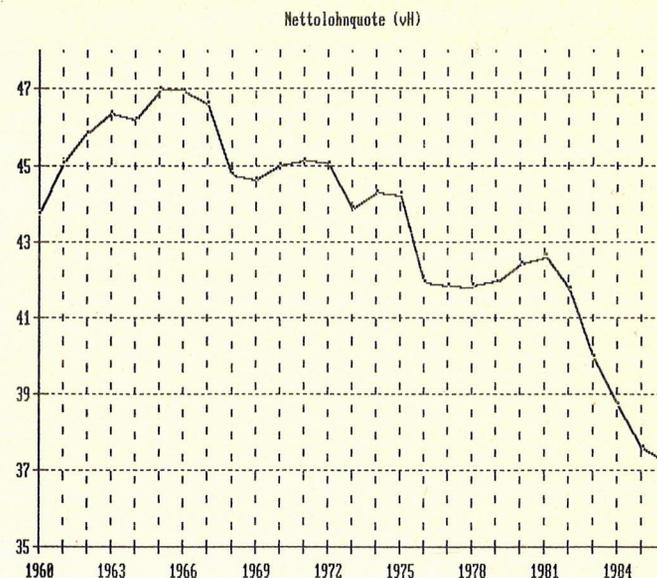


ABBILDUNG 8: NETTOLOHNGUOTE

D. Elemente einer potentiellen Krise

In diesem Sinne löst die Wahrnehmung einer Krise des Sozialstaats (ob sie real ist oder nicht) einen selbststabilisierenden Mechanismus (vom negativen feedback-Typ) aus. Insoweit die Zukunft der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung mit der des Sozialstaats eng verbunden ist und insoweit die je eigene künftige Wohlfahrt in Abhängigkeit von einem finanziell soliden und stabilen Sozialversicherungssystem gesehen wird, erhält der Sozialstaat eine sich selbst perpetuierende Qualität. Man könnte ihn nur abschaffen, wenn man die Zukunftsperspektiven der Mehrheit der Bevölkerung radikal verändert oder zerstört.

Aber damit ist — wie sich am Beispiel der Finanzierung der Arbeitslosigkeit gezeigt hat — noch nicht alles gesagt. Zunächst gilt es zu berücksichtigen, daß die gegenwärtigen oder zukünftigen Sozialstaatsklienten, die zusätzliche Einkommensopfer bringen, um die finanzielle Stabilität der So-

zialversicherungen zu garantieren, nicht diejenigen sind, die über die Verwendung dieser zusätzlichen staatlichen (oder parastaatlichen) Einkünfte entscheiden. Erhöhte Sozialversicherungsbeiträge können einfach dafür benutzt werden, die Bezuschussung der sozialen Sicherungssysteme aus allgemeinen Steuermitteln zu ersetzen, so daß sich nicht eine erneuerte Stabilität des Sozialstaats, sondern dessen allmählicher Niedergang ergibt⁵⁾. Dieser Niedergang kommt dadurch zustande, daß für die Betroffenen immer offensichtlicher wachsende Kosten des Sozialstaats (für einen relativ kleiner werdenden Teil der Bevölkerung) mit abnehmenden Leistungen (für die zunehmende Zahl der Sozialstaatskunden) einhergehen. Daraus kann sich eine Abwärtsspirale, in der Art eines positiven feedback-Mechanismus, ergeben, wenn diejenigen, die sich selbst als künftige Sozialstaatsnutznießer sehen und deshalb bisher willens sind, für den Sozialstaat zu zahlen, merken, daß — nach ihren eigenen, je subjektiven Kalkülen — der Gegenwartswert der erwarteten Leistungen niedriger ist als die gegenwärtigen Kosten. Die Zahlungswilligkeit nimmt rapide ab und man sieht sich nach Alternativen zum Sozialstaat um⁶⁾.

Einerseits gibt es also einen selbststabilisierenden Mechanismus, der die Perpetuierung des Sozialstaats sicherstellt. Andererseits gibt es aber auch erste Anzeichen für eine Destabilisierungstendenz, die im Falle der Bundesrepublik durch demographische Entwicklungen verstärkt wird. Das Beitrags-/Leistungsverhältnis wird schlechter und es kommt zu einem Anstieg des Verhältnisses von Sozialstaatskunden zu Sozialstaatszahlern. Gegenwärtig reagiert eine Regierung auf Finanzengpässe und im Bestreben, den guten Willen potentieller Kapitalinvestoren nicht zu gefährden, so als ob sie die Grenzen des guten Willens der Sozialstaatszahler in einer Art gesellschaftlichem Großexperiment durch immer neue zusätzliche Belastungen austesten wolle. Aber — und hier läßt sich ein Einfluß der Krisensemantik vermuten — bisher gibt es wenig Anzeichen dafür, daß die Grenzen des

⁵⁾ Während der "cui bono"-Aspekt dieser Entscheidungen mit Bezug auf Verschiebungen der Fiskalinzidenz und deren Auswirkungen auf die Einkommensverteilung geklärt werden kann (wobei Sozialstaatsabgaben in der Regel regressiver sind als Einkommenssteuern); könnte die Erklärung der politischen Motive, die solchen Entscheidungen zugrundeliegen, kompliziert werden, wenigstens dann, wenn man Verschwörungstheorien vermeiden will oder auch Theorien, in denen der Staat nichts weiter als ein Instrument der herrschenden Klasse ist. Wenn man die Eigeninteressen der politischen Akteure bedenkt, könnten derartige Entscheidungen sich einfach aus dem Bestreben ergeben, sich im Budget etwas finanziellen Spielraum für eigene Gestaltungsbedürfnisse gleich welcher Art zu beschaffen. Normalerweise liegt der Löwenanteil des Staatshaushalts ja schon einfach qua Fortschreibung fest.

⁶⁾ Zahlungsunwilligkeit hat natürlich unmittelbar keine Auswirkungen, da die meisten Sozialbeiträge schlicht vom Lohn bzw. Gehalt abgezogen werden, ob man das will oder nicht. Dennoch ist eine Abnahme in der Akzeptanz von Sozialstaatsabgaben bedeutsam für den (impliziten) politischen Konsensus, der die sozialstaatlichen Institutionen trägt.

guten Willens schon erreicht wären.

Deshalb bin ich, alles in allem für den Fall der Bundesrepublik nicht der Meinung, daß man sinnvollerweise bereits von einer "Krise des Sozialstaats" sprechen kann. Sicherlich hat es erhebliche Leistungseinschränkungen gegeben, die mit wirtschaftlichen Notwendigkeiten insbesondere im Gefolge der Weltwirtschaftskrise von 1975 und deren noch immer spürbaren Nachwirkungen begründet wurden. Es hat auch politische Drucksituationen gegeben, weil der Staat sein Ausgabenmuster aufgrund veränderter politischer Prioritäten verändert hat. Und schließlich hat es einen Wechsel in der öffentlichen Meinung derart gegeben, daß sich die Wählermehrheit eher bei konservativen, an "Markt" und "Leistung" orientierten Parteien findet.

Aber was auch immer man für den Sozialstaat hält, all dies hat (noch) nicht zu dessen Krise geführt. Die Hauptinstitutionen, die für die Einkommenssicherung sorgen, sind erstaunlich stabil, sowohl in finanzieller Hinsicht als auch im Sinne der Akzeptanz durch die Mehrheitsmeinung. Die Anpassung an die neuen wirtschaftlichen Bedingungen des niedrigen Wachstums wurde erreicht, indem die Lasten dieser Anpassung hauptsächlich den Arbeitslosen, aber auch den Rentnern und schließlich den Lohnabhängigen insgesamt aufgebürdet wurden. Der negative Haupteffekt der Wirtschaftskrise und des anschließenden niedrigen Wachstums, die andauernde Massenarbeitslosigkeit, hat nicht zu einer politischen Krise geführt (im Sinne einer extensiven Delegitimierung prokapitalistischer Politik und ihrer Institutionen). Alle Anzeichen sprechen vielmehr dafür, daß gerade der Sozialstaat wirksam ein Überschwappen der Kriseneffekte aus der Ökonomie in die Politik verhindert hat.

II. Methodische Probleme einer Sozialstaatstheorie

Der moderne Sozialstaat kann als eine Regulationsinstanz gesehen werden, die nicht nur mit Problemen und Konfliktpotentialen innerhalb der Wirtschaft, sondern mit dem Herstellen von Kompatibilität zwischen den unterschiedlichen Regeln und Prinzipien zu tun hat, die die unterschiedlichen Operationsmodi von Wirtschaft und Staat in den meisten modernen Gesellschaften mit kapitalistischer Produktionsweise beherrschen. Solche Kompatibilität ist nicht notwendigerweise das Ergebnis intendierter Konflikt- und Problemlösung oder irgendwelcher bewußter Anstrengungen, die auf das Herstellen von Harmonie abzielen (zwischen den unterschiedlichen Interessen, die in unterschiedlichen Bereichen gesellschaftlicher Reproduktion dominieren). Kompatibilität kann auch aus der Bekräftigung von Grenzbeziehungen oder aus einer laufenden Reallokation von Konfliktpotentialen in irgendwelchen Verschiebungs- und Aufmischungsprozessen entstehen. Für ein besseres Verständnis der Entwicklung des Sozialstaats ist es jedenfalls

interessant zu betrachten, welche dieser Muster und Prozeduren charakteristisch sind und welche ihrer Ergebnisse sich als dauerhaft erweisen, also zu bleibenden Eigenschaften einer gegebenen Gesellschaftsformation werden.

A. Bemerkungen zum Funktionalismus

In dieser Hinsicht kann eine funktionale Analyse fruchtbar sein. Wir beginnen mit der Annahme, daß die Ergebnisse der für eine kapitalistische Produktionsweise charakteristischen und laufend stattfindenden sozialen Auseinandersetzungen und Interessenkonflikte zwischen Gruppen, Organisationen, sozialen Bewegungen und (vielleicht sogar) Klassen kontingent sind.⁷⁾ Sie sind kontingent, weil sie von sich verschiebenden (wirtschaftlichen und politischen) Bedingungen und Machtquellen abhängen, die selbst wiederum Konfliktgegenstände sind. Der Kampf um die Einkommensverteilung mag diesen rekursiven Konflikttyp illustrieren: es geht den Konfliktparteien nicht nur darum, gegeneinander höhere Anteile am Volkseinkommen durchzusetzen, sondern auch um Verfügung über die Mittel, die den Erwerb höherer Anteile ermöglichen bzw. zumindest den gegebenen Anteil sichern.

Eine Funktionalanalyse operiert nun mit der Erwartung, daß die dauerhafteren Eigenschaften moderner Sozialstaaten, indem sie mehrere solche (vielleicht zyklische) Verschiebungen in der Machtverteilung zwischen strukturell fixierten Komponenten sowohl des ökonomischen wie des politischen Subsystems überlebt haben, a) so etwas wie die Ergebnisse von "institutionalisierten Kompromissen" (Delorme) darstellen, und b) wahrscheinlich funktional signifikant sind, wobei Funktionen im Hinblick auf die Reproduktion einer gegebenen Gesellschaft und ihre typischen Teilungen spezifiziert werden.

Interessant an der sozialen Entwicklung (im Gegensatz zur natürlichen Evolution) ist nun, daß Funktionen in zyklischen Reproduktionsprozessen kausale Bedeutung gewinnen können: Wenn Funktionen einmal als solche erkannt sind, kann ihre kontinuierliche Gewährleistung Teil der Intentionen von Akteuren oder Gruppen von Akteuren werden. Deshalb ist es wahrscheinlich, daß, was immer als (relativ) permanente Eigenschaft einer gegebenen Gesellschaft "überlebt", bei gegebenen Interessengegensätzen

⁷⁾ Genauer müßte man sagen, daß es einen Korridor möglicher Konfliktergebnisse gibt. Werden dessen Grenzen, was ebenfalls möglich ist, überschritten, dann ändert sich der Gesellschaftstyp. Wenn wir von Kapitalismus sprechen, meinen wir die Wirtschaft einer Gesellschaft mit asymmetrischer Verteilung bestimmter wichtiger Ressourcen zwischen Lohnarbeit und Kapital. Durch diese Asymmetrie ist auch der Ausgang von Konflikten in dem Sinne festgelegt, daß Kapitalismus nur dann reproduziert wird, wenn die Asymmetrie erhalten bleibt. Führt der Konflikt im Ergebnis z.B. zur Aufhebung des Privateigentums an Produktionsmitteln, also zur (partiellen) Aufhebung der Asymmetrie, dann hat sich damit der Gesellschaftstypus geändert.

und den resultierenden Spannungen irgendwelche funktionalen Erfordernisse erfüllt werden (und zwar nicht im Hinblick auf den Nutzen nur einer Gruppe oder eines Interessentypus, sondern im Hinblick auf die Reproduktion der gesamten charakteristischen sozialen Konstellation).

Während jedoch der Ausdruck "institutionalisierter Kompromiß" die Konnotation befördert, als hätte ein sozialer Aushandlungsprozeß schließlich eine vertragsartige Übereinkunft ergeben, scheint es sich nicht nur bei der Schaffung, sondern auch der Aufrechterhaltung von sozialstaatlichen Institutionen überwiegend um "trial-and-error"-Prozesse zu handeln. Die Versuche und die Irrtümer werden allerdings nicht von nur einem (evtl. kollektiven) Akteur (z.B. der Regierung) gemacht, sondern sie finden in einer Konstellation statt, in der eine Reihe von unterschiedlichen Akteuren ihre konfligierenden Interessen verfolgt, so daß die Ergebnisse dieser Konflikte nicht nur nicht-intendiert sein, sondern auch den subjektiv definierten Interessen von keinem der Konfliktteilnehmer unmittelbar dienlich sein mögen.

Wie läßt sich nun die Frage beantworten, welche Konfliktergebnisse "überleben", d.h. welche zu mehr oder weniger permanenten Komponenten⁸⁾ einer sozialen Konstellation werden? Ein einfaches Kriterium ergibt sich zunächst daraus, daß diese dauerhaften Komponenten die Reproduktion derjenigen sozialen Gruppen (zumindest) nicht gefährden, die für die Wahrnehmung einer charakteristischen reproduktiven Funktion zuständig sind. Wenn eine dieser Gruppen in ihrem Bestand gefährdet wird, z.B. indem sie zuviele ihrer Ressourcen oder Mitglieder verliert, werden auch die Reproduktionsmöglichkeiten der dominanten Gruppen bedroht.⁹⁾ Insofern kann es ein unterliegendes, und vielleicht unerkanntes, gemeinsames und "objektives" Reproduktionsinteresse geben, das mit gegebenen konfligierenden Interessen koexistiert. (Das gilt für alle denjenigen Spielen analoge Situationen, in denen die Spieler einander ausschließende Ziele verfolgen, aber den Gegner nicht eliminieren können, insoweit sie an einer Fortsetzung oder Wiederholung des Spiels interessiert sind.) In einer derartigen Konstellation ist es wahrscheinlich, daß sich soziale Gruppen (Klassen und ihre Unterabteilungen) dauernd in sozialen Konflikten befinden, während und indem sie sich selbst, und im selben Zug die gesamtgesellschaftliche Konstellation

⁸⁾ Eigentlich sollte man nur eingeschränkt von "permanenten Komponenten" sprechen. Es geht um eine Art des sozialen Wandels, die den Bestand bestimmter, strukturtragender Gruppen nicht bedroht, wobei diese Gruppen mit Bezug auf die Funktionen ihrer Mitglieder im Reproduktionszusammenhang einer gegebenen Gesellschaft definiert sind, z.B. eben als Lohnabhängige und Kapitalisten, Steuerzahler und Staatsbürokraten, Politiker und Wähler.

⁹⁾ Gruppen oder Typen von Akteuren können natürlich auch verschwinden. Daß sie in der Vergangenheit bestehen konnten, ist keine Garantie für die Zukunft. Aber wenn sie verschwinden, z.B. wenn Keynesianer mit der Euthanasie der Rentiers Erfolg hätten, würde sich die Gesellschaftsstruktur verändern.

reproduzieren. Das Ergebnis ist sozialer Wandel vom Typ Ferguson: Das Resultat menschlichen Handelns, aber nicht das Resultat eines menschlichen Entwurfs.

All dies mag recht darwinistisch klingen. Aber es geht mir nicht darum, eine Doktrin des "survival of the fittest" zu predigen. Es dreht sich nicht um die Erklärung des Überlebens von Individuen, sondern von Institutionen, wobei zugleich die Konflikthaftigkeit wichtiger gesellschaftlicher Vorgänge und Ereignisse *und* ihre Funktion in gesellschaftlichen Reproduktionsprozessen anerkannt werden soll. Womit sich der alte Anwurf erledigte, daß funktionale Analyse immer Harmonie der Verhältnisse unterstellen müsse.

Dennoch erfordert der Gebrauch funktionalistischer Argumente angesichts jüngst erneut vorgetragener Angriffe auf den Funktionalismus in der Gesellschaftstheorie eine Rechtfertigung in einer weiteren Hinsicht. M.E. sind funktionalistische Argumente unverzichtbar, wenn es um das Verständnis langfristigen sozialen Wandels geht. Dieser erscheint in der Tat als "Prozeß ohne Subjekt". Natürlich bedeutet eine Auffassung gesellschaftlicher Entwicklung als "Prozeß ohne Subjekt" nicht, daß Menschen nicht handeln. Aber sie handeln nicht nur mit- sondern auch gegeneinander, indem sie konfigrierende Interessen verfolgen, sich wechselseitig blockieren, sei es mit positiven oder negativen Effekten für ihre jeweiligen Interessen. Spätestens wenn man wechselseitige Handlungsblockaden beobachtet, muß sich die Frage stellen: Welche Bedeutung haben individuelle Intentionen, Motive, Zwecksetzungen für die Erklärung von Handlungsergebnissen?¹⁰ Wenn bestimmte Konflikttypen in bestimmten Gesellschaftstypen permanent ablaufen, weil die Konfliktparteien zur Struktur dieser Gesellschaften gehören (und keine der Parteien auf Dauer "gewinnen" kann), dann sind die Ergebnisse dieser Konflikte wahrscheinlich im Großen und Ganzen nicht-intendiert: Resultate menschlicher Handlungen, aber nicht menschlichen Entwurfs. Unter diesen Resultaten werden diejenigen (für den Theoretiker) am interessantesten sein, die a) einen wichtigen Beitrag zur Reproduktion der Gesellschaft (in ihrer gegebenen Struktur) leisten und b) zu dauerhaften Komponenten dieser Gesellschaft werden.

In Bezug auf den Sozialstaat bedeutet all dies, daß wir in seiner Analyse unterscheiden sollten zwischen denjenigen seiner Eigenschaften, die sich in der Tat als Verwirklichungen der Entwürfe Handelnder ausweisen lassen und denjenigen, die besser als Ergebnisse eines gesellschaftlichen Evolutions-

¹⁰ An sich muß diese Frage generell gestellt werden: Inwieweit sind (individuelle) Handlungen adäquat verstehbar als Verwirklichungen (individuell) gesetzter Ziele oder Zwecke. Muß man nicht generell und systematisch die Möglichkeit der Diskrepanz von Handlungsziel und Handlungsergebnis in Rechnung stellen? Woran, wenn nicht an dieser Diskrepanz, sollten sonst Lernprozesse anknüpfen?

prozesses verstanden werden. Diese Unterscheidung ist nicht einfach zu vollziehen. Für radikale Handlungstheoretiker mag sie sogar überflüssig erscheinen, weil man schließlich jegliche Eigenschaft des Sozialstaats als Ergebnis einer politischen Entscheidung ansehen kann, wobei solche Entscheidungen natürlich von Handelnden bewußt gefällt werden. Warum also nach mehr suchen als nach den Gründen für diese Entscheidungen, wenn man den Sozialstaat und seine Entwicklung erklären will?

Die Antwort ist einfach: wir suchen nicht nach mehr, sondern nach weniger. Eine komplette Mikrotheorie (oder eine mit sog. Mikrofundierung), die sich ergäbe, wenn wir all die Gründe in Rechnung stellten, die Handelnde für diejenigen Entscheidungen haben, die zu den Institutionen und Entwicklungsbedingungen eines geg. Sozialstaats führen, ist weder machbar noch besonders interessant. Anstatt sie anzustreben, suchen wir vielmehr alle möglichen Abkürzungen auf dem Weg zu einer befriedigenden Erklärung des Sozialstaats. Wir beziehen uns auf Typen von Handelnden anstelle von wirklich handelnden Individuen (z.B. in Aussagen der Art: "Die Loyalität der Arbeiter gegenüber dem Staat nahm mit der Installierung der Sozialversicherung zu"), auf repräsentative Akteure ("Bismarck schuf den deutschen Sozialstaat"), auf Gruppen, Aggregate, kollektive Akteure etc. Zudem versuchen wir Funktionen kenntlich zu machen ("Der Sozialstaat erlaubt die Diffusion von Klassenkonfliktpotentialen"), die sich — nebenbei bemerkt — als Gründe für (neue) Entscheidungen herausstellen mögen. Funktionen (und funktionale Äquivalente) zu entdecken, dürfte einfach ökonomischer und interessanter sein als die Rekonstruktion der Rationalität von individuellen Entscheidungen (darauf laufen Handlungstheorien normalerweise hinaus). Für die meisten makrotheoretischen Zwecke ist der individuelle Akteur einfach langweilig, zumindest wenn wir einmal seine Interessen und seine Situationsdefinition kennen.¹¹

Im Gegensatz dazu könnte es sein, daß die Verwandlung einer latenten in eine manifeste Funktion, die durch sozialwissenschaftliche Beiträge zur gesellschaftlichen Selbstbeschreibung erreicht wird, zu den interessantesten und auch wichtigsten Aufgaben eines Sozialwissenschaftlers gehört.

B. Problemlösungen und Problemverschiebungen

Funktionalistische Staatstheorien sehen oft aus, als gälte die implizite Annahme, politische Entscheidungen würden gefällt, Institutionen gebildet,

¹¹ "Rational choice"-Ansätze benutzen den einzelnen Handelnden lediglich als solch langweiligen Locus von Rationalität. Die wirkliche Anstrengung der Theoriebildung wird nicht bei den vorgeblich im Mittelpunkt stehenden individuellen Akteuren investiert, sondern bei der Konstruktion von Situationen, die deren Handeln determinieren, womit sich das Problem der Kontingenz von Handeln erledigt.

Organisationen aufgebaut, um alle möglichen sozialen Probleme zu lösen. Eine Möglichkeit, diesen Fehler zu vermeiden, besteht im strengen Ausgang von der These, daß der Staat (oder die Akteure, die den Staat bilden) — mit dem Ausdruck Offes und Vobruba — ein "Interesse an sich selbst" hat. Staatliche Aktivitäten müssen in der Perspektive dieses Interesses erklärt werden. Der Staat ist als solcher weder das passive, zusammengesetzte Ergebnis sozialer Auseinandersetzungen, noch eine Agentur zur Lösung gesellschaftlicher Probleme. Statt dessen muß man zunächst annehmen, daß staatliche Akteure daran interessiert sind, ihre sozialen Positionen zu verbessern bzw. zu erhalten, und daß sie, was immer sie tun, im Lichte der Eigenbeurteilung ihrer Position und deren möglicher Veränderung tun. Mit andern Worten, wenn sich der Staat in einen Sozialstaat verwandelt, oder wenn der Sozialstaat "restrukturiert" wird, kann man dies nicht dadurch erklären, daß man eine Menge sozialer oder ökonomischer Probleme ausdeutet (z.B. die Reproduktionsrisiken der Arbeiterklasse oder die Gefährdung der Kapitalakkumulation) und annimmt, der Staat sei dazu da, diese Probleme zu lösen. Es ist zwar richtig, daß das politische System auf bestimmte Probleme in seiner Umwelt reagieren wird, aber es gilt bereits die Selektion dieser Probleme und ihre Wahrnehmung zu erklären. Staatliche Akteure nehmen nur eine Teilmenge der gesellschaftlichen Probleme wahr und entscheiden im Rahmen gegebener Bedingungen, welche Probleme sie auf welche Art bearbeiten. Damit ist nicht ausgeschlossen, daß der Staat einfach gezwungen ist, sich mit einigen gesellschaftlichen Problemen zu befassen, etwa durch Druck von außen, etablierte Traditionen und Erwartungen usw. Historisch und im internationalen Vergleich ist aber eher die große Variabilität der staatlichen Zuständigkeiten beeindruckend als eine, etwa aus der kapitalistischen Produktionsweise herleitbare Uniformität.

Jedenfalls zeigt die jüngste Entwicklung des bundesdeutschen Sozialstaats, daß weiterhin, sich ihn als Satz von Institutionen und Prozeduren zu denken, die auf gesellschaftliche Probleme, das hervorstechende Beispiel ist die Massenarbeitslosigkeit, *nicht* durch Suchen nach Problemlösungen reagieren, sondern durch Reallokation der Probleme. Arbeitslosigkeit als ein Problem, das in der Wirtschaft entsteht und dessen Kosten in die Gesellschaft im breiten Sinn externalisiert werden, wird gegenwärtig vom bundesdeutschen Staat in der Form behandelt, daß man ihre Lasten und Kosten auf marginalisierte gesellschaftliche Gruppen bzw. die Haushalte und Individuen, die zu diesen Gruppen gehören, abwälzt. Dies geschieht, wie in Teil I dargestellt, sowohl im Sinne einer Konzentration der Inzidenz von Arbeitslosigkeit als auch im Sinne einer Begrenzung des Bevölkerungsteils, der die mit ihr verbundenen finanziellen Lasten zu tragen hat.

Wichtig ist aber festzuhalten, daß die mit Arbeitslosigkeit verbun-

dene Problemabwälzung vermutlich nicht das direkte Ergebnis bewußter Strategien (etwa von Politikern) ist. Vielmehr reagiert der Staat — abgesehen davon, daß irgendwer wohlklingende Erklärungen abgibt, die an gut verankerte soziale Normen appellieren — hauptsächlich einfach auf die Finanzsignale, die sich beim Aufstellen und Verwalten des Budgets ergeben. Einen typischen Fall stellen die wiederholten Versuche dar, die Kosten medizinischer Dienstleistungen zu reduzieren (von denen der Hauptanteil von den Alten in Anspruch genommen wird). Diese Versuche haben bisher keine wirkliche Kostenreduktion zur Folge gehabt, sondern es blieb beim Hin- und Herschieben der Lasten zwischen Krankenversicherungs- und Rentenversicherungsinstitutionen. Gesetzgeber und Regierung wählen beim Versuch, Defizite zu begrenzen und zugleich Haushaltsmittel gemäß durchschlagend artikulierten Forderungen zu verteilen, offenbar unvermeidlich den Weg des geringsten Widerstandes. Bei der Durchführung restriktiver Maßnahmen werden die Punkte des geringsten Widerstandes typischerweise auf zwei Weisen ermittelt: Entweder bleiben die Effekte einer Besteuerungs- oder Ausgabenentscheidung für diejenigen, die die Kosten zu tragen haben, klein oder unsichtbar (jedenfalls zum Zeitpunkt der Entscheidung). Oder die von einer Entscheidung negativ Betroffenen gehören zu nicht-organisierten (bzw. -organisierbaren) gesellschaftlichen Gruppen mit geringem politischem Einfluß. (Es gibt natürlich auch große unorganisierte Gruppen, wie die Rentner, mit beträchtlichem politischem Einfluß aufgrund ihres Wählerpotentials). Ein Beispiel für die erste Verfahrensweise geben die relativ kleinen Veränderungen in der Art der Anpassung der Rentenleistungen an die Lohn-einkommen. Diese Veränderungen sind haushaltsmäßig von großer Bedeutung, aber minimal und daher vergleichsweise harmlos für die meisten Rentenempfänger. Die rabiaten Kürzungen der (pro-Kopf-)Leistungen der ALV sind ein Beispiel für die zweite Verfahrensweise.

Insgesamt legt der Versuch, die Sozialstaatsentwicklung in der Bundesrepublik in den letzten 15 Jahren zu verstehen, die Kombination von zwei Vorgehensweisen nahe: zum einen den Bezug auf Interessen, wie er für handlungsorientierte Theorien typisch ist, und zum andern den Bezug auf Funktionen, der immer dann bedeutsam wird, wenn wir es mit nichtintendierten Handlungsfolgen in einer evolutionären Perspektive zu tun haben.

III. Kapitalismus und demokratischer Staat

Kehren wir zu den substantielleren Fragen der Sozialstaatstheorie zurück. Oben habe ich die — recht vage — Hypothese formuliert, daß der Sozialstaat sich auf das Problem der Kompatibilität von Wirtschaft und politischem System bezieht. Diese Kompatibilität wurde in Gesellschaften mit kapitalistischer Produktionsweise im 20. Jahrhundert in dem Maße zu einem

Problem, als diese Gesellschaften typischerweise durch zwei widersprechende Operationsprinzipien — je eines für Wirtschaft und Staat — gekennzeichnet sind. Im Staat, wie er sich typisch mit dem (okzidental)en Kapitalismus entwickelt hat, wurde — nach beträchtlichen sozialen Auseinandersetzungen und in immer noch labiler Form — das Prinzip des allgemeinen Wahlrechts und die Garantie von Menschen- und Bürgerrechten verwirklicht (vgl. Marshall 1950). Zugleich gilt für die kapitalistischen Ökonomien nach wie vor das Prinzip der Trennung der Arbeiter (Lohnabhängigen) von den Produktionsmitteln gemäß den Regeln des Privateigentums.

Einerseits haben wir also den Lohnabhängigen als Staatsbürger: frei, gleich und nach seinem Glücke strebend. Andererseits haben wir denselben Lohnabhängigen als funktionierende Arbeitskraft: subsumiert unter die "Despotie des Kapitals", ob inner- oder außerhalb des kapitalistischen Betriebs. Als Staatsbürger ist der Lohnabhängige bezüglich seiner Rechte nicht unterscheidbar vom Kapitalisten. Als Wirtschaftssubjekte sind beide unterscheidbar in ihren resp. Rollen als Herren und Knechte, die sie in Opposition zueinander bringen.

Wir beobachten also zwei Mengen von Gegensätzen: eine zwischen Kapitalisten und Lohnarbeiter(inne)n, die andere zwischen deren jeweiligen wirtschaftlichen und politischen "Rollen". Als Staatsbürger sind sie alle normativ auf das Gemeinwohl, also auf Abstraktion von ihren Privatinteressen verpflichtet, als Wirtschaftssubjekte verfolgen sie hingegen nur ihre je individuellen Privatinteressen. Der sich abzeichnende generelle Rollenkonflikt wird im Fall der Lohnabhängigen noch aufgeladen, eben weil sie in politischer Hinsicht frei, gleich und Teile des Souveräns sind, während sie in wirtschaftlicher Hinsicht, zumindest in ihrer Rolle als vom Kapital gekaufte Arbeitskräfte, einem Herrschaftsverhältnis unterworfen bleiben.

In welchem Sinne können diese Gegensätze sich zu Widersprüchen mausern? Und welche Rolle spielt dabei der Sozialstaat in den sich ergebenden gesellschaftlichen Konflikten, sowohl als deren Ergebnis als auch als Bedingung für deren Form und Entwicklung? In der Literatur gibt es verschiedene Auffassungen bezüglich jener Widersprüche. Eine ist typisch für die eher konservativen Schriften über Demokratie und Sozialstaat: Die lohnabhängigen Massen versuchen als Wähler, das zu bekommen, was sie als Akteure auf dem Markt nicht kriegen, nämlich einen größeren Anteil am gesellschaftlichen Reichtum.¹²⁾ Eine andere Auffassung findet sich im marxistisch-leninistischen Revolutionsszenario: Die proletarischen Massen geben keine Ruhe, bis sie ihre politische Emanzipation durch ihre soziale Emanzipation ergänzt und vollendet haben. Soziale Emanzipation heißt,

¹²⁾ Dies der Kern der "ökonomischen Demokratietheorie", wie sie einst von Schumpeter initiiert wurde, aber bis heute in Harvard und Virginia populär geblieben ist.

daß Freiheit und Gleichheit nicht nur auf die politische Sphäre, vor dem Fabrikator, beschränkt bleiben, sondern auch Inhalt der Produktionsverhältnisse werden. Das Proletariat kann nun gemäß diesem Szenario nur durch Korruption vom unvermeidlichen Gang der Geschichte abgelenkt werden. Der Sozialstaat gilt prinzipiell als Instrument dieser Korruption.¹³⁾

Abgesehen von der recht dünnen Theorie des politischen Prozesses hat die konservative Auffassung ein simples Manko: Es gibt keine empirischen Belege für einen direkt auf sozialstaatliche Aktivitäten zurückführbaren, merklichen Umverteilungseffekt, der über Klassengrenzen hinwegreichte (wohl aber für Umverteilungseffekte innerhalb von Klassen). Eher findet sich breite Übereinstimmung dahingehend, wenigstens für den bundesdeutschen Fall, daß niemand außer den Lohnabhängigen selbst für den Sozialstaat zahlt und daß der Hauptumverteilungsvorgang sich zwischen den Alten und Arbeitsunfähigen und der aktiven Erwerbsbevölkerung abspielt. An der Auffassung, der Sozialstaat sei das Ergebnis politisch erfolgreicher Kämpfe der Lohnabhängigen um wirtschaftliche Ressourcen in einem demokratischen Rahmen, muß also etwas falsch sein. Zumindest ist diese Auffassung zu einfach.

Analog läßt sich dem marxistisch-leninistischen Szenario entgegenhalten (abgesehen von dem Problem, daß die proletarischen Massen nie das tun, was sie ihrer geschichtlichen Mission nach zu tun hätten): Wenn es die Arbeiterklasse ist, die für den Sozialstaat zahlt, wie kann dann die Arbeiterklasse durch den Sozialstaat korrumpiert werden?¹⁴⁾ Natürlich könnte man beide Szenarien mit der nicht gerade besonders erhellenden Zugabe anreichern, daß diejenigen, die für den Sozialstaat zahlen, zu dumm sind, das auch zu merken. Aber damit käme man mit beiden Auffassungen nur in neue Verlegenheiten.

Wie steht es um das alternative, (marxistisch-)reformistische Szenario, wonach der Sozialstaat mitnichten Korruptionsagentur, vielmehr die Inkarnation des durch die — in letzter Instanz — unaufhaltsame Arbeiterbewegung bereits erreichten Fortschritts auf dem Weg zur Überwindung des Kapitalismus ist? Auch um diese Auffassung steht es schlecht, wenn man sie

¹³⁾ "Dies ungeheure Anwachsen der ökonomischen und 'sozialen' Funktionen des Staates ist in den Händen der Sozialdemokratie zur stärksten Waffe der Demoralisierung der Arbeitermassen geworden." (Lapinski, 1928, S.385)

¹⁴⁾ Eine analoge Frage ergibt sich bezüglich der gegenüber dem traditionellen marxistischen Argument abgeschwächten Version, wie sie sich in Theorien der Legitimationskrise findet: Der Sozialstaat schafft die Massenloyalität, die dazu dient, den Klassenkampf latent zu halten. Der Sozialstaat ist also eine Art Beruhigungspille. Es ist leicht einzusehen, warum das Aktivitätsniveau heruntergeht, wenn man die Pille einmal geschluckt hat, aber es ist schwer einzusehen, wie man jemand zuvor dazu bringen kann, für die Pille zu zahlen. Mit andern Worten, wenn der Sozialstaat Massenloyalität produziert, müßte man dies mittels eines "voluntary exchange"-Modells der Sozialstaatsbesteuerung erklären können.

durch historische oder aktuelle empirische Belege zu stützen sucht. Im deutschen Fall war es bekanntlich Bismarck, der zuerst in den 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts die Sozialversicherungsgesetzgebung initiierte. Und unter der konservativen Adenauer-Regierung wurde 1957 die beispiellose trendmäßige Expansion der sozialen Sicherungssysteme in Gang gesetzt, die erst durch eine sozialliberale Regierung (ab 1975) wieder gebremst wurde. Selbst wenn man vorzieht zu ignorieren, daß der Sozialstaat, wie wir ihn heute kennen, größtenteils unter konservativen Regierungen geformt wurde, bleibt für das reformistische Szenario die Frage: Was ist eigentlich so progressiv an einem institutionellen Arrangement, mittels dessen der Staat riesige Anteile des als Lohn verteilbaren Reichtums an sich zieht, durch extensive Bürokratien schleust und auf diese Weise die "Wohlfahrt" der Bevölkerung verwaltet, ob sie nun will oder nicht?

Ich beziehe mich auf all diese etwas schlichten Auffassungen vom Sozialstaat, um den Bedarf nach einer komplexeren Theorie zu verdeutlichen. Es ist schon richtig, eine derartige Theorie damit zu beginnen, daß man die Gegensätze zwischen Lohnabhängigen und Kapitalisten einerseits, zwischen Staatsbürgern und selbstinteressierten Marktakteuren andererseits einführt. Aber ich glaube, daß es darüberhinaus fruchtbar ist, wenn man den Sozialstaat nicht nur als Resultante der Konflikte (um Einkommensanteile, um Arbeitsnormen, um Bürgerrechte usw.), die sich aus jenen Gegensätzen ergeben, betrachtet, sondern auch als an diesen Konflikten beteiligte Agentur.

Der Sozialstaat fügt als dritte Partei dem "klassischen" Konflikt zwischen Lohnarbeit und Kapital neue Dimensionen hinzu und schafft neue Trennungen, die gesellschaftliche Konflikte generell umformen. Beispielsweise hängt bei gegebenem Sozialstaat das Ergebnis des Verteilungskampfes zwischen Kapital und Arbeit, zumindest was die effektive Verteilung der verfügbaren Einkommen betrifft, nicht zuletzt davon ab, wie der Staat auf ein tarifpolitisches Ergebnis reagiert. Neue Konflikte entstehen, wenn sich z.B. Sozialstaatsklienten, als erst mit dem Sozialstaat entstandene soziale Gruppierung, und Steuerzahler in ihren Interessen gegenüberstehen. Schließlich kann (nicht erst, aber in neuen Formen gerade auch) der Sozialstaat Konflikte in Verfolgung seiner eigenen Interessen beeinflussen, z.B. wenn eine Regierung Stimmen mittels "sozial" motivierter Steuererleichterungen oder Subventionsgewährungen gewinnen will.

Bezüglich der Hypothese, daß der Sozialstaat das Problem der Kompatibilität zwischen (demokratischem) Staat und (kapitalistischer) Ökonomie bearbeitet, gilt es natürlich zu bedenken, daß das, was mit einer kapitalistischen Ökonomie kompatibel ist, keine Konstante, sondern von den Veränderungen dieser Ökonomie selbst abhängig ist. Sicherlich ist diesbezüglich das erreichte Niveau der Produktivität entscheidend. Das höhere

Potential zur Produktion gesellschaftlichen Reichtums hat die Bedingungen, unter denen soziale Konflikte stattfinden, radikal verändert. Z.B. kann Arbeitslosigkeit immer noch (und auf absehbare Zeit) als das soziale Hauptproblem im gegenwärtigen Kapitalismus gelten. Aber es nimmt den aus Massenarbeitslosigkeit resultierenden, je individuellen und gesellschaftlichen Dramen viel von ihrer Bitterkeit und Schärfe, wenn Arbeitslosigkeit nicht mehr gleichbedeutend mit der Bedrohung durch Hunger ist, wie noch für Millionen in den dreißiger Jahren. Man muß kein Anhänger der Verelendungstheorie sein, um zu vermuten, daß Differenzen im materiellen Versorgungsniveau Differenzen in Konfliktniveau und — intensität beeinflussen.¹⁵⁾

Aber eine derartige Abhängigkeit zwischen Wirtschaft und Staat existiert — wie die historische Erfahrung zeigt — nicht nur in einer Richtung. Ebenso gilt, daß die Kompatibilität einer kapitalistischen Ökonomie mit dem demokratischen Staat von Art und Entwicklungsniveau der Demokratie abhängt. Sozialstaatstheorien müssen diese sich verändernden Hintergründe in Rechnung stellen. Von daher sind sie abhängig (oder sogar Teil) von Theorien der kapitalistischen Entwicklung einerseits und von Theorien der Entwicklung demokratischer Staaten andererseits. Letztere sind sehr viel schwerer zu finden als erstere. Das hat wohl mit dem Problem der Bestimmung einer internen Logik politischer Systeme zu tun, das sich berührt mit der Frage ihrer Autonomie. Da die historische Erfahrung meist dahin deutet, daß im Falle eines ernsthaften und manifesten Konflikts der Kapitalismus gewinnt und die Demokratie verliert, sind wir wohl meist (implizit) geneigt, die mögliche Autonomie des Politischen zu leugnen. Normativ politisch gesehen beruht jedoch die Hoffnung auf eine demokratische Entwicklung gerade auf der Möglichkeit, daß der demokratische Prozeß gegenüber der kapitalistischen Ökonomie an Autonomie zugewinnt, indem er auf politischem Wege Änderungen im kapitalistischen Reproduktionsprozeß selbst induziert oder unterstützt. Auf diese Weise könnte die Wahl zwischen Kapitalismus und Demokratie entdramatisiert werden. Vieles deutet jedenfalls daraufhin, daß die Entwicklung des Sozialstaats ein Weg sein kann, um eine Auflösung dieses Dilemmas zu erreichen.

¹⁵⁾ Ich halte es für unwahrscheinlich, daß erreichte Produktivitätsniveaus als Folge *ökonomischer* Krisen auf Dauer unterschritten werden, da sie sich hauptsächlich aus technischer Kompetenz und verfügbaren natürlichen Ressourcen ergeben. Wenn irgendetwas, dann kann die Zerstörung nicht erneuerbarer natürlicher Ressourcen das gegenwärtige Reichtumsproduktionspotential gefährden.

Literatur

- Alber, J. (1986): Der Wohlfahrtsstaat in der Wirtschaftskrise, in: *Politische Vierteljahresschrift*, H. 27, S.28–61.
- Delorme, R. (1984): Compromis institutionnalisé, état inseré et crise de l'état inseré, in: *Critiques de l'économie politique*, no. 26–27, S.149–160.
- Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (1987): *Wochenbericht* 30/1987.
- Ganßmann, H./ Weggler, R./ Wolf, M. (1987): Krise des Sozialstaats, Krise für wen? in: *PROKLA*, H. 67, S. 135–152.
- Lapinski, P. (1928): Der 'Sozialstaat'. Etappen und Grenzen seiner Entwicklung, in: *Unter dem Banner des Marzismus*, S.377–418.
- Marshall, T.H. (1950): *Citizenship and Social Class*, Cambridge.
- Offe, C. (1984): Zu einigen Widersprüchen des modernen Sozialstaates, in: ders. (1984), *"Arbeitsgesellschaft"*, Frankfurt/ M./ New York
- Schumpeter, J.A. (1943): *Capitalism, Socialism and Democracy*, deutsche Übers., Bern 1950.
- Statistisches Bundesamt (1987): *Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen* bzw. Der Staat in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, Fachserie 18, Reihen S.1 bzw. S.10, Wiesbaden.
- Vobruba, G. (1983): *Politik mit dem Wohlfahrtsstaat*, Frankfurt/M.

Birgit Mahnkopf

Soziale Grenzen "fordistischer Regulation"¹⁾

Aus bundesrepublikanischer Sicht haben wir es mit einem Novum zu tun: Seit vielen Jahren schon werden die Arbeiten französischer Philosophen, auch Historiker und Soziologen diesseits des Rheins mit gesteigerter Aufmerksamkeit rezipiert; im Falle des Post-Strukturalismus weitete sich das Interesse an "französischem Denken" sogar zu einer einflußreichen theoretischen Mode. Für Importe aus der französischen Ökonomietheorie hingegen fehlte hierzulande bislang die breitere Nachfrage. Um so bemerkenswerter, wie schnell und flächendeckend der Forschungsansatz der "école de la régulation" in bundesrepublikanische Universitätsseminare und Forschungsinstitute Einzug hielt — obwohl doch bis heute nur sehr wenige Texte aus dem Umkreis des CEPREMAP in deutscher Sprache vorliegen. Ganz offensichtlich ist es dem Regulationsansatz gelungen, eine "Marktlücke" zu besetzen — und dies nicht allein in der Bundesrepublik.

Weit über Frankreichs Grenzen hinaus hat die "école de la régulation" mittlerweile viele Anhänger — und einige wenige Kritiker — unter den sich kritisch verstehenden Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlern gefunden. Die internationale Attraktivität dieses Ansatzes verdankt sich dabei wohl in erster Linie seinem umfassenden Erklärungsanspruch: Die Regulationisten präsentieren ihr Forschungsprogramm als eine neue sozialwissenschaftliche Großtheorie, die Begriffe, Hypothesen und methodische Konzepte aus unterschiedlichen Einzeldisziplinen bezieht und daraus ein eigenständiges Kategorienset bildet — mit dem sowohl die relative Stabilität wie die eigentümliche Wandlungsfähigkeit der komplexen gesellschaftlichen Formation des Kapitalismus über die Zeit erklärt werden soll. Es geht dabei um nichts Geringeres als eine entwicklungstheoretische Konzeptualisierung des krisenhaften Wandels gesellschaftlicher Integrationsbedingungen in den Ländern des fortgeschrittenen Kapitalismus, aber zugleich auch darum, die soziale Praxis gesellschaftlicher Akteure als "inneres Moment geschichtlicher Bewegung" (vgl. Lipietz 1982, S. 5) kenntlich zu machen. Historisch-strukturellen Wandel charakterisieren die Vertreter des Regulationsansatzes durch Entwicklungsperioden, die begleitet sind von qualitativen Brüchen in den Mustern der Kapitalakkumulation und von Veränderungen derjenigen institutionellen Mechanismen, die mit einem bestimmten historischen Zustand von ökonomischen und nicht-ökonomischen (politischen, rechtlichen und sozialen) Organisationsformen und Produktionsstrukturen korrespon-

¹⁾ Erstveröffentlichung als discussion-paper am Wissenschaftszentrum Berlin/ FS Arbeitsmarkt und Beschäftigung, Berlin 1988

dieren (vgl. Boyer 1986, S. 20). Dem liegt ein nicht-finalistisches Krisenkonzept zugrunde, das intra-systemische Wandlungsprozesse und eine systemgefährdende Dynamik integral erfassen und dabei den funktionalistischen bias von Vorläufern der Regulationstheorie wie G. de Bernis (1975) und Ph. Boccara (1974) vermeiden will. (Zu den immanenten Schwächen dieses Krisenkonzeptes vgl. Hübner 1988)

Unbeschadet dessen, daß eine Reihe von zentralen Konstrukten des Ansatzes im Verlauf seiner mehr als zehnjährigen Entwicklung und Erprobung neue Gewichtungen erhalten haben (vgl. dazu Hübner/ Mahnkopf 1988), so ist doch allen Forschungen im Umkreis des CEPREMAP ein methodisch-theoretischer Anspruch gemeinsam, der erstmals in der USA-Studie von M. Aglietta (1976; hier die englische Ausgabe von 1979, S. 16f) formuliert wurde: in einem integrierten Untersuchungskonzept alle diejenigen Kräfte zu erfassen, die sozialen Wandel ermöglichen. Ökonomische, technologische und soziale Prozesse gelten demgemäß als gleichermaßen aufklärungsbedürftige Phänomene gesellschaftlichen Strukturwandels.

Dies aber ist nun ein Anspruch, der — so die dem Folgenden zugrundeliegende Argumentation — ein stringentes Untersuchungskonzept verlangt, das die historisch spezifischen Voraussetzungen einer Kohärenz von ökonomischen Funktionsbedingungen des Marktes, der Konkurrenz und Marktpreisbildung mit den soziologischen Erfordernissen sozialer Integration und Verhaltenskonformität vermitteln kann. Oder anders formuliert: Um diesen Anspruch einzulösen, müßte der Regulationsansatz intermediäre Konzepte zur Vermittlung von Struktur- und Handlungstheorie bereithalten, die das gesellschaftliche Zentralproblem der Abstimmung von System- und Sozialintegration einer empirischen Analyse zugänglich machen. Die Regulationisten sind sich dieser Aufgabe durchaus bewußt: In Absetzung gegen das strukturalistische "Reproduktions"-Konzept der Althusser-Schule, das zwischen der Ebene individuellen (und kollektiven) Handelns gesellschaftlicher Akteure und (systemstabilisierenden) Institutionen wie Bildungseinrichtungen, Parteien und gewerkschaftlichen Interessenvertretungen eine Art "black box" bestehen läßt, verspricht der Regulationsansatz eine "nicht-reduktionistische Analyse gesellschaftlicher Verhältnisse" (Boyer 1986).

Ziel der nachfolgenden kritischen Würdigung dieses Ansatzes ist nun zu prüfen, ob das Forschungskonzept der "école de la régulation" die durch ein solches Versprechen genährte Erwartung auch erfüllt, ob es — wie B. Lutz wohlwollend urteilte — tatsächlich "besonders dazu geeignet (...) (ist), Krisen und Entwicklungsbrüche, disruptive Verläufe, Labilitätsmomente im Parallelogramm der treibenden Kräfte und Verwerfungen im gesellschaftlichen Strukturgefüge sichtbar zu machen" (Lutz 1984, S. 36). Referenzfolie der nachfolgenden Abhandlung sind einerseits Arbeiten R. Boyers (1981,

1983, 1984, 1985, 1986a, b, c, d, e; sowie Boyer/Mistral 1983 und Boyer/Coriat 1984, 1986) zum "fordistischen Lohnverhältnis" — einer institutionellen Form, welche seiner Meinung nach im Zentrum gegenwärtiger Transformationen des bislang vorherrschenden Modus der "administrierten Regulation eines Regimes intensiver Akkumulation" steht. Andererseits bezieht sich die Abhandlung auf einige prospektive Überlegungen zu einem "neuen (post-fordistischen) Unternehmenstyp", die R. Boyer und A. Lipietz (1986) in einigen ihrer neueren Studien angestrengt haben. Anhand dieser Materialien soll verdeutlicht werden, daß der Regulationsansatz die funktionalistischen Verengungen der Gesellschaftsanalyse, die er an einigen Vorläufern zu recht kritisiert, weder überwinden und noch das liefern kann, was vor allem seine ausländischen Rezipienten in ihm sehen, nämlich: eine konsistente Entwicklungstheorie kapitalistisch verfaßter Gesellschaften. Indem er die für eine solche Entwicklungstheorie konstitutive Frage der Vermittlung von System- und Sozialintegration schlichtweg ignoriert, kann er aber auch die im Gesamt der Argumentationsführung zentrale These von "sozialen Grenzen des Fordismus" nicht schlüssig begründen.

Eine unfertige Kritik des technologischen Determinismus

Aus der Perspektive des regulationstheoretischen Ansatzes stellt sich die gegenwärtige Krise dar als Krise einer spezifischen Regulationsweise, nämlich der "administrierten Regulation" von Produktions- und Konsumnormen. Für die gewachsene Unzulänglichkeit dieses in der Nachkriegsepoche allen westeuropäischen Industrieländern und den USA eigentümlichen Regulationstyps machen die französischen Sozialwissenschaftler eine seinen eigenen institutionellen Formen inwohnende Dynamik verantwortlich. Mit dieser Überlegung formuliert der Regulationsansatz keine wirklich neue These; sie ist uns aus Diskussionen über die Krise des (keynesianischen) Wohlfahrtsstaates und über die Wachstumsressourcen der "langen Wellen" hinlänglich vertraut: Im Zuge seiner Durchsetzung, so lautet diese These, verbräuche der Wohlfahrtsstaat — oder, in den Begriffen der Regulationstheorie: der Apparat der in der Nachkriegsära politikwirksam gewordenen institutionellen Regulationsformen — diejenigen Wachstumsimpulse, die seine Entstehung zunächst begünstigten und ihn über erstaunlich lange Zeit am Leben erhalten haben. Mit der Verallgemeinerung fordistisch-tayloristischer Produktionsmethoden (insbesondere durch den vermehrten Einsatz spezialisierter Maschinerie) lassen sich — wegen der Erhöhung der Kapitalintensität — Steigerungen der Kapitalproduktivität immer schwerer erzielen; was zum Druck auf die Profitraten und zum Anstieg der Arbeitslosenquote führt.

Gleichzeitig begrenzen feste Arbeitszeitregelungen, tarifvertraglich und gesetzlich fixierte Schutzbestimmungen, der hohe Anteil produktionsvorbereitender Arbeit, die Qualifikationsstruktur der "tayloristischen Massenaarbeit", sowie Nivellierungen der Lohnstruktur und Erhöhungen bei den sozialen Lohnbestandteilen eine flexible Ausnutzung der gewachsenen Produktionskapazitäten und beeinträchtigen die Fähigkeit der Betriebe, auf (konjunkturelle) Fluktuationen der Nachfrage und der relativen Preise zu reagieren. Und nicht zuletzt zerbrechen durch die Internationalisierung der Produktion und durch die Schwächung der US-Hegemonie auf dem Weltmarkt die Regulationsmechanismen der Konkurrenz innerhalb und zwischen den nationalen Gesellschaftsformationen — die Voraussetzung und Folge des fordistischen Rationalisierungsmodells waren: "Mit der Verallgemeinerung des Modells verallgemeinern sich auch dessen immanente Krisentendenzen. Solange die Akkumulationsbedingungen national noch unterschiedlich sind, verlaufen die Konjunkturzyklen *a-synchron* mit dem Vorteil, daß konjunkturelle Einbrüche in dem einen Land — vermittelt über Preismechanismen — durch steigende Exportnachfrage (an der letzten Verwendung des BIP) vergleichsweise schnell überwunden werden konnten. Seit Mitte der 70er Jahre jedoch ist die *Krise* auch in dem Sinne *allgemein*, daß sie alle Nationen und Regionen in ihren Bann gezogen hat" (Altvater 1987, S. 229 — Herv. E.A.).

Die zentrale These Boyers ist nun die, daß im Verlauf der Krise des fordistischen Rationalisierungsmodells gerade diejenigen institutionellen Formen, die mit der beispiellosen Wachstumsentwicklung der Nachkriegszeit kompatibel waren, sich heute als Fessel einer neuerlichen Akkumulationsdynamik erweisen. Methodisch impliziert diese Hervorhebung der wachstums- und produktionspolitischen Bedeutung institutioneller Regelungen eine ganz entschiedene Abkehr von jeder Art technologischen Determinismus — sei es, daß dieser mit neoklassischen oder mit neo-schumpeterianischen Argumenten gestützt werde. In seiner neo-klassischen Variante — die A. Lipietz (1986, S. 12) recht treffend als "liberalen Produktivismus" typisiert hat —, entspräche diesem technologischen Determinismus eine Strategie der Krisenerklärung und Krisenlösung nach dem (grob simplifizierten) Muster: Es hat eine "technologische Revolution" gegeben, doch die "Rigiditäten", die von seiten des Staates — beispielsweise durch Sozialgesetzgebung oder durch Umweltschutzaufgaben — ausgeübt werden, blockieren die freie Konkurrenz auf den Märkten und verhindern so, daß ein neues, mit den technologischen Erfordernissen konsistentes Entwicklungsmodell sich durchsetzen kann. Einige Parameter ökonomischen Handelns, allen voran die "internationale Konkurrenzfähigkeit", gelten dabei als "extern" vorgegebene Zwänge; ihnen kann, so wird es von der weltweit geteilten neomerkantilistischen Anpassungsstrategie vorgeschrieben, nur durch eine Flexibilitäts-

steigerung der Binnenwirtschaft und durch einen Strukturwandel der Produktion in die Richtung von Gütern und Dienstleistungen hoher individueller Elastizität gegenüber der globalen Nachfrage entsprochen werden. Modellierbar erscheinen also in erster Linie "interne Rigiditäten", insbesondere die gewachsenen Strukturen der industriellen Beziehungen. Die "Rigidität" der wesentlich monetär vermittelten Weltmarktkonkurrenz aber gilt als eine zwar bedauerliche doch letztlich fraglos hinzunehmende (so u.a. auch Scharpf 1987). "The old word 'rationalization' captures these consequences, but not the new motivation: saving labor by deepening capital is a half-welcome, half-unwelcome by-product of the real purpose, which is to stay in the top league of technological excellence. Since national power and the future welfare of society are thought to be linked to success, formerly dominant political goals like full employment become secondary" (Hager 1987, S. 65).

Gegen diesen "neomercantilist constraint" (Hager) behauptet der Regulationsansatz: 1. Technologische Anpassungs- und Umstrukturierungsprozesse können für sich genommen die "Auszehrung" des bis zu den 70er Jahren vorherrschenden Wachstumsmodells nicht erklären (vgl. Boyer/ Mistral 1983, S. 49ff). Denn nicht die Evolution nur eines Parameters ökonomischer Entwicklung, sondern die Brüche in den Beziehungen zwischen allen ihren Einflußgrößen — also Preisen, Löhnen, Profiten, Produktion und Produktivität — sind krisenerklärend (vgl. Boyer 1986e, S. 3). 2. Technologischer Fortschritt zeitigt keine eindeutigen Konsequenzen auf der Beschäftigungsebene. Er kann dort negative, neutrale oder sogar positive Effekte haben (vgl. Boyer 1986c, S. 11ff). 3. Technologische Anpassungsprozesse sind zwar eine notwendige aber keine hinreichende Bedingung für Auswege aus der Krise: Ökonomische und sozio-kulturelle Faktoren, vor allem aber die verschiedenartigen sozialen und institutionellen Muster der industriellen Beziehungen bedingen drastische Differenzierungen bei der Implementation ein und desselben technologischen Wandels — und begrenzen auf diese Weise Schnelligkeit und Reichweite aller Innovationen. Mit Sicherheit ist deshalb davon auszugehen, daß einige potentiell überlegene Technologien sich gegenüber den Selektionen, die das sozio-ökonomische System vornimmt, nicht durchsetzen werden. Ihre Verbreitung hängt nicht allein von den Produktionsstrategien der Unternehmen ab, sondern ebenso von der Lage an den Beschaffungs- und Absatzmärkten, vom Produktionsspektrum, von branchenspezifischen Qualifikationsstrukturen, vom unternehmensinternen und -externen sozialen Kräfteverhältnis auf der Ebene der industriellen Beziehungen und insbesondere von den wirtschafts- und qualifikationspolitischen Interventionen des Staates.

Gegen die gehaltvolle Kritik am technologischen Determinismus, die

R. Boyer in vielen seiner Arbeiten entwickelt hat, lassen sich schwerlich Einwände erheben; sie wird gestützt durch eine Fülle länderspezifischer Studien zum Zusammenhang von Wachstumsentwicklung und Wachstumschüben einerseits und Zusammenhängen zwischen technologischem Fortschritt und Veränderungen des Niveaus und der Struktur von Beschäftigung andererseits. Nicht ganz so leicht fällt indes die Zustimmung zu dem dieser Kritik komplementären Argument von den wachstumshemmenden "Blockierungen", die dem fordistischen Akkumulationsregime aus seinem Innersten her — durch die institutionellen Formen insbesondere durch das Lohnverhältnis — erwachsen und in eine "Krise des Fordismus" einmünden: Fraglos stehen gegenwärtig in allen Ländern Westeuropas und in den USA Flexibilisierungen der Arbeitsorganisation, der Arbeitszeiten, der Arbeitsverträge, der Löhne etc. im Zentrum der Suche nach einem neuen Lohnverhältnis. Als Gegenbegriff zu "Rigiditäten" meint "Flexibilisierung" seinem allgemeinsten Sinne nach aber zunächst nichts anderes als die Fähigkeit zur Anpassung an Wandlungsprozesse; mit dieser Leitidee industrieller Restrukturierung verbindet sich also kein konkreter Maßnahmenkatalog, der unter Absehung von nationalen, branchen- und unternehmensspezifischen Handlungsbedingungen zur Anwendung gelangen müßte. "To say in the most general terms that flexibility is the capacity to adapt to change does not prejudice the means used to achieve this objective. It also implies that the same need to adapt may be satisfied by different forms of flexibility" (Meulders/ Wilkin 1987, S. 5).

Auf der mikroanalytischen Ebene der aktuellen Reorganisation industrieller Beziehungen aber besteht das generelle strategische Problem darin, "to find ways of *managing an unprecedented degree of economic uncertainty* deriving from a need for continuous rapid adjustment to a market environment that seems to have become permanently more turbulent than in the past" (Streeck 1986a, S. 7 — Herv. W.St.). Unter Bedingungen der "uncertainties of management" bestehen die kollektiven Interessen der Unternehmer und die Ziele, die sie verfolgen, "of little more than the freedom for individual firms to develop and pressure their own strategies" (ebd., S.3). Darum aber läßt sich nicht mit letzter Sicherheit ausmachen, ob und in welchem Maße bestimmte "institutionelle Rigiditäten", beispielsweise hohe Löhne, geringe zwischenbetriebliche Mobilität der Arbeitskräfte oder arbeits- und tarifrechtliche Schutzbestimmungen, tatsächlich wachstumshemmend sind. — Instrukтив sind in diesem Zusammenhang die Befunde einer international vergleichenden Studie über die Automobilindustrie — der "fordistisch-tayloristischen" Branche par excellence. W. Streeck (1986b) zufolge waren es im Falle der Bundesrepublik bestimmte "institutionelle Rigiditäten" (des internen Arbeitsmarktes), die die Suche nach unternehmensinterner Flexibi-

lität stimuliert haben. Insbesondere das größere Gewicht statusorientierter Beschäftigungsverhältnisse und die über Mitbestimmungsregelungen induzierte Verpflichtung zu möglichst stabiler Beschäftigung wären demnach als Ursache interner Flexibilität *und* zugleich als Antriebskraft für anspruchsvollere und langfristig sogar ökonomisch überlegene Unternehmensstrategien zu verstehen: "Beschäftigungssicherung durch starke Gewerkschaften und wirksamen gesetzlichen Kündigungsschutz erschwert den Unternehmen eine Anpassung ihrer Belegschaft über den äußeren Arbeitsmarkt (Kündigungen, Neueinstellungen) und verweist sie auf den Weg interner Flexibilität durch Umsetzung und Qualifizierung; das hierfür aufzubauende Humankapital kann systematisch für eine Strategie der diversifizierten Qualitätsproduktion genutzt werden. Darüber hinaus versperren Beschäftigungssicherheit und geringe Lohnflexibilität nach unten den Weg zu Rationalisierungsanpassungen nach dem Muster der traditionellen Massenproduktion und zwingen die Unternehmensleitungen, aus einer "fixen" und teuren Belegschaft "das Beste zu machen" (ebd., S. 120). Flexibilisierung, so ließe sich schlußfolgern, erfolgte in der westdeutschen Automobilindustrie (aber wohl auch im westdeutschen Maschinenbau) weniger über eine Infragestellung einiger zentraler Komponenten des "fordistischen Lohnverhältnisses", z.B. hoher Löhne und Beschäftigungssicherheit, sondern über die zumindest mittelfristig recht erfolgreiche Stabilisierung dieser "institutionellen Rigiditäten".

Von R. Boyer und seinen Mitarbeitern am CEPREMAP werden solche Besonderheiten des "Falles Bundesrepublik" zwar durchaus gesehen; doch werden sie nicht als empirische Phänomene behandelt, die dem theoretischen Konstrukt des Fordismus und seiner Krise etwas anhaben könnten. Die Bundesrepublik und Schweden, mehr aber noch Japan, figurieren als paradigmatische Beispiele für den Weg einer "Inkorporierung" der Zielgröße Flexibilität in die nachkriegsspezifischen Arbeitsverhältnisse (vgl. Boyer 1986d, S. 231ff). Die Bundesrepublik steht dabei für den geradezu "verblüffenden Fall" eines Systems von industriellen Beziehungen, in dem bestimmte rechtliche Garantien für die Beschäftigten a priori kompatibel sind mit Erfordernissen technologischen und ökonomischen Wandels. Völlig zu recht hat allerdings B. Jessop (1988) die recht "unqualifizierte" weil expansive Verwendungsweise des Fordismuskonzeptes für das "westdeutsche Modell" zurückgewiesen und dies mit dem Hinweis: "collective bargaining assumed the typical Fordist form but it was compelled to an atypical mode of growth due to Germany's industrial profile" (ebd., S. 14). R. Boyer hat versucht, solche Spezifika der bundesrepublikanischen Nachkriegsentwicklung durch eine begriffliche Kapriole zu bewältigen: indem er den "Fall Bundesrepublik" mit der selbstwidersprüchlichen Formel des "Flexi-Fordismus" belegt!

Doch wenn die Regulationisten im Laufe ihrer Forschungen zu der Einsicht genötigt werden, daß die Strukturen der industriellen Beziehungen in Großbritannien eigentlich *nicht* mit dem Begriff des Fordismus zu erfassen sind, und wenn sie zugeben müssen, daß in der Bundesrepublik eigentlich schon vor Ausbruch der sogenannten Krise des Fordismus "post- oder vor-fordistische" (!) Eigenarten strukturbestimmend waren (vgl. Boyer 1986c, S.27f), so kann ihr Hinweis auf die beachtliche Variationsbreite des fordistischen Rationalisierungsmodells nur mühsam verdecken, daß es sich bei dem Leittheorem "Fordismus" um wenig mehr als eine heuristische Konzeption handelt — nicht etwa, was insbesondere von ausländischen Rezipienten dieses Ansatzes (vgl. Hirsch/ Roth 1987) leicht übersehen wird, um eine empirisch gehaltvolle Aussage über Realprozesse. Dieses Mißverständnis ist indes durch die Regulationisten selbst verschuldet; denn sie stilisieren ihr Schwanken zwischen verallgemeinerungsfähigen theoretischen Konstrukten und ad-hoc-Konzepten, die durch das Studium der Entwicklung einzelner kapitalistischer Länder gleichsam gegen die strategische Absicht der (Modell-)Theoretiker erzwungen werden, zu der entscheidenden Stärke ihres Ansatzes. Dies aber ist eine Art "methodischer Trick", durch den sich die Regulationisten gegen Einwände, die die *empirische* Relevanz einige ihrer zentralen Konstrukte infragestellen könnten, zu immunisieren versuchen.

Die hier beabsichtigte Kritik an der "école de la régulation" wird die Reichweite des theoretisch-methodischen Instrumentariums, mit dessen Hilfe Boyer u.a. eine "Krise des Fordismus" diagnostizieren, zum Thema machen. Dieses Instrumentarium aber ist im wesentlichen das der (mikro- und vor allem der makro-)ökonomischen Analyse und mit diesem Instrumentarium allein — so die im Folgenden argumentierende These — läßt sich eine zeitgemäße Entwicklungstheorie kapitalistischer Gesellschaften nicht konstruieren: So plausibel wie die von den Regulationisten vorgenommene Relativierung technologischer Innovationen für längerfristige Entwicklungsprozesse sowohl gegenüber neoschumpeterianischen Zyklusmodellen wie gegenüber der neoklassischen Gleichgewichtstheorie sein mag, so fraglich ist doch andererseits, ob sie mit ihrer Konzentration auf makroökonomische Effekte institutioneller (Regulations-)Formen zugleich auch ihren weitergesteckten Anspruch realisieren können, die soziale Praxis gesellschaftlicher Akteure als "inneres Moment" institutioneller De- und Restrukturierungsprozesse auszuweisen. Gerade ihre Frontstellung gegenüber technologiedeterministischen Theorieansätzen würde es ja beispielsweise nahelegen, die seit den 70er Jahren in allen Ländern des westlichen Kapitalismus — insbesondere in den wohlfahrtsstaatlichen Demokratien Nordeuropas — zu beobachtenden Kontroversen über die Nutzung neuer Technologien als Indiz für Veränderungen der politischen Verarbeitung von ökonomisch-

technologischen Entwicklungen sehr ernst zu nehmen: In Reflexion auf Grenzen des politisch verantwortbaren ökonomischen Wachstums, der natürlichen Ressourcen, der Umweltzerstörung und der sinkenden Kontrollmöglichkeiten sind hier in den letzten zwei Jahrzehnten Debatten über die Nutzung von Kernenergie, Biotechnologie und Mikroelektronik entbrannt, die den nachkriegsspezifischen gesellschaftlichen Konsens über die Legitimität wissenschaftlichen und technischen Fortschritts seiner Selbstverständlichkeit berauben.

Der Regulationsansatz übergeht jedoch solche "technologischen Kontroversen", die über- und unterhalb der traditionellen sozialen Konfliktlinien liegen und die Schlüsselrolle von Marktallokation und privaten Investitionsentscheidungen zu einem gesellschaftlich umstrittenen Faktum machen — und dies ist durchaus kein Versehen, sondern Folge seiner auf ökonomische Entwicklungen konzentrierten Analyse des "fordistischen Lohnverhältnisses" und dessen derzeit stattfindender Transformation in Richtung "Flexibilisierung".

Flexibilisierung als Anpassung an die Krise

Seit Mitte der 80er Jahre werden nach Ansicht der Regulationisten in allen westeuropäischen Ländern sämtliche Komponenten infrage gestellt, die das sogenannte "fordistische Lohnverhältnis" bislang charakterisiert hatten, nämlich: 1. Die Rigidität der tayloristischen Arbeitsorganisation und Arbeitskontrolle gegenüber der Nachfragevariabilität — die, zumindest aus der Perspektive des Einzelunternehmens, sowohl hinsichtlich ihres Volumens wie ihrer Zusammensetzung gewachsen ist. 2. Die bisherige technische und soziale Arbeitsteilung — mit den an sie geknüpften Qualifikationsstrukturen und Beschäftigungsmöglichkeiten. 3. Die Zielgröße einer verteilungsneutralen Lohnpolitik. 4. Die Starrheit arbeitsrechtlicher Schutzbestimmungen — und dies mit dem Ziel einer Erhöhung der unternehmerischen Handlungsspielräume bei Abschluß, Ausgestaltung und Befristung von Arbeitsverhältnissen. 5. Das System der sozialen Sicherung — und zwar in Anlehnung an die USA, Japan oder die "newly industrializing countries", deren Wirtschaften durch ein wesentlich lockereres soziales Schutznetz im internationalen Wettbewerb bevorteilt scheinen (vgl. Boyer 1986d, S. 231ff).

Dabei kann die Suche nach einem neuen Leitmodell technischer und sozialer Rationalisierung, so Boyer, über zwei extreme Wege verlaufen: Über eine "Inkorporierung" der Zielgröße Flexibilität in das nachkriegsspezifische Lohnverhältnis oder durch eine "frontale Attacke" gegen alle seine Strukturelemente. Analytisch unterscheidet Boyer fünf separierbare, einander gleichwohl überlappende und in der Praxis kombinierbare Flexibilisierungsformen: Flexibilisierung als Anpassungsfähigkeit der Produktionsor-

ganisation an veränderte Absatzbedingungen via Technikwahl und arbeitsorganisatorische Maßnahmen; Fähigkeit und Bereitschaft der Arbeitskräfte zur Mobilität innerhalb eines Unternehmens; Lockerung rechtlicher Zwänge bei der Einstellung und Entlassung von Arbeitskräften; Anpassungsfähigkeit der (Nominal- und Real-)Löhne an einzelwirtschaftliche Rentabilitätsbedingungen; Kürzung (oder sogar vollständige Streichung) der indirekten Lohnbestandteile — was einer Zurückdrängung staatlicher Interventionen in die Leistungspolitik der Unternehmen und einer Reduzierung sozialer und rechtlicher Sicherheit der Beschäftigten gleichkäme.

Boyers Interesse gilt aber v.a. den *Beziehungen* zwischen bestimmten — technologischen, institutionellen, lohnpolitischen — Elementen mikroökonomischer Flexibilisierung und makroökonomischen Stabilitätschancen. Folglich problematisiert er die genannten fünf Flexibilisierungsformen *erstens* im Hinblick auf Auswirkungen spezialisierter und automatisierter Produktion auf die langfristige Produktivitätsdynamik, *zweitens* auf Effekte einer Liberalisierung des Arbeitsrechts und sozialstaatlicher Schutzbestimmungen für die Beschäftigungssituation und *drittens* auf Folgen von Lohnsenkungen auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung (vgl. Boyer 1986d, S. 241ff; Boyer/ Coriat 1986, S. 19ff). Die erste Fragestellung ist in Absetzung zu neoschumpeterianischen Ansätzen wie dem von M. Piore und Ch. Sabel (1984) formuliert, die davon ausgehen, mit "flexibler Spezialisierung" könne die tayloristische Massenproduktion überwunden und zugleich eine neue Produktivitätsdynamik in Gang gesetzt werden. Einer derart optimistischen Deutung technologischer Flexibilisierung begegnet der Regulationsansatz indes mit deutlicher Skepsis: Zum einen verweist Boyer darauf, daß Massenproduktion in vielen Bereichen auch zukünftig unverzichtbar bleiben wird, zum anderen bezweifelt er — wie andere Regulationisten auch — die positiven Effekte mikroökonomischer Flexibilisierung auf die makroökonomische Entwicklung. Die zweite und die dritte Fragestellung sind eher gegen neoklassisch inspirierte Wirtschaftsliberale jeglicher Couleur adressiert: Bei der institutionellen Flexibilisierungsvariante problematisiert der Regulationsansatz v.a., ob durch eine Liberalisierung arbeitsrechtlicher Schutzbestimmungen (beispielsweise des Kündigungsschutzes) wirklich eine so hohe Elastizität bei den relativen Preisen der Arbeitskraft erzielt werden könnte, daß die Wettbewerbsnachteile westeuropäischer Unternehmen gegenüber amerikanischen und japanischen dadurch ausgeglichen würden und zugleich positive Auswirkungen auf die hiesige Beschäftigungssituation erwartet werden dürfen (vgl. Boyer/ Petit 1981). Nach Einschätzung von Boyer (1986d, S. 246) kann von einer quantitativ relevanten Reduzierung der Arbeitslosigkeit als Folge institutioneller Flexibilisierung keine Rede sein; er nennt darum auch diese Flexibilisierungsform "defensiv" — weil sie lediglich eine

"Anpassung nach unten" zur Folge habe. Unter der Beschäftigungsperspektive erscheint schließlich auch die Flexibilisierung der Löhne als eine mehr als unsichere Strategie. Boyer und Coriat (1986, S. 54) hegen begründete Zweifel daran, daß eine Rückkehr zum Mechanismus kompetitiver Lohnbildung — flankiert von restriktiver staatlicher Finanz- und Haushaltspolitik — zu einer Belebung der Konjunktur führen und die — infolge der Reallohnminderungen — absinkende Inlandsnachfrage durch verbesserte Exportchancen ausgeglichen werden könnte. Vor allem geben sie zu bedenken: Wenn die Umverteilung der Einkommen zuungunsten der Lohnempfänger weiter anhielte, so wäre mit zwei Konsequenzen zu rechnen: "Up to some threshold for deindexing, the growth pattern is again stabilized, which is new by reference with what was observed earlier in the Sixties. But this advantage has a drawback: the equilibrium rate of growth is simultaneously reduced. Intuitively, the consumption (and in this model the investment via an accelerator mechanism) are less dynamic. Therefore less increasing returns to scale are obtained" (ebd., S. 45). Mit einem Satz: Eine Kürzung der Staatsausgaben und die Hinwendung zu einer restriktiven monetaristischen Wirtschaftspolitik, die Flexibilisierung der Löhne nach unten einschloße, wäre ebenso wie die technologische und die institutionelle Flexibilisierung nur eine Anpassung an die Krise, führte aber — angesichts ihrer Auswirkungen auf die Binnennachfrage — nicht aus ihr heraus.

Auch die Antworten, die den westeuropäischen Gewerkschaften auf die Flexibilisierungsoffensive von Unternehmen und Regierungen zur Verfügung stehen, diskutieren Boyer u.a. vornehmlich unter dem Gesichtspunkt ihrer makroökonomischen Effekte. Ihrer Meinung nach können die Gewerkschaften auf zweierlei Weise dem Druck in Richtung Flexibilisierung begegnen: Durch eine Verteidigung des status quo — also der "fordistischen Errungenschaften" — oder durch ein Konzept "alternativer Industriepolitik". Die erste Variante, beispielhaft von der CGT verkörpert (vgl. Boyer 1984, S. 26ff), weist alle Veränderungen auf technologischem Gebiet oder bei den etablierten beruflichen Hierarchien zurück und bekämpft jegliche Form der Lohnsenkung für die industriellen "Kerngruppen", die zugleich das traditionelle Rekrutierungspotential der Gewerkschaft(en) sind. Die zweite "modernere" Alternative — die in Frankreich eher von der CFDT verfolgt wird — gesteht den Unternehmensleitungen ein großes Maß an Gestaltungsmöglichkeiten (v.a. bei der Arbeitszeit) zu — und zwar im Austausch gegen neue Beteiligungsrechte für die Beschäftigten und in der Hoffnung, daß dadurch ein Solidarbeitrag der "Arbeitsplatzbesitzer" für die um Arbeitsplätze nachsuchenden Beschäftigtengruppen erbracht werden kann (vgl. Borzeix u.a. 1986). Beide Wege bergen indes je eigene Gefahren: Da der erste "korporatistische" Weg zu einer dauerhaften Spaltung der Arbei-

terschaft führen kann, betrachten ihn die Regulationisten als eine unangemessene gewerkschaftliche Antwort auf die Krise. Auf dem zweiten Wege ließen sich hingegen mittelfristig wohl durchaus Beschäftigungseffekte erzielen; problematisch an ihm ist aus Boyers Perspektive jedoch, daß er eine kumulative Depression nach sich ziehen könnte. Damit wäre zu rechnen, wenn signifikante Reallohnsenkungen über eine Periode von mehreren Jahren hingenommen werden; in ihrer Folge würde sich die sinkende Inlandsnachfrage nach Konsumgütern auf den Produktionsmittelsektor auswirken und dies wiederum könnte, jedenfalls mit der Zeit, die Produktivitätssteigerungen verlangsamen — trotz aller Anstrengungen der Unternehmen, die Produktionskosten im Einverständnis mit den Beschäftigten zu senken.

Nun läßt sich wohl kaum bestreiten, daß Einwände gegen Flexibilisierungsstrategien, die deren makroökonomische Effekte ins Zentrum rücken, gegenüber neoklassisch oder neoschumpeterianisch angeleiteten Krisendiagnosen — und entsprechenden Empfehlungen zur Überwindung der Krise — etwas sehr Richtiges treffen. Es fragt sich jedoch, ob die Fixierung auf makroökonomische Effekte technologischer, institutioneller oder lohnpolitischer Flexibilisierung ein Ziel, an dem Boyer und anderen CEPREMAP-Mitarbeitern ja ebenfalls gelegen ist — nämlich die Herausarbeitung von Konturen eines ("post-fordistischen") "flexiblen Lohnverhältnisses" — nicht notwendigerweise verfehlen muß. Folgt man den programmatischen Überlegungen zu einer "Theorie der Regulation", die insbesondere Boyer (1986b) und Lipietz (1985) vorgelegt haben, so zielt der Anspruch der Regulationisten jedenfalls darauf, sowohl die ökonomischen, technologischen als auch die sozialen Herausforderungen zu erfassen, auf die ein neues — offensives und nicht defensives — Lohnverhältnis antworten müßte, um regulierende Funktion für einen "neuen sozialen Kompromiß" erfüllen zu können. An den spekulativen Äußerungen beider Autoren zu dem heute nur antizipierbaren "neuen Unternehmenstyp", der ihrer Meinung nach einen Ausweg aus der Krise weisen könnte, fällt allerdings zweierlei auf: *erstens*, daß die Perspektive eines "flexiblen Unternehmenstyps" von dem einen Vertreter des Ansatzes optimistisch, von dem anderen eher pessimistisch gesehen wird und *zweitens*, daß beide Varianten den Anteil sozialer Triebkräfte an der Herausbildung eines solchen "neuen designs von Arbeitsprozeß und Lohnvertrag" (Lipietz 1986) bestenfalls streifen — doch nicht als konstitutive Größe ihrer vorausschauenden Betrachtung einbeziehen.

Zwischen Boyers (makro)ökonomisch begründetem Pessimismus und Lipietz' eher mikroökonomisch argumentierender Vorhersage einer "anti-tayloristischen Revolution" klafft eine Lücke, die im Eigeninteresse des Regulationsansatzes geschlossen werden müßte. Gelingen aber könnte dies — so meine These — wohl nur über eine stärkere Soziologisierung der bislang

entwickelten Krisendiagnose, mithin durch eine Komplementierung des unfertigen Regulationsansatzes um eine historisch angemessenen Handlungstheorie — damit eine Theorie der Regulation aus ihm werde.

"Soziale Grenzen" des "fordistischen Kompromisses"

Die Regulationisten halten sich zwar zugute, daß sie — im Gegensatz zu neoklassischen Gleichgewichtsmodellen — der "Autonomie" und "Kreativität" oder der "Unzufriedenheit der Individuen und sozialen Gruppen (...)" neue Normen und neue Verhältnisse vorzuschlagen, oder auch einfach innerhalb hegemonialer Verhältnisse eine andere Art und Weise das Spiel zu spielen und eine Neuverteilung der Karten zu fordern" (Lipietz 1985, S.111), ganz zentrale Bedeutung beimessen. Bemerkungen wie diese müssen allerdings eher als Selbstüberschätzung des Regulationsansatzes gewertet werden. Denn so summarisch wie vom "Arbeiterwiderstand" als "sozialer Grenze des Fordismus" geschrieben wird, so plakativ bleibt letztlich auch der Verweis auf ein Set von "internalisierten Regeln und sozialen Prozeduren", die individuelles Verhalten durch "soziale Elemente" leiten. Mit einer Klammerbemerkung bei Lipietz (1986, S. 15) wird abgetan, was im Interesse der versprochenen "nicht-reduktionistischen Analyse gesellschaftlicher Verhältnisse" ausführlicher Erörterung bedürfte: Demnach kennzeichnet P. Bourdieus "Habitus"-Konzept in etwa das, was die Regulationisten unter "Inkorporierung sozialer Elemente in individuelles Verhalten" sich vorstellen.

Zum einen läßt sich aber durchaus bezweifeln, ob durch eine (nach wie vor ausstehende) Integration des Bourdieuschen Habituskonzeptes in die Regulationstheorie deren gravierende soziologische Lücke geschlossen würde. Denn dieses Konzept reduziert gruppen- und klassenspezifisches Handeln — seinem "objektiven Sinn" nach — auf soziale Nutzenerwägung und blendet dadurch moralisch-ethische Dimensionen des Handelns aus der Analyse sozialer Strukturen und Handlungszusammenhänge aus. Ist doch ein grundlegendes methodisches Axiom der "*allgemeinen Wissenschaft der Ökonomie praktischer Handlungen* ... ,alle Handlungen und selbst noch jene, die sich als interesselose oder zweckfreie, also von der Ökonomie befreite verstehen, auf die Maximierung materiellen oder symbolischen Gewinns ausgerichtete Handlungen zu begreifen" (Bourdieu 1979, S. 356f — Herv. P.B.). Es steht daher zu befürchten, daß eine Integration der utilitaristisch eingefärbten Konzeption der symbolischen Aneignungsweise des Sozialen, wie sie Bourdieu vorgelegt hat, den Ökonomismus des Regulationsansatzes nicht etwa korrigieren würde, sondern — ganz im Gegenteil — eher auf die von A. Demirović (1988) richtig gesehene Gefahr einer "Universalisierung ökonomischer Lebensformen" hinausliefe. Zum anderen gibt es, bis auf die erwähnten

Andeutungen A. Lipietz', in den bislang vorliegenden Regulationsstudien wenig Anhaltspunkte dafür, daß die Regulationisten von der Notwendigkeit einer Integration sei es der Bourdieuschen oder irgendeiner anderen Handlungstheorie überzeugt wären. Soziale Verhältnisse kommen in ihrem Forschungsprogramm nur auf der Aggregatsebene institutioneller Strukturen des Lohnverhältnisses also in "geronnener Form" vor, werden aber weder einer theoretischen Erörterung noch der detaillierten empirischen Analyse zugänglich gemacht. Veränderungen von gruppen- und klassenspezifischen Interessen, alltagspraktischen Verhaltensweisen und normativen Orientierungen sozialer Akteure sind kein Thema ihrer Forschungsarbeiten. Vergeblich bleibt darum jede Suche nach Aussagen zu: Aspirationsniveaus bei der Arbeit (in Richtung auf mehr Autonomie, den Einsatz erworbener Qualifikationen, die Partizipation bei Konzipierung und Korrektur von Arbeitsbeschreibungen beispielsweise), Wandlungen von gesellschaftlichen Wertorientierungen und kulturellen Praktiken sozialer Gruppen und Schichten, Verschiebungen im Konsumverhalten und der Freizeitgestaltung breiter Bevölkerungsteile, Prozesse der Verstädterung und Veränderungen des Bildungssystems — nach Elementen längerfristiger Entwicklungsprozesse also, die dem Selbstverständnis des nämlichen Untersuchungskonzeptes gemäß bei der Krisendiagnose einer Regulationsweise allesamt breitere Berücksichtigung verdienen.

Diese Auslassungen erklären im übrigen auch, weshalb die mikroökonomischen Studien von Boyer und Lipietz auf detaillierte, gar international vergleichende Untersuchungen zu institutionalisierten Kompromissen auf der betrieblichen Ebene verzichten — wie sie beispielsweise M. Burawoy (1982; 1985) mit seinem Konzept der "politics in production" und mit seinem Periodisierungsvorschlag für historisch einander ablösende "Fabrikregime" angestrengt hat. Dabei ließe sich Burawoys Konzept des "manufacturing consent" ohne größere Schwierigkeiten für eine industriesoziologische Begründung des "fordistischen Kompromisses" nutzbar machen, hat es doch die sozialintegrativen Legitimationseffekte von "Regulationsmustern" betrieblicher Sozialbeziehungen zum Thema. Der Arbeitsprozeß, so wie Burawoy (1982) ihn versteht, ist ein von Management und Belegschaft gemeinsam getragenes Regelsystem, das den Beschäftigten ein begrenztes Feld von selbstregulierten Handlungsmöglichkeiten überläßt, die aus der Perspektive der Individuen der rationalen Verfolgung von Eigeninteressen — an höheren Löhnen, erträglichen Arbeitsbedingungen und größtmöglicher Beschäftigungssicherheit — dienen, aus der Perspektive der Sozialintegration aber letztlich als Mechanismen der Reproduktion und historischen Erneuerung gänzlich systemrationaler Prinzipien kapitalistischer Lohnarbeit gedeutet werden müssen. Es sind letztlich Mechanismen der "Regulation"

innerbetrieblicher Sozialbeziehungen, die die Machtunterworfenen zu Komplizen ihrer eigenen Ausbeutung machen und die auf das Eigentum an Produktionsmitteln sich gründende Macht des Kapitals in legitime Herrschaft transformieren helfen. "Manufacturing consent" bedeutet also nichts anderes, als daß unter den Bedingungen eines "hegemonialen Fabrikregimes" unterschiedlichste Betriebspolitiken, wie sehr sie auch von nationalen Eigenarten, von den spezifischen Mustern staatlicher Intervention in die Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit und von der jeweiligen Marktposition des Einzelunternehmens modifiziert werden, einen die bestehenden Herrschaftsverhältnisse stabilisierenden *Konsens* der Machtunterworfenen *herstellen*: Mit Burawoys (1985, S. 44) Worten ist dies die "neue Ideologie der Effektivität", doch zweifellos ließe sich dieser Ausdruck mit dem des "fordistischen Kompromisses" parallelisieren. Im übrigen verbindet Burawoys Konzept der "Produktionspolitiken" und das Fordismuskonzept der Regulationsschule dieselbe entscheidende Schwäche: Beiden liegt ein an Gramsci angelehntes Hegemoniekonzept zugrunde, das die Frage wie und in welchem Ausmaß die Kooperation von Kapital und Arbeit im konkreten Produktionsprozeß legitimationswirksame Effekte hat, 'in letzter Instanz' der Dynamik der Kapitalakkumulation überantwortet; dadurch verlieren beide Ansätze die politischen und moralischen Dimensionen von (hegemonialer) Herrschaftsausübung aus dem Blick (vgl. zur Kritik an Burawoy: Mahnkopf 1986). Im Falle der Regulationstheorie kommt diese deterministische Verkürzung des Verhältnisses von Ökonomie und Politik insbesondere bei der Analyse von krisenrelevanten "sozialen Grenzen" der tayloristisch-fordistischen Arbeitsverhältnisse zum tragen.

In Anlehnung an die Tradition des italienischen Operaismus machen die Regulationisten wiederholt "wachsenden Arbeiterwiderstand" für die Krise des Fordismus verantwortlich, genauer: Absentismus, sinkende Intensität der Arbeitsleistungen, steigende Kosten für Kontrolle und Qualitätssicherung sowie störende Effekte von Arbeitskonflikten und Streiks haben demnach zu einer Verlangsamung der Produktivitätsentwicklung geführt und eine Anpassung der Produktion an die instabile oder gar stagnierende Nachfrage erschwert (vgl. u.a. Boyer 1983, S. 28; 1986e, S. 29; Lipietz 1986, S. 8). Die im Gesamt der Beweisführung zur "Krise des Fordismus" zentrale Behauptung von den negativen Auswirkungen eines wachsenden Widerstandes der Beschäftigten (gegen die tayloristische Teilung der Arbeit zwischen Anweisenden und Ausführenden) auf die Produktivitätsentwicklung ist indes über den von S. Bowles, D. Gordon und Th. Weisskopf (1983) analysierten Fall der USA hinaus wenig überzeugend belegt; insbesondere bleibt das quantitative Gewicht dieses Faktors gegenüber anderen Ursachen überproportionaler Steigerung der Kapitalintensität — die sich seit Anfang

der 70er Jahre negativ auf die Kapitalproduktivität auswirkt — in den Regulationsstudien sehr unklar. *Empirisch* hat die These — darauf wurde bereits hingewiesen — v.a. für die Bundesrepublik wenig Überzeugungskraft. Das mag vielleicht mit einer Eigenart des Ansatzes zusammenhängen, die A. Nöel (1986, S. 25) auf die griffige Formel gebracht hat: "Class action remains an exogenous element brought into the discussion to close the explanation. But not much is said about the logic of class action itself, which remains a fairly ad hoc element in an incomplete theory". Gemäß der hier verfolgten Argumentation hat dies systematische Gründe: Weil der Regulationsansatz ohne eine Handlungstheorie konstruiert ist, können Wandlungen auf der Ebene von sozialen Ansprüchen und gesellschaftlichen Konflikten, die während der letzten Jahrzehnte v.a. in den Ländern Westeuropas politikwirksam geworden sind und die durch institutionelle Innovationen bearbeitet werden müssen, auch kein Thema der empirischen Regulationsstudien werden.

Die intermediären Konzepte dieses Ansatzes erfüllen zwar die Zielvorgabe, "ökonomische Grenzen" des fordistischen Rationalisierungsmodells nachzuzeichnen: Aus der Perspektive der Systemintegration ist demnach entscheidend, daß die in der Nachkriegsperiode geschaffenen institutionellen Bedingungen effizienter Marktallokation und -akkumulation sich "erschöpft" haben; was insbesondere darauf zurückgeführt wird, daß die Stabilitätssäule des Fordismus, nämlich eine parallele Transformation von Produktions- und Konsumnormen, ihre Tragfähigkeit eingebüßt hat. Mißt man die Regulationstheorie hingegen an ihrem umfassenden Anspruch, den Zusammenhang von globaler Wirtschaftskrise und gesellschaftlichen Transformationsprozessen aufzudecken, so müßte sie auch intermediäre Konzepte für Konfliktzonen auf der Ebene der Sozialintegration bereithalten. Probleme der Sozialintegration aber behandeln die Regulationisten so, als wären materielle Ansprüche im Sinne von monetärer Kaufkraft und sozialer Bedürfnisbefriedigung heute wie zu Zeiten des Nachkriegskeynesianismus ein und dasselbe. Sozialintegrative Wirkungen des "fordistischen Lohnverhältnisses" bindet der Regulationsansatz an drei Charakteristika der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung der Nachkriegszeit (in Westeuropa und in den USA), nämlich an: die durch soziale Umverteilungskämpfe erzielten materiellen Verbesserungen der Lebenslage breiter Bevölkerungsschichten, die v.a. über die an die Steigerung der Lebenshaltungskosten und an erwartbare Produktivitätszuwächse gekoppelte Anhebung der Nominallöhne ermöglicht wurden; die Entschärfung und Kanalisierung ehemals krasser Klassenspaltungen zwischen Arbeit und Kapital durch den Ausbau des individuellen und des kollektiven Arbeitsrechts — was aber auf der Ebene der industriellen Beziehungen zugleich die Akzep-

tanz von Arbeitsplätze vernichtenden Rationalisierungsmaßnahmen durch die Beschäftigten und ihre (gewerkschaftlichen) Organisationen mit einschloß; die loyalitätsbindende Funktion staatlicher Regelungen über Lohnersatz Einkommen und soziale Leistungen.

Unbeschadet der länderspezifischen Adaptionen des "fordistischen Lohnverhältnisses" (vgl. dazu Tab.1 in: Boyer 1986c, S. 22f) — die, ähnlich wie die Beiträge zur Korporatismusdebatte der 70er Jahre, eine derartige Variationsbreite aufweisen, daß an der empirischen Relevanz des zentralen theoretischen (oder besser: heuristischen) Konstrukts ("Fordismus") mitunter Zweifel aufkommen — wäre mithin der sozialintegrative Kern des fordistischen Rationalisierungsmodells eine "Ideologie des Produktivismus" gewesen. Die "materielle Basis der Hegemonie" (Przeworski 1986) hätte in einer Gleichgerichtetheit — nicht etwa einer handlungsrelevanten Widersprüchlichkeit — der (rationalen) ökonomischen Interessen von Arbeit und Kapital bestanden. Fraglich an dieser Sichtweise ist nun weniger die durch detaillierte Länderstudien der Regulationisten gestützte Ausgangsüberlegung, daß in der Nachkriegsperiode eine kohärente und kompensatorische Evolution aller Einflußgrößen wirtschaftlicher Entwicklung — von Preisen, Löhnen, Profiten, Produktion und Produktivität also — die Bedingungen dafür geschaffen hat, daß bei fortbestehender Machtungleichheit zwischen Arbeit und Kapital beide Parteien durch partielle, zeitlich und gegenstandsbezogen begrenzte Interessenidentitäten aneinander gebunden wurden — im Horizont eines herrschaftsstabilisierenden "Produktivismus". Eine solche Sichtweise ist uns aus der "Korporatismus"-Debatte der 70er Jahre hinlänglich vertraut und stellt insofern keine intellektuelle Provokation mehr dar.

Problematischer an dieser Begründungsfigur von sozialintegrativen Wirkungen des "fordistischen Lohnverhältnisses" aber ist die ihr zugrundeliegende (wohl ungewollt) deterministische Verkürzung des Verhältnisses von Ökonomie und Politik, die alle normativen Elemente sozialen Handelns von Individuen und Klassen/Schichten unterbelichtet läßt.

Marktlogik und Moral

Jede ernstzunehmende "Theorie der Regulation" müßte sich eine grundsätzliche Frage zur Beantwortung vorlegen. Dies ist die Frage, ob kapitalistische Gesellschaften zu ihrer (Re-)Stabilisierung sozial-moralischer Ressourcen bedürfen und ob sie diese auf Dauer selbst reproduzieren können. Diese Frage ließe sich auch dahingehend konkretisieren, ob kapitalistische Gesellschaften sich selbst in die Lage versetzen können, Marktlogik und Moral zu harmonisieren.

Folgt man einer sowohl von F. Hirsch (1976), J.O. Connor (1975) u.a. — für den deutschsprachigen Kontext insbesondere von J. Habermas

— vorgebrachten These, so sind die entwickelten westlichen Demokratien seit längerem schon mit einer Ausdehnung des individualistisch-egoistischen Verhaltenskodex konfrontiert, welche die letzten Reste von Sozialorientierung aufzehrt, ohne die auch ein kapitalistisches Wirtschaftssystem par-tout nicht funktionieren kann. Sozialregulative Normen wie solidarische Gemeinschaftsbezüge, Achtung vor dem Gesetz, Selbstbeschränkung u.ä.m. sind demnach einem schleichenden Erosionsprozeß ausgesetzt. Gleichzeitig verlangen aber gesellschaftliche Steuerung und Korrektur der zunehmend krisenhaften Abläufe kapitalistischer Entwicklung nach einer gesteigerten Bereitschaft zu sozialer Verhaltensorientierung. Mit der Auflösung traditionaler sozialer Bindungen und nicht zuletzt mit der in vielen westlichen Ländern diagnostizierten "Ent-Moralisierung" intermediärer Organisationen (z.B. der Gewerkschaften) wird letztlich die bewußte Bejahung des umfassenden Gesellschaftssystems als einer *gerechten* Sozialordnung die einzig verbleibende Basis für freiwillige Kooperation zu gemeinsamen Zwecken. Es wird die wechselseitige Verpflichtung aller am sozialen Verteilungskampf beteiligten Gruppen auf eine öffentlich anerkannte und wirksame (normative) Vorstellung von Gerechtigkeit, an die sich alle Beteiligten gebunden fühlen, zum Schlüsselproblem der Stabilität einer liberal-demokratischen Gesellschaftsordnung: Beispielsweise müßten sich Großunternehmen auf eine Verantwortung für regionale Entwicklungsperspektiven verpflichten lassen; oder die Gewerkschaften — im Namen der von Arbeitslosigkeit bedrohten Beschäftigtengruppen — auf kollektive Selbstbeschränkung etwa bei Lohnforderungen; oder beide, Unternehmens- wie Belegschaftsvertreter auf die Einstellung umweltschädlicher Produktionsverfahren und den Verzicht auf die Herstellung umweltbelastender Produkte.

Nun ist es zwar durchaus umstritten, ob dieses Schlüsselproblem moderner kapitalistischer Gesellschaften noch ernsthafte Legitimationsprobleme der gesetzten Sozialordnung hervorbringen kann. Beobachten aber läßt sich während der letzten zwei Jahrzehnte in nahezu allen liberal-demokratischen Ländern des westlichen Kapitalismus eine brisante Zuspitzung sozialer Konflikte, die zwar nicht vordergründig mit Gerechtigkeit etwas zu tun haben, wohl aber mittelbar, nämlich über die Frage, welches Modell von Wohlstands- und Wohlfahrtssteigerung mit Normen sozialer Gerechtigkeit kompatibel ist. Es handelt sich dabei um das Phänomen des "Konsensverlusts technischen Fortschritts" (vgl. zum Folgenden: Braczyk 1986): In den 50er und 60er Jahren wurde die Entwicklungsdynamik technischen Wandels von einem breiten gesellschaftlichen Konsens getragen, dessen Kennzeichen darin bestanden, daß: *erstens* technisch-ökonomische Sachzwänge in allen Institutionen der Arbeitsgesellschaft konsensfähig waren, weil sie als notwendige Bedingung für kollektive und individuelle Wohl-

standsmehrung verstanden wurden; *zweitens* zwar die sozialen Folgen nicht aber der technische Fortschritt legitimationsbedürftig schienen und *drittens* negative Effekte technischen Wandels (wie Dequalifikation, Umsetzungen, Intensivierung der Arbeit, Gesundheitsrisiken oder Arbeitslosigkeit) — unter Beteiligung der Gewerkschaften am "Technikfolgenmanagement" — kompensiert wurden durch die Verteilung der positiven Erträge technischen Wandels (ebd., S. 174f). "Jedoch: Der dominante Typus von Technikwahl der Arbeitsgesellschaft und das skizzierte Konsensmodell bedingen einander. Mit der Veränderung des einen wird der Bestand des anderen fraglich. (...) Solange technischer Wandel von primär arbeitszentrierten Institutionen integriert wird und ein im obigen Sinne einfaches Technikfolgenmanagement herrscht, das seine Referenzpunkte wesentlich in den relevanten Institutionen der Arbeitsgesellschaft findet, können thematisch abweichende Problemthematisierungen des technischen Wandels nur ganz am Rande der Gesellschaft stattfinden" (ebd., S. 177). Wenn aber, wie im Zusammenhang mit den neuen Technologien (der Kernenergie, der Biotechnologie und der Mikroelektronik) während der letzten Jahre geschehen, "lebensweltzentrierte technologiepolitische Einschätzungen und Bewertungen" in das etablierte Institutionensystem (beispielsweise in die bundesrepublikanischen Gewerkschaften) diffundieren, so erodieren einerseits die konsensuellen Deutungen des technischen Fortschritts und verlieren andererseits "Kompensationsangebote" aus dem Bestand des lohnarbeitszentrierten Wohlfahrtsstaates an Attraktivität.

Mit dem Konsensverlust technischen Fortschritts aber geraten zugleich die "moralischen Schranken", die unter anderen das funktional ausdifferenzierte System der Wirtschaft errichtet hat, unter gesellschaftlichen Druck (vgl. zum Folgenden: van den Daele 1986): Technologische Innovationen werden im Rahmen der Autonomie dieses spezialisierten Handlungsbereichs nach Maximen der ökonomischen Logik gesteuert — nicht nach normativen Maßstäben, die im Gesamt der Gesellschaft Geltung beanspruchen können. Dadurch aber, daß die Entwicklung und industrielle Nutzung neuer Technologien insbesondere der Kernenergie und der biotechnischen Genmanipulation Folgeprobleme produzieren, die in anderen Bereichen der Gesellschaft verarbeitet werden müssen, aktualisieren sie Legitimationsfragen, die moralischen und politischen Charakters sind. Das gilt nach Ansicht von van den Daele nicht nur dann, wenn wir etablierte Bewertungsmaßstäbe z.B. hinsichtlich der Unantastbarkeit der menschlichen Natur, wie im Falle der Biotechnologie, ändern, sondern auch dann, wenn neue Technologien nach alten Regeln eingeführt werden sollen, wenn beispielsweise die "Einführung von Personalinformationssystemen (...) durch das anerkannte Direktionsrecht des Arbeitgebers gerechtfertigt sein (soll).

In all diesen Fällen verändert die technische Innovation des Handelns zugleich ihre normative Integration: Die Bedeutung der Normen verschiebt sich durch die Einbeziehung neuer Anwendungsbereiche. Die Chance, das solche Verschiebung diskussionslos geschieht, mag hoch sein, solange neue Technologien inkrementalistisch, also in kleinen Schritten eingeführt werden und im übrigen Innovationen durch Fortschrittsgläubigkeit begünstigt sind. Sie wird niedrig, sobald Technik sich in qualitativen Sprüngen entwickelt und in der Gesellschaft (etwa wegen der akkumulierten Folgeprobleme) *Fortschrittskepsis* Platz greift" (ebd., S. 163f — Herv. W.v.d.D.). Nun läßt sich freilich die soziale Verbreitung von Fortschrittsskepsis mit einigen guten Gründen anzweifeln. Gezeigt werden kann aber wohl, daß *erstens* Technikentwicklung von moralischen Ansprüchen eingeschlossen ist; *zweitens* politische Konflikte und neue soziale Bewegungen in den letzten Jahren verstärkt moralische Probleme zum Thema hatten, und daß *drittens* diese moralische Kritik folgenreich wird, "wenn es gelingt, sie in *politische issues* oder *rechtliche Ansprüche* zu übersetzen" (ebd., S. 165 — Herv. W.v.d.D.).

Wie aber steht es nun mit den theoretischen Konstrukten, die der Regulationsansatz zur Verfügung stellt, um Zusammenhänge zwischen technologischen und normativen Innovationen des hier thematisierten Charakters in seine Krisendiagnose des "fordistischen Akkumulationsregimes" zu integrieren resp. als Probleme der Formierung eines neuen (post-fordistischen) "sozialen Konsenses" zu gewichten? Nach meiner Einschätzung ist dieser Ansatz, jedenfalls in seiner bis heute ausgearbeiteten Fassung, wenig geeignet, Zusammenhänge zwischen Wandlungen in den normativen Vorstellungen sozialen und technischen Fortschritts einerseits und den Zwängen ökonomischer Entwicklung und deren institutioneller Bearbeitung andererseits aufzudecken. Darum kann er auch die Aktualisierung von Legitimationsproblemen, die parallel zu Prozessen ökonomischer Restrukturierung erfolgt, in seine prospektiven Annahmen zu einem nachfordistischen Rationalisierungsmodell nicht in Rechnung stellen. Denn zum einen gelten ihm "soziale Faktoren" als "eine Modalität zweiter Ordnung" (Boyer 1986b, S. 86) und fallen als solche aus den empirischen Regulationsstudien schlichtweg heraus; was im übrigen auch erklärt, weshalb das gesellschaftlich verallgemeinerte Wertsystem — allen gegenteiligen Versprechungen zum Trotz — letztlich doch in funktionalistischer Manier, nämlich einzig im Hinblick auf seine Leistungen für die "implizite Kodifizierung" und die "relative Homogenisierung ökonomischen Verhaltens" (vgl. Boyer 1986b, S. 59) Relevanz erlangt. Zum anderen sind die drei "Medien" der System- und Sozialintegration, die das lange Zeit dominante "Vergesellschaftungsprinzip" des Fordismus konstituieren sollen: Zwang, Vertrag und Wertsystem lediglich in einer Schrift Boyers (ebd., S. 58ff) explizit benannt, jedoch nirgendwo sonst

einer vertiefenden theoretischen Bearbeitung und Vermittlung mit dem makroökonomischen Kategorienapparat zugänglich gemacht worden.

Diese Schwäche bringt den Regulationsansatz um die Chance, jenes Spannungsverhältnis westlicher kapitalistischer Gesellschaften, das sich in Anlehnung an eine Formulierung von S. Bowles und H. Gintis (1986) als kontrastierende "expansive Eigendynamik" von Eigentums- und personalen Rechten bezeichnen ließe, auch nur zur Kenntnis zu nehmen.

Kapitalismus und Demokratie waren ja nicht zu allen Zeiten und sind auch gegenwärtig nicht in allen Ländern des Globus komplementäre Systeme; ihnen liegen unterschiedliche Prinzipien gesellschaftlicher Konsensbildung zugrunde: einerseits die auf dem Privateigentum an Produktionsmitteln beruhende Vorrangigkeit effektiver und rentabler (produktiver) Verwertung von Gütern, Ressourcen und Fähigkeiten, andererseits Prinzipien wie Autonomie, Freiheit und Gerechtigkeit, die nur über die Ausübung personaler Rechte realisiert werden können. Die expansive Logik der kapitalistischen Produktionsweise erfaßt tendenziell alle Sphären gesellschaftlichen Handelns und verengt den Raum für Lebensformen, die nicht von den Imperativen der Akkumulation und des Marktes berührt werden; sie tendiert zur "Kommodifizierung aller außerökonomischen Güter" (vgl. Meiksins Wood 1988). Gleichzeitig treibt aber eine Dynamik der Demokratisierung gesellschaftlicher Beziehungen dahin, die "unantastbaren" Verfügungsrechte über die eigene Person anzureichern und immer mehr gesellschaftliche Aktivitäten und Handlungsfelder einem Prozeß der Politisierung zu unterwerfen. Politisierungsprozesse dieses Typus müssen freilich nicht unter allen Umständen in Gegensatz geraten zu der "Tyrannei des Marktes", denn die kapitalistische Produktionsweise ist nicht strukturell angewiesen auf die Aufrechterhaltung außerökonomischer Ungleichheiten und Differenzen. Es stellt die Ausweitung personaler Verfügungsansprüche solange keine Bedrohung der auf dem privaten Eigentum an Produktionsmitteln sich gründenden Nutzungsrechte über Ressourcen und der Weisungsrechte gegenüber anderen Personen dar wie sie *nur* als Kampf um politische Rechte erfolgt, also die Formen sozialer Ungleichheit unangetastet läßt. Wohl aber markieren die Eigenlogik der Marktdynamik, mit ihrer einseitigen Steuerung ökonomischer und sozialer Prozesse nach dem Nutzen- und Rentabilitätskalkül und die Logik einer sukzessiven Ausdehnung personaler Ansprüche, wie sie seit einigen Jahrzehnten Frauen-, Ökologie- und ethnische Bewegungen verstärkt einklagen, ein gesellschaftliches Spannungsverhältnis, das politischer Regulierung bedarf: Ökonomische Freiheiten müssen mit aufgeklärten Formen von Solidarität in Einklang gebracht werden, die formale Gleichheit aller Bürger macht sozioökonomische Ungleichheit wenn auch nicht sichtbarer so doch weniger akzeptabel, neue lebensweltliche Autono-

miechancen — die nicht als rein individuelle zu verstehen sind — bedürfen einer fairen gesellschaftlichen Verteilung. Mit einem Satz: Aufgrund ihres weitgehend unbestimmten und auslegungsoffenen Charakters legitimieren rechtsstaatliche Freiheits- und Gleichheitspostulate sowohl die Aneignung der Arbeitsergebnisse anderer und das Prinzip der Akkumulation wie sie die Ausdehnung demokratischer Verfügungsansprüche — unter anderem über die materiellen und immateriellen Gratifikationen der gesellschaftlichen Produktion — motivieren; was im übrigen auch erklärt, weshalb Normen wie Freiheit und Gleichheit von rechts wie von links in Anspruch genommen werden können. Gesellschaftliche Stabilität in den liberalen Demokratien des westlichen Kapitalismus verlangt darum stets nach einem historisch angemessenen Typus von institutionellen Anpassungsmechanismen, die sowohl den Prozeß ökonomischen Wachstums flankieren wie den expansiven Tendenzen demokratischer Ansprüche entgegenkommen müssen (vgl. dazu Mahnkopf 1988); zu ihrer Harmonisierung bedarf es eines gesellschaftsweiten, politisch regulierten Konsenses.

Normative Implikationen eines "post-fordistischen" Modells gesellschaftlicher Rationalisierung

In der Nachkriegsära Westeuropas und der USA erfolgte diese politische Regulierung bekanntlich im Medium eines wohlfahrtsstaatlich organisierten Wachstumskompromisses: Auf der Grundlage von Kapitalexpansion und hegemonial reguliertem Weltmarkt sorgte der "keynesianische Klassenkompromiß" für eine interne Stabilität von historischer Einmaligkeit. Rasches und stetiges Wachstum in den kapitalistischen Kernstaaten ging einher mit demokratischer Stabilität und beförderte so die optimistische Vision einer grundsätzlichen und irreversiblen Vereinbarkeit von Kapitalismus und Demokratie. Spätestens seit Mitte der 70er Jahre aber wissen wir, daß es sich bei dieser Allianz von Kapitalisierung und Demokratisierung um eine an historische Sonderbedingungen gebundene Harmonie zweier keineswegs identischer sondern recht eigensinniger Prinzipien gesellschaftlicher Entwicklung gehandelt hat.

Die wirtschaftlichen Konstellationen dieser historischen Sonderbedingungen hat der Regulationsansatz mit wünschenswerter Klarheit herausgearbeitet; gleiches gilt auch für die Wachstumsbrüche, die seit Mitte der 80er Jahre in allen westeuropäischen Ländern zu einer Transformation des "fordistischen Lohnverhältnisses" führen und die mit unterschiedlichem Tempo und unterschiedlicher Durchgriffstiefe in eine Deformalisierung der Arbeitsverhältnisse und in einigen Ländern sogar in eine Destabilisierung der industriellen Beziehungen einmünden. Was hingegen der Regulationsansatz

eher verdeckt als offenlegt, das sind Anforderungen an die institutionelle Re-Strukturierung, die — im Gefolge der Erosion des "fordistischen Kompromisses" — von der Seite sozialer Akteure her erwachsen und zu deren Bearbeitung nicht mehr umstandslos auf Mittel zurückgegriffen werden kann, die noch für eine Lösung vorhergehender Integrationsprobleme sinnvoll waren. Denn die Erosion des Nachkriegskeynesianismus hat den konflikthaften Charakter der kapitalistischen Ökonomie *dramatisiert* — und zwar nicht nur als einen spezifischen Allokations- und Akkumulationstypus und als ein System der Einkommensverteilung zwischen sozialen Klassen und zwischen Nationalstaaten, sondern ebenso als einen spezifischen Typus von hierarchischer Befehlsstruktur und vor allem als ein System in sich schrankenloser Naturausbeutung und Naturzerstörung. In seiner Folge werden insbesondere in den westeuropäischen Ländern zentrale wirtschaftliche und politische Strukturprinzipien des liberal-demokratischen Kapitalismus zum Gegenstand gesellschaftlicher Auseinandersetzungen.

Dies geschieht zuallererst durch die von neuen sozialen Bewegungen angestoßene — und von neoklassischen Ökonomen beklagte — "Politisierung des Eigentumsbegriffs". Rationaler Kern dieser Politisierung des Eigentumsbegriffs sind die mittlerweile deutlich sich abzeichnenden Grenzen einer Monetarisierung von (z.T. irreversiblen) Schädigungen der natürlichen Umwelt, die durch die ungehemmte Durchsetzung kapitalistischer Produktions- und Austauschprozesse auf dem gesamten Globus ihre Spuren hinterlassen haben. Daß der fortgeschrittene Kapitalismus "Naturressourcen immer ausschließlicher für Zwecke der Güterproduktion verwendet und Präferenzen für andere Nutzungsbezüge — beispielsweise Natur als soziales Konsum- und Reproduktionsfeld — noch nicht einmal in dem Maße in Rechnung stellt, wie es bislang dem kulturellen Selbstverständnis in modernen Gesellschaften entsprach" (Kitschelt 1985, S. 198f), provoziert zugleich eine "Politisierung der Naturnutzung", die historisch neuartig ist und nach ebenso neuartigen institutionellen Bearbeitungsformen verlangt. Sie speist sich aus der Irreversibilität, dem Katastrophenpotential, der Verarmung von Lebensqualität und den wachsenden Kontrollverlusten, die mit der gewaltsamen und gewaltigen "Inwertsetzung" natürlicher Ressourcen verbunden sind. Wobei es offensichtlich Zusammenhänge gibt zwischen den sozialen Voraussetzungen einer Politisierung der Naturnutzung und dem erreichten Wohlstandsniveau einer Gesellschaft (vgl. Sen 1984), d.h. es wächst "die Wahrnehmungsfähigkeit, die Sensibilität für Umweltprobleme in dem Maße (...), in dem drängende Notlagen bei der Befriedigung von ökonomischen und sozialen Grundbedürfnissen beseitigt sind" (Ryll/ Zimmermann 1987, S. 15). — Zum Problem mikroökonomischer unternehmerischer Entscheidungen wird das gesteigerte Umweltbewußtsein breiterer Bevölkerungsgruppen freilich

erst dann, wenn es sich in "ökonomische Zwänge" übersetzt, wenn beispielsweise die Konsumgüterindustrie eine veränderte Nachfrage nach ressourcen- und umweltschonenden Produkten bedienen muß. Zu rechnen ist außerdem — etwa in Bezug auf die Nutzung von Kernenergie oder auf die traditionelle Chemieproduktion in der Bundesrepublik — mit gänzlich unbeabsichtigten Nebenwirkungen des längst nicht mehr auf marginale Bevölkerungsschichten begrenzten ökologischen Protestes: "The strong opposition against nuclear energy and traditional chemical industry, however, could eventually lead to a factual support of developments in the field of microelectronics and biotechnology: not so much because such a support would become part of the political programme of the "Greens" themselves, but because their opposition forces the *other* parties to come with programmes that favour technologies economizing on energy (microelectronics, biotechnology), help to monitor pollution (microelectronics) and contribute to alternative energy sources (biotechnology)" (Junne 1987, S. 14f). Es kann daher nicht ausgeschlossen werden, daß breiter sozialer Protest gegen umweltbelastende Produkte und Produktionsverfahren sogar positive Effekte für die internationale Konkurrenzfähigkeit zumindest der Zukunftsbranchen einiger Länder (beispielsweise der Bundesrepublik) hat. Dem relativ neuen Phänomen einer "Politisierung der Naturnutzung" wäre also ein höchst ambivalenter Charakter zueigen, denn es läßt beides möglich erscheinen: die Internalisierung des ökologischen Protestes in ökonomisches Handeln und die Herausbildung neuer — Klassen und sogar Länder übergreifender — Solidaritäten.

Unter dem Gesichtspunkt der Sozialintegration ebenso konfliktträchtig und ambivalent in ihren langfristigen Wirkungen wie der ökologische Protest sind aber gewiß auch jene sozialen Wandlungsprozesse, die auf eine fortschreitende Ausdünnung solidaritätsstiftender Gemeinschaftsbezüge hinweisen und die insbesondere die sozialisatorische Prägekraft von klassenspezifischen Lebensmilieus infragestellen: Unter Hinweis auf die wachsende Inhomogenität der empirischen Arbeitsverhältnisse, welche zunehmend erschwert, daß die "Arbeitnehmer-Eigenschaft" als solche der Angelpunkt kollektiver Identität bleiben oder werden kann, rechnet eine heute verbreitete Sichtweise mit der "objektiven und subjektiven Verdrängung der Arbeit" aus ihrem Status einer zentralen und selbstverständlichen Lebens Tatsache. Diese u.a. von C. Offe (1982, S. 44ff) vertretene These behauptet eine wachsende Dezentralisierung der Arbeitssphäre gegenüber anderen Lebensbezügen oder zugespitzter noch: ihre Verdrängung an den Rand der Biographie. Demnach sind durch die fortgesetzte Taylorisierung der Arbeitstätigkeiten die Autonomiespielräume für moralische Orientierungen auf die Arbeit wegrationalisiert. Durch das Auseinanderfallen von Lebensmilieus, die nach Arbeits- und Berufskategorien homogenisiert sind, erodieren die kultu-

rellen und politischen Stützen einer arbeitszentrierten kollektiven Identität. Die wachsende Diskontinuität der Arbeitsbiographie und der schrumpfende Anteil der Arbeitszeit an der Lebenszeit relativieren die Funktion der Arbeit als Orientierungspunkt für den Ausbau persönlicher Identität, und es wird die positive Anreizfunktion, die von den durch Lohnarbeit zu erlangenden Gütern ausgeht, in steigendem Maße konterkariert durch eine gewachsene Sensibilität gegenüber dem "Negativ-Nutzen" von Erwerbsarbeit (insbesondere in den Dimensionen Gesundheit und Umweltbelastungen). Empirische Plausibilität kommt dieser Sichtweise zu, soweit sie mit Blick auf die ökonomisch gesicherten Bevölkerungsgruppen in den entwickelten kapitalistischen Ländern formuliert wird: Diese stellen in der Tat die vorgegebenen institutionellen Strukturen der Organisation von Arbeit und Ausbildung zunehmend infrage und melden Ansprüche an soziale Bedürfnisbefriedigung an, die durch herkömmliche Formen der Einkommenszuteilung nicht abgedeckt werden können. Gesteigerte Bildungskompetenz scheint die kognitive Wahrnehmung und die normative Relevanz von Gefährdungen qualitativer Lebenschancen zu erhöhen und einherzugehen mit einer Ausdehnung von lebensweltlichen Wertorientierungen auf die traditionell durch strenge Arbeitsethik, Disziplin und Verzicht auf unmittelbare Bedürfnisbefriedigung charakterisierte Sphäre der Produktion. Mit der Projektion von lebensweltlichen Sinn- und Rollenerwartungen auf die zweckrational organisierten "Subsysteme" der Wirtschaft und des Sozialstaates aber werden, so N. Kitschelt, Wachstums- und Wohlfahrtssteigerung nicht mehr als gleichsinniger Prozeß erfahren — mit der Folge, daß "die für Konkurrenzökonomien konstitutive Produzentenethik gerade bei ökonomisch saturierten und/oder kognitiv und normativ hochsensibilisierten Bevölkerungsgruppen" geschwächt wird (Kitschelt 1985, S. 201).

Eine dritte Quelle neuartiger Konfliktzonen kann schließlich darin gesehen werden, daß mit der ("fordistischen") Vermehrung und Verbilligung industrieller Massengüter deren Attraktivität — durch Phänome wie Überfüllung, Verstopfung und Verlust von Nutzenexklusivität — gesunken ist, während die Menge der positionalen Güter (beispielsweise begehrte (Wohn-)Lagen, sozialer Status und soziale Position) sich nicht erhöht hat; die Gratifikationsfähigkeit von positionalen Gütern ist an soziale Knappheit gebunden, und sie werden relativ zu den Massenkonsumgütern immer teurer. — Daß diese "sozialen Grenzen des Wachstums" (Hirsch 1976) politischen Konfliktstoff enthalten, läßt sich exemplarisch studieren an der neuen internationalen Konkurrenz um positionale Vorteile in der sozialräumlichen Ordnung moderner Gesellschaften: Die räumlichen Auswirkungen von z.T. parallel verlaufenden De- und Reindustrialisierungsprozessen sind mit einschneidenden Folgen für die Konsumnormen, klassenstrukturellen Ver-

schiebungen und sozialen Beziehungen in und zwischen den im globalen Maßstab gegeneinander konkurrierenden Regionen verbunden. Dabei setzen vor allem die Bedürfnisse und Erwartungen hoher Einkommenschichten (...) bestimmte Standards, denen in der Wohnungs- und Stadtentwicklung (mit Gentrifizierung und ästhetischer Aufwertung) und im Konsumbereich mit Produktdiversifizierung, Kleinserienproduktion (customized production) und neuen Haushaltstypen gemäßen Angeboten entsprochen wird" (Mayer 1987, S. 8). Die an den Lebensstilen ökonomisch saturierter Bevölkerungsgruppen orientierte Konsumstruktur der Nachfrage nach nicht-massenproduzierten Waren und Dienstleistungen korrespondiert und verstärkt aber zugleich die Polarisierung der Beschäftigtenstruktur in einen "Kern" von qualifizierten und relativ gesicherten Arbeitsplatzbesitzern und einen wachsenden "Rand", dessen Arbeitsverhältnisse durch Deformalisierung gekennzeichnet sind. Durch die Aufwertung des Konkurrenzprinzips werden dabei nicht nur bestehende Ungleichheiten vertieft; es wird zugleich eine dem Selbstanspruch bürgerlich-demokratischer Gesellschaften widersprechende Legitimation sozialer Ungleichheit "kultiviert". (Vgl. dazu auch Harvey 1987)

An sozialen Konfliktfeldern wie diesen wären, so die These, "soziale Grenzen des Fordismus" (als eines Prinzips gesamtgesellschaftlicher Rationalität) ebenso festzumachen wie an neuartigen industriepolitischen Arrangements, die im Zentrum der regulationstheoretischen Überlegungen zur Transformation des "fordistischen Lohnverhältnisses" stehen; denn obwohl sie im strikten Sinne lohnarbeitsexterne Konfliktkonstellationen darstellen, dürften sie Restrukturierungsprozesse in den Institutionen der Arbeitsgesellschaft beeinflussen. Es muß m.E. damit gerechnet werden, daß neue Themen und Ansprüche sozialer Akteure von den "Rändern" der Gesellschaft her in die institutionellen "Kerne" der ("post-fordistischen") Arbeitsgesellschaft diffundieren.

Zu denken wäre hierbei zuallererst an den gesellschaftsweiten *ökologischen Diskurs*, der auf eine Ethisierung statt auf eine Ökonomisierung gesellschaftlichen Fortschritts zielt: Investitions- und produktionspolitische Strategien von Konzernzentralen könnten ja zunehmend einem ökologisch motivierten Legitimationsdruck ausgesetzt werden, der sich nicht länger nach den bewährten Mustern des "kompensatorischen bargaining" zwischen Belegschafts- und Unternehmensvertretern kanalisieren läßt — also den Horizont des beidseitigen Interesses am wirtschaftlichen Erfolg des Einzelunternehmens überschreitet.

Bei den in die betriebliche Sozialordnung intervenierenden Diskursen wäre aber auch die in vielen westeuropäischen Ländern heute aktuelle *Problematisierung arbeitsbezogener Deutungsmuster* für persönliche und so-

ziale Identitätskonstruktionen von zentraler Bedeutung: Zusammen mit dem Dauerthema der Massenarbeitslosigkeit unterhöhlt dieser Diskurs die Selbstverständlichkeit einer erwerbsbezogenen Normalbiographie. In seiner Folge könnten Alternativen zur lohnabhängigen Erwerbsarbeit auch unter den sogenannten "Rationalisierungsgewinnern", auf deren Kooperation ein "management by commitment" unmittelbar und langfristig angewiesen ist, an Attraktivität gewinnen.

Nicht zuletzt gehörte zu den hier gemeinten gesellschaftlichen Diskursen schließlich auch das gewachsene *Problembewußtsein über die gesellschaftlichen Auswirkungen einer fortschreitenden Internationalisierung ökonomischer Entwicklungen*, genauer: der kapitalistischen Produktions- und Austauschverhältnisse via datentechnischer Vernetzung. In seiner Folge dürfte mit einer Veränderung der Handlungsparameter und der aktualisierbaren Machtressourcen aller auf der Ebene des Einzelunternehmens mit Verantwortung ausgestatteter Interaktionspartner gerechnet werden. Für die gewerkschaftlichen Interessenvertreter der Beschäftigten könnte darüber hinaus von wichtiger Bedeutung sein, daß in dem Maße, in dem Funktionsverluste nationalstaatlicher Instrumente zur Adjustierung von ökonomischer, technologischer und sozialer Entwicklung verstärkt ins Bewußtsein treten, zugleich die Rolle des Staates als traditioneller Adressat für Forderungen nach wirtschaftlicher Demokratisierung in einem veränderten Lichte gesehen wird.

Angenommen, die skizzierten Probleme von Sozialintegration deuteten in der Tat auf zentrale gesellschaftliche Konfliktzonen hin, die auf eine "Regulation" und bestenfalls auf eine demokratische Kontrolle kapitalistischer Produktion und Konsumtion zielen, so könnte wohl nicht davon ausgegangen werden, daß eine neuerliche Wachstumsdynamik sie zum Verschwinden bringt. Denn sie problematisieren sowohl die Zielregulative des kapitalistischen Akkumulationsprozesses wie die des bürokratischen Sozialstaates und stellen möglicherweise sogar die Motivationsbasis kapitalistischer Wachstumsgesellschaften selbst infrage.

Der Forschungsansatz der "école de la régulation" ist nun aber nicht allein ungeeignet, um Wert- und Normenkonflikte lohnarbeitsexterner Herkunft in seine theoretische Konzeptualisierung einer "Krise der Regulation des Lohnverhältnisses" einzubeziehen; auch dort wo es ihm um eine Verknüpfung makro- und mikroanalytischer Ebenen geht, nämlich bei den empirisch gestützten Überlegungen zum Übergang vom "fordistischen" zum "flexiblen Lohnverhältnis" blendet er alle Fragen der Sozialintegration schlichtweg aus. Der Regulationsschule fehlen im Grunde alle entscheidenden soziologischen Theoriebestandteile, um Modernisierungsprozesse der in diesem Abschnitt angesprochenen Qualität überhaupt erfassen zu können.

Es handelt sich hierbei um eine gesellschaftstheoretische Blindstelle des nämlichen Ansatzes, die seinem Anspruch auf eine historisch adäquate Entwicklungstheorie — eine Theorie der Regulation also — zuwiderläuft.

Der "neue Unternehmenstyp" als Träger einer "anti-tayloristischen Revolution"?

Trotz aller konzeptionellen Unterschiede, die zwischen heuristischen Konstrukten wie "neue Produktionskonzepte" (Kern/ Schumann 1984), "flexible Spezialisierung" (Piore/ Sabel 1984) oder dem des "post-fordistischen Lohnverhältnis" klaffen: Eine These ist all diesen Thematisierungen des gegenwärtigen Wandels großindustrieller Arbeitsorganisation gemeinsam, nämlich die Behauptung, ein Ausweg aus der anhaltenden ökonomischen Krise verlange — ähnlich wie in den 30er Jahren — unbedingt nach einem "neuen Unternehmenstyp".

Diese Vision eines "neuen Unternehmenstyps" teilt der Regulationsansatz mit den meisten neueren organisationstheoretischen Publikationen. Die übernationale Verbreitung dieser Idee läßt sich auf einen Themenwechsel in der Managementlehre zurückführen, auf ein "desillusioniertes Aufwachen aus dem (zum Glück nicht volle Realität gewordenen) Traum der Machbarkeit einer *totalen* sozialtechnologischen Systemkontrolle und 'Komplexitätsbeherrschung' in der Unternehmung" (Ulrich 1987, S. 431 — Herv. P.U.). Der "Abschied von der Führungstechnokratie" reagiert auf ein zeitspezifisches Dilemma: Traditionelle "Hintergrundüberzeugungen" (Habermas), die kulturelle Identität, Handlungsorientierungen und Legitimation vermitteln — und zu denen natürlich auch solch traditionelle Tugenden wie Disziplin und Unterordnungsbereitschaft gehören —, scheinen dem Ansturm gesellschaftlicher Rationalisierung nicht länger standzuhalten, verlieren ihre normative Integrationskraft. Doch die an ihre Stelle gerückten versachlichten Steuerungsmedien der relativ autonomen, funktionsspezialisierten gesellschaftlichen Subsysteme (hier: das Unternehmen) bleiben auf ein tragfähiges Fundament normativer Sozialintegration nach innen und außen angewiesen. "Denn die Systemrationalisierung bringt zwar zweckrationale, im Falle der Unternehmung auf den Ausbau und die Ausschöpfung strategischer Markterfolgspotentiale bzw. operativer Leistungspotentiale hin angelegte *Funktionszusammenhänge* hervor, nicht aber zugleich die notwendigen *Sinnzusammenhänge*, die einerseits die Mitarbeiter dazu bringen könnten, die teilweise unvermeidlichen Funktionszwänge eines solchen sozialen Systems freudig zu akzeptieren, und andererseits der gesellschaftlichen Umwelt gegenüber rechtfertigen zu können, weshalb die (teilweise ebenfalls unvermeidlichen) unerwünschten gesellschaftlichen Nebenwirkungen ("externe

Effekte" sozio-ökonomischer, soziokultureller und ökologischer Art) legitim und damit hinzunehmen seien" (Ulrich 1987, S. 435f). Im Binnenraum der funktionsrationalen Organisation des Unternehmens muß vor allem deswegen ein allzu weitgehender Traditionsverlust vermieden werden, weil es innerhalb der Logik funktionaler Systemrationalität keinen wirklichen Ausweg aus dem "bürokratischen Zirkel" (vgl. dazu Gouldner 1954; Crozier 1964) gibt, der die ausfallenden normative Handlungskoordination nur durch immer weitere Mechanismen der Systemsteuerung zu substituieren versucht.

Diese These einer paradoxen Selbstunterhöhung des normativ-kulturellen Fundaments funktional-rationaler sozialer Systeme durch die industrielle Entwicklung selbst ist keineswegs neueren Datums. Doch unter den Konstellationen eines im Weltmaßstab hochtechnologisierten Kapitalismus erlangt sie gerade für die westeuropäischen Länder eine unvorhergesehene aktuelle Relevanz. Denn die Herstellung und Distribution differenzierter und qualitativ hochwertiger Produkte, von denen die Zukunft der hiesigen Industrien auf dem Weltmarkt abzuhängen scheint, verlangt eine flexible und soziotechnisch "intelligente" Arbeitsorganisation, die ein hohes Maß an Selbstregulierung der Arbeitsgruppen, horizontale anstelle vertikaler Aufgabenzuweisung, die umfassende Nutzung der menschlichen Ressourcen und auch die Erschließung von Leistungsreserven informeller Gruppen und Kommunikationsbezüge zur Voraussetzung hat. Auf der Restrukturierungsebene der Arbeitsorganisation lassen sich die Konturen eines "neuen Unternehmenstyps" wie folgt bestimmen:

1. Weite Aufgabenbeschreibungen, die unspezifische Qualifikationen und extra-funktionale Elemente freiwilliger Kooperation bei den Beschäftigten voraussetzen und die an ergebnisbezogene Entlohnungsformen gekoppelt werden müßten.
2. Eine neuartige Kombination von Produktions- und Überwachungstätigkeiten, die gerade auf den unteren Organisationsebenen zu einer Reintegration von planenden und ausführenden Aufgaben beitragen sollte.
3. Eine an ständige betriebsbezogene Weiterbildung und an unternehmensinterne Mobilität gebundene Eröffnung neuer Aufstiegswege.
4. Eine schrittweise Zurücknahme managerieller Kontrolle des Arbeitsverhaltens und die Delegation von Verantwortung für qualitätsorientierte Produktion an teilautonome Arbeitsgruppen.
5. Eine beschränkte Beschäftigungsgarantie für Angehörige der Stammbeflegschaften, die aber zur Seite der Randbeflegschaften hin mit einer Ausdehnung befristeter Arbeitsverträge einhergehen würde.

In Anknüpfung an die Vorschläge der Human-Relation-Schule (vgl. Hall/ Leidecker 1981), vor allem aber provoziert durch das Vorbild des japanischen Organisationstyps der "corporate culture" sollen nun anstelle

einer weiteren Perfektionierung bürokratischer und technischer Kontrolle des Arbeitshandels neue Methoden des Personalmanagements entwickelt werden, die zwangsgestützte Kontrollverfahren durch wechselseitiges Vertrauen, Delegation von Verantwortung nach unten, Förderung der Kreativität der Mitarbeiter und sozial-moralische Konsenssicherung ersetzen — durch "management by commitment". Die Unternehmensorganisation der Zukunft kann demnach nur als dezentralisiertes und flexibles System funktionieren, das nicht mehr nur durch formale Kompetenzstrukturen, sondern vor allem durch gemeinsam akzeptierte Werte und Normen der Beteiligten integriert wird. Um die schlechende Zersetzung kultureller Lebensmilieus und ihrer moralisch sozialisierenden Funktionen zu kompensieren, muß das Dilemma gelöst werden, daß als Folge eines Wandels der Arbeitsorientierungen breiter Schichten die subjektiven Ansprüche an eine sinnvolle Tätigkeit immer mehr wachsen, die Entfaltungsmöglichkeiten bei der Arbeit — infolge des Einsatzes hochkomplexer Technologien — aber für größere Beschäftigtengruppen eher geringer werden. Den egoistischen Statusansprüchen sollen Grenzen gezogen, die Kooperationsbereitschaft aller Organisationsmitglieder soll erhöht, der "bürokratische Zirkel" gesprengt und die "Transaktionskosten" (Williamson 1985) sollen gesenkt werden. Zur Erreichung dieser Zielsetzungen empfehlen sich insbesondere: Belohnungssysteme anstelle formaler Leistungskontrolle, der Abbau von Hierarchie und die Delegation von Verantwortung an kleinere Arbeitsteams, die teilweise Rücknahme von Arbeitsteilung und die damit verknüpfte Möglichkeit der Selbststeuerung von Qualifizierungsprozessen und nicht zuletzt familienähnliche Sozialkontakte und symbolische Sinnangebote, die neuen Mitgliedern einer Firma den betriebsinternen Verhaltenskodex vermitteln. — In der neueren industriesoziologischen Literatur wird eine solche Entwicklungsperspektive auch als "white collarisation of labour" diskutiert, d.h. als eine Ausweitung arbeitsorganisatorischer Strategien "verantwortlicher Autonomie" (Friedman 1982) auf die qualifizierten Kernbereiche von Facharbeit. Eine derartige Arbeitsorganisation ist an "high trust relations" (Fox 1974) und an "sozialen Austausch" gekoppelt: "Sozialer Austausch beinhaltet, daß eine Person den Wünschen und Erwartungen einer anderen freiwillig und ohne direkte Gegenleistung nachkommt. Dieses Tun ist zwar mit der Erwartung verbunden, der andere werde sich zukünftig durch Gegenleistungen oder Entgegenkommen revanchieren, die Art und Weise und der Zeitpunkt sind jedoch nicht vorab im einzelnen (vertraglich- verbindlich) festgelegt" (Littek/ Heisig 1987, S. 250).

Nach Ansicht von Mistral und Boyer (1983, S. 60ff) würde dieser neue Unternehmenstyp größere Handlungsspielräume und größere Beschäftigungssicherheit für einen Teil der Arbeitskräfte mit neuen Formen von Mo-

bilität und Verantwortung kombinieren. Er müßte allerdings zugleich eine Dezentralisierung der Produktion in Abstimmung mit den finanziellen, absatzbezogenen und technologischen Optionen der Unternehmen erlauben. Durch eine Ausweitung und gleichzeitige Dynamisierung von Vertragsbeziehungen zwischen Beschäftigtengruppen und Unternehmensvertretungen könnte das Terrain vorbereitet werden, auf dem die zukünftigen Kompromisse auszuhandeln sind: Kompromisse, die beispielsweise Verbesserungen der Arbeitsbedingungen gegen die Qualität von Arbeitsleistungen resp. von Produkten verhandeln, Beschäftigungssicherheit gegen unternehmensweite Mobilität und vor allem gegen Zugeständnisse bei den Löhnen.

Von A. Lipietz wird solch ein "neues design von Arbeitsprozeß und Lohnvertrag" ausdrücklich begrüßt, denn es hat aus seiner Sicht die Qualität einer "anti-tayloristischen Revolution". Unter Verweis auf Erfahrungen in japanischen Unternehmen (vgl. Aoki 1986) und auf Arbeiten aus dem Umkreis der Harvard Business School begründet Lipietz seine Zuversicht damit, daß dieses neue Lohnverhältnis eben nicht nur ein "Kompromiß" wäre, sondern "a first step toward their (labor movements and all democratic movements) historical goals: a more and more democratic, self-managed society, a step towards humanization of humankind" (Lipietz 1986, S. 18). Allerdings, so räumt er ein, müsse es dann auch ein wirklicher Kompromiß sein. Dieser Kompromiß hätte den Beschäftigten für ihre Kooperation etwas Reelles zu geben, beispielsweise mehr Beschäftigungsstabilität; und die dürfte nicht durch gleichsam grenzenlose berufliche und räumliche Mobilität erkaufte werden, selbst wenn Beschäftigungsstabilität — wie bei den impliziten Verträgen in vielen japanischen Unternehmen oder in der US-amerikanischen Industrie — wohl immer eine Intra-Unternehmensgarantie bleiben müßte. Reell wäre aber auch: mehr freie Zeit anstelle von höheren Löhnen und ständig steigendem Warenkonsum. Ein neues Akkumulationsregime, in dem Vollbeschäftigung auf der langsamen Ausdehnung von Marktbeziehungen, freier Zeit und nicht-marktvermittelten sozialen Beziehungen basiert, lieferte sich nach Ansicht von Lipietz sehr viel weniger jenen ökonomischen Störungen aus, die von der internationalen Konkurrenzsituation ausgehen, und es bedürfe darum auch keinerlei protektionistischer Maßnahmen zu seinem Schutze: " 'to accumulate in well-being' leads to more self-centered economics and impose the capacity of democratic self-regulation of national-societies" (ebd., S. 22). Der neue ("post-fordistische") Kompromiß könnte mithin nicht nur zwischen Lohnarbeit und Kapital vermitteln, er wäre demnach auch ein Kompromiß zwischen den verschiedenen Gruppen und Schichten der Arbeiterschaft selbst. (Vgl. dazu auch die jüngst von F. Scharpf (1987) und O. Lafontaine (1988) in der Bundesrepublik angelegte Debatte über "Sozialismus in einer Klasse"!)

Im Gegensatz zu Lipietz läßt Boyer bei seiner Prognose für die Zukunft eines neuen Lohnverhältnisses sehr viel größere Skepsis walten. Wo jener die positiven Aspekte des "japanischen Modells" optimistisch aufgreift und mit "rot-grünen" Visionen von einer alternativen Industriepolitik ("Bewahrung und Anreicherung von Qualifikationen", "demokratische Definition realer sozialer Bedürfnisse" — Lipietz 1986, S.20) zusammenspinnt, sieht Boyer (1986d, S. 271) eher widersprüchliche Tendenzen am Werke. Vorsichtig charakterisiert er die 80er Jahre als Zeit der "Erneuerungen, solange bis sich das Alte mit dem Neuen vereinigt hat". Was die Arbeitsorganisation anbelangt, so vermeidet er die von Lipietz verwandte Revolutionsmetapher: Das neuartige Prinzip der flexiblen Automation kündigt zwar auch aus seiner Perspektive von interessanten Veränderungen — wird doch die Kleinserienproduktion dadurch rentabler und eine andere Zukunft der industriellen Produktion als ganzer — im Sinne eines "Endes der Massenproduktion" — immerhin vorstellbar. Doch rechnet Boyer eben zugleich auch damit, daß sich bei der flexiblen Automation "ältere Tendenzen" der Verwissenschaftlichung von Arbeitsvollzügen durchsetzen könnten. Die "anti-tayloristische Revolution" dürfte darüber hinaus von Rationalisierungen vieler Dienstleistungstätigkeiten und von einer Zunahme bei Heimarbeitsplätzen begleitet sein — im Beschäftigungssinne mithin eher regressive Auswirkungen haben. Schließlich aber ist selbst im Hinblick auf die Qualifikationsentwicklung Skepsis angebracht: Zwar stehen die Chancen für eine Requalifizierung der Facharbeit nicht schlecht, doch es droht heute wie gestern der Rückgriff auf billige, weniger qualifizierte Arbeitskräfte — einmal ganz zu schweigen davon, daß inzwischen auch die Taylorisierung von geistigen Tätigkeiten in den Bereich des Möglichen gerückt ist.

Einzig in der Frage der neuen Arbeitsverträge teilt Boyer den Innovationsoptimismus seines Kollegen Lipietz: Weil eine bessere Verteilung der Arbeit zwischen den sozialen Gruppen seiner Meinung nach eine zunehmende Vergesellschaftung im Gebrauch der Arbeitskraft anzeigt, möchte er die neuen Typen flexibilisierter Arbeitsverträge nicht als bloßen Rückschritt verstanden wissen. In der Lohnfrage selbst teilt Boyer die "grüne" Option Lipietz' für "Löhne (Konsum) gegen freie Zeit" nicht. Kritisch verweist er (Boyer 1986d, S. 271) nämlich auf das neoliberale Projekt, das junge Arbeitskräfte und Frauen zu Mindestlöhnen beschäftigen will und von den Kernbelegschaften der großen Unternehmen einschneidende Lohnzugeständnisse verlangt.

Boyers Einwände lassen sich mühelos um einige weitere ergänzen. Dies sind allerdings Einwände, die nur dann ins Blickfeld treten, wenn die Etablierung eines "neuen design von Arbeitsprozeß und Lohnvertrag" auch als ein Kampf um Macht und Kontrolle in und über den Arbeitsprozeß gefaßt

wird — was dem Regulationsansatz aufgrund seiner soziologischen Blindstellen nicht so recht gelingen will: Der optimistischen Erwartung, in den Unternehmen neuen Typs werde Produktionsintelligenz an die Beschäftigten rückverlagert, kontrastiert die ebenso gut begründbare Befürchtung, daß die neuen technischen Mittel der Informationsgewinnung und Informationsverarbeitung langfristig auch dazu eingesetzt werden könnten, Arbeits- und Kommunikationsprozesse sowie Lohn- und Leistungsdaten so zu vernetzen, daß betriebliche Personalplanung zu einem qualitativ neuen Kontroll- und Sanktionsinstrument ausgebaut würde (vgl. dazu u.a. Malsch/ Seltz (Hg.) 1987).

Absehbar ist schließlich auch, daß durch die Verbreitung eines "flexiblen Unternehmenstyps" in den neuen Kernsektoren der westeuropäischen Industrie die Gewerkschaften verstärkt unter Druck geraten: Durch die voraussichtlich noch einige Zeit anhaltende hohe Massenarbeitslosigkeit ist ihre Organisationsmacht ohnehin geschwächt. Hinzu kommt, daß sich im Gefolge der Wirtschaftskrise eine "Modernisierung der Arbeitskraft" (Traxler 1987) entlang von Entwicklungsdimensionen wie Tertiarisierung, Sektoralisierung, Regionalisierung und Verbetrieblichung vollzieht, die von Prozessen der Partikularisierung von Interessenlagen der Beschäftigten begleitet ist, auf die die Gewerkschaften heute nicht mehr mit rigiden Strategien der Vereinheitlichung reagieren können. In seiner Folge könnte "peer-group pressure" als Managementressource zur Aushöhlung der institutionellen Interessenposition der Gewerkschaften funktionalisiert werden. Beispielhaft läßt sich ja am US-amerikanischen Fall studieren, wie der vermehrte Einsatz von neuen Technologien, gekoppelt an die Erprobung von "management by commitment" einen Machttransfer von den Gewerkschaften zur betrieblichen Interessenvertretung eingeleitet hat. Einmal ganz abgesehen davon, daß: "Highly sophisticated but non-union human resource management is designed to maximise the returns to both labour and management resulting from workers commitment and productivity and simultaneously to preserve the managerial flexibility deriving from non-union status" (Rehms 1986, S. 151).

Nicht zuletzt beinhaltet eine "anti-tayloristische Revolution" aber selbst von der Warte des modernisierungsorientierten Managements her ein unkalkulierbares Maß an Ambiguität und Unsicherheit. Die neuen Logistik-, Koordinations- und Kontrollkonzepte, die durch den weltweiten Einsatz datentechnischer Netzwerke ermöglicht werden, haben ja tiefgreifende Auswirkungen auf die Machtbeziehungen innerhalb und zwischen den Unternehmen, von denen insbesondere die Position des mittleren Managements berührt wird: "Almost immediately, it becomes clear that both the number of management levels and the number of managers can be sharply cut. The reason is straightforward: it turns out that whole layers of management nei -

ther make decisions nor lead. Instead, their main, if not their only, function is to serve as 'relays'- human boosters for the faint, unfocused signals that pass for communication in the traditional pre-information organization" (Drucker 1988, S. 46). R. Walton (1985), einer der Protagonisten des "management of commitment" aus dem Umkreis der Harvard Business School, hat mit Recht darauf hingewiesen, daß gegenwärtig wenige Angehörige des mittleren Managements über die notwendigen Qualifikationen zur Anleitung von eigenverantwortlicher Teamarbeit verfügen, und daß — aufgrund des traditionellen beruflichen Selbstverständnisses von mittleren Führungskräften — mit erheblichen Widerständen, mit einer "silent opposition" gegen jedwede Delegation von Managementaufgaben an bislang weisungsgebundene Organisationseinheiten zu rechnen ist. Denn "management by commitment" impliziert ja auch, daß einige Aufstiegsleitern von unten nach oben ausgeführt werden, wodurch es in der Folge zu größeren Verdrängungsprozessen kommen könnte. Einmal ganz abgesehen davon, daß das neue Organisationsmodell unter Bedingungen verschärfter internationaler Konkurrenz erprobt werden muß — was von den innovationsoffenen Managern eine persönlich durchaus risikoreiche Balance zwischen herkömmlicher Outputorientierung und der neuen Rolle eines Beraters von teilautonomen Arbeitsgruppen verlangt. Beratungs- und leistungsorientierte Kontrollfunktionen können dabei in einen die eigene Karriere gefährdenden Widerspruch geraten (vgl. dazu u.a. Jürgens 1988, S. 338ff).

Möglicherweise könnten aber auch die mit neuen Strategien des Personalmanagements und Personaleinsatzes verknüpften "Entrechtlichungs"-Tendenzen unbeabsichtigte Wirkungen nach sich ziehen. Einmal unterstellt, positives Recht würde als Hauptinstrument geplanten sozialen Wandels — mehr noch als bisher schon — relativiert durch Entregelungsstrategien, die sich abstrakter und beweglicher Kriterien, z.B. Generalklauseln bedienen und an die Stelle negativer Sanktionen psychologische Beeinflussung, Anreiz- und Belohnungsmechanismen setzen (vgl. u.a. Seibel 1983). Für den Bereich der Wirtschaft ginge eine solche Dynamik einher mit einem Bedeutungszuwachs von Vertrauensregeln, die in hochdifferenzierten Gesellschaften ja bestenfalls noch in intersubjektiven (Familien- oder Freundschafts-)Beziehungen zur Geltung kommen. Ihr Funktionszuwachs für die Regulierung betrieblicher Austauschprozesse dürfte mit erheblichen Risiken für alle beteiligten Parteien — Beschäftigte, Management und gewerkschaftliche Interessenvertreter — einhergehen, würden doch mit einer Entwicklung von positiven Rechten zu vertrauensregulierten Austauschverhältnissen zunächst einmal habitualisierte Erwartungssicherheiten erschüttert. Damit stellte sich verschärft das Problem, wie die kognitiven Situationsdeutungen und normativen Orientierungen aller Organisationsmit-

glieder mit den finanz- und absatzbezogenen Strategien der Unternehmen harmonisiert werden können. Es handelte sich dann wohl um einen Bedeutungszuwachs der "außervertraglichen Voraussetzungen von Verträgen" oder, um die Durkheimsche Formel in ihrer Variation durch A. Gouldner (1984) aufzugreifen: um eine Wiedereinführung des "Reziprozitätsprinzips" in die verrechtlichten Arbeitsbeziehungen. Das Prinzip der "Selbststeuerung durch Gegenseitigkeit", etwa nach dem Muster "Fairness gegen Billigung", aber impliziert, daß ein nach dem Zustimmungsmodell reorganisiertes Unternehmen strukturell auf die Ressource "Vertrauen" angewiesen ist. Diese Ressource kann aber kurzfristig nicht vorausgesetzt werden, und sie dürfte langfristig nicht konstant bleiben. Kurzfristig de-strukturieren Maßnahmen zur institutionellen Reorganisation erst einmal die bislang geltende Konfiguration von Anreizen, Normen und Erwartungen, stellen informell abgesicherte Karrierehoffnungen infrage und entwerten — wie F. Scharpf (1986, S. 41) es ausgedrückt hat —, die in den bisherigen Austauschbeziehungen mit Kollegen und Vorgesetzten angesammelten "Guthaben". Langfristig muß damit gerechnet werden, daß die durch die formale Organisation nicht steuerbaren Elemente der Gesamtkonstellation, also kognitive Situationsdeutungen und vor allem normative Orientierungen der verschiedenen Beteiligten, bei einer Reorganisation der Arbeitsbeziehungen nicht konstant bleiben — wodurch die einmal etablierten Regeln vertrauensgestützter Kooperation immer wieder infrage gestellt werden könnten.

Chancen für eine Demokratisierung der Wirtschaft?

Ein wichtiger Aspekt des "neuen Unternehmenstyps", den der Regulationsansatz lediglich streift, jedoch aus systematischen Gründen keiner differenzierten Behandlung unterzieht, kreist um die Probleme und Chancen einer Demokratisierung wirtschaftlichen Handelns, die sich mit dem Leitmodell des "management by commitment" verknüpfen.

Unbestritten ist wohl, worauf A. Lipietz ganz zu Recht hinweist, daß die bislang nur in vagen Konturen sich abzeichnenden neuen Managementstrategien einige Forderungen abdecken, die in der Vergangenheit auch von gewerkschaftlicher Seite erhoben wurden und daß sie sich auf Interessen der Beschäftigten selbst (zumindest aber einiger Beschäftigtengruppen) berufen können. Die weitgehende Akzeptanz von Beteiligungsangeboten, auf die die Einführung von "Quality of Working Life"-Programmen in US-amerikanischen Automobilunternehmen gestoßen ist, läßt sich gewiß in diesem Sinne interpretieren: In der Tat spricht vieles dafür, daß "Irrationalitäten im Produktionsalltag, unnötige Ausschußproduktion, unzulängliches Werkzeug, fehlgeleitetes Material, Zurückhaltung von Informationen usw." von den Beschäftigten "häufiger als Ärgernis angesehen werden, denn als

willkommene Produktionsunterbrechung und Pause", und daß bei denen, die als "Experten für die eigene Arbeit ernst genommen (...), in problemlösungsbezogene Überlegungen einbezogen" werden, ein nicht mehr reversibel zu machender "Bewußtseins- und Verhaltenswandel" eingesetzt hat (Jürgens 1988, S. 327f). Sofern neuere Methoden des Personalmanagements nämlich nicht allein darauf abzielen, das Erfahrungswissen der Beschäftigten voll auszuschöpfen und ihre innovatorischen Fähigkeiten im Umgang mit neuen Technologien zu stimulieren, sondern zugleich auch ein Mehr an wechselseitiger Rücksichtnahme, Respekt und Toleranz zwischen Weisungsabhängigen und Vorgesetzten implizieren, ist ihnen ein Demokratisierungseffekt für die innerbetrieblichen Sozial- und Kooperationsbeziehungen gewiß nicht abzuspüren (vgl. auch Gustavson/ Héthy 1987, S.183 oder Dore 1987). Jedenfalls gälte dies unter der Voraussetzung, daß *erstens* die Demokratisierungsfähigkeit fortgeschrittener kapitalistischer Gesellschaften sich daran messen läßt, inwieweit eine Ausweitung personaler Selbstbestimmungsrechte in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens erfolgt, also beispielsweise auch in der Sphäre der Erwerbsarbeit Selbstverwirklichungsansprüche der Individuen — auf menschenwürdige Behandlung, Wahrung persönlicher Integrität, Rücksichtnahme auf psychische und physische Bedürfnisse — zur Geltung gebracht werden. *Zweitens* aber könnte von einem Demokratisierungspotential des "neuen Unternehmenstyps" wohl nur dann gesprochen werden, wenn die beteiligungsorientierten Strategien des Personaleinsatzes über "symbolisches Management" hinausweisen, also nicht nur auf eine "reflexive Brechung" der im bisherigen Managementverhalten durchschlagenden "Hintergrundüberzeugungen" zielen, sondern tatsächlich so etwas wie "dialogische Willensbildung" in der funktional-rationalen Unternehmensorganisation ermöglichen.

Gerade im Hinblick auf die neuartigen Beteiligungskonzepte (Qualitätszirkel, Teamarbeit, Projekt- und Arbeitnehmerbeteiligungsgruppen) sind allerdings starke Zweifel angebracht, ob sie diese (demokratisierende) Funktion erfüllen können: Aus der Sicht des Managements verbindet sich mit ihrer Einführung ja zunächst vor allem die Erwartung einer Erhöhung der Anlagenverfügbarkeit, der Arbeitseffizienz und der Qualitätsverantwortung der direkten Fertigung. Die Mitwirkung der Beschäftigten und der betrieblichen Interessenvertretung wird zudem meist durch die begründete Angst vor Standortstilllegungen und Arbeitsplatzverlust motiviert, und sie bleibt auch nach der Einführung von Teilnehmungsmodellen häufig von der Befürchtung getragen, daß "Qualitätszirkel eine raffinierte Sozialtechnologie des Managements (ist - B.M.), das darauf abzielt, die Arbeitnehmer zu entsolidarisieren und sie ihrer gewerkschaftlichen Organisation zu entfremden" (Jürgens 1988, S. 342). Wenn, wie im Falle vieler bundesrepublikani-

scher Automobilkonzerne und gestützt auf die — im internationalen Vergleichsmaßstab noch immer relativ gesicherten — Mitbestimmungsrechte der betrieblichen Interessenvertretung seit Mitte der 80er Jahre neue Programme der Mitarbeiterbeteiligung mit hoher Unterstützung durch die Betriebsräte etabliert werden konnten, so geschah dies weniger im Bewußtsein, die innerbetriebliche Demokratisierung dadurch ein Stück weit voranzubringen. Handlungsleitend war neben der Furcht um die Arbeitsplätze eher die Hoffnung, dadurch die Qualifikationsanforderungen an die Arbeit anheben, Lohn- und Beschäftigungssicherheit (durch die Ausweitung der Arbeitseinsatzbereiche) der Gruppenangehörigen erhöhen und vor allem die Qualifikationen des — in westdeutschen Unternehmen reichlich vorhandenen — Facharbeiterpotentials besser nutzen zu können (vgl. ebd., S. 343).

Für den bundesrepublikanischen Kontext ist damit zugleich die entscheidende "Schnittstelle der Interessen" (Jürgens) benannt: Denn was die Gruppe der (re)qualifizierten Kernbelegschaftsmitglieder in den (zukünftigen) Schlüsselindustrien anbelangt, trifft jene optimistische Deutung des Demokratisierungspotentials eines "neuen design von Arbeitsprozeß und Lohnvertrag", die A. Lipietz im Auge hat, wohl nicht ganz daneben: "Being winners in the game of rationalization, they may collide with the ruling class. Together with the traditional power groups — management, financial capital, governing bureaucracy — these winners could form a new establishment whose social power is based on the joint disposition of the production system of society and who together suppress the demonstrating 'non-class of postindustrial proletarians'" (Kern/ Schumann 1987, S. 15f). Nach aller Voraussicht liefe ein solches Bündnis allerdings auf weniger als eine *exkludente* Realisierung von "industrial democracy" hinaus — auf ein Partizipationsmodell nämlich, das einer (zwar größeren) Gruppe von Beschäftigten Mitsprachemöglichkeiten eröffnet, im Austausch aber die, am japanischen Modell beispielhaft zu studierende, "Rundum-Nutzung" (vgl. Deutschmann/Weber 1987) der ganzen Person verlangte. Ein solches Bündnis würde gegenwärtig (v.a. außerhalb der BRD) die erweiterten Mitsprachemöglichkeiten für qualifizierte Angehörige der Stammbeschaften auch nicht als personales Recht legitimieren wollen sondern lediglich als — bestenfalls gewohnheitsrechtlich abgesicherte — Belohnung für eine zeitlich unbestimmte Verfügbarkeit der Arbeitskräfte und für ihre reibungsarme (normative) Integration in eine "Firmengemeinschaft". Vor allem aber wären solche neuartigen Bündnisse zwischen "aufgeklärtem" und innovativem Management und (re)qualifizierten Rationalisierungsgewinnern defizitär im Hinblick auf eine überbetriebliche Demokratisierungsperspektive, denn sie würden nach dem Prinzip "sozialer Schließung" funktionieren und die in allen OECD-Ländern bereits heute schon angeschlagene Rolle der

Gewerkschaften im "politischen Tausch" dadurch weiter schwächen.

Jedenfalls sollte von einem Demokratisierungspotential der von A. Lipietz so emphatisch begrüßten "anti-tayloristischen Revolution" nur dann gesprochen werden, wenn sich zeigen ließe, daß die Ausweitung von Partizipationsmöglichkeiten für strategisch wichtige Beschäftigungsgruppen — zumindest der Tendenz nach — auch den politikwirksamen Druck in Richtung einer Ausweitung von "economic democracy", im Sinne eines Arrangements der gerechten Verteilung von Arbeit, Einkommen und gesellschaftlichem Reichtum (vgl. Macpherson 1987, S. 34ff) verstärken können. Ganz auszuschließen ist dies freilich nicht: Gesteigerte Bildungskompetenz, erweiterte Autonomiespielräume, höhere Lohn- und Beschäftigungssicherheit für größerer Beschäftigtengruppen könnten ja langfristig die Voraussetzungen dafür schaffen, daß ein eher moralisch als interessenpolitisch fundierter Druck in Richtung auf "mehr Demokratie" und "soziale Gerechtigkeit" entsteht.

Vordergründig spricht gegenwärtig alles gegen eine derart optimistische Sichtweise. Die zunehmende Heterogenisierung der Beschäftigtenstruktur, die wachsenden Differenzen der Soziallage des gewerkschaftlichen Mitgliederpotentials und nicht zu vergessen die beschleunigte Transnationalisierung der Unternehmen, die die Macht-Asymmetrie im Kräfteverhältnis von Arbeit und Kapital um eine räumliche Komponente vertieft, unterminieren die kollektive Interessenbasis, ohne die ein Kampf für "economic democracy" schwer vorstellbar ist. Sterben also mit dem "klassischen Industriearbeiter" auch die "geborenen Gewerkschaftler", und verlieren die Gewerkschaften mit ihnen die organisatorischen Voraussetzungen, um eine universalistisch orientierte Interessenpolitik zu verfechten? Werden sie dadurch zurückgeworfen auf "ältere, partikularistische und auf dem Prinzip der sozialen Schließung basierende Strategien der Interessenrepräsentation" (Müller-Jentsch 1987, S. 12)? Oder enthalten die gegenwärtigen Umstrukturierungsprozesse nicht umgekehrt sogar innovative Anstöße für einen reflexiven Modernisierungsschub dieser intermediären Organisationen? Machen die neuen Spaltungs- und Differenzierungsprozesse auf dem Arbeitsmarkt wirklich jede universalistische Orientierung der Massengewerkschaften obsolet; oder erhöhen sie nicht eher den Druck, an "älteren" und bislang noch immer uneingelösten Forderungen der Arbeiterbewegung — nach sozialer Gerechtigkeit beispielsweise — festzuhalten und sie mit den von neuen sozialen Bewegungen artikulierten Forderungen — nach ökologischer Verantwortung oder individueller Emanzipation beispielsweise — in Einklang zu bringen?

Dieser Aspekt des Modernisierungsdrucks, der auf den Gewerkschaften lastet, kann sie aber zu ganz anderen Bündnissen als die mit dem auf-

geklärten Management zwingen — Bündnissen mit regionalen und kommunalen Bürgervertretungen beispielsweise, die sich nicht ohne Konflikt mit dem Interessenvertretungsmonopol der beiden Tarifparteien zur Deckung bringen lassen. Unter dem Gesichtspunkt der Sicherung organisatorischer Stabilität und Identität ließe sich der Innovationsdruck, dem die Massengewerkschaften in den westlichen Industrieländern derzeit ausgesetzt sind, ja auch folgendermaßen zuspitzen: 1. Durch die informationstechnisch gestützte Internationalisierung kapitalistischer Produktions- und Austauschprozesse werden sie stärker als jemals zuvor gezwungen, im globalen Maßstab zu operieren. 2. Die Ausbreitung prekärer Beschäftigungsverhältnisse zwingt sie, auch unter den Bedingungen konservativer Regierungen politischen Druck auf eine weitere Verrechtlichung der industriellen Beziehungen auszuüben und die ihnen zur Verfügung stehenden tarifpolitischen Regelungsmöglichkeiten voll auszuschöpfen (beispielsweise zur Tarifierung von Teilzeitarbeit) — auch gegen Widerstände in den eigenen Reihen. 3. Die wachsende Zahl von weiblichen Erwerbstätigen verstärkt den Druck, alte Gleichheitsforderungen der Arbeiterbewegung — schon aus Gründen der zukünftigen Organisationsstabilität — ernster zu nehmen als jemals zuvor. 4. Um ihre Rolle eines Trägers gesellschaftlichen Fortschritts zu behaupten, müssen sie sich — auch auf die Gefahr, dadurch innerorganisatorische Konflikte auszulösen — gegenüber "neuen" Themen und neuen sozialen Bewegungen öffnen und Bündnisse mit allen sozialen Kräften suchen. 5. Anhaltende Massenarbeitslosigkeit und der Bedeutungszuwachs, den betriebliche Beschäftigungspolitik in den letzten Jahren erfahren haben, könnten die Gewerkschaften dazu bewegen, von ihrer "fordistischen" Politik des "Produktivismus" abzurücken und ihre Marktmacht für eine Entkopplung von Einkommen und Beschäftigung einzusetzen.

Dies alles sind jedoch Dimensionen einer "Krise der Regulation", die von der Vertretern der "école de la régulation" sträflich vernachlässigt werden und die vor allem wenig mit einem nach japanischem Vorbild reorganisierten "neuen Unternehmenstyp" zu tun haben. Im Anschluß an Ouchi (1981) hat Ch. Deutschmann (1987) jüngst darauf hingewiesen, daß es sich bei dem japanischen Organisationstypus des "Clan" um eine Organisationsform handelt, die "auf die Forderung nach moralischer Autonomie des Individuums (ebenso allergisch) reagiert (...) (wie) auf die Forderung nach Gleichheit. Eine so intime Zusammenarbeit, wie er sie pflegt, ist nur auf der Basis weitgehender sozialer und kultureller Homogenität der Mitglieder möglich, die durch die Beschäftigung von "Außenseitern", also von Frauen, von Angehörigen ethnischer Minderheiten, nur gestört werden könnte. Clans betreiben deshalb eine viel stärker nach Geschlecht und Rasse diskriminierende Einstellungspolitik und Personalplanung als die gegenüber persönli-

chen Merkmalen unempfindlicheren Bürokratien" (ebd., S. 14). Forderungen nach moralischer Autonomie der Individuen oder solche nach Gleichheit lassen sich aber — jedenfalls gemäß der hier favorisierten Annahme einer expansiven Dynamik von personalen Rechten — auf absehbare Zeit in den liberal-demokratischen Gesellschaften des westlichen Kapitalismus nicht ignorieren, erst recht nicht zugunsten einer expliziten hegemonialen Ungleichheitsideologie zum Verschwinden bringen. Insbesondere dürfte dies für die Wahrnehmung und für die Bewertung von Geschlechtsrollendifferenzen sowie für arbeitsinhaltliche Ansprüche zutreffen: Industrialisierung und Säkularisierungsprozesse gingen in den Ländern des westlichen Kapitalismus einher mit einer Kritik an "naturbedingter" sozialer Ungleichheit und führten zu einer — wohl kaum mehr umkehrbaren — Individualisierung und Differenzierung materieller Lebenslagen; diese aber sind assoziiert mit normativen Vorstellungen von sozialer Gerechtigkeit, formaler Gleichheit und einer Ausweitung von Selbstbestimmungsansprüchen in allen gesellschaftlichen Handlungsfeldern. In Japan hingegen scheinen die (ebenfalls bestehenden) Differenzierungen materieller Lebenslagen auf der Grundlage partikularistischer Gruppenbildung jedoch nicht unbedingt bedeutsam für Werte sozialer Identität, Gleichheit und Selbsterfüllung; Berufliche Selbsterfüllung schließt hier noch allemal die "selbstverständliche Akzeptanz beruflicher Aufgaben im Dienste an der Gruppe (mit ein), wobei die dazu notwendige Loyalität und Disziplin" auch gegenüber der Betriebsleitung in sich belohnende Werte darstellen (vgl. Trummsdorff/ Suzuki/ Sasaki 1987, S. 512, 510).

Zugespitzt will die hier eingeschlagene Argumentation letztlich darauf hinaus, daß die Chancen einer Durchsetzung des "japanischen Organisationsstypus", der Integration durch Werte und Normen gegenüber einer Integration durch formale Kompetenzstrukturen präferiert, im Falle der liberal-demokratischen Länder Westeuropas äußerst fragwürdig sind. Die soziale und kulturelle Homogenität, die im Falle Japans gegeben sein mag, war in der Vergangenheit kein Charakteristikum hiesiger Gesellschaftsverhältnisse und nichts spricht dafür, daß sie in einer zukünftigen Ära des "post-fordistischen Lohnverhältnisses" leichter realisierbar wäre. Wahrscheinlicher ist daher, daß so auslegungsoffene Ansprüche wie die nach persönlicher Autonomie und sozialer Gerechtigkeit vom gesellschaftlichen Umfeld der Unternehmen auf diese übergreifen und die komplizierte Suche nach konsensgetragenen Kooperationsbeziehungen auf der betrieblichen Ebene erschweren.

Leider ist es aber so, daß eine Problematisierung jener (sowohl "alten" wie "neuen") Werte und Normen, die sozial und kulturell integrierende Funktionen in den westeuropäischen Gesellschaften erfüllen, mehr aber noch die subdominanten Orientierungsweisen sozialer Klassen und Schichten, die

— selbst wenn sie auf die "feinen Unterschiede" (Bourdieu) zusammenschmelzen sollten — allemal ungleichheitsrelevante Bedeutung behalten, in der soziologischen Leerstelle der ansonsten so anspruchsvollen "Theorie der Regulation" verloren geht. Bleibt diese Leerstelle unausgefüllt, lassen sich auch die zukünftigen Linien sozialintegrativer Kompromißbildung mit den Mitteln dieser Theorie nicht benennen — dann hat die Vorhersage eines "post-fordistischen Unternehmenstyps" noch nicht einmal heuristischen Wert, bleibt sie bloße Spekulation.

Zusammengefaßt: Im Gegensatz zu Modellen der neoklassischen Gleichgewichtstheorie mißt der Regulationsansatz sozialen und gesellschaftlichen Konflikten zwar eine ganz zentrale Rolle bei; doch vermag er nicht plausibel zu zeigen, inwiefern die stattfindenden Transformationen aus dem Wechselspiel von ökonomischer (Akkumulations-)Dynamik, staatlichen Interventionen in den Bereich wirtschaftlichen Handelns und politisch-moralischen Ansprüchen und sozialen Konflikten hervorgehen. Obwohl Formen der institutionellen Regulation — insbesondere das Lohnverhältnis — als zentrifugale Kraft gesellschaftlichen Strukturwandels benannt werden, bleibt weithin unklar, welches die konkreten gesellschaftlichen Anforderungen sind, die auf dem Hintergrund zeitgeschichtlicher ökonomischer Imperative institutionell verarbeitet werden müßten, damit eine neue gesamtgesellschaftliche Rationalität (resp. Regulationsweise) sich ausbilden könnte. Für Phänomene historischen Wandels, die sich nicht in den Horizont der ökonomischen Logik übersetzen lassen, fehlen dem Regulationsansatz intermediäre Analysekonzepte. Zudem ist der Erklärungswert seiner konkreten Studien zur institutionellen Regulation wesentlich retrospektiv gerichtet; sie weisen vor allem die wachstums- und produktionspolitische Bedeutung vorhergegangener institutioneller Regelungen nach; große Schwierigkeiten hat der Regulationsansatz hingegen, wenn es darum geht, Prozesse der Implementation institutioneller Arrangements nachzuzeichnen. Denn sein Analyseinstrumentarium ist nicht trennscharf genug, um die *Spezifik* ökonomisch, technisch oder sozial induzierter De- und Restrukturierung institutioneller Arrangements einerseits überhaupt zu erfassen und andererseits deren Zusammenwirken in Richtung auf ein neues Prinzip "globaler Rationalität" zu begründen. Diese Unzulänglichkeit hat ihre zentrale Ursache darin, daß "soziale Strukturen" als eine "Modalität zweiter Ordnung" gelten und im Gesamt der empirischen Regulationsstudien ein kümmerliches Dasein fristen. Mit dieser Hierarchisierung von Einflußgrößen der Gesellschaftsform wird der Erklärungsanspruch einer "Theorie der Regulation" letztlich verfehlt.

Literatur

- Aglietta, M. (1979): *A Theory of Capitalist Regulation. The US Experience*, London; französische Fassung unter dem Titel "Régulation et crises du capitalisme", Paris 1976
- Altwater, E. (1987): *Sachzwang Weltmarkt. Verschuldungskrise, blockierte Industrialisierung, ökologische Gefährdung — der Fall Brasilien*, Hamburg
- Aoki, M. (1986): *Intrafirm Mechanism, Sharing and Employment: Implications of the Japanese Experience*; Manuskript für "The Macroeconomic Policies Project, World Institute of Development Economic Research, United Nations University, Helsinki
- Bernis, G. de (Destanne) (1975): Régulation ou équilibre dans l'analyse économique et inflation, in: Lichenerowicz, A. et al (eds.): *L'idée de la régulation dans les sciences*, Paris
- Boccard, P. (1974): *Etudes sur le capitalisme monopoliste d'Etat, sa crise et son issue*, Paris
- Borzeix, A./ Linhardt, D./ Segrestin, D. (1986): Droit d'expression directe: la boule de cristal, in: *Les Temps Modernes*, no. 476, S. 79ff
- Bourdieu, P. (1979): *Entwurf einer Theorie der Praxis auf der ethnologischen Grundlage der kabyllischen Gesellschaft*, Frankfurt/M.
- Bowles, S./ Gintis, H. (1986): *Democracy and Capitalism*, New York
- Bowles, S./ Gordon, D.M./ Weisskopf, T.E. (1983): *Beyond the Waste Land*, Garden City/ New Jersey
- Boyer, R. (1981): *Les transformations du rapport salarial dans la crise. Une interpretation de ses aspects sociaux et économiques*, CEPREMAP no.85
- ders. (1983): *L'introduction du taylorisme en France à la lumière de recherches récentes*, CEPREMAP no.130
- ders. (1984): *Wage Labour, Capital Accumulation, and the Crisis, 1968-82*, CEPREMAP no.146
- ders. (1985): *New Technologies and Employment in the Eighties — from Science and Technology to Macroeconomic Modelling*, CEPREMAP no.8526
- ders. (ed.) (1986a): *Capitalismes fin de siècle*, Paris
- ders. (1986b): *La théorie de la régulation: une analyse critique*, Paris 1986: Edition la Découverte (hier zitiert nach dem Publikationsmanuskript, CEPREMAP, August)
- ders. (1986c): *Rapport salarial, croissance et crise: une dialectique cachée. Introduction à une comparaison de sept pays européens*, in: ders. (ed.): *La flexibilité du travail en Europe*, Paris, S. 11-34
- ders. (1986d): *Segmentations ou solidarité, déclin ou redressement; quel modèle pour l'Europe?*, in: ders. (ed.): *La flexibilité du travail en Europe*, a.a.O., S.201-264
- ders. (1986e): *Technical Change and the Theory of Regulation*, CEPREMAP, Oktober
- Boyer, R./ Coriat, B. (1984): *Marx, la technique et la dynamique de l'accumulation*, CEPREMAP, Mai
- dies. (1986): *Technical Flexibility and Macro Stabilisation*, CEPREMAP, März
- Boyer, R./ Mistral, J. (1983): *La crise (I). D'une analyse à une vue prospective und : La crise (II). Pesanteur et potentialité des années quatre-vingt*, CEPREMAP no.130
- Boyer, R./ Petit, P. (1981): *Le progrès technique dans la crise: ses déterminants, son impact sur l'emploi*, CEPREMAP, Juli
- Braczyk, H.-J. (1986): *Konsensverlust und neue Technologien. Zur exemplarischen Bedeutung des Konflikts um die atomare Wiederaufbereitungsanlage für die gesellschaftliche*

- Steuerung technischen Wandels, in: *Soziale Welt*, Jg.37, H.4, S.171-190
- Burawoy, M. (1982): *Manufacturing Consent: Changes in the Labor Process under Monopoly Capitalism*, Chicago und London
- ders. (1985): *The Politics of Production. Factory Regimes under Capitalism and Socialism*, London
- Crozier, M. (1965): *Le phénomène bureaucratique*, Paris
- van den Daele, W. (1986): *Technische Dynamik und gesellschaftliche Moral. Zur soziologischen Bedeutung der Gentechnologie*, in: *Soziale Welt*, Jg.37, H.2/3, S.149-172
- Demirović, A. (1988): *Regulation, kollektive Praxis und Intellektuelle*, Publikationsmanuskript für: Jessop, B. (ed.) (1988): *Accumulation, Regulation, and the State*, London (im Erscheinen)
- Deutschmann, Ch./ Weber, C. (1987): *Das japanische "Arbeitsbienen" Syndrom. Auswirkungen der Rundumnutzung der Arbeitskraft auf die Arbeitszeitpraxis am Beispiel Japan*, in: *PROKLA*, Jg.17, H. 66, S. 31-53
- Deutschmann, Ch. (1987): *Der 'Betriebsclan'. Der japanische Organisationstypus als Herausforderung an die soziologische Modernisierungstheorie*, in: *Soziale Welt*, Jg.38, H.2, S.133-147
- Dore, R. (1987): *Taking Japan Seriously*, Stanford
- Drucker, P.F. (1988): *The Coming of the New Organization*, in: *Harvard Business Review*, no.1, S.45-59
- Friedman, A. (1977): *Industry and Labour. Class Struggle at Work and Monopoly Capitalism*, London/Basingstoke
- Fox, A. (1974): *Beyond Contract: Working Power and Trust Relations*, London
- Gouldner, A.W. (1954): *Patterns of Industrial Bureaucracy*, New York
- ders. (1967): *Reciprocity and Autonomy in Functional Theory*, in: Demerath, N.J./ Peterson, R.A. (eds.): *System, Change and Conflict*, New York (deutsche Fassung 1984, Frankfurt/M.)
- Gustavsen, B./ Héthy, L. (1986): *New Forms of Work Organizations: A European Overview*, in: *Labour and Society*, vol.11, no.2, S. 167-188
- Hager, W. (1987): *The Neomercantilist Constraint*, in: *Annales*, vol. 492, July, S. 61-68
- Hall, J.L./ Leidecker, J.K. (1981): *Is Japanese-Style Management Anything New? A Comparison of Japanese-Style Management with U.S. Participative Models*, in: *Human Resource Management*, vol.20, no.4, S.14-21
- Harvey, D. (1987): *Flexible Akkumulation durch Urbanisierung: Überlegungen zum 'Post-Modernismus' in den amerikanischen Städten*, in: *PROKLA*, Jg.17, H.69, S. 109-131
- Hirsch, F. (1976): *Social Limits to Growth*, Harvard (Deutsche Übersetzung 1980 unter dem Titel: *Die sozialen Grenzen des Wachstums*, Hamburg)
- Hirsch, J./ Roth, R. (1987): *Das neue Gesicht des Kapitalismus*, Hamburg
- Hübner, K. (1988): *Die Krisentheorien der Regulationisten*, in diesem Band
- Hübner, K./ Mahnkopf, B. (1988): *Ecole de la régulation. Eine kommentierte Literaturstudie*, discussion-paper des Wissenschaftszentrum Berlin, FS II 88-201
- Jessop, B. (1988): *Conservative Regimes and the Transition to Post-Fordism: The Case of Great Britain and West Germany*, Vortragsmanuskript für "6th Conference of Europeanists", Washington, D.C. vom 30.10.-1.11.1987
- Jürgens, U. (1988): *Formwandel der Kontrolle. Veränderungen der betrieblichen Leistungsregulierung in der internationalen Automobilindustrie im Konzern- und Ländervergleich*,

unveröf. Habilitationsschrift an der Freien Universität Berlin

Junne, G. (1987): *West Germany's Competitiveness in "High Tech"-Sectors: The Impact of Political Change*, Vortragsmanuskript für die Tagung "Industry and Political Change in West Germany" am Wissenschaftszentrum Berlin vom 8.-10. Januar 1988

Kern, H./Schumann, M. (1984): *Das Ende der Arbeitsteilung*. Rationalisierung in der industriellen Produktion, München

dies. (1988): *New Concepts of Production in German Plants*, Vortragsmanuskript für die Konferenz "Industry and Political Change in West Germany", Wissenschaftszentrum Berlin vom 8.-10. Januar 1988

Kitschelt, N. (1985): *Materiale Politisierung der Produktion. Gesellschaftliche Herausforderung und institutionelle Innovationen in fortgeschrittenen kapitalistischen Demokratien*, in: *Zeitschrift für Soziologie*, Jg. 14, H. 3, S. 188-208

Lafontaine, O. (1988): *Die Gesellschaft der Zukunft*, Hamburg

Lipietz, A. (1982): *Towards Global Fordism?* in: *New Left Review*, no. 3/4

dies. (1985): *Reflexions autour d'une fable. Pour un statut marxiste des concepts de régulation et d'accumulation*, CEPREMAP no. 8530 (hier zitiert nach der deutschen Veröffentlichung unter dem Titel: *Akkumulation, Krisen und Auswege aus der Krise*. Einige methodische Überlegungen zum Begriff der "Regulation", in: *PROKLA*, Jg. 15., H. 58, S. 109-137

dies. (1986): *An Alternative Design for the Twenty First Century*, CEPREMAP, September

Littek, W./ Heisig, U. (1986): *Rationalisierung von Arbeit als Aushandlungsprozeß. Beteiligung bei Rationalisierungsverläufen im Angestelltenbereich*, in: *Soziale Welt*, Jg. 37, H. 4, S. 237-262

Lutz, B. (1984): *Der kurze Traum immerwährender Prosperität*, Frankfurt/M./ New York.

Mahnkopf, B. (1986): *Hegemony in the Workplace. Pattern of Regulation in Internal Company Social Relations and their Legitimation Effect*, in: *Berkeley Journal of Sociology*, vol. XXI, S. 35ff (deutsche Fassung unter dem Titel: *Hegemonie und Konsens*, in: *Leviathan-Sonderheft 8/ 1987* (hrsg. von H. Abromeit und B. Blanke), Opladen, S. 253-269

dies. (1988): *Demokratisierung an der Macht vorbei - Mitbestimmung in Zeiten flexibler Arbeitsverhältnisse*, in: Martens, H./ Peter, G. (Hg.): *Mitbestimmung und Demokratisierung*. Der Stand der Forschung, Opladen (im Erscheinen)

Macpherson, C.B. (1987): *The Prospects of Economic and Industrial Democracy*, in: dies.: *The Rise and Fall of Economic Justice and Other Essays*, Oxford, S. 35-43

Malsch, Th./ Seltz, R. (Hg.): *Die neuen Produktionskonzepte auf dem Prüfstand*. Beiträge zur Entwicklung der Industriearbeit, Berlin

Mayer, M. (1987): *Die postfordistische Stadt*, Frankfurt/M., unveröffentlichtes Manuskript

Meiksins Wood, E. (1988): *Capitalism and Human Emancipation*, in: *New Left Review*, no. 167, S. 3-20

Meulders, D./ Wilkin, L. (1987): *Labour Market Flexibility: Critical Introduction to the Analysis of a Concept*, in: *Labour and Society*, vol. 12, no. 1, S. 3-17

Müller-Jentsch, W. (1987): *Flexibler Kapitalismus und kollektive Interessenvertretung. Gewerkschaften in der dritten industriellen Revolution*, in: dies. (Hg.): *Die Zukunft der Gewerkschaften*, Frankfurt/M./New York

Nöel, A. (1986): *Accumulation, Regulation, and Social Change*, in: *International Organization*, vol. 41, no. 2, S. 303-333 (hier zitiert nach dem Publikationsmanuskript)

O'Connor, J. (1984): *Accumulation Crisis*, New York

Offe, C. (1982): *Arbeit als Schlüsselkategorie?* in: Matthes, J. (Hg.), *Krise der Arbeitsgesellschaft?* Verhandlungen des 21. Deutschen Soziologentages in Bamberg 1982, Frankfurt/M./ New York, S. 38-65

Ouchi, W.G. (1981): *Theory Z: How American Business can Meet the Japanese Challenge*, Reading, Mass.

Peters, Th.J./ Waterman, R.H.Jr. (1982): *In Search of Excellence. Lessons from America's Best-Run Companies*, New York

Piore, M.J./ Sabel, Ch.F. (1984): *The Second Industrial Divide. Possibilities for Prosperity*, New York (deutsche Fassung 1985 unter dem Titel *"Das Ende der Massenproduktion"*, Berlin)

Przeworski, A. (1986): *Methodologischer Individualismus als Herausforderung der marxistischen Theorie*, in: *PROKLA*, Jg. 16, H. 62, S. 120-143

Rehmus, Ch.M. (1986): *The Future of Industrial Relations in the United States*, in: *Labour and Society*, vol. 11, no. 2, S. 149-158

Ryll, A./ Zimmermann, K. (1987): *Der rationalisierte Umweltschutz oder der diskrete Charme des Profitinteresses*, discussion-paper des Wissenschaftszentrum Berlin, IUG 87-12

Scharpf, F.W. (1986): *Grenzen der institutionellen Reform*, discussion-paper des Wissenschaftszentrum Berlin, IIM/LMP 86-5

dies. (1987): *Sozialdemokratische Krisenpolitik in Europa*, Frankfurt/M./ New York

Seibel, W. (1983): *Abschied vom Recht - Eine Ideologie?* in: Voigt, R. (Hg.), *Abschied vom Recht?*, Frankfurt/M., S. 134-169

Sen, A. (1984): *The Living Standard*, in: *Oxford Economic Papers*, vol. 36 Supplement, S. 74-90

Streeck, W. (1986a): *The Uncertainties of Management in the Management of Uncertainty: Employers, Labor Relations and Industrial Adjustment in the 1980*, discussion-paper des Wissenschaftszentrum Berlin, IIM/LMP 86-26

dies. (1986b): *Neue Formen der Arbeitsorganisation im internationalen Vergleich*, in: *Zukunft der Automobilindustrie*, Symposium der IG Metall Wolfsburg in Zusammenarbeit mit den Betriebsräten der Volkswagen AG Werk Wolfsburg vom 25.-27. November 1986, S. 116-131

dies. (1988): *Successful Adjustment to Turbulent Markets: The Automobile Industry*, Vortragsmanuskript für die Tagung "Industry and Political Change in West Germany" am Wissenschaftszentrum Berlin vom 8.-10. Januar 1988

Traxler, F. (1987): *Klassenstruktur, Korporatismus und Krise. Zur Machtverteilung in Österreichs "Sozialpartnerschaft" im Umbruch des Weltmarkts*, in: *Politische Vierteljahrszeitschrift*, Jg. 28, H. 1, S. 59-79

Ulrich, P. (1987): *Transformation der ökonomischen Vernunft*, Bern/Stuttgart

Trummsdorff, G./ Suzuki, T/ Sasaki, M. (1987): *Soziale Ungleichheit in Japan und in der Bundesrepublik*, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Jg. 39, S. 496-515

Walton, R. (1985): *From Control to Commitment in the Workplace*, in: *Harvard Business Review*, no. 2, S. 72-84

Die Enttäuschung der Nachzügler oder: Der Bankrott "fordistischer" Industrialisierung¹⁾

Während in den Industrieländern der nördlichen Hemisphäre bereits "post-industrielle" Tendenzen ausgemacht werden und die Industriekultur der sogenannten "Post-Moderne" zu weichen hat, während die auf technische Effizienz ausgerichtete und eingeengte Rationalität von Zwecken und Werten tendenziell durch ganzheitliche, ökologische Sichtweisen in Frage gestellt und den Subjekten des Industriezeitalters, den zum Proletariat in der Fabrik zusammengefaßten Massenarbeitern, "Adieu" gesagt wird, setzen Entwicklungsländer, zumal die Schwellenländer Südeuropas, Lateinamerikas und Ostasiens, auf die Karte der "industrialisation cum debt". In der gleichen Epoche also, in der in den hochentwickelten Ländern das "fordistische Industriemodell" in Frage gestellt wird, forcieren Länder der Dritten Welt den Prozeß der "nachholenden Industrialisierung". Sie errichten Industrien für die Massenproduktion von dauerhaften Konsumgütern (Bekleidung, Auto, Elektronik, Computer) mit den dazugehörigen Basisindustrien. Die Tendenzen der Urbanisierung und Proletarisierung werden fortgesetzt und sogar noch beschleunigt. Die der Industrialisierung angepaßten Lebensformen bilden sich heraus. Last not least werden Kredite aufgenommen und Schulden gemacht, mit denen dieser Prozeß finanziert wird. In vielen Fällen ist die Industrialisierung mit Hilfe des "bürokratisch- autoritären Staates" (O'Donnell 1983), also unter Bedingungen diktatorischer Regime, forciert worden. Paradoxe Weise also findet die Industrialisierung von Ländern der Dritten Welt in einem globalen Umfeld der Krise des fordistischen Industriemodells und der "Transformation" seiner charakteristischen Formen in Richtung einer "post-fordistischen" Gesellschaft statt. Welche Chance einer nachholenden Industrialisierung hat die "Dritte Welt" in "postfordistischen" Zeiten?

1 Herausbildung und Krise der "Form Fordismus"

Die Rede vom "Post-Fordismus" ist nicht erst mit den Arbeiten von Autoren aufgekommen, die der *école de la régulation* in Frankreich zugerechnet werden oder die deren Ideen übernommen haben. Auch zuvor haben

¹⁾ Dieses Papier ist im Rahmen eines von der Stiftung Volkswagenwerk geförderten Forschungsprojekts über interne und externe Faktoren der US-Hegemoniekrise entstanden.

andere schon längst das Gras wachsen hören und den Übergang zur nachindustriellen Gesellschaft in der entwickelten nördlichen Hemisphäre des Globus festgestellt: Wenn man den "stark verallgemeinernden Begriff 'post-industrielle Gesellschaft' etwas faßlicher" machen will, so schreibt Bell in seinem bekannten Buch Ende der 60er Jahre zum gleichen Thema (deutsch: 1975, S. 32), dann kann man ihn zunächst auf fünf "Dimensionen" beziehen: *Erstens* den Übergang zur Dienstleistungsgesellschaft, *zweitens* die zunehmende Bedeutung einer Klasse von hochqualifizierten Angestellten, *drittens* die Zentralität theoretischen Wissens als Quelle von Innovationen, *viertens* die bewußte Steuerung von technischem Fortschritt und technologischer Implementation, *fünftens* die Herausbildung eines intelligenten Mechanismus sozialer und politischer Regulation. Sicherlich charakterisieren alle diese Elemente bestimmte Tendenzen in den hochentwickelten Industriegesellschaften und weisen — so Bell und mit ihm viele andere — bereits über ihre tradierten sozialen, politischen und ökonomischen Strukturen hinaus. Sie "marginalisieren" die, die ehemals im Zentrum der gesellschaftlichen Prozesse standen: z.B. die schon erwähnten "Massenarbeiter" mit ihrer traditionellen "Industriekultur".

Aber ein Katalog von deskriptiven Merkmalen besagt wenig über die Dynamik des Transformationsprozesses von der Industrie- in die nachindustrielle Gesellschaft und gar nichts über Funktionsweise, also über Stabilitätsbedingungen und Krisen, der neuen "post-industriellen" Gesellschaft. Daß die Beschreibungen von Post-Industrialismus und Post-Fordismus höchst allgemein und verschwommen bleiben, ist allerdings weder verwunderlich noch hart zu kritisieren. Daß aber das Modell, das überwunden wird, nicht mit wünschenswerter Klarheit präsentiert wird, ist nicht akzeptabel. Denn es bleibt die Funktion unbestimmt, die industrielle Strukturen auch in der "postindustriellen" Gesellschaft haben und haben werden; niemand geht ja davon aus, daß einmal erreichte technologische und Rationalitätsstandards, Versorgungsniveaus mit Konsumgütern, die der Massenproduktion geschuldeten economies of scale, bestimmte Formen der Regulation von Arbeit, also die Funktionsbestimmung der Gewerkschaften, und staatliche Interventionen in die Wirtschaft im nationalen wie internationalen Rahmen aufgegeben werden sollen. Doch wenn dem so ist, muß der Form der Verbindung von industriellen und "post-industriellen" Verhältnissen Aufmerksamkeit geschenkt werden. Aus den Tendenzbeschreibungen einer postindustriellen Gesellschaft sind keine Schlüsse über Grenzen der Industrialisierung schlechthin zu ziehen, zumal wenn der Transformationsprozeß im globalen Funktionsraum betrachtet wird: wenn also postindustrielle, post-fordistische Formen in den entwickelten Ländern und fordistische Industrialisierungsversuche in den Entwicklungsländern nicht unabhängig voneinander, sondern

in ihrer "Vermittlung" auf dem Weltmarkt untersucht werden. "Industrialismus" und "Industrialisierung" sind zu allgemeine Begriffe, als daß sie differenziert die historische Form umschreiben könnten, die die modernen Industriegesellschaften hinter sich zu lassen tendieren. Diese kann nur erfaßt werden, wenn Industrialisierung als *globaler Prozeß*, als ein formbestimmendes Prinzip der internationalen Arbeitsteilung verstanden wird, in die nationale und regionale Wirtschaftsräume ungleichzeitig und ungleichmäßig einbezogen sind. Daher sind Zeit und Raum von Industrialisierung innerhalb eines globalen Entwicklungsprozesses einerseits und die Formen, die Industrialisierung zu verschiedenen Zeiten und an verschiedenen Orten auf dem Globus angenommen hat, andererseits von Bedeutung. Industrialisierung ist also keineswegs die Errichtung des technischen Artefakts fabrikmäßiger Produktion, infrastrukturell erleichteter Zirkulation und nivellierender Massenkonsumtion, sondern eine *gesellschaftliche Form* des gesamten sozio-ökonomischen Prozesses.

Dies ist ja auch die Botschaft der Marxschen Darstellung der Herausbildung des Industriesystems im Zuge der Produktion des relativen Mehrwerts: Es handelt sich um eine in der Techno- und Soziostruktur insigrierte Form verbesserter Kontrolle der Arbeit durch das Kapital, der Einbeziehung aller arbeitsfähigen Mitglieder der Gesellschaft (die auf "hands" reduziert werden) in den Arbeits- und Verwertungsprozeß, der Steigerung der Ausbeutungsrate durch die Eröffnung neuer Grenzen der Produktivitätssteigerung, der Ausnutzung der "Skalenerträge" von Massenproduktion und der territorialen, extensiven Expansion des Kapitals über alle Grenzen hinaus. Entscheidend für die frühen Phasen des Fabriksystems ist die Mobilisierung der gewaltigen Rationalisierungspotentiale in der Fabrik beim Übergang vom Manufaktursystem. Zunächst betreffen sie die "tote Arbeit". Die technischen Neuerungen werden als technischer Fortschritt in die Produktionsmittel inkorporiert. Später erfassen sie auch die "lebendige Arbeit" durch die mit dem Namen F. W. Taylor verbundene "wissenschaftliche" Re-Organisation der Arbeit.

Freilich sind diese vom Kapital zur relativen Mehrwertproduktion genutzten Industrialisierungspotentiale nicht mehr als die Grundlage des "Fordismus". Wie nach den frühen Analysen aus den 20er Jahren von Gramsci (über den Amerikanismus und Fordismus) oder von Gottl-Ottlilienfeld (vgl. dazu Altvater 1987, 1. Kapitel) jüngst von Boyer und Lipietz dargelegt worden ist, zeichnet sich das fordistisch-industrielle System gerade dadurch aus, daß *gesellschaftliche* Verhältnisse (Konsummodell, Staatsinterventionen zur Sicherung effektiver Nachfrage, durchgängige "Kommodifizierung" aller Lebensbereiche etc.) entstehen, durch die der *Massenproduktion* in den Fabriken eine entsprechende *Massenkonsumtion* auf dem Markt geschaf-

fen wird. Das Entwicklungsmodell, in dem nicht nur der Produktions- und Reproduktionsprozeß, sondern auch das Konsummodell und daher alle individuellen und gesellschaftlichen Lebensbereiche der kapitalistischen Form subsumiert werden — von Lutz (1984) im Anschluß an Rosa Luxemburg als "Landnahme" und von Habermas (wenn auch ohne expliziten Rekurs auf kapitalistische Gesellschaften) als "Kolonialisierung der Lebenswelt" gefaßt — wird als eine *intensive* Phase im Unterschied zur vorangegangenen *extensiven* Phase kapitalistischer Entwicklung bezeichnet²⁾. Überproduktionskrisen, die im System der "großen Industrie", also im "extensiven Modell", unvermeidlich sind — die Krise der 30er Jahre wird daher von den "Regulationisten" als die letzte "prä-fordistische Überproduktionskrise" interpretiert, die gleichzeitig den Übergang zum fordistischen Modell der Industrialisierung eröffnet — können bei in etwa gleichwichtigem Wachstum von Produktivität der Arbeit und Lohneinkommen der Arbeiter (also: bei Konstanz der Lohnstückkosten) vermieden werden. Damit diese Errungenschaft aber historisch realisiert werden kann, sind in einem gesellschaftlichen Transformationsprozeß Regulationsleistungen des *Lohnverhältnisses* und des *Geldverhältnisses* zu erbringen: Steigerungen der individuellen Reallöhne und des Soziallohns (im Zuge der sozialstaatlichen Redistribution der Einkommen), um die Kaufkraft im Gleichschritt mit der Produktivität zu steigern; antizyklische fiskal- und geldpolitische Interventionen des Staates zur Stabilisierung des wirtschaftlichen Wachstumspfades. Diese institutionellen

²⁾ Die Begriffe der extensiven bzw. intensiven Entwicklung werden von den Regulationstheoretikern anders als üblich gebraucht. Normalerweise wird Wachstum als extensiv bezeichnet, wenn es wesentlich auf einer Zunahme des Arbeitsvolumens (Wachstum der Bevölkerung und Veränderung der Erwerbsquote) beruht bzw. durch eine Erhöhung der Investitionsquote (auf Kosten der Konsumquote) zustandekommt. Intensiv ist es dann, wenn es vor allem durch Produktivitätssteigerung ("technischer Fortschritt", Verbesserung der Qualifikation etc.) zustandekommt. Dem entspricht auch die Marx'sche Unterscheidung, in der extensives Wachstum als absolute Mehrwertproduktion (Ausdehnung des Arbeitsvolumens), und intensives Wachstum als relative Mehrwertproduktion (Verkürzung der notwendigen Arbeitszeit infolge Produktivitätssteigerung) definiert werden. Auch ist es üblich, Phasen mit positivem Wachstum des Sozialprodukts bei Stagnation des Pro-Kopf-Einkommens als extensiv, und solche mit steigendem Pro-Kopf-Einkommen als intensiv zu benennen (Reynolds 1986, S. 7ff). Immer werden in diesen Konzepten die bloß extensive Zufuhr von "Wachstumsfaktoren" oder deren "intensivere" Nutzung unterschieden. In der Regulationsschule hingegen ist intensives Wachstum nur dann gegeben, wenn im Verlauf der Entwicklung auch der institutionelle, gesellschaftliche Unterbau dem Akkumulationsregime angepaßt wird. In dieser Frage gibt es übrigens Berührungspunkte mit den Diskussionen über Wirtschaftsreformen in den osteuropäischen Ländern in den 60er Jahren; institutionelle Reformen des "Leitungsmechanismus" wurden beispielsweise in der CSSR von Ota Sik mit dem Übergang von der Phase extensiven Wachstums in die des intensiven Wachstums begründet. Der Übergang könne nur gelingen, wenn das institutionelle System der "Planung und Leitung der Volkswirtschaft" einschließlich der sozialen und juristischen Bedingungen (Richta-Report; Arbeiten der Mlynar-Kommission in der CSSR) dem veränderten "Akkumulationsregime" angepaßt würden.

Vorkehrungen bildeten die Grundlage für den langen und erfolgreichen Aufschwung nach dem zweiten Weltkrieg in den Industrieländern der nördlichen Hemisphäre.

Doch die Potenzen dieses Modells sind begrenzt; wenn die Zuwachsraten der Produktivität aus immanenten Gründen (technologische Grenzen, übermäßig — verglichen mit der Arbeitsproduktivität — steigende Kapitalintensität mit negativem Einfluß auf die Kapitalproduktivität) rückläufig werden und gleichzeitig die Lohnwachstumsraten aufgrund der institutionellen "Rigiditäten" der Regulation des Lohnverhältnisses — gewerkschaftlicher Schutz, sozialstaatliche Absicherung — nicht sinken, dann steigen notgedrungen die Lohnstückkosten. Wenn dann noch die Kapitalproduktivität stagniert, muß die durchschnittliche Profitrate fallen³⁾. Das "intensive, fordistische Entwicklungsmodell mit Massenkonsumtion" gerät dann in eine Krise⁴⁾: dieses Mal aber nicht in eine Überproduktions-/ Unterkonsumtionskrise, sondern in eine Krise der Überakkumulation. Die vielfältigen Tendenzen der von den Konservativen durchgesetzten "Flexibilisierung" der Löhne und Arbeitsverhältnisse in den Industrieländern sind einfache Versuche, eine Antwort auf die komplexe Krise des Fordismus zu finden.

Dieser historischen Analyse kapitalistischer Entwicklung liegt die Basisidee von notwendigen *systemischen Entsprechungen*, Kompatibilitäten, also von der Notwendigkeit der Einhaltung von *Gleichgewichtsbedingungen* zwischen Akkumulation und Nachfrage zugrunde. Diese Bedingungen können nur eingehalten werden, wenn in der jeweiligen Gesellschaft *regulierende Institutionen* — staatliche ebenso wie gesellschaftliche; materielle und immaterielle — ausgebildet sind und wenn diese sich mit der Dynamik des Akkumulationsprozesses entsprechend flexibel ausdifferenzieren. Insofern gibt es Berührungspunkte der Regulationstheorie zur institutionellen Ökonomik (dazu: Hübner 1988). Die ökonomische Entwicklung bedarf also einer entsprechenden institutionellen Basis. Folglich gehört auch zum fordistischen Industriemodell die ihm kompatible und korrelierende institutionelle Infrastruktur, ohne die fordistische Industrialisierung unvollständig und daher nicht geeignet ist, die ihm zugesprochenen Gratifikationsleistungen zu erbringen.

³⁾ Die Profitrate ist definitionsgemäß das Produkt von Kapitalproduktivität (K/Y) und Profitanteil am Sozialprodukt (P/Y). Letzterer wird natürlich durch den Anteil von Löhnen und Gehältern (incl. Soziallöhnen) am Sozialprodukt (W/Y) begrenzt — von Einkommen "dritter Schichten" einmal abgesehen. Die Größe W/Y kann auch als Lohnstückkosten geschrieben werden, wenn sowohl Löhne und Gehälter als auch das Sozialprodukt je Erwerbstätigen (W/L ; Y/L) ausgewiesen werden. Die Größe W/L indiziert den Lohnanteil je abhängig Erwerbstätigen, die Größe Y/L die Arbeitsproduktivität.

⁴⁾ Eine eingehendere Analyse hätte allerdings die komplexen Zusammenhänge aufzuzeigen, die zwischen dem Fall der Profitrate und dem Ausbruch einer veritablen Krise bestehen.

So eingegrenzt muß auch das Problem der "nachholenden Industrialisierung" von nicht oder noch nicht industrialisierten Gesellschaften doppelt definiert werden. *Erstens* ist die traditionelle Frage nach der Stellung von Entwicklungsländern in der von den entwickelten kapitalistischen Industrieländern dominierten Weltwirtschaft aufgeworfen. Kann der "fordisme périphérique", also das nachholende Industrialisierungsmodell in der Dritten Welt, die Errungenschaften der ausgebildeten fordistischen Industriegesellschaften mit ihrer institutionellen Infrastruktur imitieren und dann — wie etwa Japan — autonom verwirklichen, oder ist das Bemühen der Industrialisierung dazu verdammt, einen "fordisme incomplet", einen "sous-fordisme", eine "caricature de fordisme" (Lipietz 1985, S.11f) hervorzubringen? Anders formuliert: Beruht die Funktionsweise der "fordistischen" kapitalistischen Metropolen darauf, daß "sub-fordistische" Räume in der Dritten Welt existieren, ist der entwickelte Fordismus demnach ein Hemmnis für Entwicklung der Dritten Welt wie die *Dependenztheorie* behauptet, oder können durch politisch erzeugbare Konfigurationen ökonomischer und sozialer Institutionen Entwicklungsimpulse ausgelöst werden, wie die *Modernisierungstheorie* reklamiert? Dieses Thema wird uns unten noch beschäftigen.

Dieser Problemstellung ist eine *zweite* hinzuzufügen: Der "fordisme complet" der hochentwickelten Industrieländer in Nordamerika, Europa und Ostasien stößt an Systemgrenzen und gerät daher in eine "große Krise" (vgl. Boyer 1979; Boyer/Mistral 1983; Lipietz 1985; Lutz 1984; Altvater 1983, 1987), die nur durch die Mobilisierung von Entwicklungspotentialen über den "Fordismus" hinaus, mit der Perspektive des Übergangs in die "post-industrielle Gesellschaft", überwunden werden kann. Die dem Funktionsmodus endogenen Kräfte zur Krisenüberwindung sind heute nicht mehr stark genug; also geht es darum, die *Form zu transformieren*, um die Produktion des relativen Mehrwerts unter historisch veränderten Bedingungen zu steigern. In dieser Situation ist sofort die Frage nach den Konsequenzen für den "fordisme incomplet" aufzuwerfen: Sind die Chancen zur Komplettierung einer industriellen Struktur nun größer — wie dies in den 30er Jahren bei den Versuchen der importsubstituierenden Industrialisierung in Lateinamerika der Fall war (vgl. die Beiträge im Sammelband von Thorp 1984; Leff 1982; Furtado 1976) — oder muß das Projekt der begonnenen fordistischen Industrialisierung in Ländern der Dritten Welt — im eklatanten Unterschied zur Nachkrisenperiode vor 50 Jahren — als gescheitert angesehen werden? Auf diese Fragen wird zurückzukommen sein, nachdem die theoretischen Implikationen der Fordismus-Analyse der "Regulationsschule" erörtert worden sind. Es wird sich zeigen, daß auch hier gilt: *nihil novae sub luna*.

2 "Regulationstheorie": Eine Theorie der "vier K"

Spätestens seit dem Tableau économique von Quesnay und den Reproduktionsschemata von Marx herrscht Einverständnis darüber, daß im System der gesellschaftlichen Arbeitsteilung qualitativ und quantitativ angebbare Relationen einzuhalten sind, wenn der ökonomische Reproduktionsprozeß ungestört verlaufen soll. Die Idee ist alt, aber ihr outfit jeweils neu. Damit ein gesellschaftlicher Reproduktionsprozeß nicht "disproportional" wird und auseinanderdriftet, müssen quantitative Proportionen zwischen den Branchen (Abteilungen) gesichert werden⁵⁾, und es müssen die gesellschaftlichen Verhältnisse *komplementär* dazu und damit *kompatibel* sein. Bei historisch geforderter Ausdifferenzierung des Systems muß dennoch dessen *Kohäsion* gesichert bleiben. Der soziale *Konsens* ist dann das Bindeglied für die Stabilisierung des Herrschaftsverhältnisses oder für die *Hegemonie* des Machtblocks.

Diese Herangehensweise an die Analyse gesellschaftlicher Strukturen und Prozesse ist formal, sie hat aber Tradition und zwar in sehr unterschiedlichen Theoriezusammenhängen. Da es hier um Entwicklungsprozesse geht, sind zunächst die traditionellen Entwicklungstheorien zu betrachten, in denen, wie sich zeigen wird, die vier "K" zentralen Stellenwert besitzen, auch wenn sie höchst unterschiedlich bewertet werden.

Daß entwicklungstheoretische Entwürfe und entwicklungspolitische Konzepte nach den "Großtheorien" der vergangenen Jahrzehnte heute eher kleingeschrieben werden, ist zum Allgemeinplatz geworden; von Modernisierungstheorien will niemand mehr etwas wissen und von Dependenztheorien erst recht nichts. Die Krisen und "Engpässe" der Entwicklungstheorie sind ausgerufen (z.B. Booth 1985/1988; Mouzelis 1988; anders Nitsch 1986). Die in den überkommenen Theorieansätzen enthaltenen generellen Aussagen über die zeitverschobene Realisierbarkeit einer *universellen* Rationalität (Modernisierung) oder der Rekurs auf die (dependente) Situiertheit von regional gebundenen Entwicklungsprozessen innerhalb der *Globalität* eines kapitalistischen Weltsystems werden von den Theoretikern ebenso wie von den Praktikern heute infragegestellt. Die theoretischen Ansprüche wer-

⁵⁾ Lipietz (1987) bezieht sich dabei explizit auf die Darstellung der Marx'schen Reproduktionsschemata, die mit den ökonomischen Gleichgewichtsbedingungen ebenso viele Möglichkeiten des Ungleichgewichts aufweisen. Der Regulationstheorie geht es aber nur in zweiter Linie um ökonomische Gleichgewichtsbedingungen. Viel wichtiger sind ihr die "Entsprechungen" zwischen "Akkumulationsregime", d.h. ökonomischem Funktionsmodus, und "Regulationsweise", d.h. dem institutionellen Rahmen, in dem sich gesellschaftliche Reproduktion historisch vollzieht. Anders als Disproportionalitätstheorien, die ökonomische Krisen aus der Planlosigkeit kapitalistischer Reproduktion und der damit gesetzten Unmöglichkeit der Einhaltung ökonomischer Gleichgewichtsbedingungen ableiten, hat die Regulationstheorie die gesellschaftlichen Verhältnisse insgesamt im Fadenkreuz.

den angesichts der begrenzten Optionen eines manchmal kruden Pragmatismus zurückgeschraubt: jeder Fall ein Sonderfall, übergreifende Aussagen sind fragwürdig, der "case to case"-Philosophie des IWF entsprechen die entwicklungspolitischen komparativen Fallstudien, denen — so begründet einzelne Aussagen sein mögen — die entscheidende Eigenschaft fehlt, die ihnen den Status eines theoretischen Ansatzes gewähren könnte: der in den Einzelfällen noch aufscheinende globale Kontext. Dieser kann nicht im Sinne der Bildung Weber'scher Idealtypen aus der Bündelung von in empirischen Studien herausdestillierbaren Merkmalen hergestellt werden, sondern durch den Nachweis von Wirkungen und Rückwirkungen des "einzelnen" Falls als *besonderer* Fall im *allgemeinen Gesamtzusammenhang* des Weltmarkts.

Den Globaltheorien von Modernisierung bzw. von Dependenz ist nicht mit einem "empiricist denial of the possibility of any substantive generalisations concerning the third world" zu begegnen, sondern mit Theorien, "that go beyond the case study, without sacrificing context in terms of time and space..." (Mouzelis 1988, S. 28). Vom Nationalstaat zu sprechen macht nur Sinn, wenn man ihn im Kontext mit anderen Nationalstaaten sieht, also nicht als eine *einzelne* politische Einheit. Diese gibt es nämlich nicht oder allenfalls in Grenzen; der Nationalstaat ist ein *besonderes* Moment in der *Pluralität* von Nationalstaaten im *globalen* ökonomischen System. Daher sind Fallstudien der komparativen Politikforschung so fruchtlos, wenn sie einzeln erhobene Daten vergleichen. Sie sehen nicht den bereits vor dem mit empirischen Verfahren hergestellten Zusammenhang realer Verhältnisse. Der Blick in statistische Bände und moderne statistische Methode erzeugen die Illusion des Forschers, als ob er es sei, der den realen Kontext erst herstelle. Es ist die Pluralität der Nationen und Nationalstaaten, die die Einheit des Weltsystems konstituiert und in diesem System dann auch asymmetrische Verhältnisse der Herrschaft ("économies dominantes") und der Beherrschung ("économies dominées"), also ein "hierarchisiertes System von Nationen im Weltsystem" herstellt (Beaud 1987, S. 48ff). Schematisch wäre diese Konstellation von nationalen, transnationalen, internationalen und globalen Beziehungen und Prozessen so zu umschreiben:

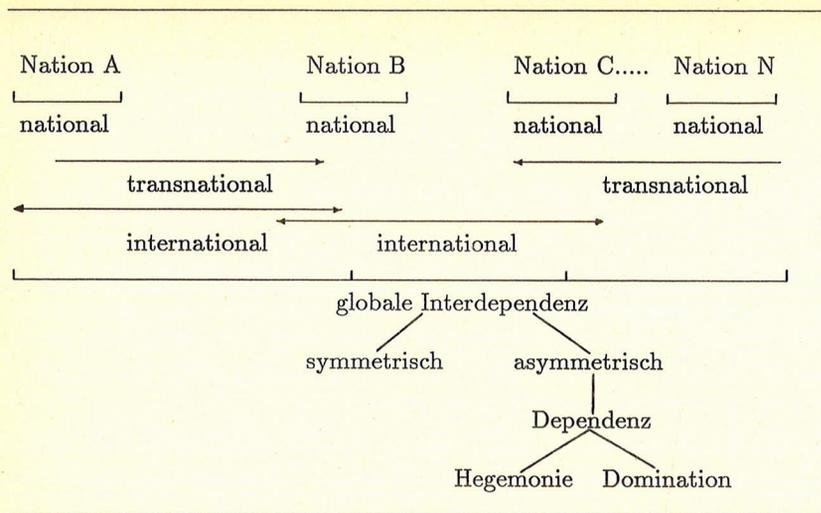


ABBILDUNG 1

Nationale Akteure handeln selten nur im nationalen Kontext bzw. Funktionsraum (dazu Altvater 1987, 2. Kapitel). Selbst der Kauf eines Hemdes in einem beliebigen Kaufhaus ist ein Akt im transnational/international/globalen Raum. Denn der Markt für Textilien, auf den sich der ahnungslose Käufer eines Hemdes begibt, findet in diesem Raum und nicht im nationalen allein statt. Nun ist dieses Beispiel wegen seiner Größenordnung nicht erschütternd. Doch im Falle der Produktions- und Investitionsentscheidungen transnationaler Konzerne, die national operieren und international wirksam sind, ist dies schon anders. Erst recht leuchtet die Schichtung von nationalem und globalem Raum im Falle des internationalen Kreditsystems ein: Der Euro-Dollarmarkt zum Beispiel hat seine Basis in den USA. Die monetären Operationen der Banken finden in "freien Bankzonen" des internationalen Kreditsystems in London oder Luxemburg und auf den Bahamas statt und die Auswirkungen ihrer Aktivitäten haben globale Reichweite von Argentinien bis Zaire. Dabei ist zu berücksichtigen, daß internationale Prozesse alle Formen des Kapitals und alle damit verbundenen Aktivitäten umfassen: Welthandel mit Waren, Direktinvestitionen transnationaler Konzerne, Finanztransaktionen von Banken als Verwalter des zinstragenden Kapitals. Angesichts der Dominanz transnationaler, internationaler und globaler Prozesse ist es ein Mangel, wenn die Regulationstheorie gesellschaftliche Entwicklung aus dem nationalen Blickwinkel betrachtet. Dieser Mangel ist allerdings Ausdruck eines Konstruktionsfehlers der Theo-

rie. *Erstens* versteht sie Regulation trotz des Verweises auf Prozeduren, Spielregeln, die Ausbildung von "Habitus" und internalisierter gesellschaftlicher Normen (z.B. Lipietz 1987, S. 33ff) in erster Linie als eine staatliche Veranstaltung der "Regulierung" (zur Unterscheidung von Regulation und Regulierung vgl. Hübner 1988; Hübner/Mahnkopf 1988) und der Staat ist *Nationalstaat*, dessen Reichweite zumeist in den territorialen Grenzen eingefangen ist. *Zweitens* ist das "intensive Akkumulationsregime mit Massenkonsum" durch die "Entsprechung" von Produktionskraft und Massenkonsumtion, also durch die Fähigkeit der Lösung des "Realisationsproblems"⁶⁾ innerhalb der nationalen Grenzen charakterisiert, so daß nach Lipietz "the history of capitalism...until very recently" hätte als "the history of the declining importance of foreign trade" (Lipietz 1987, S. 56f — Unterstreichung Lipietz) geschrieben werden können. Dieses Argument unterscheidet nicht zwischen "großen" und "kleinen" Ländern; es trägt aber auch nicht der Tatsache Rechnung, daß es im Prozeß der Kapitalakkumulation zu allererst um Verwertung geht und daher Verwertungsstrategien und nicht Realisierungsstrategien für kapitalistische Akteure entscheidend sind. Für die Optimierung dieser Strategie aber ist die Internationalisierung des Warenkapitals (Welthandel) nur ein Moment der Internationalisierung/Globalisierung neben der Globalisierung des Produktionsprozesses und des zinstragenden Kapitals (Kreditsystem). In der Frage der Herausbildung des "globalen Fordismus" wird dies zum Thema der Regulationstheoretiker, nachdem es bei der Explikation der Funktionsmodi des "intensiven Akkumulationsregimes mit Massenkonsum" zunächst in Abrede gestellt worden ist.

Die globalen Interdependenzen sind a-symmetrisch strukturiert; symmetrische kann es angesichts der Ungleichheit nationaler Funktionsräume im Hinblick auf Ressourcen- und Machtausstattung etc. nicht geben. Daher erzeugt das globale System in jedem Fall Dependenz. Doch kann diese durch machtpolitisch erzwungene Dominanz (und entsprechend: Dominiertsein) charakterisiert sein oder durch Hegemonie. Diese ist ohne Zwangsmöglichkeiten nicht durchzuhalten, setzt aber zudem unbedingt Konsens bei allen Beteiligten voraus; die Machtausübung seitens der Hegemonialmacht muß mit "moralischer Überlegenheit" (Gramsci) einhergehen.

Auch wenn Modernisierungs- und Dependenztheorie passé (Booth 1985/1988) sein mögen, unter anderer Etikette tauchen Teile des Theoriebaukastens wieder auf, um zu ganz ähnlichen Konstruktionen zusam-

⁶⁾ In der Auseinandersetzung zwischen Lenin und den Narodniki gegen Ende des 19. Jahrhunderts spielte die Frage nach dem Realisierungsproblem für den "take off" der Kapitalakkumulation eine ebenso entscheidende Rolle wie für die imperialismustheoretische Debatte im Anschluß an Rosa Luxemburg, Sternberg oder später für die Unterkonsumtionstheorie Emil Lederers oder Natalie Moszkowska. Die von der Regulationstheorie aufgeworfene Fragestellung ist also keineswegs neu.

mengesetzt zu werden. In *Regulationstheorie* und *Fordismuskonzept* sind sowohl modernisierungs- als auch dependenztheoretische Elemente kombiniert. Dazu gehören: die Betonung des Prinzips universeller, im industriellen System instrumentalisierter mikro- und makroökonomischer Rationalität (Effizienz), das von Max Weber als die Haupteigenschaft der Moderne identifiziert worden ist. Oder die von Eisenstadt (1979) so bezeichnete "charismatische Dimension der europäischen Moderne" einer möglichen Verschmelzung von "Zweckrationalität und Wertrationalität", der Schaffung einer "rationale(n) Kultur, eine(r) effiziente(n) Wirtschaft, eine(r) bürgerliche(n) (Klassen-) Gesellschaft und eine(s) Nationalstaat(es)..., in dem die Tendenz der rationalen Expansion voll artikuliert werden konnte" (Eisenstadt 1979, S. 254). Bei den Rationalisierern des Arbeits- und Produktionsprozesses findet man diese Denkfigur und Handlungsmaxime wieder; in der Planung des Zeitregimes, in der Optimierung von Leistungen, des Materialflusses, des Einsatzes von Maschinen und Arbeit wird sie zu einer objektiven in Produktionsmitteln materiell und in der Organisation immateriell inkorporierten Struktur des fordistisch-industriellen Systems.

Auch die Unterstreichung der Notwendigkeit von "Entsprechungen" zwischen (ökonomischem) Akkumulationsregime, (gesellschaftlicher) Regulationsweise, (politischem) Hegemonialsystem, zwischen Produktions-, Geld-, Markt- und Lohnverhältnis (vgl. Ominami 1986, S. 21ff.) ist, wenn man die Terminologie "übersetzt", regulationstheoretischen und modernisierungstheoretischen Ansätzen durchaus gemein: Eisenstadt betont mehrfach die "fast totale Kovarianz" von Merkmalen der Modernisierung (Eisenstadt 1979, S. 51) oder die Notwendigkeit "verschiedener struktureller Arrangements von Modernisierung" (ebd., S. 65). Bei ausgeprägter Differenzierung — ein Element gelungener Modernisierung/Industrialisierung — ergibt sich die "Kohäsion" des Systems gerade aus den *Kompatibilitäten* von Produktions-, Reproduktions- und Konsumformen, sowie der dazugehörigen Normen und Werte, die die symbolischen Codes der gesellschaftlichen Interaktion entschlüsseln helfen. Nur bei *Kohäsion* des differenzierten und sich differenzierenden Systems kann die Kapazität zur Bewältigung von Problemen aufgebaut werden, die erst "sich selbst tragende Entwicklung" möglich macht und den gesellschaftlichen *Konsens* begründet.

Die notwendige *Kompatibilität* kann nur das Resultat institutionalisierter Regeln eines Spiels sein, das von den Akteuren im Prozeß des Produzierens in der Fabrik, in der Zirkulationssphäre auf dem Marktplatz, in der Konsumsphäre, in Haushalten, in politischen Bürokratien, jedenfalls in materiellen und immateriellen Institutionen, gespielt wird. Erst hinter dem Rücken, also *post festum* stellt sich heraus, ob die individuellen Akteure ihre Absichten haben realisieren können und ob im Verlauf dieses Prozesses noch

die systemnotwendigen Kompatibilitäten eingehalten worden sind. Daß für die Akteure auch und gerade Normen und Werte, basierend auf Moralvorstellungen von Individuen und interindividueller, aber intrakultureller Ethik bedeutsam sind, ist von den Modernisierungstheoretikern aller Richtungen, von den Kultur- und Wertetheoretikern unter ihnen ebenso wie vom Strukturfunktionalismus in der Tradition Talcott Parsons unterstrichen worden. Entwicklung sollte ja gerade nicht "ökonomistisch verkürzt" mißverstanden sondern als ein komplexer Prozeß der Herausbildung eines differenzierten Systems von gesellschaftlichen Institutionen, die allein dem "Projekt der Moderne" *Form* geben können, identifiziert werden. Also wären modernisierungstheoretisch die Eigenschaften der das System regulierenden sozialen Verhältnisse und ihre notwendigen Entsprechungen zur Herstellung von Kompatibilität ganz ähnlich wie im Regulationsansatz zu deuten: "Modernisierung wäre ... die sukzessive Anpassung politischer, ökonomischer und sonstiger Subsysteme durch Erstellung neuer oder Adaptation vorhandener Produktions-, Distributions-, Kontroll- und Legitimationsmechanismen an den erreichten Stand der den Wandel auslösenden Subsysteme..." (Mansilla, 1978, S. 26). Schematisch kann dieser Zusammenhang folgendermaßen demonstriert werden:

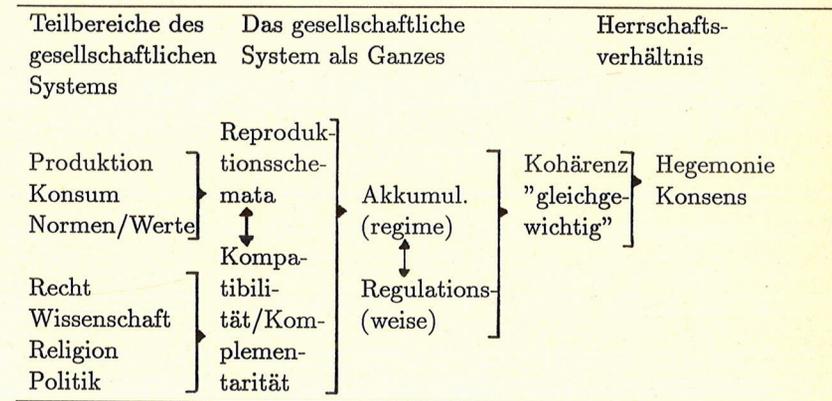


ABBILDUNG 2

Kompatibilität/Komplementarität, Kohärenz, Konsens beschreiben als Kategorien also die Stabilitätsbedingungen eines dynamischen Systems aus den Perspektiven der Teilbereiche des Systems, vom Blickwinkel des Systems insgesamt her und unter dem Aspekt des Herrschaftsverhältnisses. Gelungene Modernisierung drückt sich in einem hohen Grad an *Homogenität* der gesellschaftlichen Teilbereiche, des Systems insgesamt und seiner Dominanzstruktur aus. Nicht gelungene Modernisierung/Industrialisierung

hingegen endet in einem Zustand der "strukturellen Heterogenität". Wir sind nun beim Thema der Dependenztheorie.

Wenn die Dependenztheorie gerade auf die globalen Abhängigkeiten nationaler und regionaler Entwicklungsprozesse deutet, um nachzuweisen, daß die Errichtung bestimmter für die Modernisierung notwendiger Subsysteme (zum Beispiel eines Sektors der Erzeugung von Investitions- und Produktionsgütern, um die ökonomische Verflechtungsstruktur zu balancieren) durch externe Restriktionen verhindert wird, dann steckt dahinter ebenfalls die Vorstellung von notwendigen Entsprechungen, von Kompatibilität und Korrelationen, damit differenzierte, aber kohärente und konsensuale Strukturen entstehen und so Entwicklung — mit welcher Finalität auch immer — stattfinden kann. Dies wird auch von Mouzelis (1988, S. 26f) in seiner Kritik des Ansatzes von Andre G. Frank hervorgehoben, freilich nicht ohne selbst der Neigung nachzugeben, die "internal obstacles to the expanded reproduction of capital in the third world" (ebd., S. 38) in der "obstructionist role" des Staates in der Dritten Welt zu erblicken, also in einem *politischen Manko* der Modernisierung.

Der Unterschied zwischen neo-evolutionistischen Modernisierungstheorien und Dependenztheorien wäre dann — unter diesem Aspekt betrachtet — der zwischen der Annahme einer "nachholenden" Stufenfolge nationaler Gesellschaften entsprechend einem *okzidental*en Muster von Rationalisierung und der Annahme, daß das Durcheilen der Stufenfolge eines evolutionären Prozesses für Entwicklungsländer durch die Abhängigkeit generierenden Strukturen des kapitalistischen Weltmarkts verunmöglicht wird. Der *exogene* Druck des Weltmarkts hat gemäß der Dependenztheorie *endogene* Entsprechungen, nämlich "strukturelle Heterogenität" in der bzw. "strukturelle Deformation" (Córdova 1973) der nationalen Gesellschaften mit der Folge, daß Modernisierung im Sinne von Industrialisierung ein unmögliches Projekt wird. Zwar ist kein "institutionelles System ... völlig homogen" (Eisenstadt 1979, S. 21), doch können die "strukturellen Dislokationen" (ebd., 258) oder die "strukturelle Verschiedenartigkeit, die der Modernisierungsprozeß hervorbrachte", wegen der Integration in den globalen Kontext "pathologisch" werden (Eisenstadt 1979, 73). Es kommt nur eine, wie Darcy Ribeiro (zitiert nach Mansilla 1978, S. 69) es nannte, "rekolonisierende Industrialisierung" zustande mit der nicht-kompletten ökonomischen Struktur einer "verstümmelten Industrialisierung" (Fajnzylber 1983) und mit Werten und Normen, die der Modernisierung/Industrialisierung in der Art des "fordisme complet" nicht genügen oder sogar abträglich sind. Eisenstadt spricht von einem "Zusammenbruch der Modernisierung" (Eisenstadt 1979, 81), wenn es Entwicklungsgesellschaften nicht gelingt, die Anstrengungen der Modernisierung — in den Worten von Michel Beaud (1987, S.

55ff) — in die Spirale (positiver Rückkopplungen) von *Monetarisierung, Proletarisierung, Revolutionierung der technologischen und organisatorischen Grundlagen zu überführen.*

3 Normen von Industrialisierung

Entwicklung kann somit als Überwindung struktureller Heterogenität und als Prozeß der Herausbildung eines — zunächst — *im stofflichen Sinne* "kompletten" (fordistisch)-industriellen, also zugleich auch *modernen* Systems definiert werden. Ohne die Norm der Vollständigkeit, der Kompatibilität und der Kohäsion differenzierter Bereiche und Subsysteme, können weder Entwicklungserfolge noch Entwicklungsblockaden identifiziert werden. Von "struktureller Heterogenität" oder von "Marginalität" zu reden, macht ja nur Sinn, wenn die Vorstellung eines differenzierten, aber institutionell kohärenten, d.h. mit kompatiblen Subsystemen und einer breiten konsensualen Grundlage ausgestatteten Systems — entsprechend Abbildung 2 — vorhanden ist. Die Aufgabe der Entwicklungstheorie wäre daher eine doppelte: nämlich *erstens normativ* zu bestimmen, was eigentlich in den Koordinaten von geographischem Raum und historischer Zeit den "kompletten Fordismus" — als die der Modernisierung in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts angemessenste Form — ausmacht. Die Modernisierungstheorie hat, diesem Desiderat genügend, ein "Modell der sozialen und kulturellen Ordnung" (Eisenstadt 1979, S. 254) entwickelt, dessen Ingredienzen "in der Idee des Nationalstaates und der Klassengesellschaft... konvergierten" (ebd., S. 255). Weil dem so ist, kann das Modell gar nicht widerspruchsfrei sein; es treibt in seiner Realisierung "anti-rationale" Tendenzen (ebd., S. 256), Protestbewegungen, aber auch ökonomisch für ein "self-sustained growth" nachteilige Strukturen hervor. Doch auch das, was nachteilig für Entwicklung ist, bemißt sich noch an dem "Modell", an der "Idee der Moderne", an einer *Norm* industriegesellschaftlicher Rationalität. Nur an dieser Norm gemessen können die Elemente von struktureller Heterogenität bzw. des "fordisme incomplet" angegeben und eine angemessene "kompletierende" Entwicklungsplanung ausgearbeitet werden. Die Theoretiker des "balanced growth" (Rosenstein-Rodan 1943; Nurkse 1963 u.a.) waren sich dessen wohl bewußt, erwarteten sie doch von *komplementären* Elementen in einer *kohärenten* Struktur wechselseitige "external economies" für die mikroökonomischen Einheiten, die das gleichgewichtige Wachstum der gesamten Ökonomie stimulieren.

Die Balancierung muß allerdings mehreren Bedingungen genügen. Erstens müssen *stoffliche* Verhältnisse der Industriebranchen und der produzierten Güter stimmen, also die materiellen Subsysteme kompatibel sein, um die Kohärenz des Gesamtsystems zu sichern. Zweitens müssen aber auch die

wertmäßigen Verhältnisse stimmen. Anders ausgedrückt: sowohl die stoffliche input-output-Matrix muß aufgehen als auch das System der relativen Preise bei befriedigender Profitrate/ Akkumulationsrate stimmen, damit der Reproduktionsprozeß ohne Krisen ablaufen kann. Bei der Darstellung der Basisbedingungen eines konsistenten *Akkumulationsregimes* schreibt Lipietz: "...the term regime of accumulation refers to a systematic and long-term allocation of the product in such a way as to ensure a certain adequation between transformations of conditions of consumption. A regime of accumulation can be defined in terms of a *schema of reproduction* which describes how social labour is allocated over a period of time and how products are distributed between different departments of production over the same period..." Und umgekehrt schlußfolgert Lipietz: "A schema of reproduction is in a sense the skeleton of a regime of accumulation or a mathematical diagram of its social coherence." (Lipietz 1987, S. 32). Da es sich bei diesem System um eine kapitalistische Geldwirtschaft handelt, stellen sich die "Entsprechungen", die "gesellschaftliche Kohärenz" nur über den Markt, hinter dem Rücken der Produzenten her, und alle produzierenden Subeinheiten, die Unternehmen nämlich, müssen sich in diesem Prozeß eine zumindest durchschnittliche Profitrate aneignen können. Sonst wird der Prozeß der Entwicklung blockiert.

Denn Kapitalakkumulation ist die Grundlage der Entwicklung und die wird durch Kapitalverwertung, Erzielung von Profit in Gang gehalten. Komplet ist der "Fordismus" also von dieser Seite her betrachtet nur dann, wenn die Kapitalverwertung gelingt, die Profitrate des Kapitals also hoch genug ist, um die Dynamik der Kapitalakkumulation, also quantitative Wachstum und qualitative Veränderung gesellschaftlicher Verhältnisse, zu stabilisieren. Die Anpassung an diese Norm bedeutet für eine Entwicklungsgesellschaft somit mehr als die bloße Überwindung stofflicher struktureller "Deformationen" bzw. mehr als die "Komplettierung" fordistischer Verhältnisse durch die Errichtung von für die stoffliche Reproduktion einer modernen Gesellschaft notwendigen Industriebranchen. Der Aufbau einer Produktions- und Investitionsgüterindustrie zur Ergänzung einer möglicherweise bereits existierenden Konsumgüterindustrie ist also keineswegs hinreichende Bedingung für den Erfolg fordistischer Industrialisierung. Wenn nicht die Verwertungsbedingungen des Kapitals positiv durch eine "entsprechende" Entwicklungspolitik beeinflußt werden, kann die Entwicklung gar nicht dynamisiert werden und trotz stofflicher Komplettierung bleibt der Fordismus im Sinne von Wert- und Verwertungsstruktur "incomplet"⁷⁾.

⁷⁾ Eine eingehendere Analyse hätte an dieser Stelle die Rolle transnationaler Konzerne, deren Verhältnis zur nationalen privaten und nationalen staatlichen Industrie etc. zu berücksichtigen. Darauf kann hier aber nicht eingegangen werden.

Schlimmer noch: die Komplettierungsversuche können die strukturelle Heterogenität steigern. Davon zeugen die "Invest-Ruinen" in vielen Ländern der Dritten Welt, die ja nicht aus stofflichen Gründen ruinös für das Land sind, sondern weil sie als *Kapitalanlagen* keinen oder nicht genügend Profit abwerfen und dann entweder hohe Erhaltungssubventionen erfordern oder kostspielig abgeschrieben werden müssen. In beiden Fällen belasten sie den gesellschaftlichen Investitionsfonds. Aus diesem Grunde ist es sinnvoll, Entwicklung und "Inwertsetzung" zu unterscheiden (vgl. Altvater 1987, S. 133-194) und nicht, wie es regelmäßig geschieht, Stoff- und Wert- bzw. Kapitalentwicklung ineinszusetzen. Von entscheidender Bedeutung ist dabei, daß die staatliche Entwicklungsplanung nicht über die Ressourcen verfügt und nicht die erforderliche Reichweite besitzt, um auch die Verhältnisse der Kapitalverwertung nachhaltig zu beeinflussen⁸⁾.

Zweitens müssen *analytisch* die endogenen und exogenen Faktoren identifiziert werden, die diese Komplettierung ver- oder behindern. Dies erfordert auch die theoretische und historisch-empirische Auslotung des zeit-räumlichen Kontextes der gesellschaftlichen Regulation, der durch die Reichweiten von ökonomischem Akkumulationsprozeß, von politischem Hegemonialsystem und kulturellen Werten umschrieben wird. Die Reichweiten sind in der Regel weder ökonomisch und politisch noch sozial und kulturell mit dem Nationalstaat identisch; sie sind ökonomisch immer größer und ausgreifender als die Grenzen des Nationalstaates, nämlich global. "...le capitalisme s'est formé, constitué, affirmé sur des bases nationales...le capitalisme se reproduit à une échelle toujours élargie...un capitalisme national ne peut rester à l'intérieur de ses frontières..." (Beaud 1987, 60). Dies ist auch der Sachverhalt, der der Weltsystemtheorie zugrundeliegt und der jenseits aller berechtigten Kritik (z.B. von Ziebura 1985, S. 23-32) die Attraktivität des Ansatzes ausmacht. Politisch kann sich die Reichweite mit dem Nationalstaat decken, doch ist dies bei politisch asymmetrischer Interdependenz nicht immer der Fall. Definitionsgemäß ist die politische Reichweite des Handelns der Hegemonialmacht in der Weltökonomie größer als die von subalternen Mächten, seien sie ökonomisch entwickelt oder nicht. Bestimmte kulturelle Dimensionen, insbesondere das "fordistische" Konsummodell, haben wie die ökonomischen Regeln, nach denen sich mikroökonomische ebenso wie makroökonomische Einheiten richten, globale Reichweiten; sie entfalten sich mit der Expansion des Akkumulationsprozesses. Andere Aspekte kultureller Praxen freilich sind allenfalls regional, noch nicht einmal national — Sprachen und Dialekte, Bräuche, Riten, Religionen, Feste.

⁸⁾ Mit dem Begriff des "Verlustes wirtschaftspolitischer Souveränität" angesichts der Einflüsse des Weltmarkts (terms of trade, Wechselkurse, Zinsniveau) wird dieser Sachverhalt ausgedrückt.

Da die Reichweiten nicht nur durch den räumlich-zeitlichen Wirkungskreis ökonomischer, politischer, kultureller Praxen definiert sind, sondern mehr noch durch die *Logik des Handelns*, sind wir hier wieder mit der oben dargelegten Doppelseitigkeit von Entwicklung/Inwertsetzung konfrontiert. Im ökonomischen "Funktionsraum" sind die Bedingungen der Kapitalakkumulation vorherrschend, während im politischen Funktionsraum die Prinzipien der Erhaltung und Festigung des hegemonialen "Blocks" sowohl durch Zwang und Gewalt als auch durch Erzeugung von Konsens und die Ausbildung der Institutionen der "società civile" (Gramsci) gelten. Mouzelis (1988, S. 35ff) weist nun auf einen "Mangel" in der (neo)-marxistischen Entwicklungstheorie hin, den er in der systematischen Vernachlässigung des Politischen durch den marxistischen "Reduktionismus" erblickt: "This flaw is Marxism's economic, reductionist orientation" (Mouzelis 1988, S. 36). Der reduktionistische, weil ökonomistische Umgang mit den Phänomenen und Problemen von Entwicklung soll nicht bestritten werden. Doch dürfte dieser Fehler nicht dadurch zu korrigieren sein, daß nun entgegen der marxistischen Betonung des "Primats der Ökonomie" ein wenn auch vorsichtig formulierter "Primat des Politischen" (so Mouzelis 1988, S.38ff) aufgestellt wird. Eine Behebung des entwicklungstheoretischen Mangels dürfte nur auf dem hier vorgeschlagenen Wege der Untersuchung der *Artikulation von Funktionsräumen* des Politischen, des Ökonomischen und des Kulturellen möglich sein.

Betrachten wir nun das Problem aus dem Blickwinkel der Modernisierungstheorie. Diese sieht keine endogen blockierenden Folgen exogener Einflüsse; vielmehr ist danach die Ungleichzeitigkeit der Entwicklung nationaler Gesellschaften gerade als Chance nutzbar, von den entwickelteren Gesellschaften zu "lernen" und die Zeitdauer des Durchschreitens von den traditionellen Formen des gesellschaftlichen Lebens bis in die Moderne noch abzukürzen, zumal wenn bei Intensivierung des internationalen Handels komparative Kostenvorteile genutzt werden können. Die "westernization" (Klarén 1986, S. 11) der Dritten Welt ist danach vorprogrammiert und die damit implizierten Prozesse von Industrialisierung, politischer Institutionenbildung, sozialer Differenzierung und kultureller Adaptation an die "westlichen" Normen von Zweck- und Wertrationalität sollten noch dazu beschleunigt ablaufen können. So betrachtet reduzieren sich die Probleme von Entwicklung auf die "Übergänge" vom "extensiven" in das "intensive" Stadium und deren Datierung als "turning points" oder "take-off datings" (Reynolds 1986, S. 10, 31ff) bzw. auf eine Strategie der Überwindung von Friktionen, die während der "Übergangsphase" auftauchen können (Beenstock 1986). Mansilla faßt mit Blick auf Rostows Stadien- und take off-Modell (Rostow 1968) prägnant zusammen: "In der Tat ist

es nur zu evident, daß Rostow und eigentlich alle Modernisierungstheorien mehr oder minder explizit nur eine Schlussfolgerung bezüglich der Entwicklungsstrategie zulassen: der optimale Weg sei die Schaffung ähnlicher Voraussetzungen, das Durchlaufen gleichartiger Phasen und die Entfaltung vergleichbarer Institutionen, Verhaltensmuster und Produktionsformen wie die westeuropäischen Länder, um dem exemplarischen Modell von Modernität...nahezukommen. Alle Modernisierungstheorien gehen unkritisch vom westeuropäisch-nordamerikanischen Modell aus, das dadurch normative Kraft erhält und selbst nicht in Frage gestellt wird. *Es ist sehr bezeichnend, daß keine dieser Theorien...sich die Frage stellt, was auf das erreichte westeuropäisch-nordamerikanische Stadium folgen könnte*" (Mansilla 1978, S. 33f; Hervorhebung E.A.).

4 Der unmögliche "fordisme complet"

Gerade die letzte Frage ist natürlich entscheidend: Was ist, wenn das Paradigma der Modernität den schon modernisierten Gesellschaften verlustig geht, wenn die Norm, auf deren Erfüllung die "Komplettierung" des Modells zielt, von den okzidentalern "Vorbildern" ausgetauscht wird, konkreter: wenn die fordistische Industrialisierung an Grenzen stößt, wenn das Marx'sche Versprechen an den deutschen Leser des "Kapital" (MEW Bd. 23, S. 12) "*de te fabula narratur*" nur noch Illusion ist (und so auch Warren's (1980) Optimismus hinsichtlich der "zivilisatorischen Wirkung" des Imperialismus für die Gesellschaften der Dritten Welt), wenn "Fortschritt" nur noch "postfordistisch" identifiziert werden kann? Von welchen Verhältnissen ist dann Entwicklung/Unterentwicklung dependent, und wie muß Modernisierung gedacht werden, wenn deren Finalität — das Universalität und Globalität beanspruchende okzidentale Modell der Rationalisierung in Ökonomie, Gesellschaft, Politik — unklar, verworren und vor allem strittig geworden ist?

An der von diesen Fragen angedeuteten Schnittstelle müssen heute Überlegungen über Entwicklungsstrategien ansetzen. Versuchen wir einige der Koordinaten zu bestimmen. Der Entwicklungsoptimismus der "evolutionistischen" Modernisierungstheoretiker der 50er und 60 Jahre wurde durch den Unterentwicklungspessimismus der Dependenztheorien abgelöst, der wiederum im Verlauf der 70er Jahre durch die zum Teil spektakulären Entwicklungserfolge einiger — vor allem ostasiatischer — Schwellenländer *praktisch* kritisiert wurde. Der Rückgriff der Schwellenländer, also der industriell zum Teil bereits entwickelten Länder der Dritten Welt, auf die "externe Ersparnis" der internationalen Kredite sowie die zumindest kurzfristig Mitte der 70er Jahre nach dem ersten "Ölpreisschock" steigenden Rohstoffpreise schienen auch den wenig entwickelten Regionen der Drit-

ten Welt eine neue Perspektive der industriellen Entwicklung innerhalb des globalen Systems zu bieten, zumal sich die traditionellen Industrieländer in einer "Wachstumsflaute" befanden, das dynamische Zentrum der Kapitalakkumulation im globalen ökonomischen Funktionsraum also in den "Süden" gewandert zu sein schien. Die Chancen für eine Industrialisierungsoffensive schienen gut, auch wenn sie mit prekären externen Krediten finanziert werden mußte, und eine neuartige Abhängigkeit dadurch heraufbeschworen werden konnte (Furtado 1982). Wenn das Verlaufsmuster der Konjunkturzyklen nach dem Zweiten Weltkrieg in Rechnung gestellt wurde, konnte die "industrialisation cum debt" sogar als höchst rational beurteilt werden, da sie antizyklisch, die Wachstumsflaute der entwickelten Länder auszunutzen schien. Mit dem erwarteten neuen Aufschwung hätten die "newly industrializing countries" ihre Kapazitäten nutzen und die expandierenden Weltmärkte bedienen können⁹⁾.

Vorstellungen darüber, daß die Krise der 70er Jahre eine strukturelle sein und das Ende des "fordistischen Zyklus" einläuten könnte, waren nicht gerade "common sense". Die "Konfiguration" von Zentrum und Peripherie schien gerade im Zuge der Internationalisierung des produktiven Kapitals (transnationale Konzerne) und des zinstragenden Kapitals (internationales Kreditsystem) Spielräume für eine Industrialisierung der Dritten Welt zu eröffnen, wie nicht nur Modernisierungstheoretiker meinten (von den politischen Eliten der Dritten Welt abgesehen), sondern auch marxistische Kritiker an der Dependenztheorie (Warren 1980). So konnte das Entwicklungsziel der UNIDO von Lima 1975 (UNIDO 1985, S. 19ff) realistisch scheinen, daß die Länder der Dritten Welt einen guten Teil des Rückstands — gemessen an den üblichen Indikatoren der Entwicklung (BSP pro Kopf; Industrieproduktion; Anteil am Welthandel mit Industriewaren etc.) — gegenüber der "Ersten Welt" bis zum Ende des Jahrtausends aufholen würden. Dieses Projekt ist, so kann man heute sagen, in den meisten Ländern der Dritten Welt offensichtlich gescheitert: die absolute Armut hat zugenommen, das Nord-Süd-Gefälle ist nicht kleiner sondern größer geworden. Nach der deklarierten "Entwicklungsdekade" wird das Fiasko dieser Strategie in dem Report der Nord-Süd-Kommission schon im Titel ausgedrückt: nicht von Entwicklung, Industrialisierung und Modernisierung ist die Rede, sondern von der Notwendigkeit, das "Überleben zu sichern" (Brandt 1980). Nur in einigen Ländern — in den ostasiatischen Schwellenländern — sieht es so aus, als ob es bislang erfolgreich gewesen wäre. Industrialisierung ist also entgegen den

⁹⁾ Diese Vorstellung wurde explizit zur Begründung der brasilianischen "megalomani-schen" Investitionsprogramme Mitte der 70er Jahre herangezogen. Es kam niemandem in den Sinn, daß die "Wachstumsflaute" einem anderen Muster als den kurzfristigen Konjunkturzyklen geschuldet war, nämlich einer "großen" Kondratieff-Krise am Ende des langfristigen "fordistischen" Weltmarktbooms. Vgl. zum Fall Brasilien Altvater 1987, S. 278ff

starken Annahmen der Dependenztheorie in einzelnen Ländern sehr wohl ein machbares Projekt, wenn auch nicht — wie demgegenüber die Modernisierungstheorie unterstellt — ein allgemeines und daher in allen besonderen Fällen nachzuholendes Unterfangen. Die aus dieser Feststellung gezogene Schlußfolgerung für die Entwicklungstheorie ist durchaus naheliegend: Differenzierte historische Analysen von nationalen Entwicklungsprozessen innerhalb des globalen Kontextes (so jedenfalls Mouzelis 1988; weniger eindeutig Booth 1985/1988; Menzel 1986). Allerdings ist mit dieser Reorientierung nicht zu vermeiden, in die theoretische Falle der case studies oder der Überbetonung der (politischen) nationalstaatlichen Perspektive gegenüber der Berücksichtigung globaler (ökonomischer) Verhältnisse hineinzutappen, auf die oben bereits hingewiesen wurde. Der scheinbare Ausweg führt also in eine erneute Sackgasse der Analyse von Entwicklungsprozessen.

Der "fordisme incomplet" bemißt sich am "fordisme complet" der hochentwickelten Industrieländer mit differenzierten, aber kompatiblen Formen von Akkumulation, Hegemonie und Regulation, daher hoher gesellschaftlicher Kohärenz und mit breiter konsensualer Grundlage. Wenn Entwicklungstendenzen des fordisme incomplet analysiert und bewertet werden sollen, müssen die Veränderungen des fordistischen Industriemodells in den entwickelten Ländern betrachtet werden; werfen wir also einen raschen Blick auf die jüngste Entwicklung in den kapitalistischen Industrieländern.

Inzwischen hat sich die Wachstumsflaute, von der oben in unspezifischer Weise die Rede war, in den Industrieländern als *strukturelle Krise* herausgestellt, genauer: als Krise eines "Entwicklungs- oder Akkumulationsmodells". Der lange Zyklus seit etwa dem Zweiten Weltkrieg ist auf institutionelle Rigiditäten gestoßen, die freilich anders zu begründen sind als dies von Olson mit seiner These von den "emerging distributional coalitions... (which) slow down a society's capacity to adopt new technologies and to reallocate resources in response to changing conditions, and thereby reduce the rate of economic growth" (Olson 1982, S. 65) erfaßt oder von neoklassischen Ökonomen (Giersch mit seiner Rede von der "Eurosklerose") vorgeschlagen wurde. Ökonomisch sind die hohen Zuwachsraten der Produktivität der Arbeit wie in den ersten beiden Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr zu halten, so daß bei steigender Kapitalintensität die Kapitalproduktivität sinkt. Dies ist der eigentliche Grund der Verwertungskrise, wie im übrigen nicht nur überakkumulationstheoretische Ansätze (dazu Altvater/Hoffmann/Semmler 1979; Stanger 1988, S. 330ff), sondern auch empirische Untersuchungen der OECD (Vgl. Chan-Lee/Sutch 1985) zeigen.

Wenn dann aufgrund von Rigiditäten der Individual- und Soziallöhne (also bei der Ausgestaltung des Systems der sozialen Sicherheit) und bei

der Anpassung von Arbeitsorganisation und Arbeitszeit keine zureichenden Kompensationen möglich sind, sinkt die *Profitrate* und in der Folge auch die Akkumulationsrate¹⁰⁾. Damit die Arbeitskosten aber zur manipulierbaren Residualgröße werden können, müssen deren institutionell verankerte Rigiditäten abgebaut und diese statt dessen durch flexible Mechanismen der Lohnanpassung ersetzt, also "reformistische" Errungenschaften von Kämpfen der Gewerkschaften und Arbeiterparteien der vergangenen Jahrzehnte unterminiert werden. Nur so kann es gelingen, die strategische Verfügungsmasse der Unternehmen in der Krise auszuweiten. Infolgedessen gibt es in allen kapitalistischen Ländern eine Tendenz zur "Deformalisierung" der formellen Arbeit, also zur "Deregulierung" der bisher institutionell geschützten Lohnarbeit, zur Auflösung des "Normalarbeitsverhältnisses".

Die Unternehmen machen zunächst noch den Versuch, die nicht flexibel adjustierbaren Produktionskosten mit steigenden Marktpreisen, also mit inflationistischer Preisbildung, zu kompensieren (Boyer 1979, S. 74ff). Dies ist übrigens eine Tendenz, die schon in den 20er Jahren als adäquate Reaktionsweise von großen Unternehmen mit hoher Fixkostenbelastung herausgestellt worden ist (so Schmalenbach mit seinem Argument von der "Verschiebung der Produktionskosten"). Sie ist aber nur realisierbar, wenn die Entwicklung des Kreditsystems dies zuläßt (dazu: Altwater u.a. 1975, S. 262ff.). Das Geld- und Kreditverhältnis muß also ebenso wie das Lohnverhältnis den Funktionsbedingungen der Kapitalverwertung in der Krise adjustiert werden; der Flexibilisierung des Lohnverhältnisses entspricht eine krisenbedingte Ausweitung des Kreditsystems, und zwar international. Doch wird durch inflationistische Reaktionen der Unternehmen auf die "profit squeeze" die Krise eher ausgeweglos, insbesondere da so die Regulierungsleistungen des Staates überfordert werden (Fiskalkrise) und die Funktionsweise des internationalen Währungs- und Kreditsystems pathologisch wird. Obendrein stellt sich das mark up-pricing schließlich als geldillusionär heraus, da entweder nur das Preisniveau nach oben verschoben und die relativen Preise nicht verändert werden, oder bei einer inflationsbedingten Änderung der relativen Preise der Markt als Allokationsmechanismus "falsch" fungiert (false trading).

Dieses Argument gilt freilich für die Länder des "fordisme complet" dann nicht, wenn es ihnen gelingt, das "mark up" für ihre Industriewaren auf dem Markt durchzusetzen, ein entsprechendes "mark up" für die Waren der Länder des "fordisme incomplet" aber zu verhindern. Tatsächlich spricht die Entwicklung der terms of trade seit der Mitte der 70er Jahre

¹⁰⁾ Es kann an dieser Stelle auf empirische Belege verzichtet werden. Zum Fall der Profitrate gibt es eine Fülle von Untersuchungen, die allesamt den Tatbestand als solchen belegen, wenn auch hinsichtlich der Ursachen weit divergieren. Vgl. z.B. Armstrong/Glyn/Harrison 1983; Chan-Lee/Sutch 1985; Mazier 1984; Altwater 1987.

dafür, daß dieser Prozeß erfolgreich war, daß also die Lasten des weltweiten Inflationsprozesses vor allem die Länder der Dritten Welt haben tragen müssen: die Inputpreise sind für sie in realen Größen stärker gestiegen als die Output-Preise, die terms of trade haben sich für sie also verschlechtert¹¹⁾, während sie für die Industrieländer eine Verbesserung der realen Austauschverhältnisse indizieren. Für Entwicklungsländer stellt sich so das System monetärer Beziehungen als eine Restriktion der Entwicklung dar, während es in den Industrieländern zunächst Erleichterung in der Krise verschaffte. Der Mechanismus hat zur Folge, daß trotz zum Teil zwei- und dreistelliger Inflationsraten in Ländern der Dritten Welt, die Inflation paradoxerweise *deflationär* wirkt. Entscheidend dafür ist die Bewegung des Wechselkurses; die Währungsabwertungen insbesondere in verschuldeten Ländern übersteigen die Inflationsraten, so daß die Währungen der OECD-Länder im Vergleich zu denjenigen der Entwicklungsländer tendenziell aufgewertet werden. Eine Einheit der aufgewerteten Währung kauft dann mehr Güter und Dienste in realen Größen, eine Einheit der abgewerteten Währung entsprechend weniger.

Trotz dieser Erleichterung für die Länder der nördlichen Erdhälfte stellt es sich schließlich heraus, daß strukturelle Arbeitslosigkeit unvermeidbar ist, es sei denn: die technischen und sozialen Bedingungen einer Steigerung der Kapitalproduktivität werden verbessert und/oder die institutionellen Formen des "Lohnverhältnisses" werden den neuen Bedingungen quantitativ (Arbeitszeit und Lohnhöhe) und qualitativ (Lohn- und Arbeitsformen) angepaßt. Die Krise ist also nicht als bloße Phase des ökonomischen Zyklus angemessen zu verstehen, sie ist Ausdruck institutioneller Inadäquanz. Sie ist "Formkrise" oder "große Krise", da innerhalb der historischen Form von Akkumulation und Regulation die *form-endogen* mobilisierbaren Ressourcen der Krisenbekämpfung und -überwindung unzureichend sind und somit die Form des Akkumulationsmodells *transformiert* wird. Dieser Prozeß ist zugleich die Störung, vielleicht Zerstörung der Komplementarität gesellschaftlicher Subsysteme und der Kohärenz des Systems insgesamt. Ob die hegemoniale Struktur in Frage gestellt wird, ist ungewiß; Carlo Donolo (1977, S. 16–26) unterscheidet in diesem Zusammenhang zwischen "mutazione" und "transizione", d.h. zwischen einer bloßen Anpassung des gegebenen "sozioökonomischen Systems an die neuen Entwicklungsbedingungen von Produktivkräften und internationaler Arbeitsteilung, an die neuen gesellschaftlichen Anforderungen und Machtbeziehungen zwischen den Klassen und politischen Kräften, die ihnen entsprechen" einerseits und dem —

¹¹⁾ Nach Angaben des IWF für die Kapital importierenden Entwicklungsländer hat sich der Preisindex für Exportwaren von 1979 bis 1987 um 4,5%, der Preisindex für Importwaren um 18,6% erhöht, so daß der terms of trade index um 11,9% gefallen ist (IMF 1988, S. 28).

wenn auch "langwierigen" — Übergang zu einem anderen Entwicklungsmodell "jenseits der kapitalistischen Gesellschaftsformation" (Donolo 1977, S. 18f). Transformationsprozesse — dies hat Gramsci mit seinem Konzept des "transformismo" hervorgehoben — sind mitnichten in jeder gegebenen historischen Situation revolutionär, sie erzeugen vielmehr zur Erhaltung der Hegemonie der herrschenden Klassen kohärente Akkumulationsverhältnisse und Regulationsbedingungen und dann auch die Kompatibilitäten von Produktion, Konsumtion, Normen etc. Der Prozeß ist natürlich nicht ohne heftige Konflikte denkbar, an deren Ausgang die erneute "negative Integration" (Dieter Groh) der subalternen Schichten steht, aber er folgt eben dieser Logik:

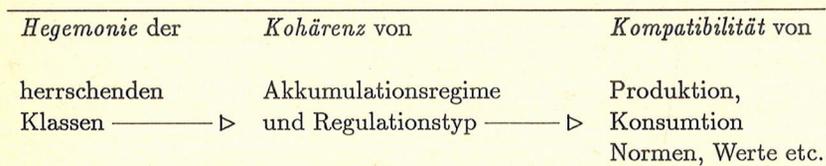


ABBILDUNG 3: DIE LOGIK DES TRANSFORMISMUS

Die Transformation der Form Fordismus hat zwei Seiten, den strukturellen Bruch des "alten" Modells und die "Restrukturierung", also die schwere Geburt neuer Formen von Akkumulation, Regulation, Hegemonie. Da die regulierenden Prinzipien der Form nicht nur Geld (Lohn) und Herrschaft (Organisation, Konsens, Zwang), sondern gleichermaßen auch Normen und Werte sind, ist die Transformation der Regulationsweise tiefgreifend, wenn die "Krise des Fordismus" überwunden werden soll.

4.1 Finanzielle Strangulierung

Für die entwicklungstheoretische und -politische Debatte ist ein weiterer Aspekt der Blockierung des "globalen Fordismus" von Bedeutung: die Krise des *Weltgeldes* und der globalen hegemonialen Ordnung. Dadurch werden der globale Rahmen für jede Art von Entwicklungs- bzw. Inwertsetzungsprozeß verändert, mithin auch die Umstände beeinflusst, die die je nationalen *Besonderheiten* umschreiben. Die *Schuldenkrise* dokumentiert deutlich genug, daß die Kosten der Integration in die fordistische Arbeitsteilung prohibitiv hoch sind. Um die Kosten der aufgenommenen Kredite zu begleichen, müssen hohe Überschüsse der Handelsbilanz erwirtschaftet, also Ressourcen transferiert werden. Investitionen werden gestrichen und auf diese Weise wird Entwicklung nachgerade unterbrochen. Da auch die Löhne und öffentlichen Konsumausgaben gesenkt werden, fehlt auch die interne Nachfrage,

die für die Heranbildung eines fordistischen, intensiven Akkumulationsregimes notwendig ist. Auf dem einmal beschrittenen Weg der "industrialisation cum debt" lauern die Gespenster der monetären Institutionen von privaten Banken über die Umschuldungsgremien (Londoner Club; Pariser Club) bis zum IWF und zur Weltbank, die die verschuldeten Länder "finanziell strangulieren" (Lipietz 1987, S. 162).

Das globale Geld- und Kreditverhältnis in den 80er Jahren ist durch Inkompatibilitäten zwischen realer Leistungsfähigkeit der Schuldner und monetären Forderungen der Gläubiger gekennzeichnet. Die Schuldner, allesamt prä- oder protofordistische Gesellschaften bzw. Industriezweige, werden durch Mechanismen der finanziellen Strangulation zu Leistungen an die Gläubiger, allesamt tendenziell post-fordistische Gesellschaften, gezwungen, die die Herausbildung kohärenter fordistischer Verhältnisse verunmöglichen. Noch weniger ist den Schuldnern eine Perspektive jenseits des Fordismus offen, es sei denn sie lösen sich aus den finanziellen Fesseln und aus den sonstigen Weltmarktzwängen. Dieses Resultat der Strategie "growth con debt" ist so ganz anders als das von Entwicklungstheorie und Entwicklungsagenturen vorausgesagte: Die in den 60er und 70er Jahren aufgestellte Hypothese vom Schuldenzyklus sagt — vereinfacht — aus, daß externe Kredite benutzt werden, um Importe von Produktionsmitteln zu finanzieren. Wenn diese ausgereift sind, werden mit ihnen Exportwaren produziert, deren Devisenerlöse die Bedienung und Tilgung der Außenschuld ermöglichen. Nach einer gewissen Zeit werden Schuldner zu Gläubigern und umgekehrt müssen sich im Verlauf dieses Prozesses Gläubiger in Schuldner verwandeln. Am Anfang des Zyklus ist die Kreditnachfrage der Schuldner gering, da auch die Entwicklung stagniert; in der Phase beschleunigter Entwicklung steigt notwendig die Verschuldung rapide an. Je entwickelter das Land, desto geringer die externe Kreditnachfrage, bis in der Phase der "Reife" das Land zu einem Nettokapitalexporteur werden kann (Vgl. Beenstock 1984, S. 244). Diese These, obwohl sie (seit dem programmatischen Artikel von Chenery und Strout, 1966) verbreitet ist, trägt absurde Züge. Denn wegen der Zinszahlungen für aufgenommene Kredite muß der Handelsbilanzüberschuß der "reifen" Schuldnerländer auf jeden Fall höher sein als derjenige der Gläubigerländer in der Phase der zunehmenden Verschuldung. Und umgekehrt muß, damit der von der "Hypothese" angesprochene Mechanismus reibungslos läuft, das Handelsbilanzdefizit der ehemaligen Gläubigerländer, d.h. der fordistisch-industrialisierten Länder, größer sein als das Defizit der (ehemaligen) Schuldnerländer. Es werden also vermittelt über die Welthandelsströme weitreichende strukturelle Anpassungen in (ehemaligen) Schuldnerländern und Gläubigerländern verlangt. Umso erstaunlicher ist es, daß die Weltbank (1985, S. 55f) noch die "Schuldenzyklushypothese" propagiert,

ohne auf diese simple saldenmechanische Überlegung auch nur marginal einzugehen. Der Grund ist einfach: die Schuldner müssen sich anpassen, die Gläubiger nicht. Wie unter diesen Bedingungen aber die "strukturelle Anpassung" der Schuldner gelingen soll, bleibt das Geheimnis von Weltbank und ähnlichen entwicklungspolitischen Agenturen.

Wenn die Zinszahlungen nicht gestundet werden, muß sowieso ein wachsender Teil der aufgenommenen Bruttoschulden dafür und nicht für Importe von Waren verwendet werden. Die Weltbank zeigt 1981, daß 1975/76 noch 50% der neuen Bruttoschulden einen Netto-Transfer darstellen, 1980 aber nur noch 22% (vgl. Griffith-Jones 1984, S. 55), so daß 78% der externen Kredite sofort an die Kreditgeber retransferiert werden, um alte Verpflichtungen abzutragen. In der zweiten Hälfte der 80er Jahre ist der Nettotransfer von Krediten an Schuldnerländer negativ. Die Hypothese vom Schuldenzyklus trägt dem Sachverhalt nicht Rechnung, daß in der Strategie des "growth cum debt" ein pathologisch wirkender Mechanismus enthalten ist, der die finanzielle Strangulation der Schuldner zum Resultat hat: die Loslösung monetärer von realen Verhältnissen, die Entkoppelung zwischen monetären Forderungen und realer Leistungsfähigkeit. Folgende Daten vermitteln einen Eindruck:

Länder- gruppe	Bruttoin- landsinv		Privat- konsum		Exporte		Importe	
	1965/ 1980	1980/ 1985	1965/ 1980	1980/ 1985	1965/ 1980	1980/ 1985	1965/ 1980	1980/ 1985
A	3,2	-2,1	3,0	3,1	0,2	0,1	0,3	-0,5
B	8,6	-3,9	6,3	1,5	3,2	3,7	6,0	-1,0
C	8,4	-4,1	6,8	1,2	1,6	5,0	6,0	-0,8
D	11,2	-4,8	6,6	0,6	-0,2	-0,3	7,9	-4,2
E	9,0	-11,4	4,4	0,3	9,6	-5,0	9,8	-9,4
F	8,2	-9,4	6,4	0,2	0,5	1,1	6,3	-8,6
G	2,9	2,7	4,0	2,2	7,5	3,7	6,7	3,9

A = Länder mit niedrigem Einkommen ohne Indien und China

B = Länder mit mittlerem Einkommen

C = Obere Einkommenskategorie

D = Ölexporteur

E = Afrika südlich der Sahara

F = Hochverschuldete Länder

G = Marktwirtschaftliche Industrieländer

Quelle: Weltbank, Weltentwicklungsbericht 1987

TABELLE: JAHRESDURCHSCHNITTLICHE WACHSTUMSRATEN VON INVESTITIONEN, KONSUM, AUSSENHANDEL AUSGEWÄHLTER LÄNDERGRUPPEN 1965 — 1985

Um den Bankrott des globalen Systems hinauszuschieben, müssen immer neue Kredite aufgenommen werden, um den Schuldendienst auf die alten Kredite leisten zu können; Minsky (1986) hat dies als "Ponzi-Finanzierung" bezeichnet, als untrüglichen Indikator für die Zunahme "finanzieller Instabilitäten" im internationalen Geld- und Kreditsystem: Denn die Bedienung der alten Schulden ist nur mit neuen Krediten möglich. Solange diese fließen, funktioniert das System wie das "Pilotenspiel" oder Kettenbriefaktionen auch. Doch die Schuldenberge wachsen und die Last der Zinsen und Tilgungen nimmt zu. Die Schuldnerländer opfern auf dem Altar des schnöden Mammons die Erwartungen auf die Gratifikation des fordistischen Modells. Sie haben die Hoffnungen auf eine "industrialisation cum debt" mit einem schmerzlichen Rückgang der Investitionen und der Importe bezahlen müssen. Daß die Importe sinken und die Exporte steigen, könnte ja noch als Indiz für den Erfolg der Strategie importsubstituierender Industrialisierung interpretiert werden. Doch paßt der Rückgang der Investitionen ebensowenig ins Bild wie die Stagnation der Konsumtion. Die erhoffte Steigerung des Lebensstandards ist nicht nur ausgeblieben, sondern

der Lebensstandard ist für breite Massen in der Dritten Welt vom Niveau der Armut ins Elend abgesenkt worden.

Für das internationale Finanzsystem ist die Funktionsweise des Schuldenregimes so lange höchst profitabel wie die Schuldner zumindest die Zinsen abführen; wegen der in fast allen Industrieländern institutionalisierten steuerlichen Begünstigung von Rückstellungen für Problemkredite kann sich im Vergleich zu "normalen" Krediten der Nettoertrag nach Steuern sogar beträchtlich erhöhen. Allerdings müssen die Banken bereit sein, durch neue Anleihen einen Teil der Zinszahlungen von insolventen Schuldnern vorzufinanzieren¹²⁾. Keine individuelle Bank ist dazu freiwillig bereit; jede einzelne Bank würde gern von der durch neue Kredite anderer Banken verbesserten Fähigkeit des Schuldners zum Zinsendienst als "free rider" profitieren. Daher bedarf es einer institutionalisierten regulierenden Instanz, die gegenüber der mikroökonomischen Rationalität einzelner Banken das Interesse des internationalen Finanzsystems insgesamt zur Geltung bringt. Diese in der Schuldenkrise entstandene Aufgabe nimmt derzeit der IWF wahr. Gegenüber den Schuldnerländern versucht er auf der anderen Seite Anpassungsprogramme durchzusetzen¹³⁾, mit denen zumindest Zeit gewonnen werden kann, um die akute Gefährdung von Banken abzuwenden.

Es bildet sich also in der Krise der Weltfinanzen ein neues Regulatormodell heraus, das aber anders als zu Beginn des Bretton Woods Systems in den 40er Jahren Blockaden der nachholenden Industrialisierung errichtet. Die höchste Priorität hat die Sicherung der prekären und von der realen Entwicklung abgekoppelten finanziellen Verhältnisse. Entwicklungsziele spielen allenfalls rhetorisch eine Rolle; innerhalb der durch die Schuldenkrise gesetzten Koordinaten lassen sie sich nicht realisieren. Darin besteht denn auch der Unterschied zu den 30er Jahren, als sich Lateinamerika schon einmal in diesem Jahrhundert mit einer Schuldenkrise konfrontiert sah. Eine Reihe von Ländern stellte die Zahlung des Schuldendienstes infolge der rapide fallenden Rohstoffpreise und der damit zurückgehenden Exporteinnahmen ein:

¹²⁾ Wenn der Preis für einen Kredit von 100 an ein Schuldnerland auf dem Sekundärmarkt beispielsweise bei 50 liegt, lohnt sich die Vergabe eines neuen Überbrückungskredits in der Höhe von 25, wenn infolge der nun wiederaufgenommenen Zinszahlungen der Kurs von 50 auf 60 steigt. Die ausstehenden Schulden des Landes sind von 100 auf 125 gestiegen; Der Wert dieses nominellen Kredits in Höhe von 125 auf dem Sekundärmarkt beträgt $60 \times 1,25$, also 75. Der neue Kredit in Höhe von 25 bewirkt also eine Werterhöhung der realen Bankforderung an das entsprechende Land von 50 auf 75, also ebenfalls in der Höhe von 25. Ob sich für die einzelne Bank also die Erhöhung des Engagements lohnt, hängt vor allem von der Entwicklung des Kurses auf den Sekundärmärkten für Schulden ab (Vgl. Krugman 1987, S. 268ff).

¹³⁾ Die Anpassungsprogramme sind schon oft beschrieben worden, so daß hier darauf verzichtet werden kann; im übrigen sprechen die oben zitierten Daten der Weltbank eine beredete Sprache über die Auswirkungen der verordneten Austerität-Maßnahmen. Mit ihnen wird jedenfalls die finanzielle Strangulation politisch unterstützt.

"Peripheral borrowers defaulted because of the collapse of commodity prices" (Fishlow 1986, S. 82). Aber sie konnten sich in dieser Phase noch durch das "abandonment of integration into the international economy in favor of domestic stimulus" (ebd.) den negativen Konsequenzen des die Ressourcen überbeanspruchenden Schuldendienstes entziehen. In den 30er Jahren beginnt in vielen Ländern Lateinamerikas eine Phase der importsubstituierenden Industrialisierung; heute hingegen ist Exportorientierung angesagt, jedenfalls so lange wie der Schuldendienst nicht eingestellt, also der *Bankrott* umgangen wird. Die 30er Jahre jedenfalls zeigen, daß ein Staatsbankrott durchaus hilfreich und förderlich für die ökonomische und soziale Entwicklung sein kann¹⁴⁾.

Offensichtlich verläuft die Verschuldung wie alle anderen ökonomischen Prozesse auch zyklisch. Dies läßt sich schematisch zugespitzt folgendermaßen darstellen:

¹⁴⁾ Dies belegen auch die Ausführungen von Manes (1922) und Löschner (1983). Der Staatsbankrott ist die in der bisherigen Geschichte ausgewiesenste Methode, um der finanziellen Strangulierung zu entkommen. So auch Adam Smith: "When national debts have once been accumulated to a certain degree, there is scarce, I believe, a single instance of their having been fairly and completely paid. The liberation of the public revenue, if it has ever been brought about at all, has always been brought about by a bankruptcy, sometimes by an avowed one, but always by a real one, though frequently by a pretended payment" (Smith 1776, repr.: 1976, S. 466f). Das Problem besteht heute im Unterschied zu Schuldenkrisen in vorigen Jahrhunderten darin, daß durch den Bankrott bedeutsamer Schuldner ein internationales Finanzsystem in Mitleidenschaft gezogen wird. Daher könnte durch den Bankrott eine internationale Finanzkrise ausgelöst werden. Wegen der geringeren finanziellen Verflechtung in den 30er Jahren war dieses Problem ohne Bedeutung: "Peripheral default was secondary in the foreign economic policies of the Roosevelt administration. Resumption of payment was not central to the New Deal strategy of economic recovery, nor was it crucial to restoring the solvency of the banks, because they were intermediaries rather than ultimate investors in the securities..." (Fishlow 1986, S. 83).

Periode Jahrzehnte	Form und vorwiegender Zweck von Krediten
	(Geld als Zahlungsmittel)
20er	50er Direktinvestitionen von Unternehmen
	60er Offizielle Entwicklungskredite
20er	70er Bankkredite: "development lending"
20er	70er Bankkredite: "consumption lending"
	80er Bankkredite und offizielle Kredite: Recycling lending
30er	90er? "debt repudiation"; Einstellung der Zahlung des Schuldendienstes; Bankrott

ABBILDUNG 4: LANGE KREDIT- UND SCHULDENZYKLEN; EIN VERGLEICH DER 30ER UND DER 80ER JAHRE

Direktinvestitionen von Unternehmen sind immer geeignet, das produktive Potential eines Landes auszuweiten. Sie steigern zwar Abhängigkeit und Ausbeutung, aber sie sind im Vergleich zu den Bankkrediten harmlos. Diese werden an Länder der Dritten Welt gegeben, um Finanzen profitbringend anzulegen, gleichgültig ob mit den finanziellen Mitteln die produktive Basis gestärkt wird oder nicht. Solange die Anleihen der Entwicklung dienen (*development loans*) sind die Probleme gering, da der Schuldendienst aus den Erträgen der kreditfinanzierten Investitionen abgezweigt werden kann. "*Consumption loans*" z.B. zur Finanzierung der Konsumorgien der Oberklassen oder zur militärischen Aufrüstung hingegen bringen keine Erträge, der Schuldendienst geht bereits an die Substanz. "*Recycling loans*" finanzieren den Schuldendienst, verhindern die Insolvenz oder den Bankrott des Schuldners¹⁵⁾. Sie sind das "Ponzi-Element" im System und steigern die finanziellen Instabilitäten. Diese Anleiheform hat es in den 20er/30er Jahren kaum gegeben, in den 80er Jahren hingegen ist dies die beherrschende Anleiheform. Bislang ist dadurch der Bankrott der Schuldner hinausgezögert worden, der 50 Jahre zuvor eingetreten ist. Möglicherweise wird er dann, und zwar massiv, eintreten, wenn die Ponzi-Schemata sich als trügerisch erweisen: Die 90er Jahre als die Periode der Einstellung von Schuldendienstzahlungen von Drittweltländern.

Das *Geld* ist heute für die Länder der Dritten Welt in der globa-

¹⁵⁾ Die Unterscheidungen der Kreditformen hat Kindleberger (1981) vorgenommen. Wenn man Kreditformen mit Kreditnehmer und Kreditgeber kombiniert, erhält man ein dreidimensionales Schema der Gefährdung von internationalen Krediten. Dies kann hier aber nicht genauer dargelegt werden.

len Schuldenkrise eine Art Zwangsjacke, da die durch seine Funktionen regulierten sozialen Verhältnisse zunehmend derangiert werden. Die Schuldenkrise hat mehrere Folgen. Einmal wird der komplexe Mechanismus des multilateralen Austausches von Waren mit dem Medium des Weltgeldes Dollar tendenziell auf den bilateralen, nicht-(welt)geldvermittelten Produktentausch (countertrade, barter), auf Kompensationsgeschäfte zurückgebildet. Die Reichweite der mit Industrialisierung erstrebten Produktion von Massengütern für eine globale Massenkaufkraft wird auf die Überschaubarkeit bilateraler, zumeist kleiner Geschäfte rückgeschumpft. Die Realisierung der produktionstechnologisch notwendigen economies of scale ist dadurch verunmöglicht. Der Massenproduktion fordristischer Industrien sind folglich Grenzen errichtet. Nicht nur der Anschluß an die erstrebte Industrialisierung/Modernisierung wird so verhindert, sondern obendrein werden noch die tradierten Formen von gesellschaftlicher Reproduktion zerstört.

4.2 Natur und Moneten

Dies ist freilich nicht alles. Wenn man, wie in der Modernisierungstheorie üblich, nicht nur ökonomische Tendenzen der Industrialisierung vor Augen hat, sondern Modernisierung als Rationalisierung und okzidentale Akkulturation, aber insbesondere auch als eine spezifische Form der *Instrumentalisierung der natürlichen Umwelt* für das quantitative Ziel der Profiterzielung und des Wachstums begreift, dann ist die Krise des Geldverhältnisses keineswegs nur ein Problem von internationaler Regulation der Kreditbeziehungen und des globalen Akkumulationsregime. Denn immer weniger greifen die Mechanismen monetärer Kompensation für Belastungen der verschiedensten Art, wobei *ökologische Schädigungen* eine immer herausragendere Rolle spielen. Traditionell wurden im Prozeß der Industrialisierung Degradationen der Natur als "Preis des Fortschritts", als gegenüber dem produzierten materiellen Reichtum belanglose "side effects" abgetan. Allerdings mußte der Fortschritt beträchtlich und fühlbar sein und die "side effects" durften nicht zu "principal effects" werden. In den "reichen" entwickelten Industrieländern war die "Verdrängung" der degradierenden Effekte von Stoff- und Energietransformation durch monetäre Kompensationen üblich und bis in die jüngste Gegenwart möglich. Monetäre Leistungen machten die Zerstörung der Umwelt den betroffenen Menschen "erträglich", da sich mit Geld ein Teil des Reichtums, auch ein Teil der über den Markt zugänglichen produzierten Surrogatnatur — von Disneyland und Wellenbad bis zu Kunstrasen, Revierparks und Abenteuerurlaub — kaufen läßt. Die übermäßige Entropiesteigerung, also die Verwandlung von für die Menschen nützlichen Gütern in Müll, wird durch *Geldzahlung* akzeptabel.

Doch funktioniert der Mechanismus der kompensierenden Monetari-

sierung nicht auf Dauer, da offensichtlich "die" Natur ein Ensemble nicht-reproduzierbarer Güter ist. Schwindet die Illusion der Unerschöpflichkeit und endlosen Reproduzierbarkeit natürlicher Ressourcen und erweisen sich auch die neoklassischen ressourcenökonomischen Versuche, *Teilen* der Natur Preise, d.h. monetäre Entsprechungen zuzuteilen, als untauglich, dann wird die Umweltfrage weitgehend, d.h. hinsichtlich der "issues" und der engagierten Schichten, *politisiert*. Daher ist den *geldgesteuerten* Mechanismen der Abfederung von Negativfolgen der industriellen Form der Naturbeherrschung die Wirksamkeit genommen. Die Regulationsleistung des Geldverhältnisses ist eingeschränkt.

Damit ist etwas Entscheidendes passiert: An Stelle des Geldes als Medium der gesellschaftlichen Regulation auf dem *Markt* gewinnen die Formen der *machtgesteuerten* politischen Artikulation von Interessen und Bedürfnissen Bedeutung. Damit sind zugleich eine Verschiebung und eine Ausdehnung der Felder rationaler Naturbeherrschung verbunden. Die formale Rationalität, die sich in Quantifizierbarkeit ausdrückt und im Geld daher ein höchst adäquates Medium findet, schlägt — gemessen an den Rationalitätskriterien der Modernisierung — in Irrationalität um, bzw. bedarf der *formalen* Neudefinition. Diese aber, und dies ist gegenüber dem okzidentalen Modell entscheidend, muß zugleich *material* sein. Die Inhalte und daher die Normen der Entwicklungsziele von Modernisierung und Industrialisierung stehen nun zur Disposition. Die alten Ziele von Entwicklung und die Instrumentalisierung der Natur dafür jedenfalls können für sich nicht mehr Rationalität der Naturbeherrschung reklamieren.

In Sonderheit gilt dies für die quantitativen Indikatoren der Entwicklung, vom Sozialprodukt pro Kopf angefangen bis zur Anzahl der Ärzte auf 1000 Einwohner. Die Ziele sind viel umfassender definiert und vor allem widersprüchlich (Wachstum versus Naturerhaltung; Lohnsteigerung und Wohlstand versus Qualität der Arbeit und Partizipation etc., Naturausbeutung zum Nutzen der gegenwärtigen Generation und Rücksichtnahme und Verantwortung gegenüber dem "Erbe der Menschheit" und damit gegenüber kommenden Generationen). Es wäre nun unangemessen, die formale Rationalität allein als die des zweckmäßigen Einsatzes von Mitteln zu umschreiben, die ebenso wie das Resultat des Prozesses in der gleichen Dimension quantitativ sich unterscheidender monetärer Größen gemessen werden. Die legitimatorische Kraft dieses Modells geht verloren. Mit ihr wird der gesellschaftliche Konsens brüchig (dazu vgl. Mahnkopf 1988; in diesem Band), der dieses Modell "fordistischer Industrialisierung" lange Zeit so dynamisch sich hat entfalten lassen: als Spirale von (1) Monetarisierung und "Kommodifizierung", von (2) Proletarisierung, d.h. der Verwandlung aller Arbeitsverhältnisse ins Lohnarbeitsverhältnis, und (3) von technologi-

scher Revolutionierung (Vgl. Beaud 1987, 55ff). Die Spiralen sind "interaktiv", national nicht eingrenzbar und daher im globalen Funktionsraum wirksam. Sie sind die dynamischen Momente im Funktionssystem des kapitalistischen Weltsystems, so etwas wie die Federn im Uhrwerk des Fordismus, und zugleich dafür verantwortlich, daß die "schönen Perspektiven einer Entwicklung 'für den ganzen Menschen und für alle Menschen', so formulierte es Francois Perroux, hinweggefegt worden sind... (Beaud 1987, S. 92f)". Natürlich ist dies nicht neu. Der Weber'sche Rationalitätsbegriff ist von ihm selbst mit größerer Vorsicht benutzt worden als von vielen seiner Nachfolger, und er ist schon sehr früh und grundsätzlich in Frage gestellt worden.

Auch dem Rationalkalkül der modernen, zumeist neoklassischen ökonomischen Theorie ist schon lange ihr Irrationalismus vorgehalten worden: der Theorie marktwirtschaftlicher Optimalität die Theorie der externen Effekte und des "Marktversagens", den Konkurrenzmodellen die Existenz von Monopolen, der Theorie unternehmerischer Effizienz die Feststellung der systemimmanenten Fehlplanung und der "volkswirtschaftlichen Kosten der Privatwirtschaft", der neoklassischen Gleichgewichtslehre die geldkeynesianische These von den dem System immanenten "finanziellen Instabilitäten" etc. Dieser Kritik konnte allerdings recht wirksam doppelt begegnet werden: einmal mit *Immunisierungsstrategien*, durch die der Kern neoklassischer Rationalanalyse unangreifbar um den Preis der praktischen und auch theoretischen Irrelevanz eingegrenzt und so erhärtet worden ist; zum anderen aber mit Ansätzen der theoretischen wie praktischen Internalisierung der kritisierten, Irrationalität generierenden Externalitäten ins vorgegebene Rationalkalkül — und diese *Internalisierungsstrategie* interessiert hier mehr.

Hier befinden wir uns an einem entscheidenden Punkt. Denn Voraussetzung für diese Internalisierung war und ist das gemeinsame Verständnis von der *Monetisierbarkeit* aller Leistungen und Gegenleistungen formal freier Tauschpartner. Solange diese Basis nicht in Frage gestellt wird, kann das Modell rationaler okzidentaler Weltbeherrschung zwar kritisiert, die Kritik aber auch in seinen Rahmen immer wieder integriert werden. Erst wenn die Quantifizierbarkeit und Monetisierbarkeit der Natur und der menschlichen Beziehungen *nicht mehr akzeptiert* werden, ist das Projekt der Rationalisierung an eine Schranke geraten. "...Der Wohlstand einer technisch fortgeschrittenen Gesellschaft untergräbt den Wert des wirtschaftlichen Anreizes...Lohn, Lohnaufbesserungen und die Güter, die man mit Geld kaufen kann, verlieren ihre Bedeutung, sobald die Grundbedürfnisse und ein bestimmtes Maß an Luxus befriedigt sind" (Eisenstadt 1979, 261). Die Beobachtung ist zweifelsfrei richtig, nur fragt es sich, ob die Begründung der Grenzen von Quantifizierbarkeit und Monetisierbarkeit mit dem Eintritt

in die Wohlstandsgesellschaft stichhaltig ist.

Die Grenzen der bisherigen "Logik" der Entwicklung sind nicht zu übersehen, und daher in aller Munde. Wo Grenzen sind, gibt es Neuland. Doch zuvor erzeugt die Grenze nichts als Enttäuschung über das begrenzte, ja das gescheiterte Modell und die Entstehung von neuen Hoffnungen auf ganz andere Modelle, lebensweltliche Organisationsformen, Arbeitsweisen, Konsumstandards, deren moralische Maximen vermittelnden Normen nichts mehr mit dem industriegesellschaftlichen Kodex zu tun haben. Davon nährt sich der konservative Regreß in den Industrieländern und der islamische Fundamentalismus ist ausschließlich deshalb so erfolgreich, weil die Alternative westlicher Modernisierung, von fordistischer Industrialisierung, also von durchgängiger Rationalisierung keine mehr ist. Welches Resümee ist also zu ziehen?

Erstens. Kapitalistische Ökonomien sind Geldökonomien und als solche der pathologisch wirkenden Spirale, wie sie Beaud (1987, 55ff.) beschrieben hat, ausgesetzt; infolge der prinzipiellen Defizienzen kompensierender Monetarisierung der Degradation der Natur sind Grenzen der Entwicklungspotentiale des überkommenen Industriesystems errichtet worden. Die Konsequenzen für den Begriff von Rationalität und Modernität sind bereits dargelegt worden. Doch auch in den Entwicklungsländern ist diese Grenze vorhanden.

Um deren Verlauf zu markieren, ist es sinnvoll, kurz auf die thermodynamische Dependenztheorie von Stephen Bunker (1985) einzugehen. In seiner Analyse der Unterentwicklung Amazoniens definiert er das ökonomische System Amazoniens als eine "Extraktionsweise" der Ausbeutung natürlicher Ressourcen zum Zwecke ihrer Vermarktung, d.h. ihrer Verwandlung in Geld, auf dem Weltmarkt. Dieser Prozeß läßt sich als Mobilisierung von "values in nature" (Bunker 1985, S. 45; zur Kritik vgl. Altvater 1987, S. 108ff.) beschreiben, in dessen Verlauf materielle und energetische "flows between regions" stattfinden. Abgesehen von den sozialen Regulationsprozessen der Extraktion, die Bunker eingehend darstellt, ist Ressourcenextraktion auf jeden Fall in der Region mit einer *Entropiesteigerung* verbunden. Die Abnehmer der Ressourcen hingegen erhalten einen Gebrauchswert, der definitionsgemäß (Georgescu-Roegen 1971; 1986) niedrige Entropie aufweist. Anders als in der traditionellen Theorie des ungleichen Tausches wird kein Werttransfer oder der Austausch ungleicher Arbeitsquanten zu begründen versucht, sondern ein Entropieaustausch zwischen Peripherie und Zentrum: "Energy flows...constitute a world system of exchange" (Bunker 1985, S. 53). Extraktionsökonomien zeichnen sich dabei durch "extreme energy losses..., and of their consequent incapacity to store parts of their energy flow-through in complex and flexible social infrastructure and organization" (ebd.) nega-

tiv aus. "If energy and matter necessarily flow from extractive to productive economies, it follows that social and economic processes will be intensified and accelerated in the productive economy and will become more diffuse and eventually decelerate in the extractive economy" (ebd., S. 47).

Vorausgesetzt ist bei diesem ungleichen Austausch von Entropie freilich eine Struktur des globalen ökonomischen Funktionsraums, die es verhindert, daß Extraktionsökonomien für die gelieferten Gebrauchswerte niedriger Entropie eine so große Geldsumme erhalten, daß die Entropiesteigerung in der Region durch die Einfuhr von Produkten niedriger Entropie aus anderen Regionen kompensiert werden kann. Da der Austausch von Entropie in der Form der Gebrauchswerte diese unbedingt in Werte verwandelt, ist es unbestimmt, ob tatsächlich der negative Entropiefluß von den Extraktions- in die Produktionsökonomien verläuft. Dies ist dann der Fall, wenn durch den Verfall der Preise der extrahierten Rohstoffe das monetäre Pendant zur Entropiesteigerung zurückgeht. Eine Verschlechterung der *terms of trade* auf der Preisebene bedeutet, daß das Maß des Gebrauchswerts, die Entropie, im Prozeß des Werttausches, dem Energie- und Stoffflüsse entsprechen, in der Extraktionsregion ansteigt. Die Entropiesteigerung indiziert Gebrauchswertvernichtung und diese kann das Ausmaß der Zerstörung regionaler natürlicher Systeme annehmen. Bunker ist zuzustimmen, daß Extraktionsökonomien gerade zu dieser Degradation und sogar Destruktion von Ökosystemen neigen, da sie beispielsweise auf einen Preisverfall der Ressourcen mit einer Ausdehnung der extrahierten Ressourcenmenge reagieren, also mit einer Beschleunigung der Entropiesteigerung, die wiederum neben den destruktiven ökologischen Konsequenzen desintegrierende soziale, ökonomische und politische Wirkungen zeitigt (Bunker 1985, S. 22ff). Jeder Prozeß der Stoff- und Energietransformation ist mit Entropiesteigerung verbunden. Doch ist das Ausmaß von sozialen, politischen und ökonomischen Bedingungen abhängig, darunter auch von den Verhältnissen der monetären Kompensation auf den Weltmärkten und der dadurch ermöglichten Rückgewinnung von Produkten niedriger Entropie. Die Bedeutung des Geldes für Entwicklung/Unterentwicklung ist also offensichtlich.

Zweitens. Das *Verhältnis von Lohnarbeit und Kapital* ist institutionell nur unzureichend geregelt, so daß anders als in den Industrieländern von einem "Normalarbeitsverhältnis" nur mit Vorbehalten gesprochen werden kann. Das Lohnarbeitsverhältnis ist heterogen auf der Grundlage von Subsistenzarbeit, deren Bedeutung gerade mit der steigenden Dramatik der Schuldenkrise zunimmt, da ja mit der Blockade des Investitionsprozesses die Schaffung von formellen Arbeitsplätzen bestenfalls stagniert. Bei gleichzeitig zunehmender Arbeitsbevölkerung klafft die Schere zwischen der Nachfrage des formellen Beschäftigungssystems und dem Arbeitsangebot der wach-

senden Erwerbsbevölkerung weit auseinander. Subsistenzarbeit ist dadurch charakterisiert, daß ihr Verhältnis nicht förmlich, sondern "unförmlich" (informell) ausgestaltet ist, d.h. in allen *Nischen* des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses stattfindet und daher gerade darauf angewiesen ist, daß die Nischen groß sind und wachsen, daß also die Förmlichkeit des fordistischen Lohnverhältnisses *nicht dominant* wird. Es wäre eine eklatante Fehlinterpretation, dies als retardierendes Moment des "traditionellen" Sektors einordnen zu wollen. Der formelle Sektor läßt diese Nischen und produziert sie immer neu; aufgrund der beschäftigungspolitischen Defizienzen fordistischer Industrialisierung gibt es keine Chance, die Erwerbsbevölkerung mit formellen Arbeitsplätzen auszustatten. Aber die Dynamik, die durch dieses Manko in Gang gesetzt wird, setzt der Politik der Modernisierung und Industrialisierung Grenzmarken, da nun auch Überlebensstrategien von Teilen der Bevölkerung damit konfligieren.

Drittens. Schließlich sind die Grenzen auch im Verhältnis zur *natürlichen Umwelt* markiert. Auf die destruktiven Prozesse des Industriesystems für die Umwelt ist schon so oft hingewiesen worden, daß sich weitere Kommentare erübrigen. Es geht hier auch nicht um die ökologischen Grenzen als solche, sondern um das Prinzip der Stoff- und Energietransformation bei Produktion und Konsumtion, das sich grundsätzlich vom ökonomisch-rationalen Prinzip der Quantifizierbarkeit und Monetarierbarkeit unterscheidet. Der Kapitalwert muß zirkulieren und in diesem stetigen Prozeß wachsen; Stoff- und Energietransformation hingegen sind einmalig, dissipativ und — sofern nicht Energie- oder Stoffzufuhr aus anderen Systemen stattfindet — grundsätzlich entropiesteigernd. Das kann für den Modernisierungsprozeß so lange bedeutungslos sein, wie die "carrying capacity" der natürlichen Umwelt groß genug ist, um den "by products" der Energie- und Stofftransformation nicht Rechnung tragen zu müssen. So lange ist auch die ihr eigene "Rationalität" der natürlichen Prozesse belanglos für Entwicklungspolitik. Jedoch auch hier Grenzen: Ressourcen sind erschöpflich und die Kosten von Maßnahmen, um die Entropiesteigerung zu minimieren, schlagen sich spätestens dann *monetär* nieder, wenn "externe Effekte" infolge der Vernetzung natürlicher Kreisläufe ins mikroökonomische Rationalkalkül internalisiert werden müssen. Wenn sie dann noch obendrein "politisiert" werden, d.h. wenn soziale Gruppen nicht mehr bereit sind, Umweltschädigungen als quasi-notwendig hinzunehmen, zumal in der Krise die kompensierenden Geldleistungen ausbleiben, dann sind bestimmte die Umwelt belastende Modernisierungs- und Industrialisierungsstrategien ausgeschlossen. Industrialisierung fordert ihren Preis, und zwar unabhängig von Zeit und Raum, wann und wo sie stattfindet. Der Diskurs war offensichtlich einfach vor 30 Jahren. Heute ist diese Naivität angesichts des Ausmaßes der Umwelt-

zerstörung unstatthaft. Dabei hat dies nicht unbedingt mit der häufig konstatierten positiven Korrelation von Wohlstandssteigerung und Sensibilität für ökologische Problemlagen zu tun, sondern in hohem Grade mit den Dimensionen, die Irreversibilitäten der Stoff- und Energieumwandlung inzwischen angenommen haben: in überschaubarer Frist kann heute mit der ökologischen auch die ökonomische Grundlage der Entwicklung/Inwertsetzung nachhaltig zerstört werden. Darauf hat das fordistisch-industrielle Entwicklungsmodell bislang nie Rücksicht nehmen müssen; es war energie- und geradezu "tonnenideologisch" materialintensiv. Die Änderungen in Richtung "Ökologisierung der Ökonomie", die selbst zum Gegenstand internationaler Konkurrenz geworden sind, vollziehen sich bereits in den hochentwickelten Ländern, aber eben als *Abkehr vom fordistischen Konzept*.

Literatur

- Almond, G.A. (1971): Politische Systeme und politischer Wandel, in: Zapf, W. (Hrsg.): *Theorien des sozialen Wandels*, Köln und Berlin
- Altvater, E./ Hoffmann, J./ Künzel, R./ Semmler, W. (1975): Inflation und Krise der Kapitalverwertung, in: *Probleme des Klassenkampfes*, Jg. 5, H.17-18, S. 237-302
- Altvater, E./ Hoffmann, J./ Semmler, W. (1979): *Vom Wirtschaftswunder zur Wirtschaftskrise — Ökonomie und Politik in der Bundesrepublik*, Berlin (West)
- Altvater, E. (1983): Der Kapitalismus in einer Formkrise, in: *Argument Sonderband AS 100*, Berlin (West)
- ders. (1987): *Sachzwang Weltmarkt — Verschuldungskrise, blockierte Industrialisierung, ökologische Gefährdung — der Fall Brasilien*, Hamburg
- Armstrong, Ph./Glyn, A./ Harrison, J. (1984): *Capitalism since World War II*, London
- Bauer, O. (1931): *Kapitalismus und Sozialismus nach dem Weltkrieg*, Berlin
- Beaud, M. (1987): *Le système national monidial hiérarchisé*, Paris
- Beenstock, M. (1984): *The World Economy in Transition*, Boston und Sydney
- Bell, D. (1975): *Die nachindustrielle Gesellschaft*, Frankfurt/M./ New York
- Boggs, C. (1984): *The two Revolutions: Gramsci and the Dilemmas of Western Marxism*, Boston
- Booth, D. (1985): Marxism and Development Sociology: Interpreting the Impasse, in: *World Development*, Vol. 13, No 7, S. 761-787; deutsch in: *PROKLA*, Jg. 18, H. 71, S. 13-48
- Bossert, Th./Klarén, P. (1986): *Promise of Development — Theories of Change in Latin America*, Boston
- Boyer, R. (1979): La crise actuelle: une mise en perspective historique, in: *Critique de l'économie politique*, nouvelle série, no 7/8, S. 5-112
- ders. (1986): *Capitalismes fin de siècle*, Paris
- Brandt, W. (1980): *Das Überleben sichern*. Bericht der Nord-Süd-Kommission, Köln
- Bunker, St. G. (1985): *Underdeveloping the Amazon*, Urbana und Chicago
- Chan-Lee, J./ Sutch, H. (1985): Profits and Rates of Return, in: *OECD Economic Studies*, No. 5, S. 127-167
- Chenery, H.B./ Strout, A.M. (1966): Foreign Assistance and Economic Development, in:

- da Conceicao Tavares, M./ de Assis, C. (1985): *O grande salto para o caos*, Rio de Janeiro
- Córdova, A. (1973): *Strukturelle Heterogenität und wirtschaftliches Wachstum*, Frankfurt/M.
- Donolo, C. (1977): *Mutamento o transizione?*, Bologna
- Eisenstadt, S.N. (1979): *Tradition, Wandel und Modernität*, Frankfurt/M./ New York
- Fajnzylber, F. (1983): *La industrialización trunca de América Latina*, Mexico
- Fishlow, A. (1986): The Debt Crisis in Historical Perspective — Lessons From the Past: Capital Markets during the 19th Century and the Interwar Period, in: Kahler, M. (ed.): *The Politics of International Debt*, Ithaca und London
- Furtado, C. (1976): *Economic Development of Latin America: A Survey from Colonial Times to the Cuban Revolution*, Cambridge
- ders. (1982): *A nova dependencia — dívida externa e monetarismo*, Rio de Janeiro
- Georgescu-Roegen, N. (1971): *The Entropy Law and the Economic Process*, Cambridge (Mass) und London
- ders. (1986): The Entropy Law and the Economic Process in Retrospect, in: *Eastern Economic Journal*, vol. XII, no. 1,
- Griffith-Jones, St. (1984): *International Finance and Latin America*, London und Sydney
- Hirsch, J./ Roth, R. (1986): *Das neue Gesicht des Kapitalismus*, Hamburg
- Hübner, K./ Mahnkopf, B. (1988): *Ecole de la Régulation*. Eine kommentierende Literaturstudie, discussion-paper des Wissenschaftszentrum Berlin, FS II 88-201
- Hübner, K. (1988): "Theorie der Regulation". Eine kritische Rekonstruktion eines neuen Ansatzes der Politischen Ökonomie, Inauguraldissertation, Freie Universität Berlin, Fachbereich Politische Wissenschaft
- International Monetary Fund (1988): *World Economic Outlook*, Washington D.C.
- Kindleberger, Ch. P. (1981): Debt Situation of the Developing Countries in Historical Perspective (1800-1945), in: Schweizerisches Institut für Außenwirtschafts-, Struktur- und Marktforschung (Hrsg.): *Längerfristige Aspekte der internationalen Verschuldung von Entwicklungsländern*, Zürich
- Krugman, P. (1987): Prospects for International Debt Reform, in: UNCTAD: *International Monetary and Financial Issues for the Developing Countries*, New York, S. 259-310
- Leff, N. (1982): *Underdevelopment and Development in Brazil*, 2 Bände, London/ Boston/ Sydney
- Lipietz, A. (1985): *Fordisme, Fordisme périphérique et métropolisation*, CEPREMAP (mimeo) Paris
- ders. (1987): *Mirages and Miracles*, London
- Löschner, E. (1983): *Souveräne Risiken und internationale Verschuldung*, Wien
- Lutz, B. (1984): *Der kurze Traum immerwährender Prosperität*, Frankfurt/M./ New York
- Manes, A. (1922): *Staatsbankrotte*, Berlin
- Mahnkopf, B. (1988): *Soziale Grenzen "fordistischer Regulation"*, in diesem Band
- Mansilla, H. (1978): *Entwicklung als Nachahmung — Zu einer kritischen Theorie der Modernisierung*, Meisenheim am Glan
- Menzel, U. (1985): Die ostasiatischen Schwellenländer. Testfälle für die entwicklungstheoretische Diskussion, in: *PROKLA*, Jg. 15, H. 59, S. 9-33
- Mistral, J. (1986): Régime international et trajectoires nationales, in: Boyer, R. (ed.):

- Mouzelis, N. (1988): Sociology of Development: Reflections on the Present Crisis, in: *Sociology*, vol. 22, no 1, S. 23-44
- Nitsch, M. (1986): Die Fruchtbarkeit des Dependencia-Ansatzes für die Analyse von Entwicklung und Unterentwicklung, in: Simonis, U. (Hrsg.): *Entwicklungstheorie — Entwicklungspraxis*. Eine kritische Bilanzierung, Berlin
- Nurkse, R. (1952): Some International Aspects of Economic Development, in: *The American Economic Review*, May 1952
- O'Donnell, G. (1983): Die Spannungen innerhalb des bürokratisch-autoritären Staates und der Frage der Demokratie, in: *PROKLA*, Jg. 13, H. 52, S. 123-151
- Olson, M. (1982): *The Rise and Decline of Nations*, New Haven
- Ominami, C. (1986): *Le tiers monde dans la crise*, Paris
- Polanyi, K. (1978): *The Great Transformation*, Frankfurt/M.
- Parsons, T. (1971): Evolutionäre Universalien der Gesellschaft, in: Zapf, W. (Hrsg.): *Theorien des sozialen Wandels*, Köln und Berlin
- Pompermayer, M. J. (1984): Strategies of Private Capital in the Brazilian Amazon, in: Schminck/ Wood (ed.), *Frontier Expansion in Amazon*, Gainesville, S. 419-438
- Reynolds, L. G. (1986): *Economic Growth in the Third World*, New Haven und London
- Rosenstein-Rodan, P.N. (1943): Problems of Industrialization of Eastern and South-Eastern Europe, in: *The Economic Journal*, June-September 1943
- Rostow, W. W. (1968): *Stadien des wirtschaftlichen Wachstums*, Göttingen
- Stanger, M. (1988): *Krisentendenzen der Kapitalakkumulation — Theoretische Kontroversen und empirische Befunde*, Berlin
- UNCTAD (1987): *Trade and Development Report 1987*, New York
- UNIDO (1985): *Industry and Development — Global Report 1985*, New York
- Thorp, R. (1984): *Latin America in the 1990s*, Oxford
- Warren, B. (1980): *Imperialism: Pioneer of Capitalism*, London
- Weltbank (1985): *Weltentwicklungsbericht 1985*, Washington D.C.
- Weltbank (1987): *Weltentwicklungsbericht 1987*, Washington D.C.
- World Bank (1985): K. Meyers/ D. McCarthy, Brazil: Medium — Term Policy Analysis, *World Bank Staff Working Papers*, No. 750, Washington D.C.
- Ziebura, G. (1984): *Weltwirtschaft und Weltpolitik 1922/24-1931*, Frankfurt/M.

Entwicklungen und Verwicklungen — Methodische und entwicklungstheoretische Probleme des Regulationsansatzes

1 Die Regulationstheorie: Forschungsprogramm oder essayistische neue Weltsicht ?

Die Regulationstheorie oder bescheidener: Der Regulationsansatz als heuristisches Forschungsprogramm entstand Mitte der 70er Jahre in Frankreich als wissenschaftliche Reaktion auf die mit der Weltwirtschaftskrise verbundenen Interpretationsprobleme. Aglietta (1979) versuchte eine historisch-theoretisch orientierte Gesamtinterpretation der langfristigen kapitalistischen Entwicklung der USA zu entwickeln, die die bisherigen vereinseitigten Analysen von Teilaspekten, aber auch die abstrakte modelltheoretische Diskussion überwinden sollte. In Auseinandersetzung mit seiner Arbeit, aber stärker auf Frankreich orientiert, bemühte sich eine Autorengruppe des staatlichen Forschungsinstituts CEPREMAP (Benassy, Boyer, Gelpi, Lipietz, Munos, Ominami) um eine angemessene Erklärung des inflationären und nichtdepressiven Charakters der Weltwirtschaftskrise.

Der gemeinsame Ausgangspunkt dieser Autoren war die Erkenntnis, daß die verschiedenen Stränge der marxistischen Diskussion nur unvollständige, bruchstückhafte oder zu allgemeine, rein strukturlogische Einsichten in die Dynamik der kapitalistischen Entwicklung der Nachkriegszeit erlaubten: Der marxistische Strukturalismus um Althusser verharrte auf der enthistorisierenden Ebene der allgemeinen erkenntnislogischen Probleme der Marxschen Theorie, ohne eine Vermittlung zur 'konkreten' Entwicklungsgeschichte auch nur anzustreben (Althusser/Balibar 1972; zur Kritik vgl. Thompson 1980a). Die Regulationstheorie der Gruppe um Destanne de Bernis (1977) an der Universität von Grenoble blieb bei ihren Versuchen, die dem Fall der Profitrate entgegenwirkenden Tendenzen durch staatliche Eingriffe und soziale Praktiken zu erklären, bei einer funktionalistischen Fassung der Selbstregulierung zwar nicht des Marktes, aber des sozialen Systems als Ganzem stehen. Die Internationalisierungstheorie (vgl. Deubner u. a. 1979) beschränkte sich auf die allgemeine Analyse des ungleichen Austausches (Emmanuel, Bettelheim, Amin), der mit dem Aufkommen der Multis verbundenen Konzentration und Zentralisation des Kapitals sowie der Veränderungen der Formen kapitalistischer Konkurrenz und der internationalen Arbeitsteilung (Palloix, Michalet). Die französische Variante der

Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus (Bocarra 1976) stellte das Verhältnis von Staat und Monopolen, Überakkumulation und politisch regulierter Kapitalentwertung, die staats-theoretischen Ansätze (Poulantzas 1974) das allgemeine Verhältnis von Ökonomie und Politik in den Mittelpunkt ihrer Arbeiten.

Aus keiner der genannten Ansätze ließ sich eine Gesamtinterpretation der besonderen Bedingungen kapitalistischer Entwicklung in der Nachkriegszeit sowie der strukturellen Gründe der Weltwirtschaftskrise ableiten. Aus der Sicht der Regulationstheorie behandelten die letztgenannten Ansätze daher eher theoretisch nachgeordnete Probleme, während die aus der Logik der Marxschen Darstellung im 'Kapital' folgende Zentralität der Entwicklung des Kapitalverhältnisses durch die Veränderungen der Reproduktionsbedingungen des Kapitals und der Lohnarbeiterklasse weitgehend ausgeblendet blieben. Der theoretische Anspruch des Regulationsansatzes war es daher, diese Lücke zu füllen und die grundlegenden Veränderungen des Lohnverhältnisses inklusive der Lebensbedingungen der Lohnabhängigen zum zentralen Ausgangspunkt einer Neuinterpretation der historischen Entwicklungsphasen des Kapitalismus als Gesamtsystem zu machen und dabei die partiellen Erklärungsansätze zu einer konsistenten Gesamtinterpretation zu verbinden. Sie will dadurch die theoretischen Blockierungen des ahistorischen Strukturalismus, von funktionalistischen Erklärungsweisen, abgehobenen Staatsanalysen und sich an Teilaspekten festmachenden empirischen Beschreibungen durchbrechen. Es war wohl dieser umfassende Erklärungsanspruch, der die bis vor kurzem international noch kaum bekannte Regulationstheorie plötzlich in das Rampenlicht der kritischen sozialwissenschaftlichen Diskussion treten ließ.

Wie so häufig bei schnellen intellektuellen Diffusions- und Internationalisierungsprozessen neuer Theorieansätze, die eher als Forschungsprogramm — mit mutigen, oft unabgesicherten Thesen — formuliert worden waren, kam es relativ schnell zu einem Prozeß der Vulgarisierung und Entdifferenzierung. Konzepte wie Fordismus und Postfordismus begannen sich in der intellektuellen Alltagssprache ebensoschnell einzubürgern wie das handliche 3-Phasen-Schema kapitalistischer Entwicklung (extensiv ohne Massenproduktion, intensiv mit Massenproduktion aber ohne Massenkonsum, intensiv mit Massenkonsum) und die Erklärung von Aufschwung und Krise in der Nachkriegszeit allein durch die fordistische Verbindung von Arbeitsproduktivitätszuwachsen und Reallohnsteigerungen (golden age) bzw. das sozial und technisch bedingte Absacken der Produktivität bei nachwievor wachsenden Reallöhnen (große Krise). Die in intensiver theoretischer Anstrengung entwickelten zentralen Konzepte und inhaltlichen Thesen, die eher den Charakter eines heuristischen Forschungsprogramms beibehalten

sollten, verwandelten sich im Prozeß des intellektuellen Massenkonsums leicht in beliebig handhabbare Metaphern oder schlimmer noch in leere Worthülsen. Umso wichtiger ist es, die zentralen Fragestellungen, methodischen Reflexionen, inhaltlichen Thesen und Konzepte des Regulationsansatzes nach 10 Jahren seines Bestehens einer rigorosen Re-Lektüre zu unterwerfen und dabei die von den KritikerInnen aus allen Lagern vorgebrachten grundsätzlichen methodischen und inhaltlichen Einwände auf ihre Stichhaltigkeit zu überprüfen.

Denn wenn z. B. die empirische und theoretische Kritik der Gruppe um Dumenil (1986, 1987, 1988) oder die von Brenner (1988) am Phasenmodell des Regulationsansatzes sich als stichhaltig erweisen würde, wäre die Erklärungskraft und theoretische Stringenz dieses Ansatzes zumindestens in Frage gestellt. Ebenso ernsthaft muß das Verhältnis des Regulationsansatzes zu allgemeinen Basistheorien, die in der Regel nur in Gleichgewichtstermini formulierbar sind, überprüft werden (Cartelier/de Vroey 1988). Obwohl ich im Unterschied zu Hübner/Mahnkopf (1988) bei der Mehrheit der Regulationisten noch nicht die Tendenz zu einer neuen sozialwissenschaftlichen Großtheorie sehe, bedarf der theoretische Status des Regulationsansatzes doch einer Präzisierung.

Das für mich zentrale Problem des Regulationsansatzes liegt dagegen auf einer anderen Ebene: Sein entwicklungstheoretisches Erklärungspotential ist nach den anfänglichen Pionierarbeiten (Aglietta 1979; Boyer 1979; Lipietz 1977) von den meisten Regulationisten (bis auf Aglietta) kaum noch weiterentfaltet worden; es dient eher als "schematische Freske" (Lipietz) für den Einleitungsteil von Arbeiten, die sich primär auf zukünftige Entwicklungstendenzen ausrichten. Im Gegensatz zu Hübner/Mahnkopf (1988) und Noël (1987) folgere ich aus der methodologischen Diskussion der ersten Jahre (vor allem bei Aglietta), daß die Prozesse des Entstehens und der Durchsetzung neuer institutioneller Arrangements schlichtweg nicht prognostizierbar sind. Die Frage, ob wir bereits an der Schwelle eines postindustriellen Zeitalters stehen, läßt sich nur dann beantworten, wenn zuvor die Reichweite von Durchkapitalisierungsprozesse der Nachkriegszeit präzisiert werden kann. Diese Frage verweist auf ein weiteres zentrales Defizit des Regulationsansatzes: Explizit nur für den nationalstaatlichen Regulationsraum am Beispiel einzelner Länder (USA, Frankreich) formuliert, ist seine Vermittlung zu der zentralen Ebene von Hegemonialregimen äußerst schwach geblieben (Aglietta 1982, 1988; Ominami 1986; Mistral 1986). Darüberhinaus ist auch weithin unklar, welche Rolle das hegemoniale fordistische Zivilisationsmodell der Nachkriegszeit für die Mehrheit der Weltbevölkerung — die Länder der sog. Peripherie oder Semiperipherie — hat; einmal abgesehen von einigen brillanten essayistischen Ausflügen in ferne Länder (Lipietz)

oder empirisch knöcherne erste Anläufe (Ominami 1986; Hurtienne 1986). Beantworten kann und will ich diese Frage hier nicht. Dazu wäre eine systematischere Forschungsarbeit, nicht nur von Individuen sondern von interdisziplinären Forschungsgruppen erforderlich. Im folgenden werde ich mich darauf beschränken: *erstens*, den historischen und vor allem den methodischen Hintergrund des Regulationsansatzes stärker auszuleuchten, *zweitens*, die zentralen intermediären Konzepte relativ ausführlich zu entwickeln — unter Benennung ihrer ins Auge stechenden Paradoxien — und *drittens*, die entwicklungstheoretischen Thesen für die Entstehungsphase des industriellen Kapitalismus und die empirisch-theoretische Kritik daran ansatzweise zu diskutieren. Ich werde mich dabei nur auf die sog. Pariser Regulationsschule beziehen, die in sich bereits sehr heterogen ist, sich aber von den anderen unter diesem Titel gehandelten Schulen relativ deutlich absetzt (vgl. dazu Jessop 1988).

2 Historische und methodische Ausgangspunkte des Regulationsansatzes der Pariser Schule

Im Anschluß an Alain Lipietz (1984, S. 1) läßt sich die Mitte der 70er Jahre erfolgende Herausbildung der zentralen Fragestellungen, der theoretischen Konzepte und der methodischen Vorgehensweise der Regulationstheorie auf die spezifische ökonomische Problemlage dieser Jahre und die 'komplexe theoretische Konjunktur' der französischen sozialwissenschaftlichen Diskussion zurückführen: Einerseits führte der Zusammenbruch des Bretton Woods-Systems zu einer enormen Destabilisierung der internationalen Währungsverhältnisse und zur endgültigen Freisetzung der Dynamik unregulierter internationaler Kreditmärkte. Andererseits brachte der Ölpreisschock die latente Rentabilitätskrise der meisten kapitalistischen Industrieländer zum vollen Ausbruch und mündete 1974/75 in die erste große Weltwirtschaftskrise seit den dreißiger Jahren. Damit schien die lange überzyklische Aufschwungphase der Nachkriegszeit mit ihren vergleichsweise hohen Wachstumsraten der Produktion, der Arbeitsproduktivität und der Reallöhne sowie durch keynesianische Politiken temperierten Konjunkturzyklen für die linken Ökonomen ein jähes Ende gefunden zu haben. Die von Mandel (1972) prognostizierte Strukturkrise des Spätkapitalismus schien sich zu bestätigen, der Eintritt in eine lange Welle mit depressivem Grundton schien unvermeidlich. Dieser weltweite Umbruch in der Akkumulationsdynamik wurde in Frankreich von den linken Ökonomen dramatischer als in anderen kapitalistischen Industrieländern wahrgenommen. Gerade die Jahre nach den Maiunruhen 1968 waren durch eine verspätete Durchsetzung der 'fordistischen' Koppelung hoher Arbeitsproduktivitätszuwächse

und Reallohnsteigerungen, überdurchschnittlich hohe Wachstumsraten, eine Zunahme der monetären Kapitalrentabilität und durch den scheinbaren Triumph der keynesianischen Globalsteuerung gekennzeichnet (Boyer 1979, S. 86; kritisch dazu Mazier u. a. 1984, S. 212). Trotz ihrer unerwarteten Tiefe unterschied sich die Verlaufsform der kapitalistischen Krise deutlich vom 'klassischen' Vorbild der Großen Depression der 30er Jahre: Stagnation (statt eines Zusammenbruchs der Produktion) und beschleunigte Inflation (statt einer Deflationsspirale) gaben als Stagflation der Weltwirtschaftskrise eine besondere Erscheinungsform und verlangten nach einer angemessenen Erklärung des mit der Struktur des Wachstums- und Entwicklungsmodells der Nachkriegszeit zusammenhängenden spezifischen Charakters der Krise (Boyer 1979; Mistral 1978).

Die plötzliche Infragestellung des verspätet erreichten Traumlandes der fordistischen Massenkonsumgesellschaft und der erfolgreichen keynesianischen Globalsteuerung traf in Frankreich auf eine theoretische Konjunktur, die eine Vermittlung von allgemeiner Akkumulationstheorie und konkreter Krisenanalyse erschwerte. Der marxistische Strukturalismus um Althusser konzentrierte sich auf die Ebene der allgemeinen epistemologischen Probleme der marxistischen Theorie (Erkenntnisobjekte versus reale Objekte, Produktionsweise versus Gesellschaftsformation) und die allgemeinen Formen der Reproduktion kapitalistischer Verhältnisse, indem er die relativ autonomen ökonomischen, politisch-juristischen und ideologischen Instanzen miteinander verknüpfte, ohne jedoch eine Vermittlung zur 'konkreten' Entwicklungs- und Krisengeschichte des Kapitalismus herstellen zu wollen (Althusser/Balibar 1972). In ihrer Kritik an der neoklassischen allgemeinen Gleichgewichtstheorie übernahmen die Regulationisten der sog. Pariser Schule (Aglietta, Lipietz, Boyer u. a.) zunächst die von Althusser herausgearbeitete marxistische Problemdefinition und Erkenntnismethode. An die Stelle der fiktiven Scheinwelt eines sich in logischer Zeit selbstregulierenden Marktsystems, in dem bei Aussparung des sozialen Inhalts ökonomischer Beziehungen allein Tauschhandlungen isolierter Individuen mit vorgegebenen Präferenzen und Ressourcenbeständen (sowie relativen Preisen als einzigem Band zwischen ihnen) dominierten, traten als Erkenntnisobjekt ihrer ökonomischen und sozialwissenschaftlichen Forschung die sozialen Verhältnisse ökonomischer Beziehungen (Aglietta 1979, S. 9 ff; Lipietz 1977, S. 20). Allerdings blieben die Regulationisten nicht bei dieser ersten epistemologischen Kritik der allgemeinen Gleichgewichtstheorie stehen. Bedeutsam erschien ihnen eine zweite Ebene grundlegender Kritik: die Unfähigkeit von in "logischer Zeit" formulierten theoretischen Modellen, die in "historischer Zeit" ablaufenden ökonomischen Prozesse angemessen erfassen und erklären zu können (Aglietta 1979, S. 9-17). Obwohl primär auf eine Kritik der

allgemeinen Gleichgewichtstheorie zielend, bedeutete dieser zweite Schritt einen weitgehenden Bruch mit dem abstrakten Reproduktionsbegriff des strukturellen Marxismus, der bei der Frage formationsspezifischer, aber historisch invarianter Formen der Reproduktion der grundlegenden ökonomischen Strukturen, gesellschaftlichen Verhältnisse und ideologisch-politischen Praktiken stehen geblieben war (zu einer Kritik vgl. Thompson 1980a, S. 43 ff).

Um die 'konkrete' oder auch nur 'stilisierte' Entwicklungs- und Krisengeschichte der kapitalistischen Gesellschaftsformationen erfassen und analysieren zu können, müssen nach Aglietta (1979, S. 16) die dazu verwandten Konzepte nicht nur die allgemeinen gesellschaftlichen Verhältnisse zwischen Individuen im Produktions- und Austauschprozeß abbilden, sondern gleichzeitig auch deren historische Veränderbarkeit und Variabilität zum Ausdruck bringen können. Kurzum, es müssen intermediäre Konzepte entwickelbar sein, die zwischen einer in "logischer Zeit" formulierten allgemeinen Theorie der kapitalistischen Produktionsweise und der in "historischer Zeit" ablaufenden konkreten Entwicklungsgeschichte kapitalistisch strukturierter Gesellschaftsformationen vermitteln helfen. Das dadurch entstehende, fast unlösbare Rückkoppelungsproblem zwischen Akkumulationstheorie und Akkumulationsgeschichte wird von Aglietta, Lipietz und Boyer — durch die Zwischenschaltung der bereits erwähnten intermediären 'Konzepte' — auf pragmatische Weise 'gelöst': Die Entwicklungsgeschichte kapitalistischer Gesellschaften erfolgt zwar auf Grundlage der im wesentlichen als invariant angesehenen sozialen Verhältnisse und ökonomischen Gesetze des homogenen theoretischen Raums der 'reinen' kapitalistischen Produktionsweise; deren Durchsetzung im historisch konkreten Raum und in historisch konkreter Zeit aber ist über 'strukturelle Formen' vermittelt, die gleichzeitig weniger abstrakt als die allgemeinen Gesetze der Akkumulation und weniger konkret als die historische Ereignisgeschichte sind, und die für eine längere historische Phase kapitalistischer Entwicklung eine relative Gültigkeit als 'Regulationsformen' der invarianten Grundstrukturen besitzen. Die theoretische Struktur dieser 'Regulationsformen' wird von Aglietta im Raum einer theoretisch rekonstruierten historischen Zeit festgemacht, die eine Analyse 'stilisierter Fakten' ermöglichen soll (Aglietta 1979, S. 65). Die Regulationsformen und vor allem ihr kohärentes Ensemble als Regulationsweise sind daher eher als Idealtypen, als historische Konstrukte für eine relativ stabile Entwicklungsphase des Kapitalismus zu begreifen. Nach den Regulationisten müßte daher z. B. ein historisch-theoretisches Modell der fordistisch oder monopolistisch-administrativen Regulationsweise für die Nachkriegszeit rekonstruierbar sein, das für die Analyse der national und regional unterschiedlichen historisch-kontingenten Regulationsweise als Re-

ferenzfolie dienen kann. Die sich aus konkreten Arbeiten über die spezifischen Strukturen von Arbeitsprozessen, industriellen Beziehungen und sozialstaatlichen Praktiken in einzelnen kapitalistischen Industrieländern ergebende bunte Formenvielfalt würde daher nicht notwendigerweise das Modell der fordistischen Regulationsweise in Frage stellen (Boyer 1987).

Ein grundlegendes methodisches Problem ergibt sich allerdings aus der Frage nach den Kriterien zur Abgrenzung von historisch-theoretischen Regulationsweisen und ihrer Verbindung zum Reproduktionsmodus eines spezifischen Akkumulationsregimes. Aglietta und in seinem Gefolge später auch Lipietz und Boyer versuchten das erste Problem dadurch zu lösen, daß sie der in sukzessiven Schüben erfolgenden quantitativen Ausweitung und qualitativen Vertiefung des Lohnverhältnisses eine die Akkumulationsgeschichte strukturierende Zentralität zuschreiben (Aglietta 1979, S. 111; Boyer 1979, S. 55). Aus den qualitativen und nicht nur quantitativen Veränderungen der strukturellen Formen des Lohnverhältnisses (Formen der Nutzung der Arbeitskraft, der Lohnbildung und der Reproduktionsweise der Lohnarbeiterfamilien) ergeben sich für Aglietta daher die Kriterien für eine Phaseneinteilung; während die von Monopoltheorien à la Baran/Sweezy (1967) und Steindl (1952) sowie der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus (Boccarda 1976) in den Mittelpunkt gestellten grundlegenden Veränderungen struktureller Formen der Konkurrenz zwischen den Einzelkapitalien als theoretisch nachgeordnet erscheinen (Aglietta 1979, S. 14). Aus diesem Primat des Lohnverhältnisses folgt bei Aglietta, Lipietz und Boyer die Annahme, daß die strukturellen Formen der anderen grundlegenden Verhältnisse (Warenverhältnis, Geld- und Kreditverhältnis, Konkurrenzformen, Artikulation mit nichtkapitalistischen Produktionsweisen und dem Weltmarkt) sich — über Klassenauseinandersetzungen und staatliche regulierende Eingriffe vermittelt — in einem mehr oder minder langen historischen Suchprozeß letztendlich an die funktionellen Imperative der strukturellen Formen des Lohnverhältnisses 'anpassen' werden. Entscheidend ist dabei, daß nicht einzelne strukturelle Formen, sondern nur ihr kohärentes Zusammenwirken als "komplex strukturiertes Ganzes" (später Regulationsweise genannt), über eine Kanalisierung von Widersprüchen, die relativ stabile Reproduktion der idealtypischen Akkumulationsregime über einen längeren Zeitraum hinweg garantiert (ebd., S. 383, S. 68; ähnlich Boyer 1979, S. 11).

Die Darstellung von relativ 'gleichgewichtigen' Reproduktionsregimen, die durch ihre 'entsprechenden' Regulationsweisen stabilisiert werden, könnte nun auf den ersten Blick als Funktionalismus interpretiert werden. Aglietta und in seinem Gefolge auch die anderen Regulationisten versuchen dieser Interpretation dadurch entgegenzuwirken, daß sie den dynamischen

Charakter des Kapitalismus explizit hervorheben. Selbst die Phasen relativ stabiler Reproduktion der grundlegenden sozialen Verhältnisse sind demnach (system)notwendig mit kontinuierlichen Veränderungsprozessen verbunden (Aglietta 1979, S. 12). Begründet wird dies bei Aglietta mit dem elementaren Widerspruch der kapitalistischen Produktionsweise, in der die Reproduktion des Gesamtsystems über individuelle Handlungen dezentraler Akteure und Entscheidungszentren im Rahmen eines dynamischen Konkurrenzprozesses vermittelt ist. In beständiger Suche nach einer Verbesserung ihrer Lebenslage bzw. nach Möglichkeiten der Profitmaximierung rufen die sozialen Akteure immer wieder ökonomische und soziale Veränderungen hervor und sind dabei der Gefahr der gesellschaftlichen Nichtanerkennung ihrer dezentral verausgabten Arbeits- und Reproduktionszeit sowie der damit verbundenen Erwartungen ausgesetzt (ebd., S. 12, 42; ders. 1982, S. XI). Da aber kapitalistische Reproduktion nur über den beständigen Ausgleich von Ungleichgewichten bei systemischer Erwartungsunsicherheit erfolgen kann, sind bereits die relativ stabilen Akkumulationsregime durch das zyklische Auseinanderdriften der Momente des Reproduktionsprozesses und ihre 'gewaltsame' Bereinigung in 'kleinen Kreisen' sowie durch ähnlich ablaufende Krisenprozesse im gesellschaftlichen Institutionensystem gekennzeichnet. Wenn das vorherrschende Akkumulationsregime und die Regulationsweise dennoch eine relative Konstanz aufweisen, so liegt das an der 'Normalisierung' sozialer und ökonomischer Widersprüche durch Konventionen, Normen sowie durch staatlich regulierte Rechts- und Geldsysteme (Aglietta/ Brender 1984; Aglietta 1982, Vorwort). Der ökonomische Kernprozeß der Kapitalakkumulation kann sich nicht selbständig regulieren, er bedarf intermediärer Formen der Regulation, welche ökonomische Grundstrukturen und Gesetze mit dem individuellen Handeln der Akteure über Erwartungen, Zwang und Konsens vermitteln. Andererseits schließt diese phasenweise Abmilderung und Kanalisierung ökonomischer und sozialer Widersprüche und die damit verbundene Transformation sozialer Antagonismen in soziale Differenzierungen notwendig mit ein, daß sich im Zuge der Entwicklung einzelne Momente des Akkumulationsregimes, aber auch einzelne institutionelle Formen durch individuelles und kollektives Handeln so weitgehend verändern, daß davon systemische Störungen ausgehen, die nicht mehr durch die Regulationsweise zu normalisieren sind. In der Sicht der Regulationisten kommt es dann statt zu 'kleinen Krisen' innerhalb einer Regulationsweise zu 'großen Krisen' dieser Regulation. Die Normalisierungstendenzen werden von der Zuspitzung ökonomischer und sozialer Widersprüche und Konflikte 'überwältigt'. Die von einzelnen Systemelementen ausgehenden Störungen erfassen sukzessive das gesamte ökonomische, soziale und politische System und leiten damit eine Phase des Umbruchs in den Ak-

kumulationsbedingungen, der Denormalisierung des sozialen Institutionengefüges und des Anstiegs der Erwartungsunsicherheiten ein (Aglietta 1982, Vorwort; Lipietz 1986).

Die konkrete Verlaufsform längerfristiger großer Krisen hängt entscheidend von der Struktur des Akkumulationsregimes und der Regulationsweise ab. Im ökonomischen Kernbereich der Kapitalakkumulation beginnt die große Krise entweder als Unterkonsumtions-, Disproportionalitäts- oder Verwertungskrise und ist im weiteren Krisenverlauf mit einem Fall der Profitrate, einem Rückgang der Investitionsdynamik, einem Anstieg der Erwartungsunsicherheit sowie einer daraus folgenden Zunahme von Finanzanlagen verbunden (Boyer 1979, S. 10; Aglietta 1982, Vorwort). Die wachsende Instabilität des ökonomischen Prozesses wird je nach Krisenform durch die Verwandlung der stabilisierenden Funktion der Regulationsformen in Akkumulations- oder Restrukturierungshemmnisse mitverursacht oder verstärkt (Aglietta 1982, Vorwort). In jedem Fall zerfällt aber das relativ stabile Korrespondenzverhältnis zwischen Akkumulationsregime und Regulationsweise und öffnet damit den historischen Raum für relativ unregulierte heftige soziale Kämpfe zwischen alternativen Projekten der Krisenlösung. Im Unterschied zum technologischen Determinismus der Theorien der langen Wellen bedarf eine Überwindung der großen Krise — nach Ansicht der Regulationisten — nicht nur der sukzessiven Entwicklung neuer dominierender Produktionsstrukturen, sondern auch der konfliktiven Herausbildung neuer Regulationsformen sowie einer kohärenten Regulationsweise. Diese lassen sich nicht auf eindeutige Weise ökonomisch ableiten. Neue Regulationsformen sind eher als soziale Innovationen zu verstehen, die durch komplexe historische Suchprozesse zustandekommen und erst *ex post* als funktional für ein Akkumulationsregime analysiert werden können (Boyer 1979, S. 56; Lipietz 1985, S. 13). Die Regulationstheorie wendet sich daher einerseits gegen funktionalistische und strukturalistische Sichtweisen, weil diese zu einer unhaltbaren Fetischisierung und Subjektivierung ökonomischer und sozialer Strukturen sowie zu einer ökonomischen Reduktion der Geschichte führen (Lipietz 1985, S. 114); andererseits wird aber auch der operaistische Voluntarismus abgelehnt, da dieser alles auf den Kampf der sozialen Klassen zurückführt (Boyer 1979, S. 50).

Welche Schlüsse lassen sich aus den bisherigen Bemerkungen zum methodischen Verfahren der Pariser Regulationisten ziehen? *Erstens* erscheint mir der Versuch, die Kluft zwischen Akkumulationstheorie und Akkumulationsgeschichte durch die Entwicklung der intermediären Konzepte "strukturelle Formen" (Aglietta) bzw. "institutionelle Formen" (Boyer) auf eine nicht-reduktionistische Weise zu überbrücken, als ein Fortschritt bei der Erfassung und Erklärung langfristiger Entwicklungen des Kapitalismus,

seiner großen Krisen und der Bedingungen des Entstehens neuer, relativ stabiler Regulationsweisen und Akkumulationsregime. Die Entfaltung dieses Erklärungspotentials bedarf aber sowohl einer gesellschaftstheoretischen Fundierung als auch einer präzisen Konzeptualisierung von Institutionen, Normen und Wertsystemen. *Zweitens* hat die im Verlauf der Entwicklungsgeschichte des Regulationsansatzes zunehmende Konzentration auf die intermediäre Ebene institutioneller Formen bzw. der Regulationsweise zu einer sukzessiven Abkehr von der oben geforderten Einbettung in eine allgemeine Theorie des Kapitalismus geführt. Einerseits ist der Regulationsansatz dadurch offener und teilweise kreativer geworden für zentrale Probleme, die im Rahmen der seit langem geführten — oft scholastischen — marxistischen Theoriediskussion nicht (oder noch nicht) eindeutig lösbar waren (Charakter von großen Krisen; systematische Berücksichtigung des Geldverhältnisses; Verhältnis von Einkommensverteilung, Technologiewahl und Akkumulationsstruktur; Akkumulationslogik versus soziale Logik) (vgl. Stanger 1988). Andererseits hat sich der Regulationsansatz dadurch aber erheblich von seinem vermeintlichen Anspruch entfernt, eine gesellschaftstheoretisch fundierte Großtheorie als Alternative zur allgemeinen Gleichgewichtstheorie oder der Systemtheorie zu entwickeln (Cartelier/de Vroey 1988). Denn aus der eklektischen Kombination von Bausteinen aus verschiedenen Basistheorien mit der intermediären Theorieebene der Regulation kann schwerlich ein neues gesellschaftstheoretisches Paradigma entstehen. *Drittens* hat die Schwäche einer marxistisch oder zumindest gesellschaftskritisch orientierten Theorie der Institutionen dazu geführt, daß sich in der Form des Korrespondenzverhältnisses von Akkumulationsregimen und Regulationsweise die alten methodischen Probleme des Verhältnisses zwischen Basis und Überbau, Produktivkräften und Produktionsverhältnissen, lediglich reproduzieren. *Viertens* ist die entwicklungstheoretische Weiterentwicklung des Regulationsansatzes nach den ersten Pionierarbeiten — trotz der brillanten Essays von Lipietz (1985) und Ansätzen bei Ominami (1986) — gegenüber den theoretisch ohnehin nicht zu lösenden Rätseln über die zukünftige Regulationsweise unzulässigerweise in den Hintergrund gedrängt worden. Gerade auf der entwicklungstheoretischen intermediären Analyseebene aber ließe sich am ehesten noch ein 'intermediäres' Paradigma für sozialökonomische Transformationsprozesse im Vektor von Weltmarkt, Hegemonialsystemen, Nationalstaaten und regionalen Entwicklungen herausarbeiten.

3 Akkumulationsregime, Regulationsweisen und stilisierte Entwicklungsphasen des industriellen Kapitalismus

Auf dem Hintergrund der methodischen Ausgangsüberlegungen des Regulationsansatzes sollen in diesem Abschnitt noch einmal die intermediären Konzepte und die zentralen inhaltlichen Thesen sowie die daran entwickelte methodische Kritik dargestellt werden. Im Gegensatz zum letzten Abschnitt werden dabei nicht nur die Pionierarbeiten von Aglietta, Boyer und Lipietz sondern auch die darauf aufbauenden — eher durch konzeptuelle Ausdifferenzierung und neue Gewichtungen gekennzeichneten — Arbeiten der Regulationisten der Pariser Schule berücksichtigt.

Folgt man den synthetisierenden Darstellungen von Lipietz (1985) und Boyer (1986), so ergibt sich trotz ähnlicher Formulierungen ein in zentralen Punkten äußerst widersprüchliches Gesamtbild vom gegenwärtigen Zustand der Theoriebildung. Die entscheidende, bislang ungelöste und kontrovers diskutierte Grundfrage ist — wie bereits angedeutet — die nach dem Bezug der intermediären Konzepte zu einem grundlegenden gesellschafts- oder auch nur ökonomietheoretischen Paradigma. Oder anders formuliert: Welche Gültigkeit soll die Marxsche Theorie der kapitalistischen Produktionsweise (KPw) für die Entwicklung der intermediären Konzepte behalten? Relativ unumstritten ist der Rekurs auf grundlegende gesellschaftliche Produktions- und Austauschverhältnisse der KPw — als Ausgangspunkt der Gesellschaftsanalyse und Alternative zum methodolgischen Individualismus (Boyer 1986, S. 22, 42). Kontrovers ist dagegen der Rekurs auf die von Marx entwickelten allgemeinen Bewegungsgesetze der Kapitalakkumulation. Während der frühe Aglietta und Lipietz sich eindeutig darauf beziehen und deren historische Durchsetzungsformen vor allem für die Entwicklungsphase des Fordismus ausführlich zu entwickeln versuchen, warnt Boyer bereits 1979 vor deren schematischer Anwendung in konkreten Krisenanalysen (Boyer 1979, S. 8) — um sie dann 1986 als unbewiesene "allgemeine Hypothesen" mit einem "überhistorischen Charakter" der prioritären Untersuchung der "jedem Akkumulationsregime inhärenten Tendenzen" unterzuordnen (Boyer 1986, S. 77).

Der epistemologische Hintergrund für diese divergenten Positionen läßt sich m. E. wie folgt erklären: Die frühen Arbeiten von Aglietta und die von Lipietz standen noch weitgehend unter dem Einfluß des marxistischen Strukturalismus. Daher wird bei ihnen der allgemeinen Darstellung der gesellschaftlichen Verhältnisse und ökonomischen Gesetze der KPw noch eine zentrale erkenntnisleitende Bedeutung zugemessen. In Absetzung zu Althusser neuer, sich rein theoretisch verstehender Lektüre von Marx beharren sie

allerdings auf der Analyse der spezifischen Vergesellschaftungsform der kapitalistischen Produktionsweise als notwendiger Einheit von Produktions- und Zirkulationsprozeß, als Waren- und Geldverhältnis. Da die von den dezentralen Produktionseinheiten aufgewandte konkrete Arbeit sich erst ex-post im allgemeinen Austauschprozeß als gesellschaftlich notwendige abstrakte Arbeit, als Wert, erweist und dieser notwendig über die Geldform als allgemeinem Äquivalent vermittelt ist, kann das Warenverhältnis nicht ohne das Geldverhältnis existieren. Dem Wertgesetz entspricht daher als monetärer Ausdruck die 'Geldschränke' (contrainte monétaire), die als geldlicher Ausdruck einer Stunde abstrakter Arbeit definiert wird und die gesellschaftliche Form der Realisierung des Werts darstellt (Aglietta 1979, S. 38 ff; Lipietz 1985, S. 115 ff). Gegenüber dem Waren- und Geldverhältnis erweist sich das Lohnverhältnis, durch das die Arbeitskraft zur Ware wird, insofern als das grundlegendste gesellschaftliche Verhältnis der kapitalistischen Produktionsweise, weil sich dadurch erst das Kapitalverhältnis konstituiert (Aglietta 1979, S. 45). Auf der Basis seiner Einführung einer 'Geldschränke' und eines flexiblen Geldsystems entwickelte Aglietta dann — unter Umgehung des Transformationsproblems — die weiteren grundlegenden ökonomischen Gesetze gleichzeitig auf einer Wert- und Preisebene. Die dabei auftretenden Inkonsistenzen führen bei Aglietta zu einer Verabschiedung von der Arbeitswerttheorie, während Lipietz sie durch seine Beiträge zum Transformations- und Inflationsproblem weiterbearbeitet (Lipietz 1982, 1983, 1986). Agliettas Verzicht auf eine werttheoretisch formulierte Akkumulationstheorie markierte seinen offenen und endgültigen Bruch mit dem marxistischen Strukturalismus, dessen "Fetischismus der Reproduktion und seiner abgöttischen Liebe für die 'allgemeinen Gesetze'" (Aglietta/Brender 1984, S. 16). Gleichzeitig entwickelte er — unter dem Einfluß der historischen Gesellschaftstheorie von René Girard — zusammen mit Orlean und Brender die zentralen entwicklungstheoretischen Aspekte seines Regulationsansatzes weiter. Dabei rückte der Formwandel sozialer Kohäsion — durch die Entwicklung des Geldverhältnisses, dann des Lohnverhältnisses und der klassifizierenden Differenzierung der Lohnarbeiterklasse in der fordistischen "Lohngesellschaft" (société salariale) — in den Vordergrund des Interesses (Aglietta/Brender 1984, S. 9 ff).

Die Identifikation der Marxschen Theorie mit der theoretisierenden und enthistorisierenden Lektüre Althusser hat bei seinen ehemaligen Schülern (nur Lipietz stellt hier eine Ausnahme dar) offensichtlich die Rückkehr zu dem von Althusser so heftig bekämpften 'Historizismus' historischer Gesellschaftstheorien erleichtert.

Dies gilt ebenfalls für Boyer, für den der Marxismus in der Lektüre Althusser jeden Zugang zu einer historischen Analyse der langfristigen Ent-

wicklung des Kapitalismus zu versperren scheint. Er übernahm zwar von der Althusser-Schule das Konzept der Artikulation verschiedener Produktionsweisen in einer Gesellschaftsformation — und von Marx den Widerspruch zwischen den Bedingungen der Mehrwertproduktion und Mehrwertrealisierung als allgemeinen Grund für ökonomische Krisen (Boyer 1979, S. 10; 1986, S. 21, 43). Ansonsten orientiert er sich aber eher an der wirtschaftshistorischen Annales-Schule, die gegenüber dem deutschen Historismus die Einbettung historischer Ereignisse und Abläufe in langfristige Strukturen und deren Konjunkturen betont und ihre spezifische historische Analysemethodik vor allem auf die Entwicklungsgeschichte des Feudalismus und des frühen Kapitalismus angewandt hat (Bloch u. a. 1977; Braudel 1985; Boyer 1979, S. 13; Boyer 1986, S. 40, 44, 82). Bei Boyer erklärt der große Einfluß der Annales-Schule und die Identifikation der Marxschen Theorie mit dem ahistorischen Strukturalismus Althusserers sein frühzeitiges Beharren auf einer intermediären Theorieebene, welche Bausteine aus verschiedenen Basistheorien für eine Erklärung der historischen Veränderungsprozesse des Kapitalismus in jeweils verschiedenen Kombinationen verwendet. Auch bei den meisten anderen Regulationisten läßt sich ein deutlicher Eklektizismus in Bezug auf theoretische Grundpositionen feststellen. So versuchen etwa Mazier, Basle und Vidal (1984) auf der theoretischen Ebene die von ihnen als Erneuerung des Marxismus angesehene Regulationstheorie ohne Arbeitswerttheorie mit den Cambridge-Modellen über den Zusammenhang von Akkumulation und Verteilung zu kombinieren, während sie bei ihren empirischen Analysen — Kaldor und Verdoorn folgend — im Vergleich zu den Regulationisten der ersten Stunde eine weitaus höhere methodische Präzision beim Umgang mit Datenserien und Interpretationen walten lassen (Mazier u. a. 1984, S. 8, 52 ff, 256; Nöel 1987, S. 314 ff).

Bereits nach diesem kurzen Überblick zum Rekurs der Regulationforscher auf allgemeine Basistheorien kommt man/frau nicht umhin, sich folgende wissenschaftstheoretische Fragen zu stellen: Wieso obsiegen im Regulationsansatz genau jene eklektischen Tendenzen des Bezugs auf verschiedene Basistheorien, die Aglietta in seiner Pionierarbeit so vehement geißelt hatte? War dies lediglich eine Folge jener spezifischen intellektuellen Konjunktur in Frankreich, in der die Marxsche Theorie durch den strukturalistischen Marxismus und durch eine handlungsorientierte historische Gesellschaftstheorie zutiefst diskreditiert wurde, oder hängt dies mit dem allgemeinen Problem der Vermittlung von modelltheoretischer Strukturanalyse und handlungsbezogener Ereignisanalyse innerhalb der marxistischen Diskussion zusammen (Lockwood 1985; Thompson 1980)? Obwohl ich diese grundsätzliche Frage hier nicht behandeln kann, läßt sich zumindest eines feststellen: Die große internationale Attraktivität, die der

Regulationsansatz bei kritischen Ökonomen und Sozialwissenschaftlern erlangt hat, bringt sowohl den Überdruß an der zunehmend spezialisierten (mit den drängenden Interpretationsproblemen der gegenwärtigen Umbruchphase nur unzulänglich vermittelbaren) marxistischen Theoriediskussion als auch die enorme Nachfrage nach umfassenden handlungsorientierten Erklärungsansätzen zum Ausdruck. Oder wie Boyer zutreffend formuliert: Die große Krise ist nicht nur die Zeit der zerbrechenden und neu entstehenden Regulationsweisen, sie ist gleichzeitig auch die Zeit der kreativen, daher unabgesicherten und eklektischen Heterodoxien, nicht die der festgefühten konsistenten Orthodoxien (Boyer 1986, S. 7). Im Wissenschaftsverständnis von Boyer ist es daher kein Zufall, daß sich die mit dem Regulationsansatz arbeitenden AutorenInnen eher auf den harten Kern der intermediären Konzepte als über die abstrakteren Basistheorien einigen können (ebd., S. 36). Wie wir gleich sehen werden, trifft dies allerdings eher auf Begriffe und klassifikatorische Merkmale denn auf inhaltliche Thesen zu.

3.1 Das intermediäre Konzept des Akkumulationsregimes bei Aglietta

Nachdem Aglietta das Gesetz der Kapitalakkumulation und dessen einzelne Komponenten im "allgemeinen Raum des Wertes" ausführlich dargestellt, das Konzept der 'Geldschanke' als monetären Ausdruck des Wertgesetzes entwickelt und den grundlegenden Charakter des Lohnverhältnisses herausgearbeitet hat, vollzieht er in seiner Pionierstudie den Übergang zu einer stilisierten Akkumulationsgeschichte der USA (Aglietta 1979, S. 65 ff). Diesen Prozeß der Vermittlung zwischen Theorie und Empirie bindet er an eine Reihe zentraler methodischer Einschränkungen, die für das Verständnis des dann entwickelten weniger abstrakten 'intermediären Konzepts' des Akkumulationsregimes grundlegend sind, die allerdings erst in der englischen Ausgabe in einer expliziten Form entwickelt werden (ebd., S. 66–68): *Erstens* kann die Konfrontation einer im abstrakten Wertraum formulierten Theorie der Akkumulation mit der Geschichte des US-Kapitalismus nicht das Ziel haben, abstrakte Konzepte direkt auf die Wirklichkeit anzuwenden, um die allgemeine Theorie beweisen zu wollen. Denn erst am Ende eines zwischen deduktiven und induktiv-experimentellen Phasen abwechselnden Interaktionsprozesses läßt sich das Konkrete als reiche Bestimmungsvielfalt reproduzieren.

Zweitens verbietet es sich aus methodischen Gründen, die historische Geschichte der USA in homogene Epochen zu zerlegen, die durch markante Ereignisse oder Veränderungen mit irreversiblen Folgen voneinander getrennt werden. Geschichte als von Individuen und Kollektiven "gelebte" ist "unendlich, heterogen und ereignisreich" (ebd., S. 67). *Drittens* unter-

scheidet sich die historische von der biologischen Entwicklung dadurch, daß sie weder durch den reinen Zufall noch durch einen ererbten Determinismus beherrscht wird. Sie ist vielmehr über in die 'Logik der Kapitalakkumulation' eingebettete, keinem eindeutigen Gesetz folgende Praktiken des Klassenkampfes (bei der Festlegung, Veränderung und Erneuerung sozialer Normen), durch die ökonomische Beziehungen institutionalisiert werden, vermittelt. Dabei ist der 'Klassenkampf' zwar ein Prozeß der Kreation und Innovation mit offenem Ausgang; die historische Entwicklung aber wird um so mehr durch die Logik der Akkumulation bestimmt, je mehr der Klassenkampf in Modalitäten erfolgt, die kompatibel mit der "Ausweitung des Warenaustauschs" sind (ebd., S. 67). *Viertens* kann eine solche Theorie nur die Bedeutung der aktuellen Veränderungen 'erschließen' und die Bedingungen angeben, die bestimmte Entwicklungsrichtungen unmöglich machen. Sie kann im strikten Sinne weder die vergangene Geschichte rekonstruieren, noch die Zukunft voraussagen.

Nach diesen noch stark an Althusser erinnernden aber bedenkenswerten methodischen Einschränkungen für die Vermittlung von Theorie und stilisierter Geschichte, die interessanterweise in der französischen Ausgabe weitgehend fehlen, entwickelt Aglietta in der englischen Ausgabe sein für die Analyse der stilisierten Akkumulationsgeschichte zentrales intermediäres Konzept des Akkumulationsregimes (ebd., S. 68). Dabei verbindet er — den Grundthesen seines ganzen Buches (auch in der französischen Ausgabe) folgend — Veränderungen des Arbeitsprozesses mit Veränderungen der Lebensbedingungen der Lohnarbeiterklasse oder, in den Wertkategorien ausgedrückt, die veränderte Form des relativen Mehrwerts mit den allgemeinen Bedingungen der absoluten Mehrwertproduktion. Letztere ergeben sich bei der Aufteilung der gesamten durch den Marktprozeß als gesellschaftlich notwendig anerkannter abstrakter Arbeit — der realisierten Wertproduktion t_v — als Differenz zum 'Wert' der Arbeitskraft bzw. der für ihre Reproduktion notwendigen Arbeitszeit t_n (ebd., S. 50). Ausgehend von einem Normalarbeitstag mit der zeitlichen Länge T ergibt sich die Ungleichung $t_n < t_v < T$. Die Differenz $T - t_v$ sind dabei die 'Poren' des Arbeitstages, d. h. die Zeit, in der die Arbeitskraft nicht produktiv genutzt wird (fehlende faktische Kontrolle der Unternehmer über den Arbeitsprozeß, daher blauer Montag, lange selbstbestimmte Pausen und hohe Zeitverluste bei der Koordination des Arbeitsprozesses). Die Mehrarbeitszeit $t_v - t_n$ läßt sich daher *erstens* durch die Ausweitung des Arbeitstages bei konstantem Wert der Arbeitskraft, durch die Zunahme des Wertprodukts t_v , erhöhen. Diese Form der 'absoluten' Mehrwertproduktion ist die früheste Methode der Steigerung der Mehrarbeitszeit. Sie trat in der düsteren Anfangszeit des industriellen Kapitalismus meist in Kombination mit einer Senkung des Werts der männ-

lichen Arbeitskraft unter die Reproduktionskosten der gesamten Lohnarbeiterfamilie und einer massenhaften Beschäftigung von Frauen und Kindern zu einem höchstens ihre individuelle Reproduktion sichernden Lohnniveau auf. *Zweitens* läßt sich die Mehrarbeitszeit bei konstantem Arbeitstag und Wert der Arbeitskraft durch die Intensivierung des Arbeitsprozesses, d. h. durch die Schließung der Poren des Arbeitstages $T - t_v$, erhöhen. In der Regel ist dies nur bei einer stärkeren Unterordnung der Arbeitskraft unter die Arbeitszeitnormen des Managements und die kontinuierliche, uniforme Bewegung des Maschinensystems möglich. Die Verdichtung des Arbeitstages wirkt daher zunächst wie seine Ausweitung, da die intensivere Arbeitsstunde einen höheren physischen Output produziert und bei ausnahmsweiser Intensitätserhöhung sich in einem höheren Wertprodukt darstellt. Bei einer Verallgemeinerung der Intensität der Arbeit in allen Industriezweigen kommt es allerdings nach Marx (Aglietta läßt dies sybillinisch offen) lediglich zu einem neuen 'gesellschaftlichen Normalgrad' der abstrakten Arbeit, d. h. trotz gesteigener physischer Arbeitsproduktivität hätte sich das Wertprodukt nicht erhöht (Marx 1968, S. 548; Davis 1975, S. 265). Ein allgemeiner Anstieg der Arbeitsintensität im nationalen Rahmen ist allerdings *drittens* bereits eng mit der für die Dynamik der Kapitalakkumulation entscheidenden zweiten Hauptform des Mehrwerts, der relativen Mehrwertproduktion, verbunden: Diese ergibt sich in ihrer reinen Form nur durch die Senkung der zur Reproduktion der Lebensmittel der Lohnarbeiter notwendigen Arbeitszeit t_n . Bis auf historische Ausnahmefälle setzt dies einerseits eine Revolutionierung des Produktionsprozesses und dadurch bedingter Zuwächse der Arbeitsproduktivität in den Konsumgüter produzierenden Industrien, andererseits aber auch die Revolutionierung der Konsumweise der Lohnabhängigen, d. h. ihre Verwandlung in Konsumenten von primär industriell produzierten Waren voraus.

Vor diesem arbeitswerttheoretischen Hintergrund definiert Aglietta in der englischen Ausgabe das Akkumulationsregime als eine Form sozialer Veränderungen, die den relativen Mehrwert unter stabilen Rahmenbedingungen (constraints) der allgemeinsten Normen, die den absoluten Mehrwert definieren, erhöht (Aglietta 1979, S. 68). Absoluter und relativer Mehrwert sind daher wie bei Marx — bis auf die historische Anfangsphase des industriellen Kapitalismus — notwendig miteinander verbunden; wobei die relative Bedeutung und die veränderte Form des relativen Mehrwerts entscheidend ist für die Abgrenzung historisch-stilisierter Entwicklungsphasen des Kapitalismus (ebd., S. 20). Im Unterschied zur allgemeinen Ebene der Kapitalakkumulation und der Reproduktionsschemata, die im homogenen theoretischen Raum einer 'reinen' kapitalistischen Produktionsweise (ohne nichtkapitalistische Klassen, Staat, Außenhandel) die modelltheoretischen

Bedingungen eines Gleichgewichts zwischen Produktion und Realisierung von Mehrwert — bei gegebener Einkommensverteilung und konstanter Akkumulationsrate — theoretisch nachweisen sollen, berücksichtigt das intermediäre Konzept des Akkumulationsregimes aber nicht nur die grundlegenden historischen Veränderungen in den Formen der Mehrwertproduktion, sondern gleichzeitig die diese bestimmenden Normen, Institutionen und anderen 'strukturellen Formen'. Die absolute Mehrwertproduktion wird daher wie bei Marx als die allgemeine Grundlage des Akkumulationsprozesses aufgefaßt, die im nationalstaatlichen Raum durch allgemeine Normen für die Nutzung der Arbeitskraft (legale Begrenzung des Normalarbeitstages, des Einsatzes von Frauen und Kindern, der unternehmerischen Entlassungs- und der gewerkschaftlichen Kampfpraktiken), der Lohnbildung (sowohl des Grundlohns als auch der Konfliktregulierung) und der Absicherung der Lohnarbeiter gegen Risiken und Unsicherheiten ihrer Reproduktion bestimmt und reguliert wird (Aglietta 1979, S. 69–70).

Diese regimespezifischen, durch staatliches Recht und soziale Konvention festgelegten allgemeinen Normen für das Lohnverhältnis führen nach Aglietta zu einer 'Homogenisierung' der Lohnabhängigen, da sie formal gleichen Bedingungen unterworfen sind. Die sich verändernden Formen des relativen Mehrwerts, die die Beziehungen zwischen der konkreten Organisation des Arbeitsprozesses und der Reproduktion der Lohnabhängigen definieren, führen dagegen zu einer wachsenden Differenzierung der Lohnarbeiterklasse (Qualifikation und Lohnhierarchie, Zugang zu Gebrauchswerten, Logik der Positionszuweisung), die eine regime-spezifische Form der sozialen Kohäsion erfordern (ebd., S. 69; vgl. zur Weiterentwicklung Aglietta/ Brender 1984, S. 11).

Auf dem Hintergrund der werttheoretisch begründeten Formen der Mehrwertsteigerung und ihrer Verbindung zu den konkreten Veränderungen des Arbeitsprozesses und der Lebensbedingungen der Lohnabhängigen formuliert Aglietta dann zwei idealtypische Akkumulationsregime, die ihm zufolge nicht mit einer endgültigen Periodisierung der konkreten Entwicklungsgeschichte des Kapitalismus identisch sind, sondern lediglich als heuristischer Bezugsrahmen für deren Analyse dienen sollen (Aglietta 1979, S. 71). Im vorwiegend "extensiven Regime der Akkumulation" wird der relative Mehrwert durch Veränderungen der Arbeitsorganisation produziert, ohne daß es gleichzeitig zu einer grundlegenden Umwälzung der noch durch Nichtwarenbeziehungen oder nichtkapitalistisch produzierte Waren bestimmten 'traditionellen' Lebensweise der Lohnabhängigen kommt. Die Lohnabhängigen sind zwar im Produktionsprozeß ständigen Veränderungen und Differenzierungen in ihrer Positionszuteilung unterworfen, bleiben in ihrer Lebens- und Konsumweise aber noch außerhalb der sozialen Logik der kapitalisti-

schen Produktionsweise. Das vorwiegend "intensive Regime der Akkumulation" beruht demgegenüber auf der gleichzeitigen Revolutionierung des Produktionsprozesses und der Lebensweise der Lohnabhängigen. Die letzteren werden nun nicht mehr allein im Arbeitsprozeß, sondern auch in ihrer Konsumweise von den institutionalisierten Codes für soziale Positionszuweisungen "penetriert". Der "private" Konsum zur Wiederherstellung der gesellschaftlichen Arbeitskraft wird über die Dominanz von Warenbeziehungen mit der erweiterten Reproduktion des Kapitals "verbunden" (ebd., S. 71, 151 ff).

Welche Schlüsse lassen sich nun aus dieser Konzeptualisierung der beiden idealtypischen Akkumulationsregime ziehen? *Erstens* machen sie die Entwicklung des Lohnverhältnisses und die spezifische Verbindung zwischen den Veränderungen des Arbeitsprozesses und denen der Lebensbedingungen der Lohnarbeiterklasse zum zentralen Periodisierungskriterium. Dies könnte eine banale Feststellung sein, wenn nicht die vorherrschende Tendenz bei der Interpretation der Industrialisierungsgeschichte immer noch auf einem Kontinuitätsparadigma, das ich Hoffmann-Paradigma genannt habe, beziehen würde. Danach wurde die Industrialisierungsdynamik von Anfang an durch die Nachfrage der 'privaten Haushalte' (in zunehmendem Maße Lohnabhängigenhaushalte) nach Konsumgütern bestimmt, während die Entwicklung der Produktionsmittelindustrien erst verspätet nachfolgte (vgl. Hoffmann 1931; Hurtienne 1986, S. 65). *Zweitens* enthalten die Akkumulationsregime über die allgemeinen rechtlichen Normen der Mehrwertproduktion und die klassifikatorischen Codes der hierarchischen Positionszuweisungen im Arbeits- und später auch im Konsumprozeß bereits zentrale Momente an Regulation, ohne die die formelle Kohärenz und soziale Kohäsion des Akkumulationsprozesses nicht stabilisiert werden könnte. *Drittens* weist das zur ökonomischen Kohärenz und zur sozialen Kohäsion notwendige Mindestmaß an Regulation einen markanten Unterschied zwischen den beiden Regimen aus: Das vorwiegend extensive Regime kommt noch mit einem niedrigen Niveau staatlicher Regulierung — durch die Medien Recht und Geld — aus, während ansonsten die ungehemmte Dynamik der ökonomischen Gesetze 'tobt'. Sinnigerweise wird es deshalb als 'konkurrenzkapitalistische' oder 'kompetitive' Regulationsweise oder besser 'Regulation durch Konkurrenz' charakterisiert. Das vorwiegend intensive Regime bedarf dagegen einer viel weitergehenden Verrechtlichung und Normierung, d. h. einer 'monopolistischen' Regulationsweise, die die Konkurrenz zwischen den Lohnarbeitern und die ruinöse Preiskonkurrenz zwischen Unternehmern so weitgehend einschränkt, daß dadurch eine mit der Produktivitätsentwicklung verkoppelte Reallohndynamik und eine zeitliche Verschiebung der Kapitalentwertungsprozesse durch Inflation zustande kommen kann. Die Ver-

allgemeinerung bürgerlichen Konsumstandards aber führt zur "Einschließung" der Mehrheit der LohnarbeiterInnen (Foucault) in die "bürgerliche Gesellschaft" (Aglietta) und die sie kennzeichnende Logik des "classement" (Bourdieu). Das primäre Objekt der Regulation ist daher in beiden Akkumulationsregimen ein radikal anderes: im extensiven primär die Eigentümerklassen, im intensiven die stratifizierte Masse der Lohnabhängigen. *Viertens* gelingt es Aglietta durch die Entfaltung jeweiliger sozialer Logiken der beiden Akkumulationsregime — zumindestens thesenhaft — eine Verbindung zwischen Akkumulations- und Entwicklungstheorie herzustellen.

3.2 Die Konzepte 'Akkumulationsregime', 'Regulationsform' und 'Regulationsweise' bei der CEPREMAP-Gruppe

Die von der CEPREMAP-Gruppe 1977 entwickelte und dann vor allem durch Boyer und Lipietz sukzessive erweiterte und veränderte Konzeptualisierung des Regulationsansatzes bezieht sich zwar auf gleiche Fragestellungen, ähnliche Konzepte und genau wie bei Aglietta auch auf die Zentralität des Lohnverhältnisses, weicht aber ansonsten in zahlreichen wichtigen Aspekten von dessen Regulationsansatz ab. Während Aglietta noch versucht hatte, das intermediäre Konzept des Akkumulationsregimes explizit aus der veränderten Form des relativen Mehrwerts zu entwickeln, geht die CEPREMAP-Gruppe eher klassifikatorisch vor und verzichtet dabei auf eine explizite Anbindung an die Arbeitswerttheorie.

Im Unterschied zu Aglietta werden daher die Konzepte Akkumulationsregime, Regulationsformen und Regulationsweise getrennt voneinander entwickelt, um dann ihr jeweiliges Korrespondenz- oder Bestimmungsverhältnis zu diskutieren oder stillschweigend vorauszusetzen. Das Akkumulationsregime wird bei Lipietz als ein Modus der systematischen Verteilung und Reallokation des gesellschaftlichen Produkts definiert, der über einen längeren Zeitraum ein bestimmtes Entsprechungsverhältnis zwischen den Veränderungen der Produktionsbedingungen (dem Volumen des eingesetzten Kapitals, seiner Verteilung zwischen den Branchen und den Produktionsnormen) und den Veränderungen in den Bedingungen des Endverbrauchs (Konsumnormen der Lohnabhängigen und andere soziale Klassen, kollektive Ausgaben etc.) herstellt (Lipietz 1985, S. 120). Die Regulationsweise ist demgegenüber "die Gesamtheit institutioneller Formen, Netze, expliziter oder impliziter Normen, die die Vereinbarkeit von Verhaltensweisen im Rahmen eines Akkumulationsregimes sichern, und zwar sowohl entsprechend des Zustandes der gesellschaftlichen Verhältnisse als auch über deren konfliktuelle Eigenschaften hinaus" (ebd., S. 121). Das Akkumulationsregime wäre demnach ein in den Begriffen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung formuliertes, für längere Entwicklungsphasen gültiges, ökonomi-

sches Reproduktionsschema, das aber bereits über die Produktions- und Konsumnormen zentrale Momente der Regulationsweise enthält. Die Regulationsweise erscheint demgegenüber als die normative und institutionelle Teilstruktur des sozialen Systems, die dem stets widersprüchlichen Akkumulationsprozeß — durch die soziale Kohäsionskraft staatlichen Zwangs und sozialer Konventionen — die 'notwendige' formelle Kohärenz verleiht.

Boyer geht in seiner letzten Version 1986 noch einen Schritt weiter: Das Akkumulationsregime wird bei ihm als die "Gesamtheit an Regelmäßigkeiten" definiert, die eine relative Kohärenz des dynamischen Prozesses der Kapitalakkumulation durch das "Aufsaugen" oder die zeitliche "Entzerrung" der durch sie entstehenden Störungen und Ungleichgewichte ermöglichen (Boyer 1986, S. 46). Diese die Widersprüche des Akkumulationsprozesses institutionalisierenden ökonomischen und sozialen "Regelmäßigkeiten" bezieht er auf die Entwicklung der Produktionsorganisation und des Lohnverhältnisses, den zeitlichen Horizont der Kapitalverwertung, die eine dynamische Reproduktion der verschiedenen Klassen und sozialen Gruppen erlaubende Einkommensverteilung, die Zusammensetzung der sozialen Nachfrage und die Artikulation mit nichtkapitalistischen Formen, wenn diese eine determinierende Rolle für die ökonomische Formation haben (ebd., S. 46). Der Ursprung dieser "Regelmäßigkeiten", die die ökonomische Reproduktion während einer historischen Phase kanalisieren, liegt in den institutionellen Formen, durch die die grundlegenden sozialen Verhältnisse der kapitalistisch dominierten Gesellschaftsformation "kodifiziert" werden: In den Formen des Geldsystems (und der "Geldschränke") als dem umfassendsten aus den Warenbeziehungen entspringenden sozialen Verhältnis; in der Konfiguration des Lohnverhältnisses (typische Formen der Produktion, der sozialen und technischen Arbeitsteilung, der Bindung der Lohnabhängigen an das Unternehmen, der Lohnbildung und der Lebensweise der Lohnabhängigen); in den Formen der Konkurrenz zwischen den dezentralen Unternehmen; in den Modalitäten der Einfügung in das internationale Regime und schließlich in den Formen des Staates (ebd., S. 48–53). Diese institutionellen Formen und institutionalisierten Kompromisse können ihre Funktion der 'Verregelmäßigung' des Akkumulationsprozesses nur erfüllen, wenn sie durch staatlich gesetzten direkten oder symbolischen Zwang (Rechts- und Geldordnung), auf Wechselseitigkeit beruhenden privaten Konventionen (z.B. Tarifvertragssystem) und ein allgemeines gesellschaftliches Wertesystem in ein kompatibles Interdependenzverhältnis zueinander 'gebracht' werden. Als Ensemble von institutionellen Formen, die die individuellen Handlungen formen, kanalisieren und teilweise bestimmen, bilden sie eine Regulationsweise, die zusammen mit dem dazu gehörigen Akkumulationsregime auch als eine Entwicklungsweise aufgefaßt werden kann.

Diese klassifikatorische Vorgehensweise Boyers weicht noch stärker als die Lipietzsche von Agliettas Versuch ab, die Formen der Regulation aus den Widersprüchen des kapitalistischen Akkumulationsprozesses zu entwickeln. Oder zugespitzt formuliert: Bei Aglietta stehen die ökonomischen Widersprüche, sozialen Rivalitäten und systembedingten Krisen am Anfang der Entwicklung normalisierender Regulationsformen, während sich dieses Verhältnis bei Boyer in der Tendenz eher umdreht. Aufgrund seines zum Prinzip erhobenen eklektischen Bezuges auf allgemeine Basistheorien unterschiedlichster Art und wegen seiner historisierenden Vorgehensweise verselbständigt sich bei ihm die Ebene der Regulationsformen bzw. der Regulationsweise zu einer institutionalistischen Theorie ökonomischer Entwicklungsprozesse. Boyers Nähe zu dem offen funktionalistischen und institutionalistischen nordamerikanischen Erklärungsansatz der "social structure of accumulation" (Gordon/ Edwards/ Reich 1982; Bowles/ Gordon/ Weisskopf 1986) kommt daher nicht von ungefähr! Aber auch Lipietz tendiert — trotz seines expliziten Bezugs zur Marxschen Akkumulationstheorie — in seiner Konzeptualisierung der intermediären Konzepte eher in eine institutionalistische Richtung (Lipietz 1985).

Am deutlichsten zeigt sich der Abstand zu den Arbeiten Agliettas aber bei der Bestimmung von Merkmalen der Phasen kapitalistischer Entwicklung. Boyer und Lipietz entwickeln den Unterschied zwischen dem extensiven und dem intensiven Akkumulationsregime nicht — wie Aglietta — aus den veränderten Formen der relativen Mehrwertproduktion, d.h. des Ausschlusses oder des Einschlusses der Lebensbedingungen und Konsumweisen der Lohnarbeiterklasse in den kapitalistischen Reproduktionsprozeß, sondern betonen primär die unterschiedliche Dynamik der Arbeitsproduktivität. Nach Lipietz ist die kapitalistische Akkumulation entweder durch eine "simple Ausweitung" ohne grundlegende Veränderungen in der Arbeitsproduktivität und des Kapitalkoeffizienten oder durch eine Vertiefung des Produktionsprozesses durch die reelle Unterordnung der Arbeitskraft und eine stärkere Zunahme der Arbeitsproduktivität (aber auch des Kapitalkoeffizienten) gekennzeichnet (Lipietz 1985b, S. 32, 1986, S. 16). Auf ähnliche Weise kontrastiert Boyer eine 'Quasi-Stagnation' mit einer hohen Dynamik der Arbeitsproduktivität und der Reallöhne, einen kurzen mit einem langen Zeithorizont der Unternehmer und Lohnarbeiter, die Dominanz der Ausweitung des Arbeitstages mit seiner Intensivierung (Boyer 1986c, S. 460ff). Die Fragwürdigkeit dieser die Tendenzen langer historischer Entwicklungsphasen auf simple Formeln reduzierenden klassifikatorischen und im schlechten Sinne idealtypischen Vorgehensweise zeigt sich daran, daß Boyer allein aufgrund höherer statistischer Zuwachsraten der Produktivität und der Reallöhne in Frankreich für die Jahre 1856 bis 1895 von einem

intensiven Akkumulationsregime spricht, das sich dann bis zum Ende des Ersten Weltkrieges wieder in ein extensives zurückverwandelt habe (Boyer 1979, S.24, 1986b, S. 462).

Aber auch bei der Unterscheidung der Regulationsweisen in eine konkurrenzkapitalistische oder 'kompetitive' und eine monopolistisch-administrative verfahren Boyer und Lipietz — im Unterschied zu Aglietta — sehr schematisierend; auch wenn sie sich auf gleiche Faktoren beziehen, erfolgt bei ihnen keine systematische Entwicklung der strukturellen Formen und ihres Ensembles. Kontrastiert werden:

- individuell ausgehandelte nominale Tageslöhne, die flexibel auf die Akkumulationsentwicklung reagieren, mit tarifvertraglich für Kollektive ausgehandelten, mittelfristig gültigen, die quasi-indexiert und mit der sozialen Komponente des indirekten Lohns verbunden sind;
- Familienunternehmen, die in einer einzigen Branche engagiert, sich über die Börse ihre Investitionsmittel beschaffen und zyklischen abrupten Entwertungen ihres Kapitals unterworfen sind, mit zentralisierten Unternehmergruppen, die in vielen Branchen tätig sind, über überhöhte Amortisationsfonds ihre Investitionen finanzieren und der zyklischen Kapitalentwertung durch Preiserhöhungen zu entgehen versuchen;
- ein auf dem Goldstandard beruhendes Geldsystem, das die Krisentendenzen der Akkumulation unmittelbar zum Ausbruch bringen läßt, mit einem auf der Ausweitung des Kreditgeldes beruhenden staatlichen Geldsystem mit Zwangskurs, das eine monetäre Verschiebung der Krisentendenzen durch Inflation zuläßt;
- ein liberaler Nachtwächterstaat, der nur durch Recht und Gesetz dem kapitalistischen Eigentum Geltung verschafft, mit einem keynesianischen Interventionsstaat, der durch hohe öffentliche Ausgaben, Sozialversicherungssysteme und die Regulierung der Lohnverhältnisse gekennzeichnet ist;
- eine komplementäre internationale Arbeitsteilung, in der der Austausch zwischen Industrie- und Rohstoffländern dominiert mit einer vorwiegend substitutiven, auf dem Austausch zwischen Industrieländern konzentrierten Arbeitsteilung (Lipietz 1985, Boyer 1979).

Die Kombination von Akkumulationsregimen und Regulationsweisen ergibt daher ein handliches 3-Phasen-Modell: ein extensives Regime mit einer 'Regulation der Konkurrenz', ein intensives Regime der Massenproduktion von Konsumgütern ohne Massenkonsum (20er Jahre) und eines mit Massenkonsum (Fordismus nach dem 2. Weltkrieg bis 1966). Ebenso wird der unterschiedliche Charakter großer Krisen entweder als Verwertungskrise (Große Depression des 19. Jahrhunderts, die Krise seit 1966 oder 1974) oder als Unterkonsumtionskrise (30er Jahre) mehr behauptet als akribisch nachge-

wiesen.

Kein Wunder, daß solch 'schematisierende Fresken' KritikerInnen auf den Plan gerufen haben, die mit vollem Recht die theoretische Stringenz und empirische Gültigkeit solch simplifizierender Kontrastierungen in Zweifel ziehen. Deren Einwände beziehen sich im besonderen auf methodische Probleme, die der Regulationsansatz bei der Vermittlung von Akkumulationstheorie und stilisierter Akkumulationsgeschichte hat; einige dieser Probleme sollen hier stichpunktartig erwähnt werden: der fehlende Bezug zu konsistenten Basistheorien, die in dynamischen Gleichgewichtstermini formulierbar sein müssen (Cartelier/de Vroey 1988) und eine daraus ableitbare allgemeine Krisentheorie (Hübner in diesem Band); eine konsistente, eindeutige und überprüfbare Formulierung der intermediären Konzepte und inhaltlichen Thesen (Mingat u.a.1985); die fehlende Präzisierung der sozialen Logik von Institutionen, der Verbindung zwischen der Logik individuellen und kollektiven Handelns und die Gefahr, soziale Akteure in Institutionen aufgehen zu lassen (Nöel 1987, Hirsch 1988); die unscharfe Fassung gesellschaftlicher Wertsysteme und der Rolle des Staates (Mahnkopf i.d.Band; Jessop 1988); der heimliche oder oft auch offene Funktionalismus in der Darstellungsweise (Barrere u.a.1984); vor allem aber das oft starre Korrespondenzverhältnis zwischen Akkumulationsregimen und Regulationsweisen sowie die fehlende Vermittlung zwischen nationalstaatlich bestimmten Regulationsweisen und hegemonialen internationalen Regimen (Ruccio 1988; Altwater i.d.Bd).

Viele dieser Kritikpunkte werden auch von den Regulationisten selbst gesehen und mit dem offenen Forschungscharakter des Regulationsansatzes — aber auch mit dessen Vulgarisierung — in Verbindung gebracht (Lipietz 1985; Boyer 1986a). Eine Entschuldigung für die oft wechselnden und zwischen den verschiedenen AutorInnen nicht kompatiblen Begriffsdefinitionen und inhaltlichen Thesen ist dieses Zugeständnis freilich nicht. Vor allem aber müßte die Vermittlung zwischen den internationalen Regimen, der Entwicklungsweise der Hegemonialmächte, deren Internationalisierung und den nationalspezifischen Regulationsformen weiterentwickelt werden (zu Ansätzen dazu vgl. Aglietta 1982, 1986; Lipietz 1986; Mistral 1986). Dies erforderte allerdings eine Entfaltung des entwicklungstheoretischen Erklärungspotentials des Regulationsansatzes — welches bei weitem noch nicht ausgeschöpft ist und im nächsten Abschnitt für die Entstehungsphase des industriellen Kapitalismus ansatzweise diskutiert werden soll. Ich werde dabei auch auf die bisher nur beiläufig erwähnten zentralen empirisch-historischen Einwände gegen die vom Regulationsansatz behaupteten Merkmale der historischen Phasen des Kapitalismus sowie ihrer Darstellung der Übergangsprozesse eingehen (Barrere u.a.1984; Brenner 1988; Dumenil u.a.1988). Aus meiner Sicht gehen diese Kritiken — wegen ihrer Fixierung auf die simplifizierenden The-

sen von Lipietz und Boyer über den vorfordistischen Kapitalismus — trotz richtiger Einzelkritiken am entwicklungstheoretischen Kern des Erklärungsansatzes von Aglietta, aber auch der frühen Arbeiten von Boyer und Lipietz vorbei.

4 Zum entwicklungstheoretischen Erklärungspotential des Regulationsansatzes

Das zentrale Anliegen der Pionierarbeit Agliettas über die Entwicklung des US-amerikanischen Kapitalismus (und mit Einschränkungen auch der Arbeit von Boyer über Frankreich) war die Interpretation der Industrialisierungsgeschichte als Prozeß einer sukzessiven extensiven Ausweitung und qualitativen Veränderung des Lohnverhältnisses. Seine zentrale These war dabei, daß erst mit der Revolutionierung der Lebensbedingungen der Lohnarbeiterklasse, d. h. mit deren 'Einschließung' in den Reproduktionskreislauf des Kapitals die lange Phase des historischen Entstehungsprozesses des industriellen Kapitalismus zu Ende ging. Erst mit der nach dem Zweiten Weltkrieg in den kapitalistischen Industrieländern erreichten weitgehenden Durchkapitalisierung der Gesellschaftsformation beginnt eine von der Entstehungsphase sich deutlich unterscheidende Phase des voll entwickelten Kapitalismus — auf der Basis einer Verknüpfung der Veränderungen des Arbeitsprozesses mit denen der Lebensbedingungen der die Mehrheit der Bevölkerung ausmachenden Lohnarbeiterklasse, der dadurch bedingten absoluten Dominanz der relativen Mehrwertproduktion und einer engen Verkettung zwischen der Produktions- und Konsumgüterabteilung (vgl. dazu Hurtienne 1986, S. 72 ff). Was im theoretischen Modell der Reproduktionsschemata von Marx und den Marxisten vorausgesetzt wurde, um die Bedingungen eines dynamischen Gleichgewichts zwischen Produktion und Realisierung von Mehrwert auf einer modelltheoretischen Ebene zu analysieren, wurde nun zu einer historischen Realität.

Diese Sichtweise der langfristigen Entwicklung des industriellen Kapitalismus steht in einem deutlichen Kontrast zu der bei Marxisten und Nichtmarxisten immer noch dominierenden Annahme, daß die Industrialisierungsgeschichte bereits seit ihren Anfängen durch die Vorherrschaft der Merkmale des autozentrierten Kapitalismus der Nachkriegsperiode gekennzeichnet gewesen sei (vgl. dazu etwa Brenner 1988, Elsenhans 1984, Senghaas 1977 und Hoffmann 1931). In der Rezeption des Regulationsansatzes ist m. E. dieser zentrale entwicklungstheoretische Aspekt kaum oder nur beiläufig wahrgenommen worden, wodurch sich dann dieser Ansatz auf die die historischen Entstehungsbedingungen des industriellen Kapitalismus weitgehend ausklammernde Theorie des Fordismus, seine Krise und eines

möglichen Postfordismus unzulässigerweise verkürzt hat. Die auf die Pionierarbeiten folgenden Untersuchungen und Essays der meisten Regulationisten haben dieser Interpretation allerdings reichlich Vorschub geleistet, indem sie den vorfordistischen Kapitalismus nur noch als simplifizierende schematische Freske im Einleitungsteil erwähnen, um sich dann dem Fordismus und seiner Krise zuzuwenden (Boyer 1986b; Lipietz 1985; positiv davon abweichend Mazier u. a. 1984). Es blieb daher den Kritikern vorbehalten, diese 'schematisierenden Fresken' einer rigorosen, meines Erachtens den Kern der entwicklungstheoretischen Thesen verfehlenden Kritik zu unterziehen (Dumenil u. a. 1988, Brenner 1988).

Diese Verdünnung zentraler entwicklungs- und akkumulationstheoretischer Thesen in formelhafte Fresken der Vorgeschichte des 'eigentlichen' Kapitalismus der Nachkriegszeit ist umso unverständlicher, da sich sowohl im Buch von Aglietta (1979) als auch bei Boyer (1979) und Lipietz (1977) weiterentwickelbare Thesen zur Entstehungsgeschichte des industriellen Kapitalismus finden.

4.1 Die Entstehung des industriellen Kapitalismus: extensive und intensive Akkumulation und die' Regulation der Konkurrenz' in den USA

Aglietta entwickelt in seiner skizzenhaften Behandlung der Phase des extensiven Akkumulationsregimes für die USA einen ganzen Satz von entwicklungs- und akkumulationstheoretisch höchst interessanten Thesen. So führte das Ungleichgewicht zwischen der wachsenden Mechanisierung des kapitalistischen Produktionsprozesses und der fehlenden grundlegenden Umgestaltung der Lebens- und Konsumweise der Lohnabhängigen dazu, daß der wellenförmig erfolgende sukzessive Aufbau von Industrien und der dazu komplementären Infrastruktur für lange Zeit die kapitalistische Nachfragedynamik bestimmen und tragen konnten. Ähnlich wie bei Lenin (1968) kommt es daher langfristig zu einer ungleichen Entwicklung der beiden Abteilungen der Reproduktionsschemata: Obwohl unter den besonderen Bedingungen der kapitalistischen Entwicklung in den USA (ein nur mit England vergleichbares Einkommensniveau, hoher Kommerzialisierungsgrad der kleinbäuerlichen Landwirtschaft, kontinentaler Charakter des schon frühzeitig sich arbeitsteilig entwickelnden Binnenmarktes, hohe Präferenz für standardisierte Güter) bereits während und nach dem amerikanischen Bürgerkrieg bis 1873 die industrielle Massenproduktion von standardisiertem Kriegsmaterial, von Textilien, Schuhen und einzelnen Nahrungsmitteln einsetzte, konzentrierte sich, so Aglietta, in der Phase des forcierten Industriebaufbaus 1873-97 die Mechanisierung der Produktion primär innerhalb des schwerindustriellen Eisen-Kohle-Stahl-Metallverarbeitungs-

Komplexes. Dessen sukzessiver Aufbau ging einher mit einer hohen wechselseitigen Nachfragedynamik innerhalb der Produktionsmittelabteilung. Die mit der Mechanisierung verbundenen hohen Zuwächse der Arbeitsproduktivität führten zu einer sich wechselseitig bedingenden Wertsenkung von Ausrüstungsgütern, Vorprodukten und Endprodukten innerhalb der sich relativ autonom entwickelnden Produktionsmittelabteilung. Diese Wertsenkung der Produktionsmittel konnte nach Aglietta langfristig dennoch nicht den stärkeren Anstieg der technischen und organischen Zusammensetzung des Kapitals kompensieren. Der Anstieg des relativen Mehrwerts infolge der Wertsenkung der Lebensmittel der Lohnarbeiter reichte nicht aus, um den Effekt der steigenden organischen Kapitalzusammensetzung zu neutralisieren. Also führt auch in den USA die spezifische kapitalistische Form der Entwicklung der Produktivkräfte — wie nach Marx — zu periodisch auftretenden Verwertungskrisen; die Profitrate fällt (Aglietta 1979, S. 60; Stamatis 1977). Allerdings wurden, so Aglietta, aber auch Davis, die durch die Blockierung der relativen Mehrwertproduktion bedingten strukturellen Verwertungsprobleme durch den in Wellen erfolgenden extensiven Ausbau des Eisenbahnnetzes, durch die Errichtung neuer Industrien und durch die Verbesserung der städtischen Infrastruktur phasenweise konterkariert. Wie Brenner richtig bemerkt, impliziert dies eine auch von Alvin Hansen in den 30er Jahren bereits vertretene These: Die Dynamik der Kapitalakkumulation wurde in der langen Phase der geographischen Ausweitung der KPw in die durch nichtkapitalistische Produktionsverhältnisse dominierten Regionen und Wirtschaftssektoren weniger durch die Konsumnachfrage der städtischen Lohnabhängigen als durch "relativ autonome" Wachstumsimpulse in Gang gehalten. Diese können als diejenigen Tendenzen interpretiert werden, die dem Fall der Profitrate entgegenwirken (Brenner 1988, S. 7 ff; Hansen 1941, S. 45 ff, 349 ff).

Dennoch muß die These von der über lange Zeiträume relativ autonomen Akkumulationsdynamik der Produktionsmittelabteilung, wie sie auch für andere kontinentale oder zumindest große Flächenstaaten aufgestellt worden ist, für den amerikanischen Fall erheblich eingeschränkt werden. Die mit dem Eisenbahnbau verbundene Expansion der Agrargrenze war mit einer — gegenüber dem europäischen Kontinent — sehr frühzeitig einsetzenden Mechanisierung der kleinbäuerlichen Landwirtschaft und der Herausbildung von mechanisierten Nahrungsmittelindustrien verbunden. Der Einsatz moderner Produktionsmittel in der Infrastruktur, der Landwirtschaft und den ersten Konsumgüterindustrien muß über relativ sinkende Vorprodukt-, Transport- und Nahrungsmittelpreise zu einer Wertsenkung der in die Reproduktion der Lohnarbeiter eingehenden Lebensmittel geführt haben (Hurtienne 1986, S. 74).

Die Tendenzen einer ansteigenden relativen Mehrwertproduktion durch die Verbilligung der Nahrungsmittel in der Zeit der Großen Depression, die Überausbeutung der mechanisierten Kleinbauern, die fallenden Nominallöhne — bei einer Konstanz überlanger Arbeitszeiten — wurden nach Aglietta aufgrund überhöhter Mieten in Fabrikwohnungen (bei fehlender städtischer Infrastruktur) in ihrer Wirkung eingeschränkt, so daß insgesamt eher von steigenden Reproduktionskosten der breiten Masse der unskilled workers in den rußigen Industriestädten ausgegangen werden kann (Aglietta 1979, S.84; vgl. auch Davis 1978). Selbst bei durch sinkende Nahrungsmittelpreise steigenden Reallöhnen erhöhte sich daher der Spielraum für den Konsum industriell produzierter Waren nur geringfügig. Nach Aglietta hatten die fehlende staatliche Begrenzung des Normalarbeitstages, die durch die Konkurrenz der alteingesessenen Craft Unions mit den neuen Einwanderern entstandene tiefe Spaltung der Arbeiterbewegung, die extrem despotischen Herrschaftsformen der "robber Barons" und die Entwicklung der Industriestädte eine Zerstörung und Degradierung der 'traditionellen' auf Nachbarschaften, Kleingärten und gegenseitiger Hilfe beruhenden Lebensweise trotz des Sinkens der Lebensmittelpreise zur Folge (Aglietta 1979, S. 80). Die bei der Mechanisierung anfallenden Produktivitätsgewinne wurden mit diesen Mechanismen vom Kapital angeeignet. Die Folgen waren Ende des 19. Jahrhunderts: eine enorme Zentralisationswelle, aber auch das rapide Wachstum der aus dem Mehrwert bezahlten Angestellten mit einem im Vergleich zu den Lohnarbeitern doppelt so hohen Einkommensniveau (ebd., S. 85). Die neuen Konsumgüterindustrien und Warenhäuser fanden für ihre Produkte nun einen privilegierten, von der Masse der Lohnabhängigen drastisch abgegrenzten Markt. Dadurch konnten zwar die Realisierungsprobleme der neu entstehenden Massenkongsumgüterindustrie zunächst 'gelöst' werden. Doch die Verwertungsprobleme des Kapitals spitzten sich dennoch zu: wegen der fehlenden Dynamik der relativen Mehrwertproduktion und der schneller als die Arbeitsproduktivität steigenden Kapitalintensität und wegen der wachsenden unproduktiven Verwendung des Mehrwerts. Fehlende Regulation dieser sich im Krisenzyklus phasenweise zuspitzenden Widersprüche zwischen den Bedingungen der Produktion und der Realisierung des Mehrwerts sowie der disproportionalen Entwicklung der beiden Produktionsabteilungen resultiert in einem abrupten Zusammenbruch der Profiterwartungen, die Akkumulation erlahmt, massive Entwertungsprozesse des Warenkapitals, des fixen Kapitals finden statt und die Nominallöhne fallen (ebd., S. 104). In allen kleinen Krisen und in den großen Depressionen konnte dabei der Verfall der Konsumgüterpreise — vor allem aber der Nahrungsmittelpreise — trotz sinkender Nominallöhne mit steigenden Reallöhnen der noch beschäftigten Arbeiter verbunden sein (ebd., S. 202),

da die Löhne weniger stark als die Warenpreise nach unten tendierten. Die Schwankungen der Akkumulation sind von gleichgerichteten Bewegungen der Nominallöhne und der Arbeitslosigkeit begleitet; die Entwicklung der Reallöhne hingegen weist einen eher entgegengesetzten Rhythmus auf: Die Reallöhne stiegen in den Phasen des Booms am geringsten, während ihr oft drastischer Anstieg in der Krise nur in Verbindung mit der massenhaften Arbeitslosigkeit zu sehen ist (ebd., S. 201). Für die Erklärung dieser paradoxen Entwicklungstendenzen muß allerdings neben dem Fall der industriell produzierten Konsumgüterpreise vor allem der meist viel stärkere Verfall der Nahrungsmittelpreise der kleinbäuerlichen Produzenten berücksichtigt werden.

Dies verweist auf die zentrale Bedeutung der Artikulation der agrarischen Kleinproduzenten mit der Dynamik des Akkumulationsprozesses. Obwohl Aglietta diesen Zusammenhang nicht voll entwickelt, weist er doch zumindest auf die wichtige Rolle der untergeordneten kleinbäuerlichen Warenproduktion bei dem fortgesetzten Prozeß der ursprünglichen Akkumulation hin (ebd., S.78). Dabei sind Verschuldungsverhältnisse die Instrumente, mit denen die Subalternität erhalten wird, während gleichzeitig die Booms des Eisenbahn-, Bergbau-, Banken- und Industriekapitals sich abwechseln. Obwohl nicht durch Großgrundbesitzer und traditionelle Agrarstruktur wie in Europa behindert, wurden die nach Westen ziehenden kleinbäuerlichen Siedler durch steigende Bodenpreise, hohe Bankschulden und überhöhte, monopolistische Eisenbahntarife dennoch zur systematischen Produktion von Überschüssen für den Markt gezwungen (ebd. S.76 ff). Ihre ökonomische und ideologische Unterordnung unter die verschiedenen Kapitalfraktionen führte auch dazu, daß ihre Warenpreise unter den Wert gedrückt werden konnten, da die familiären Produktionseinheiten auch dann noch produzierten, wenn der Einsatz von Frauen und Kindern nicht monetär entgolten wurde. Nach Aglietta kann diese Subventionierung des Industriekapitals durch niedrige Nahrungsmittelpreise teilweise das hohe Profitniveau der verschiedenen mit den Kleinbauern artikulierten Kapitalfraktionen erklären. Die frühzeitige Durchsetzung der Mechanisierung der Landwirtschaft (und ihre zentrale Rolle für das frühe Entstehen der Landmaschinenindustrie) sowie der entstehende agro-industrielle Nahrungsmittelkomplex muß nach Aglietta vor dem Hintergrund der Unterordnung des kleinbäuerlichen Sektors unter die Imperative der Kapitalakkumulation interpretiert werden. Die Steigerung der Produktivität der mechanisierten Agrarproduktion schien demnach für die Kleinbauern eine angemessene Strategie zu sein, um andauernde Verschuldung, steigende Bodenpreise und die Abhängigkeit von den Agrarpreisfluktuationen zu kompensieren. Die Kehrseite der Agrarmodernisierung war allerdings eine langfristig eher noch zunehmende Verschuldung

und eine noch höhere Abhängigkeit von den drastischen Marktpreisfluktuationen, die wegen fehlender Regulationsformen dann in die große Agrarkrise der 20er Jahre — ein unmißverständlicher Vorbote der Großen Depression — mündete.

Diese grobe Skizze der das extensive Akkumulationsregime in den USA prägenden Merkmale muß nun noch die Frage beantworten, wieso trotz des auf die Eigentümerklassen beschränkten insgesamt niedrigen Regulationsniveaus und der relativ ungehemmten Dynamik der Konkurrenzgesetze der KPw ('kompetitive Regulation') die stets brüchige ökonomische Kohärenz durch eine soziale Kohäsion spontan 'reguliert' werden konnte. Wenn ich richtig sehe, versucht Aglietta diese Frage dahingehend zu beantworten, daß er die Dominanz der extensiven Erweiterung des Kapitalverhältnisses (frontier-Prinzip) mit der zentralen Bedeutung einer homogenisierenden, stark individualistischen, die Freiheit des Eigentums und des Wettbewerbs betonenden, ideologischen Repräsentation der spezifischen gesellschaftlichen Verhältnisse an der Agrargrenze und den politischen Formen der amerikanischen Demokratie verbindet (ebd., S.73 ff). Damit — und nicht mit dem Rekurs auf das höhere Einkommensniveau — versucht Aglietta die starke soziale Kohäsionskraft der amerikanischen Gesellschaft auch in Krisenzeiten zu erklären. Denn selbst die bitteren Klassenkämpfe der 90er Jahre gegen die Verschlechterung der Lebensbedingungen der in trostlosen Slums dahinvegetierenden, ungelerten Fabrikarbeiter wurden ohne eine für Europa typische proletarische Klassenperspektive geführt und erhielten dadurch eine populistische und teilweise anarchistische Note (ebd., S. 83). Andererseits brachte dieser weniger gewerkschaftliche als populistisch-anarchistisch orientierte soziale und politische Kampf um bessere Wohnbedingungen, städtische Infrastrukturen und legale Beschränkungen der Nutzungsformen der Arbeitskraft auch die 'Unreguliertheit' des Klassenkampfes in der Fabrik und der städtischen Lebenswelt zum Ausdruck. Von den Eigentümerklassen und dem Staat wurden diese Bewegungen daher durch die Anwendung staatlicher und privater Gewalt vehement bekämpft und unterdrückt. Nach Aglietta zeigte sich darin das Janusgesicht der amerikanischen Demokratie, die im Vergleich zu Europa die "reinste bürgerliche Kultur" und "fortgeschrittenste politische Demokratie" mit der offensten Gewaltanwendung gegen die durch die Einwanderungswellen gespaltene Arbeiterbewegung verband.

Die politische und soziale Rebellion der 90er Jahre, die das ganze Ausmaß der Degradierung der städtischen Wohn- und Lebensverhältnisse zum Ausdruck brachte, führte zusammen mit einer massiven Streikwelle, der faktischen Kontrolle der Facharbeiter über den Produktionsprozeß und zunehmenden Absatz- und Verwertungsproblemen in der großen Industrie

zu einer Strukturkrise des extensiven Akkumulationsregimes. Von den Unternehmern wurde dies durch eine (nach der Mechanisierung zweiten) Welle der Revolutionierung des Arbeitsprozesses (Taylorisierung, Fließband) beantwortet, die vor allem auf die neuen Massenkonsumgüterindustrien konzentriert war (ebd., S.111 ff; Hurtienne 1984, Bd.2, S.272 ff). Damit begann die sukzessive Durchsetzung eines neuen, auf der Intensivierung des Arbeitsprozesses beruhenden (intensiven) Akkumulationsregimes, die aber bis zur Großen Depression der 30er Jahre noch nicht mit einer grundlegenden Veränderung der Regulationsformen der Konkurrenz und der Konsumweise (der Mehrheit der ungelerten Arbeiter) verbunden war und daher in die Unterkonsumtionskrise der Großen Depression der 30er Jahre einmündete.

Aus der bisher skizzierten Darstellung Agliettas lassen sich folgende Thesen für die Phase des extensiven Akkumulationsregimes festhalten: *Erstens* war die Mechanisierung der großindustriellen Produktionsprozesse weniger mit einer umfassenden Revolutionierung der Konsumweise der Lohnarbeiter als vielmehr mit einer extensiven geographischen Ausweitung der kapitalistischen Produktionsweise durch Eisenbahn- und Städtebau und durch den Aufbau neuer Industrien vor allem innerhalb der Produktionsmittelabteilung verbunden. *Zweitens* war diese extensive Ausweitung der KPw und die industrielle Wachstumsdynamik auf eine spezifische Weise mit der Mechanisierung der agrarischen kleinbäuerlichen Warenproduktion artikuliert, was sowohl zu bedeutenden Wachstumsimpulsen für die vor- und nachgelagerten Industriebranchen als auch zu einer massiven Wertsenkung der unverarbeiteten Nahrungsmittel für den Binnenmarkt und den Export führte. *Drittens* führte die Mechanisierung der Landwirtschaft und einzelner konsumorientierter Industrien zwar zu einer Senkung des Werts der in die Reproduktion der Arbeitskraft eingehenden Waren und damit — bei noch weitgehend konstanter, unregulierter Länge des Arbeitstags — zu einer erhöhten Produktion von relativem Mehrwert. Wegen der unregulierten Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt und dem Druck der durch die Einwanderungswellen aufgefüllten industriellen Reservearmee mündete dieser Prozeß aber nicht in eine grundlegende Transformation der Konsumstrukturen und Lebensweisen der breiten Masse der Lohnabhängigen. Deren 'traditionelle Lebensweise', die durch Nichtwarenbeziehungen (häusliche Eigenproduktion, gegenseitige Hilfe etc.) und durch den Konsum nichtkapitalistisch produzierter Waren gekennzeichnet war, wurde durch die unregulierte Industrialisierung und Verstärkung zwar zunehmend aufgelöst, wegen fehlender Regulationsformen für das Lohnverhältnis aber nicht neu restrukturiert. *Viertens* war die extensive Akkumulationsphase — was bisher noch nicht erwähnt worden ist — mit spezifischen, auf dem Goldstandard beruhenden Geldverhältnissen verbunden, die bei Abwesenheit einer nationalstaatlichen Regulation (die

erste funktionierende Zentralbank entsteht erst 1913) durch private, nur in 'guten Zeiten' unbegrenzt in Gold konvertible, Bankgelder bestimmt waren und daher mit jeder Absatzkrise abrupt in eine Finanzpanik und einen Zusammenbruch der Preise und der Kapitalakkumulation mündeten (ebd., S.338 ff).

Diese von Aglietta an einem einzigen, wenn auch zentralen Länderbeispiel entwickelten Thesen über die Strukturmerkmale der extensiven Akkumulationsphase sind in vieler Hinsicht ergänzungs- und entwicklungsbedürftig: Der genaue Stellenwert der Konsumgüterindustrien in den verschiedenen Unterphasen vor 1913 müßte deutlicher herausgearbeitet, die dazu vorliegenden empirischen Untersuchungen kritisch diskutiert und vor allem müßte das Konzept der 'traditionellen Lebensweise' in Richtung auf die "moral economy" (Thompson 1968, 1980a) und die "embedded economy" (Polanyi 1978, 1979) präzisiert und weiterentwickelt werden.

4.2 Die Entstehung des industriellen Kapitalismus: extensive und intensive Akkumulation und die 'Regulation der Konkurrenz' in Frankreich und im Deutschen Reich

Daß die von Aglietta benannten Strukturmerkmale aber jenseits des nord-amerikanischen Falls einen heuristischen Erkenntniswert haben, zeigen die seine Thesen in groben Zügen bestätigenden Arbeiten über Frankreich (Boyer 1979; Mazier u. a. 1984) und das Deutsche Reich (Lutz 1984; Hurtienne 1981, 1984, 1986). Im Unterschied zu den USA, mit ihrer frühzeitigen Durchsetzung der Agrarmechanisierung und der industriellen Massenproduktion (dem "American System of Manufacturing"), läßt sich an diesen Beispielen die von Aglietta herausgearbeitete strukturelle Blockierung der vollentwickelten Dynamik relativer Mehrwertproduktion für die Phase bis 1913 m. E. viel eindeutiger als dominierende Tendenz nachweisen. Aufgrund der zitierten Studien war in beiden Flächenstaaten die nachholende Industrialisierung ab 1850 noch weniger mit der Konsumgüternachfrage artikuliert als in den USA. Dies lag einmal an dem nur halb so hohen durchschnittlichen Lohnniveau, dem geringeren Anteil der Lohnabhängigen und dem entsprechend höheren Anteil der nichtkapitalistischen Warenproduzenten in Stadt und Land (Phelps Brown 1968, S. 46; Lutz 1984). Die Konsumstruktur der Lohnabhängigenhaushalte war dabei noch stärker als in den USA durch die Dominanz von Nahrungsmitteln (im Deutschen Reich über 50 %, in Frankreich über 60 %, in den USA über 40 %) gekennzeichnet, die zu über 90 % als Rohprodukte über lokale Wochenmärkte aus dem nichtkapitalistischen Sektor der kleinbäuerlichen Warenproduktion bezogen und dann in der Hauswirtschaft bearbeitet wurden (Mazier u. a. 1984, S. 70; Lutz 1984, S. 161; Gray/ Peterson 1974, S. 316). Zusammen mit den

Ausgaben für Kleidung und Wohnen, die ebenfalls nur über den Bezug von Halbfabrikaten (Textilien, Baumaterial) mit der großen Industrie verbunden waren, entfielen ca. 90 % aller Konsumausgaben auf diese drei Grundbedürfnisse. Der Konsum der Lohnabhängigenhaushalte wurde dabei überwiegend (im Deutschen Reich 1907 zu ca. 80 %, in Frankreich eher mehr) durch den nichtkapitalistischen Sektor der Kleinproduzenten in Stadt und Land (mehr als die Hälfte der Erwerbstätigen) sowie die hohe häusliche Subsistenzproduktion abgedeckt. Diese beiden in der Reproduktion der Lohnarbeiterfamilie dominierenden nichtkapitalistischen Produktionsformen und -verhältnisse beruhten weitgehend auf dem Einsatz von monetär nicht bewerteter, also 'unbezahlter' Familienarbeitskraft. Deren konkurrenzlos billige Produktion der in die Reproduktion der Lohnarbeiterfamilien eingehenden Gebrauchswerte behinderte in den beiden Flächenstaaten bis zum Ersten Weltkrieg, in Frankreich sogar noch bis in die 40er Jahre, das Entstehen von großbetrieblichen Konsumgüterindustrien.

Die seit der Mitte des 19. Jahrhunderts festzustellende Verbesserung der Reallöhne und Arbeitsbedingungen, die nach vielen AutorInnen durch eine steigende Konsumgüternachfrage die Industrialisierung stimuliert haben soll, ist vor diesem Hintergrund eher als die Rekonstitution der proletarischen Hauswirtschaft, die davor durch die Bezahlung der männlichen Arbeitskraft unter dem Wert der Reproduktionskosten der Arbeiterfamilie zerfallen war, zu interpretieren (Singer 1977, S. 120 ff; Lipietz 1977, S. 32; Hurtienne 1986, S. 75). Für die kapitalistische Akkumulation war diese Senkung des 'monetären' Werts der Reproduktionskosten der Lohnarbeiterfamilie durch eine erhöhte hauswirtschaftliche Subsistenzproduktion phasenweise durchaus funktional, obwohl dadurch die Entwicklung der Konsumgüterindustrien und die Dynamik der relativen Mehrwertproduktion blockiert wurde.

Obwohl der überwiegend nichtkapitalistische Verbrauchsgütersektor fast zwei Drittel der gewerblichen Produktion (große Industrie plus Handwerk und Kleingewerbe) ausmachte, blieb die großindustrielle Akkumulationsdynamik daher primär auf den schwerindustriellen Komplex von Kohle, Eisen, Stahl, Metallverarbeitung, später auch Chemie und Elektroindustrie konzentriert (Hurtienne 1984, S. 85 ff, 225 ff). Wie in den USA lagen deren Absatzmärkte primär im Industriebaufbau selbst (wechselseitige Nachfrage innerhalb der Produktionsmittelabteilung) sowie in den 'externen' Märkten des Infrastruktur- und Städteaufbaus, der hohen Vorproduktnachfrage der nichtkapitalistischen Waren- und häuslichen Subsistenzproduktion sowie ab Ende des 19. Jahrhunderts zunehmend auch in der Aufrüstung und den Exporten. Deren Anteil an der Industrieproduktion erreichte 1913 in beiden Ländern mit ca. einem Drittel ein Niveau, das erst wieder am Ende der

langen Aufschwungphase nach dem Zweiten Weltkrieg erzielt wurde (Roth 1984, S. 157). Die langfristige Wachstumsdynamik der Produktion war in der Schwerindustrie beider Ländern mehr als doppelt so hoch wie in den Konsumgütergewerben und viermal höher als in der Landwirtschaft (Mazier u. a. 1984, S. 26; Hurtienne 1984, S. 85). In beiden Ländern gab es in der Terminologie Boyers (nicht Agliettas) extensive und intensive Akkumulationsphasen.

In Frankreich folgte, so Boyer, auf eine durch die Dominanz der absoluten Mehrwertproduktion (Ausweitung des Arbeitstages, Frauen- und Kinderarbeit, unter den Wert sinkende Löhne) gekennzeichnete Phase bis 1848, in der die ersten großindustriellen Zentren sich in einem überwiegend nichtkapitalistischen Milieu — bei noch dominierenden Agrarkrisen des ancien regime — ohne große Produktivitätszuwächse extensiv ausweiteten, eine Phase der beschleunigten nachholenden Industrialisierung vor allem in der Schwerindustrie; in der Zeit von 1850 bis 1895 wurden hier Zuwachsraten der Arbeitsproduktivität von 2,4 % jährlich erzielt, eine leichte Verkürzung des Arbeitstages und in der Großen Depression um 2 % jährlich steigende Reallöhne (Boyer 1979, 18 ff). Diese von Boyer wegen hoher Produktivitätszuwächse als 'intensiv' bezeichnete Akkumulationsphase war allerdings nicht mit einer Revolutionierung der Konsumweise der Lohnabhängigen verbunden und führte nur zu einer begrenzten Erhöhung des relativen Mehrwerts durch die in der Großen Depression drastisch sinkenden Nahrungsmittelpreise. Der hohe Anteil der Nahrungsmittel an den Konsumausgaben der Arbeiter (in Paris 1856 71 %, 1890 65 %, 1905 64 % und 1930 60 %) erklärt daher — wie im amerikanischen Fall — warum in der Großen Depression, trotz eines Verfalls der Nominallohne, die Reallöhne um jährlich 2 % stiegen, gleichzeitig aber der ohnehin nur geringe Konsum großindustriell produzierter Waren stagnierte oder, so Boyer, sogar rückläufig war (Mazier u. a. 1984, S. 70; Boyer 1979, S. 29). Deutlicher noch als in den USA waren daher hohe Arbeitsproduktivitätszuwächse der Industrie nur in sehr begrenztem Ausmaß mit einer Wertsenkung der in die Reproduktion der Lohnabhängigenfamilien eingehenden industriellen Waren verbunden.

Aus dieser Blockierung der relativen Mehrwertproduktion und dem Ende der ersten Phase des Industrie- und Infrastrukturaufbaus erklärt Boyer dann auch die Krise des 'intensiven' Akkumulationsregimes und seine Rückverwandlung in ein extensives 1895 bis 1913. Wie man/frau sieht, ist selbst die Erklärung Boyers verwickelter als die von ihm unnötigerweise häufig verwandte Kurzformel von der "Quasi-Stagnation" im Akkumulationsregime. Klargeworden sollte ebenfalls sein, daß in der Entstehungsphase des industriellen Kapitalismus die Artikulation eines noch minoritären Industriesektors mit der kleinbäuerlichen nichtmechanisierten Agrarproduktion sowie

der städtischen kleingewerblichen Warenproduktion noch eine Schlüsselstellung im ökonomischen und sozialen Reproduktionsprozeß einnahm. Stärker noch als in den USA bedeutete der durch die Importkonkurrenz verstärkte Verfall der Agrarpreise für die nichtmechanisierten Kleinbauern ein hohes Maß an familiärer Überausbeutung — mit der Folge eines drastischen Rückgangs der ohnehin nur geringfügigen Bezüge von Industriegütern. Anders als im Deutschen Reich war dies in Frankreich aufgrund des hohen Anteils der Parzellenbauern, die sich weitgehend selbst versorgten, auch mit einem Abbruch der Binnenmarktdynamik nach 1895 verbunden.

Im Deutschen Reich lassen sich in der Terminologie von Boyer ebenfalls extensive und intensive Akkumulationsphasen unterscheiden. Das gewerbliche Produktionswachstum (inklusive Handwerk) wurde in den extensiven Aufschwungphasen (1880–1890 sowie 1895–1900) zu zwei Drittel durch die Ausweitung der 'Industrie'-Beschäftigung, in den intensiven Phasen langsameren Wachstums (1890–1895, 1900–1913) dagegen zu zwei Drittel durch die Erhöhung der Arbeitsproduktivität bestimmt (Lutz 1984, S. 155). Im ersten Fall stiegen die Reallöhne deutlich schneller als die Arbeitsproduktivität, während sie im letzteren Fall weitgehend stagnierten. Offensichtlich führten nur Phasen beschleunigten Wachstums bei nur wenig veränderter Produktionsgrundlage zu einer vorübergehenden Erschöpfung der städtischen industriellen Reservearmee und zu steigenden Reallöhnen. Die dadurch periodisch bewirkte massive Zuwanderung vom Land führte dann zusammen mit dem durch hohe Löhne induzierten arbeitssparenden technischen Fortschritt wieder zur Rekonstitution der städtischen industriellen Reservearmee, einer Stagnation der Reallöhne und einem verlangsamten Wachstum (Lutz 1984, S. 156; Singer 1977, S. 131 ff; Hurtienne 1986, S. 75). Die 'Regulation' durch Konkurrenz, oder präziser die Abwesenheit von institutionellen Regulationsformen für die Dynamik der ökonomischen Marktgesetze, schloß daher bei der Existenz eines großen, die Hälfte der Erwerbstätigen ausmachenden nichtkapitalistischen Sektors eine dauerhafte Erhöhung der Löhne im produzierenden Gewerbe aus. Dadurch wurde nicht nur eine qualitative Veränderung der Konsumstruktur der Lohnabhängigen verhindert, sondern blieb auch die relative Mehrwertproduktion strukturell blockiert. Zwar führten die Produktivitätszuwächse in der Produktionsmittelabteilung durch sinkende Vorproduktpreise und Transportkosten — und in der mechanisierten amerikanischen Landwirtschaft durch sinkende Exportpreise — zu einer Wertsenkung eines Teils der in die Reproduktion der Lohnarbeiterfamilien eingehenden Waren. Im Fall des Deutschen Reichs wurde dies aber nachweisbar durch die überproportional hohen und steigenden städtischen Reproduktionskosten (für Mieten, Heizung, Transport, Nahrungsmittel) weitgehend konterkariert. Daher läßt sich die Differenz zwi-

schen dem städtischen Lohnniveau der breiten Massen der unqualifizierten ArbeiterInnen zum ländlichen Lohnniveau weitgehend durch diese höheren städtischen Reproduktionskosten erklären (Hurtienne 1984, S. 85 ff, 93 ff).

Diese wenigen regulationstheoretisch orientierten Studien über die Entstehungsphase des industriellen Kapitalismus in Frankreich und Deutschland unterstützen die Hauptresultate, die Aglietta für die USA herausgearbeitet hatte. Darüber hinausgehend wurde der Begriff der 'traditionellen Lebensweise' in diesen Studien aber stärker inhaltlich gefaßt: als hoher Anteil der häuslichen Eigenproduktion auf der Basis unentgelteter Reproduktionsarbeit. Die damit und mit dem Austausch auf lokalen Märkten und gegenseitiger Nachbarschaftshilfe untrennbar verbundene "Dichte der sozialen Beziehungen" (Lutz) einer "moral economy" der symbolischen Interaktionen, müßte allerdings noch weiter entwickelt werden.

4.3 Eine Verteidigung des Regulationsansatzes gegen seine Kritiker

Die entwicklungstheoretische Bedeutung einer genaueren Aufarbeitung der heterogenen Entstehungsphase des industriellen Kapitalismus erschöpft sich nicht allein in der Relevanz, die diese verwickelten, eben noch nicht durch die utilitaristische Logik der kapitalistischen Produktionsweise homogenisierten ökonomischen und sozialen Zusammenhänge des gesamtgesellschaftlichen Reproduktionsprozesses für die Analyse heterogener Modernisierungsprozesse in den Entwicklungsgesellschaften der Dritten Welt haben; sie sind nicht weniger bedeutend für die in der Zwischenkriegszeit einsetzenden und nach dem Zweiten Weltkrieg sich forciert durchsetzenden grundlegenden Veränderung der Konsum- und Lebensweise der Mehrheit der Bevölkerung in den kapitalistischen Kernländern.

Nach Lutz konnte der rapide Strukturwandel und die Veränderung der industriellen Beziehungen nach 1950 noch auf viele "Tugenden" (der den nichtkapitalistischen Sektor repräsentierenden "moral economy") von hochgradig stabilen Reaktionsweisen und Werthaltungen (Verteidigung des einmal Erreichten, Absicherung gegenüber unüberschaubaren Risiken, Streben nach kleinschrittiger Verbesserung der eigenen Lebensverhältnisse, Sparsamkeit, Bedürfniskontrolle, hohe Belastungstoleranz, Leistungsmotivation und Identifikationsbereitschaft), sozusagen als *Naturressource* oder als *Gratisproduktivkraft*, zurückgreifen (Lutz 1984, S. 246, 252; Mooser 1984, S. 142). Die mit der Veränderung der Konsum- und Lebensweise durch die *einschließende, homogenisierende*, aber auch *stratifizierende* utilitaristische Logik der vollentwickelten Warenverhältnisse verbundene Auflösung traditioneller sozialer Milieus und die Ablösung von sozialregulativen Normen wie solidarische Gemeinschaftsbezüge, Achtung vor dem Gesetz und

Selbstbeschränkung durch eher den Warenverhältnissen entsprechenden individualistisch-materialistische Verhaltensweisen und relativierte Werthaltungen muß natürlich eine zentrale Bedeutung für die sich herausbildende neue *postmoderne, postindustrielle* oder *postfordistische* Entwicklungsphase der kapitalistischen Marktwirtschaft in den Industrieländern haben (vgl. dazu Mahnkopf i. d. Bd.; Mooser 1984; Hirsch/Roth 1986). Die Reflexion über zukünftige Formen der sozialen Kohäsion, über die spezifische Verbindung von 'Marktlogik und Moral' bedarf aber eines klaren Begriffes von den dabei 'verschwindenden' Werthaltungen, Verhaltensweisen und Formen der sozialen Kohäsion, die nur auf dem Hintergrund einer präzisen ökonomischen Analyse der verwickelten Reproduktionsstruktur in der Entstehungsphase des industriellen Kapitalismus verständlich werden. Von einer solchen, dem Erklärungsanspruch des Regulationsansatzes entsprechenden Verbindung von ökonomischer, sozialstruktureller, normativ-institutioneller und politischer Analyse sind die vorliegenden Arbeiten allerdings noch meilenweit entfernt. Der eher skizzen- und thesenhafte Charakter dieser Studien müßte daher in einem bisher leider unterentwickelten Prozeß von Kritik und Gegenkritik, Präzisierung und besserer empirischer Fundierung weiterentwickelt werden.

Eine produktive Entfaltung des Erklärungspotentials des Regulationsansatzes für die lange Entstehungsphase des industriellen Kapitalismus setzt allerdings voraus, daß man/frau dies überhaupt als ein die entwicklungstheoretische Diskussion weiterbringendes zentrales Erkenntnisproblem ansieht. Genau dies wird aber von einer sich auf 'die' Empirie berufenden theoretischen Kritik vehement bestritten. Dort wo die regulationstheoretisch orientierten Arbeiten phasenweise tiefe Brüche in der sozialen und ökonomischen Entwicklungslogik sehen, stellen diese Kritiker eine durchgängige Kontinuität der industriekapitalistischen Entwicklungslogik bei Veränderungen im sozialen Institutionengefüge fest. Sowohl die Kritik von Duménil u. a. (1988) als auch die von Brenner (1988) kann daher, bei aller Berechtigung im einzelnen, als Prototyp für eine auf dem Kontinuitätsparadigma industriekapitalistischer Entwicklung beruhende grundsätzlich andere Herangehensweise an die historische Akkumulationsgeschichte angesehen werden. Ich werde mich im folgenden aber primär auf Brenner beziehen und Duménil jeweils ergänzend heranziehen.

Brenner bezieht sich in seiner Kritik primär auf einen Text von Boyer, behauptet aber, damit auch die vermeintlich gleiche Interpretation Agliettas vernichtend widerlegen zu können. Anknüpfend an die Boyersche Formel von der "Quasi-Stagnation" der Arbeitsproduktivität und der Reallöhne im extensiven Akkumulationsregime unterschiebt er auch Aglietta — aufgrund einer in der Tat mißverständlichen Passage — eine gleichlautende These von

der Vorherrschaft der absoluten Mehrwertproduktion durch die Ausdehnung des Arbeitstages und die Bezahlung unter dem Wert (Aglietta 1979, S. 13; Brenner 1988, S. 7). Abgesehen von dem Lapsus, begrenzte Konsumtion mit begrenzter Nachfrage zu identifizieren, fragt er sich dann berechtigterweise, inwieweit es Sinn ergibt, die lange Phase der Kapitalakkumulation bis zum Ersten Weltkrieg nur durch diese Merkmale zu charakterisieren. Denn bekannterweise müßte jeder kundige Leser von Marx wissen, daß die Dynamik der Kapitalakkumulation auf der relativen Mehrwertproduktion beruht, die Kapitalisten in ihrem Konkurrenzkampf um den Extraprofit die Produktionskosten bei Strafe des Untergangs senken müssen und eine extensive Ausweitung der Akkumulation über die Erschöpfung der industriellen Reservearmee notwendigerweise zu Reallohnsteigerungen führt (ebd., S. 9 ff.).

Mit Hilfe einer Reihe von Datenserien versucht er dann, seine Gegenthese zu belegen, daß die kapitalistische Entwicklung als ein 'evolutionärer' Prozeß zu begreifen ist, in dem der technische Fortschritt kontinuierlich zu Innovationen führt und der von Boyer und Aglietta behauptete qualitative Umbruch in der kapitalistischen Entwicklungslogik vor oder nach dem Ersten Weltkrieg Humbug sei: *Erstens* stellt er bei Verwendung der gleichen Daten, die auch Aglietta benutzt hat, fest, daß die Entwicklung der Arbeitsproduktivität und der Reallöhne keineswegs dem Bild von einer durchgehenden Quasi-Stagnation entspricht: Pro Arbeitsstunde erhöhte sich die industrielle Produktivität immerhin in zwei Phasen (1879 — 1889 und 1909 — 1914) um über 2,4 % jährlich, während sie in den anderen Zeiträumen um 1 bis 1,5 % anstieg (ebd., S. 16). Gleichzeitig lag im langfristigen Trend 1869/1914 die jährliche Zuwachsrate der industriellen Produktivität mit 1,6 % nur unwesentlich über der der Industriearbeiterlöhne mit 1,3 % (Duménil 1988, S. 9 ff). Konzidiert wird von Brenner allerdings, daß seit Ende des 19. Jahrhunderts — mit der wachsenden Flut der Einwanderer — das Wachstum der Reallöhne gedämpft worden sei: Nach Daten von Rees stiegen sie in der Industrie 1889/1913 nur um 1,3 %, während die Arbeitsproduktivität sich um 2,1 % jährlich erhöhte (ebd., S. 18). *Zweitens* identifiziert Brenner die steigende industrielle Arbeitsproduktivität mit dem Anstieg der relativen Mehrwertproduktion, da er — mit dem Hinweis auf die Branchenstruktur 1860 — die Dominanz der Konsumgüterindustrien als evident unterstellt; da er — nach einer Studie von Wright — bereits für die Zeit des Bürgerkrieges vor 1873 die weitgehende Verallgemeinerung der "factory mechanization" annimmt und da er sich schließlich ein statistisches Wachstum der 'Märkte' offensichtlich nur als Konsumnachfrage vorstellen kann (ebd., S. 8, 15, 20 ff). *Drittens* folgert er daraus messerscharf, daß die kapitalistische Entwicklung in den USA von vornherein oder zumindest

seit Ende des Bürgerkrieges 1873 dem "klassischen Muster" einer durch die Konkurrenz erzwungenen intensiven Akkumulation gefolgt sei, in der der vorrangige Massenkonsum ("der Binnenmarkt") durch die mechanisierte Massenproduktion des Fabriksystems "möglich gemacht" wurde (ebd., S. 20/21). *Viertens* bleibt angesichts der offensichtlich schon seit Mitte des 19. Jahrhunderts wirkenden intensiven Akkumulationsdynamik und dominanten relativen Mehrwertproduktion natürlich kein Raum mehr für 'Nicht-Warenbeziehungen' oder nichtkapitalistisch produzierte Waren in der Konsumweise der Lohnabhängigen.

In dieser Sichtweise verliert der Versuch Agliettas, die Verbindung zwischen den qualitativen Veränderungen des Arbeitsprozesses mit Veränderungen in den Lebens- und Konsumweisen der Lohnabhängigen als einen erst nach dem 2. Weltkrieg abgeschlossenen, langen historischen Entstehungsprozeß des industriellen Kapitalismus darzustellen, jeden Sinn und jede Erklärungskraft. Die Entstehungsgeschichte des industriellen Kapitalismus endet irgendwann Mitte des letzten Jahrhunderts mit der "vollen Durchsetzung der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse" (ebd., S. 11), der Massenproduktion für den Massenkonsum und damit der relativen Mehrwertproduktion. Die dann einsetzende Entwicklungsgeschichte des Kapitalismus folgt dabei einer einheitlichen Entwicklungslogik, die zwar mit quantitativen Veränderungen aller Art (kleinen und großen Krisen, neuen Institutionen, neuen Produkten und Produktionsverfahren) verbunden ist, aber keinen grundlegenden qualitativen Bruch in dieser Entwicklungslogik zuläßt. Dem modernistischen Zeitbewußtsein entsprechend wird dann auch die nach 1950 in der Geschichte des Kapitalismus einmalige Beschleunigung des ökonomischen Wachstums und die damit verbundenen radikalen Veränderungen in Sozialstruktur, Lebensweise, Siedlungsform und der Funktionsweise gesellschaftlicher Institutionen als Normalfall industriekapitalistischer marktwirtschaftlicher Entwicklung interpretiert — damit aber entdramatisiert und nicht als besonders erklärungsbedürftig angesehen (Lutz 1984).

Damit wird aber auch die zentrale Frage nach dem Charakter der gegenwärtigen Umbruchphase in ihrer vollen Dimension kaum noch diskutierbar: Handelt es sich primär um eine von vielen großen Krisen, die seit der vollen Etablierung der kapitalistischen Grundstruktur immer wieder mit einer gewissen Regelmäßigkeit auftreten und bei fehlender sozialrevolutionärer Perspektive von einer neuen langen Aufschwungphase abgelöst werden? Oder muß die qualitativ neue Bedeutung der gegenwärtigen Umbruchphase vor dem Hintergrund der erst nach dem Zweiten Weltkrieg erfolgten endgültigen Durchkapitalisierung der Industriegesellschaften gesehen werden? Wie man/frau unschwer sehen kann, berührt die Rekonstruktion der vergangenen Geschichte des Kapitalismus sehr wohl auf grundlegende Weise

das Verständnis der Gegenwart und die Möglichkeiten, über die Zukunft gesellschaftstheoretisch sinnvoll zu spekulieren.

Die von Brenner behauptete Kontinuität industriekapitalistischer Entwicklung und die dafür angeführten 'empirischen' Beweise lassen sich auf mehreren Ebenen relativieren: *Erstens* wird von Aglietta (aber auch von Boyer), zumindest in seinen frühen Arbeiten, überhaupt nicht bestritten, daß die kapitalistische Entwicklung vor dem Ersten Weltkrieg mit einer tiefgreifenden Veränderung des Arbeitsprozesses (Mechanisierung) und dadurch bedingter Arbeitsproduktivitätszuwächse verbunden war. Selbst die mißverständliche Redeweise Boyers von einer Quasi-Stagnation bezieht sich bei ihm lediglich auf das im Vergleich zur Aufschwungphase nach dem Zweiten Weltkrieg niedrige langfristige Wachstum von knapp über 1 % jährlich. *Zweitens* unterstellen weder Aglietta noch Boyer die Dominanz der absoluten Mehrwertproduktion für die gesamte Entwicklungsphase 1850 — 1913. Während es Aglietta, wie oben bereits skizziert, gerade um die strukturelle Blockierung der vollen Durchsetzung der relativen Mehrwertproduktion geht, bezieht Boyer (1979) die Dominanz der absoluten Mehrwertproduktion für den französischen Fall vor allem auf die Phase vor 1848. Die darauffolgende Periode einer beschleunigten nachholenden Industrialisierung 1850 bis 1895 bezeichnet er dagegen wegen der hohen Zuwachsraten der Arbeitsproduktivität in den neu entstehenden Schwerindustrien als intensive Akkumulationsphase, die nach dem Ende der ersten Aufbauphasen von Infra- und Industriestrukturen wegen der fehlenden Veränderungen des Arbeiterkonsums in eine Krise gerät und sich daher 1895 bis 1913 wieder in eine extensive Akkumulation verwandelt (Boyer 1979, S. 29 ff). Trotz im einzelnen fehlender Präzision von Faktoren, die die strukturelle Blockierung einer Dynamik der relativen Mehrwertproduktion erklären können, ist die Argumentation Boyers erheblich verwickelter als seine unglückliche Charakterisierung der gesamten Phase bis 1913 als Quasi-Stagnation.

Drittens ist es schließlich unzulässig, Arbeitsproduktivitätszuwächse in jedem Fall und ohne empirisch-theoretische Vorüberlegungen mit relativer Mehrwertproduktion, schwach steigende Reallöhne mit einer breiten Massennachfrage nach industriell produzierten Konsumgütern und das Fabriksystem mit der Massenproduktion für den bereits bestehenden Massenkonsum zu identifizieren. Obwohl die USA sicherlich im Hinblick auf die frühe Durchsetzung der Massenproduktionstechniken, die homogenisierte Konsumnachfrage, dem doppelt so hohen Lohnniveau, der maschinisierten Landwirtschaft und dem Komplex der Nahrungsmittelindustrien ein von Kontinentaleuropa abweichendes Entwicklungsprofil besaßen und daher die Interpretation Agliettas vielleicht zu stark nur das miserable Konsumniveau der unskilled workers betont, verfällt Brenner in seiner Kritik in eine durch

die mir bekannten historischen Studien überhaupt nicht haltbare Idyllisierung der Entstehungsgeschichte des amerikanischen Kapitalismus. Einerseits berücksichtigt er bei der Behandlung der schwach steigenden Reallöhne überhaupt nicht die Rolle der in den Städten (wegen der Bodenspekulationen und einer fehlenden Infrastruktur) stark ansteigenden Reproduktionskosten (durch steigende Mieten, Transportkosten, etc.). Andererseits geht er mit keinem Wort auf das nicht nur von Aglietta betonte Paradoxon ein, daß die Reallöhne eher in Krisenzeiten ansteigen, wenn die Nahrungsmittel überproportional fallen. Darin kommt aber nur zum Ausdruck, daß die Konsumstruktur der Lohnarbeiterhaushalte noch zu über 40 % durch Ausgaben für Nahrungsmittel bestimmt war, was einerseits deren Preisentwicklung ein hohes Gewicht bei der Deflationierung von Nominallöhnen einräumt und andererseits auch einen geringen Spielraum für den Erwerb industriell produzierter anderer Konsumgüter andeutet. Der Verweis auf den hohen Anteil an Konsumgüter'industrien' im Zensus von 1860 müßte ebenfalls einer methodischen Kritik unterzogen werden (Anteil der Manufakturen bzw. des Handwerks) und sagt an sich noch nichts aus über die nach dem Bürgerkrieg erst einsetzende forcierte Industrialisierung, deren Struktur und Dynamik. Daß bereits zur Zeit des Bürgerkrieges die Massenproduktion von Konsumgütern verallgemeinert gewesen sein soll, widerspricht ebenfalls den mir bekannten wirtschaftshistorischen Studien. Deren zentrales Thema ist ja gerade die sukzessive Durchsetzung von massenproduzierten Konsumgütern gegen Ende des 19. Jahrhunderts (Hounshell 1984; Landes 1973; Rosenberg 1972).

In seiner Kritik am Weltsystemansatz hat Brenner dessen unhistorisch breiten Kapitalismusbegriff auf überzeugende Weise kritisiert. Dennoch verfällt er merkwürdigerweise in den gleichen Fehler, wenn es um die Entwicklungsgeschichte des industriellen Kapitalismus geht. Die von ihm kritisierte Orientierung von Wallerstein und Frank an der Zirkulationssphäre entspricht bei ihm selbst eine fragwürdige Identifizierung von kapitalistischer Nachfrage und breitem Massenkonsum. Offensichtlich fällt es marxistisch orientierten Wirtschaftshistorikern wie Brenner leichter, auf der zentralen Bedeutung der präzisen Unterscheidung historischer Entwicklungsphasen nach ihrer dominanten sozialökonomischen Entwicklungslogik in der langen Vorgeschichte des industriellen Kapitalismus zu beharren, als dieses gleiche Prinzip auch auf die Entwicklungsgeschichte des letzteren anzuwenden. Verständlich ist dies insofern, als die historisch-theoretische Zusammenfassung ganzer Epochen der Entfaltung und Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsweise unter einem klassifikatorisch-simplifizierenden Etikett wie extensiv/ intensiv, kompetitiv/monopolistisch-administrativ jedem Historiker zunächst als eine Vergewaltigung der unendlich reichhalti-

geren Geschichte ökonomischer Verhältnisse erscheinen muß.

Wie ich an Agliettas Herangehensweise versucht habe nachzuweisen, kann eine aus heuristischen Gründen vorgenommene Periodisierung der Akkumulationsgeschichte, die ja nicht identisch ist mit der viel reichhaltigeren Geschichte von Völkern, Klassen, Gruppen und Individuen, sehr wohl so entwickelt werden, daß starre klassifikatorische Entgegensetzungen à la Boyer und Lipietz vermieden werden. Das Problem ist 'nur', daß die bisherigen Arbeiten über eine skizzenhafte Darstellung noch nicht hinausgekommen sind. Auch mein Versuch, das entwicklungstheoretische Erklärungspotential des Regulationsansatzes für die meist unterbelichtete erste Phase des sukzessiven Aufbaus von Infra- und Industriestrukturen bis zum Ersten Weltkrieg ansatzweise zu skizzieren, hat gezeigt, wie weit der Regulationsansatz noch von einer Präzisierung seiner inhaltlichen Thesen entfernt ist. Auf Analysen über zwei oder drei Länder basierend, fehlt ihm vor allem die Vermittlung zur Struktur und Funktionsweise der mit den Entwicklungsphasen korrespondierenden hegemonialen internationalen Regime. Dennoch wäre gegenüber Brenner daran festzuhalten, daß die ungehemmte Dynamik der ökonomischen Gesetze zwar die Kapitalisten zur Entwicklung der Produktivkräfte in der Form der Massenproduktionstechniken zwingt, daß dies aber in tiefen Unterkonsumtionskrisen — wie die der Großen Depression — münden muß, wenn es nicht zur Herausbildung einer die Dynamik der Marktgesetze regulierenden sozialen Entwicklungslogik kommt. Insofern wäre der entscheidende Bruch in der Akkumulationsgeschichte erst in der Großen Depression der 30er Jahre, dem Zweiten Weltkrieg und der unmittelbaren Nachkriegszeit anzusetzen.

Literatur

- Aglietta, M. (1979): *A Theory of Capitalist Regulation*, London
ders. (1980): La dévalorisation du capital, in: *Economie appliquée*, vol. XXXIII, no. 2, S. 387-423
ders. (1982): *Regulation et crises du capitalisme*, 2. Aufl., Paris
Aglietta, M./ Brender, A. (1984): *Les métamorphoses de la société salariale*, Paris
Althusser, L./ Balibar, E. (1972): *Das Kapital lesen*, 2. Bd., Reinbek b. Hamburg
Altvater, E. (1987): *Sachzwang Weltmarkt*, Hamburg
Baran, P. M./ Sweezy, P. A. (1967): *Monopolkapital*, Frankfurt/ M.
Barrere, Ch./ Kebedjian, G./ Weinstein, O. (1984): L'accumulation intensive, norme de lecture du capitalisme? in: *Revue économique*, no. 3, S. 479-506
Benassy, J. M./ Boyer, R. u. a. (1977): *Approches de l'inflation*, CEPREMAP (mimeo)
Bernis, G. de (1977): Régulation ou équilibre dans l'analyse économique, in: Lichnerowicz, u. a. (eds.), *L'idée de la régulation dans les sciences*, Paris, S. 85-101
Bloch, M./ Braudel, F./ Febvre, L. u. a. (1977): *Schrift und Materie der Geschichte*, Frankfurt/ M.

- Boccard, P. (1976): *Traite d'économie politique: le capitalisme monopoliste d'Etat*, Paris
Bowles, S./ Gordon, D.M./ Weisskopf, T.E. (1983): *Beyond the Waste Land*, Garden City/ New Jersey
Brenner, R. (1988): *The Regulation Approach to the History of Capitalism*, mimeo
Boyer R./ Mistral, J. (1978): *Accumulation, inflation, crise*, Paris
Boyer, R. (1979): La crise actuelle, in: *Critique de l'économie politique*, no. 7-8, S. 5-113
ders. (1985): The Influence of Keynes on French Economic Policy: Past and Present, in: H. Wattel (ed.), *The Policy Consequences of John M. Keynes*, London, S. 77b-115
ders. (1986): *La théorie de la régulation*, Paris
ders. (1986a): *La flexibilité du travail en Europe*, Paris
ders. (1986b): Technical Change, Wage Formation and Employment, in: Andre, Ch./ Boyer, R. u. a., *Aspects de la crise, Tome I*, CEPREMAP
Bowles, S./ Gordon, D./ Weisskopf, Th. (1986): Power and Profits, in: *Review of Radical Economics*, vol. 18, no. 1-2, S. 132-167
Braudel, F. (1985): *Die Dynamik des Kapitalismus*, Stuttgart
Cartelier, J./ de Vroey, M. (1988): *L'approche de la régulation: Un nouveau paradigme?* mimeo (deutsche Fassung in: *PROKLA*, Jg. 17, H. 72
Davis, M. (1978): "Fordism" in Crisis: A Review of M. Aglietta's "Regulation et crises", in: *Review*, vol. II, no. 2, S. 207-69
Deubner, Ch. u. a. (1979): *Die Internationalisierung des Kapitals*, Frankfurt M./ New York
Duménil, G./ Glick, M./ Rangel, J. (1980): La grande dépression, enique a' hier ou d'aujourd'hui? in: *Revue Economique*, vol. 37, no. 3
ders. (1987): The Rate of Profit in the United States, in: *Cambridge Journal of Economics*, 11, S. 331-359
Duménil, G./ Levy, B. (1988): *Theory and Facts: What Can We Learn From a Century of History of the US Economy?* Preliminary Draft CEPREMAP, Paris
Duménil, G./ Glick, M./ Rangel, J. (1988a): Theories of the Great Depression: Why did Profitability Matter? in: *The Review of Radical Political Economics*, vol. 19, no. 2, S. 16-42
Elsenhans, H. (1984): *Nord-Süd-Beziehungen*, Stuttgart
Gordon, D./ Edwards, R./ Reich, M. (1982): *Segmented Work, Divided Workers*, New York
Gray R./ Peterson, J. (1974): *Economic Development of the United States*, Homewood
Hansen, A. (1941): *Fiscal Policy and Business Cycles*, New York
Hirsch, J. (1988): *Aspekte einer Reformulierung der Kapitalismustheorie*, mimeo
Hirsch, J./ Roth, R. (1986): *Das neue Gesicht des Kapitalismus*, Hamburg
Hoffmann, W. (1931): *Stadien und Typen der Industrialisierung*, Jena
Hounshell, D. (1984): *From the American System to Mass Production 1800-1932*, Baltimore
Hübner, K./ Mahnkopf, B. (1988): *Ecole de la Régulation*. Eine kommentierte Literaturstudie, discussion-paper des Wissenschaftszentrum Berlin, FS II 88-201
Hurtienne, Th. (1981): Peripherer Kapitalismus und autozentrierte Entwicklung, in: *PROKLA*, H. 44, S. 105-131
ders. (1984): *Theoriegeschichtliche Grundlagen des sozialökonomischen Entwicklungsdenkens*, Bd. 2, Saarbrücken
ders. (1986): Fordismus, Entwicklungstheorie und Dritte Welt, in: *Peripherie*, Jg. 6, H. 22-23, S. 60-110

- Jessop, B. (1988): *Conservative Regimes and the Transition to Post-Fordism: The Case of Great Britain and West Germany*, Vortragsmanuskript für "6th Conference of Europeanists", Washington, D.C. vom 30.10.-1.11.1987
- Landes, D. (1973): *Der entfesselte Prometheus*, Köln
- Lenin, W. (1960): *Die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland*, Berlin
- Lipietz, A. (1977): *Le capital et son espace*, 2. Auflage 1983, Paris
- ders. (1982): The "So-called Transformation" Problem, in: *Journal of Economic Theory*, no. 1
- ders. (1983): *Le monde enchanté*, Paris
- ders. (1984): *Accumulation, crises et sorties de crise*, Ms. Paris
- ders. (1985): Akkumulation, Krisen und Auswege aus der Krise, in: *PROKLA*, Jg. 15, H. 58, S. 109-138
- ders. (1985a): *Mirage et miracle*, Paris
- ders. (1986): Behind the Crisis: The Exhaustion of a Regime of Accumulation, in: *Review of Radical Political Economics*, vol. 18, no. 1-2, S. 13-32
- Lutz, B. (1984): *Der kurze Traum immerwährender Prosperität*, Frankfurt/ M./ New York
- Mandel, E. (1972): *Der Spätkapitalismus*, Frankfurt/ M.
- Marx, K. (1968): *Das Kapital, Bd. 1*, Berlin
- Mazier, J./ Basle, M./ Vidal, J. F. (1984): *Quand les crises durent ...*, Paris
- Mingat A./ Salmon, P./ Wolfesperger, A. (1985): *Méthodologie économique*, Paris
- Michalet, Ch. A. (1976): *Le capitalisme mondial*, Paris
- Mistral, J. (1986): Regimes international et trajectoires nationales, in: Boyer, R. (ed.), *Capitalismes fin de siècle*, Paris, S. 167-202
- Mooser, J. (1984): *Arbeiterleben in Deutschland 1900-1970*, Frankfurt/ M.
- Ominami, C. (1986): *Le tiers monde dans la crise*, Paris
- Nöel, A. (1987): Accumulation, regulation and social change, in: *International Organization*, vol. 41, no. 2, S. 303-333
- Phelps Brown, E. H. (1968): *A Century of Pay*, London
- Polanyi, K. (1978): *The Great Transformation*, Frankfurt/ M.
- ders. (1979): *Ökonomie und Gesellschaft*, Frankfurt/ M.
- Poulantzas, N. (1974): *Politische Macht und gesellschaftliche Klassen*, Frankfurt/ M.
- Rosenberg, N. (1972): *Technology and American Economic Growth*, New York
- Roth, B. (1984): *Weltökonomie oder Nationalökonomie*, Frankfurt/ M.
- Ruccio, D. (1988): *Fordism on a World Scale: International Dimensions of Regulation*, Notre Dame, mimeo
- Senghaas, D. (1977): *Weltwirtschaftsordnung und Entwicklungspolitik*, Frankfurt/ M.
- Singer, P. (1977): *Economia politica do trabalho*, Sao Paulo
- Stamatis, G. (1977): *Die "spezifische kapitalistische" Produktionsmethode und der tendenzielle Fall der Profitrate*, Berlin
- Stanger, M. (1988): *Krisentendenzen der Kapitalakkumulation*, Berlin
- Steindl, J. (1952): *Maturity and Stagnation in American Capitalism*, Oxford
- Thompson, E. P. (1968): *The Making of the English Working Class*, Middlesex
- ders. (1980): *Das Elend der Theorie*, Frankfurt/ M./ New York
- ders. (1980a): *Plebejische Kultur und moralische Ökonomie*, Frankfurt/ M./ Berlin/ Wien

Zu den AutorInnen

Elmar Altvater, geb. 1938, Professor am Fachbereich Politische Wissenschaften der Freien Universität Berlin und Redaktionsmitglied der Zeitschrift *PROKLA*. *Wichtigste Veröffentlichungen*: "Vom Wirtschaftswunder zur Wirtschaftskrise" (zusammen mit J. Hoffmann und W. Semmler), Berlin 1979; "Alternative Wirtschaftspolitik jenseits des Keynesianismus" (zusammen mit K. Hübner und M. Stanger), Opladen 1983; "Sachzwang Weltmarkt", Hamburg 1987; zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen zu Fragen der kapitalistischen Akkumulationsentwicklung, zur Staatstheorie, Entwicklungspolitik, Schuldenkrise und zum Zusammenhang von Ökonomie und Ökologie.

Heiner Ganßmann, geb. 1944, Professor am Institut für Soziologie der Freien Universität Berlin und Redaktionsmitglied der Zeitschrift *PROKLA*. *Wichtigste Veröffentlichungen*: "Einführung in die Gesellschaftstheorie" (zusammen mit V. Bader, J. Berger und J. v.d. Knesebeck), Frankfurt/M./ New York 1976; "Marxismus ohne Werttheorie", in: *Leviathan*, H.1/ 1986; "Über die 'Krise des Sozialstaats'", in: *PROKLA*, H.67/ 1987; weitere Zeitschriften- und Buchveröffentlichungen zur Wert- und zur Geldtheorie sowie zur Sozialstaatsentwicklung.

Kurt Hübner, geb. 1953, wissenschaftlicher Assistent am Fachbereich Politische Wissenschaften der Freien Universität Berlin und Redaktionsmitglied der Zeitschrift *PROKLA*. *Wichtigste Veröffentlichungen*: "Alternative Wirtschaftspolitik jenseits des Keynesianismus" (zusammen mit E. Altvater und M. Stanger), Opladen 1983; "Die Armut der Nationen" (zusammen mit E. Altvater, J. Lorenzen und Raúl Rojas), Berlin 1987; "Flexibilisierung und die Verselbständigung des monetären Weltmarkts", in: *PROKLA*, H. 71/ 1987; weitere Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen zur Krisentheorie, zur Wirtschafts- und Gewerkschaftspolitik in der Bundesrepublik.

Thomas Hurtienne, geb. 1943, Hochschulassistent am Latein-Amerika-Institut der Freien Universität Berlin und ehemaliges Redaktionsmitglied der Zeitschrift *PROKLA*. *Wichtigste Veröffentlichungen*: "Peripherer Kapitalismus und autozentrierte Entwicklung", in: *PROKLA*, H. 44/ 1981; "Theoriegeschichtliche Grundlagen des sozialökonomischen Entwicklungsdenkens", Stuttgart 1984; "Fordismus, Entwicklungstheorie und Dritte Welt", in: *Peripherie*, H. 22/23/ 1986; weitere Veröffentlichungen zu Fragen der Entwicklungstheorie und zur Kulturökologie Amazoniens.

Birgit Mahnkopf, geb. 1950, Projektleiterin am Forschungsschwerpunkt Arbeitsmarkt und Beschäftigung des Wissenschaftszentrum Berlin und Redaktionsmitglied der Zeitschrift *PROKLA*. *Wichtigste Veröffentlichungen*:

"Verbürgerlichung. Die Legende vom Ende des Proletariats", Frankfurt/M./ New York 1985; "Aber ob die Karten voll ausgereizt sind...Eine empirische Bestandsaufnahme zur Mitbestimmung" (zusammen mit U. Bamberg, M. Bürger, H. Martens und J. Tiemann), Köln 1987; "Hegemonie und Konsens. Regulationsmuster betrieblicher Sozialbeziehungen", in: *Leviathan-Sonderheft 8/ 1987* (hrsg. von H. Abromeit und B. Blanke). Weitere Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen zu Arbeiterkultur und Arbeiterbildung sowie zu Fragen der Industriesoziologie und Gewerkschaftsforschung.

Ein Markt und viele Welten

PROKLA 71

Zeitschrift für politische Ökonomie
und sozialistische Politik



Nachruf auf Christel Neusüß

David Booth · Marxismus und Entwicklungssoziologie

Kurt Hübner · Flexibilisierung des monetären Weltmarkts

Vella Pillay · Der Börsenkrach und sein Nachspiel

Barbara Töpfer · Argentinien: hausgemachte Verschuldung?

Nicola Liebert · Lösungen der Schuldenkrise?

Manuel Castells · Hochtechnologie und Weltmarktentwicklung

Heide Gerstenberger ·

Zu Anthony Giddens' »Konstitution der Gesellschaft«

Rotbuch Verlag

Einzelheft 16 DM · im Abo 13 DM

Verlag Westfälisches Dampfboot

aus dem Verlagsprogramm

Hans-Günter Thien/ Hanns Wienold (Hg.):

Herrschaft, Krise, Überleben

Gesellschaft der Bundesrepublik in den 80er Jahren

396 S. ; DM 30,00 ; ISBN 3-924550-19-0

Die seit zehn Jahren anhaltende ökonomische Krise ist allgegenwärtig und ungreifbar zugleich. Die krisenhafte Reproduktion der gesellschaftlichen Strukturen schlägt sich etwa im Faktum der Massenarbeitslosigkeit nieder, aber zugleich ist sie zur Normalität geworden. Mit diesem Sammelband wird den Auswirkungen dieses grundlegenden Sachverhalts ebenso nachgegangen wie seinen Ursachen. Dabei werden behandelt: Krise des Sozialstaates, Veränderungen betrieblicher Verhältnisse, Verarmungsprozesse, Krisenbetroffenheit von Frauen, Lage von Arbeitsmigranten, regionale Disparitäten und Wohnungsversorgung, betriebliche Gegenwehr, Arbeiterkultur, politische Hegemonie der Bourgeoisie, Veränderungen des politisch-ökonomischen Herrschaftszusammenhangs, Bedeutung der Alternativökonomie....

Zu den Autoren/innen zählen u.a.: Sabine Gensior (Berlin), Hartmut Häußermann (Bremen), Walter Siebel (Oldenburg), Roland Reichwein (Münster), Kurt Hübner, Lothar Lappe (Berlin)

* * * * *

Buer/ Cramer/ Dittrich/ Reichwein/ Thien:

Zur Gesellschaftsstruktur der BRD

Beiträge zur Einführung in ihre Kritik (2. überarb. und erw. Aufl.)

439 S. ; DM 29,00 ; ISBN 3-924550-13-1

"...eine interessante, in mancher Hinsicht den sonstigen sozialwissenschaftlich orientiertem 'Sozialkunden der Bundesrepublik' überlegene Alternative" (U. Kadritzke, Argument)

"ein bemerkenswerter Versuch, sich aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen zu stellen" (Sozialismus)

Gesamtverzeichnis beim Verlag Westfälisches Dampfboot

Breul 11a - 4400 Münster - Tel. 0251 / 57717

Verlag Westfälisches Dampfboot

aus dem Verlagsprogramm

Gareth Stedman Jones:

Klassen, Politik und Sprache

Für eine theorieorientierte Sozialgeschichte

Herausgegeben und eingeleitet von Peter Schöttler

323 S. ; DM 62,00 (Leinenausgabe); ISBN 3-924550-24-7

"Stedman Jones should emerge as clearly the most thoughtful and articulate critic of prevailing modes of social-historical analysis ... Both an exiting methodological challenge and an illuminating perspective on the history of the working class." (*James Cronin* in: 'Journal of Social History')

"Stedman Jones is among the most gifted intellectuals on the British left. His work possesses a rare capacity to disrupt the settled boundaries of our historical understanding." (*James Epstein* in: 'Labour')

* * * * *

Heide Gerstenberger/ Dorothea Schmidt (Hrsg.):

Normalität oder Normalisierung?

Geschichtswerkstätten und Faschismusanalyse

222 S. ; DM 21,00 ; ISBN 3-924550-23-9

"Die insgesamt 17 angenehm knappen Beiträge lassen zum einen eindrucksvoll erkennen, was alltagsgeschichtliche Zugriffe zur besseren Erklärung des Nationalsozialismus tatsächlich beitragen können. Kritisch klären sie zum andern die Grenzen, die strikt alltagsgeschichtlichen Zugriffen nun einmal eigen sind. (...) Sie versuchen zu verstehen und damit zu erklären, ohne auf das entschiedene politisch-moralische Urteil zu verzichten." (*Jürgen Kocka*)

Gesamtverzeichnis beim Verlag Westfälisches Dampfboot

Breul 11a - 4400 Münster - Tel. 0251 / 57717

Verlag Westfälisches Dampfboot

aus den Neuerscheinungen 1988

Karl Bruckmeier:

Kritik der Organisationsgesellschaft

Wege der systemtheoretischen Auflösung der Gesellschaft

von M. Weber, Parsons, Luhmann und Habermas

304 S. ; DM 39,80 ; ISBN 3-924550-29-8

In feinsinniger Argumentation weist Bruckmeier Zusammenhänge und Fluchtlinien der modernen Gesellschaftstheorien nach, die im Begriff der Organisation die Gegenwart strukturell verfehlen müssen. Die "Kritik der Organisationsgesellschaft" zeigt die erkenntnistheoretischen, methodologischen und historischen Verkürzungen und Blindstellen der modernen Gesellschaftstheorien auf und diagnostiziert die Ursprünge der schwankenden Beurteilung der zukünftigen Entwicklung der gegenwärtigen Gesellschaften.

* * * * *

Christoph Weischer:

**Kritische Gewerkschaftstheorie - Ansätze einer
Neuorientierung**

280 S. ; DM 35,00 ; ISBN 3-924550-25-5

Die sozialwissenschaftliche Analyse von Gewerkschaften hat seit den 60er und 70er Jahren eine besondere Bedeutung erlangt. Der Forschungsprozeß beinhaltet gleichzeitig eine politische Selbstverständigung der Sozialwissenschaften. Diese Studie zeichnet die wissenschaftlich-politischen Produktionskontexte der kritischen Gewerkschaftstheorien nach und stellt im Vergleich ihre Stärken und Schwächen heraus. Für die 80er Jahre zeigt sich - manche politischen Hoffnungen sind geschwunden - eine "Systemisierung" der Perspektive, funktionalistische und spieltheoretische Ansätze setzen sich durch.

Der Autor schlägt eine Neuorientierung vor: er lenkt den Blick auf Interessenlagen und politische Strategien in den Gewerkschaften und auf die Binnenstruktur ihrer Organisation - die Logik der politischen Akteure. Ausgehend von diesem theoretischen Ansatz wird die gewerkschaftliche Organisation und Politik seit dem Zweiten Weltkrieg untersucht. Es offenbart sich das Wechselspiel verschiedener politischer Gruppierungen: stets in Auseinandersetzung um die Macht in der Organisation, aber zugleich auch voneinander abhängig.

Gesamtverzeichnis beim Verlag Westfälisches Dampfboot
Breul 11a - 4400 Münster - Tel. 0251 / 57717